



LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

DieKammer

IHR PARTNER



Jahresbericht 2011

**Zahnärztliche Freiberuflichkeit bewahren
Für eine hochwertige zahnmedizinische
Versorgung der Patienten**





LZK

LANDESZAHNÄRZTEKAMMER
BADEN-WÜRTTEMBERG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Die Kammer

IHR PARTNER

Jahresbericht 2011

Zahnärztliche
Freiberuflichkeit bewahren

Für eine hochwertige
zahnmedizinische
Versorgung der Patienten



HERAUSGEBER

Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Albstadtweg 9
70567 Stuttgart
Telefon 0 711 / 2 28 45 - 0
Telefax 0 711 / 2 28 45 - 40
E-Mail info@lzk-bw.de
Internet www.lzk-bw.de

BILDNACHWEIS

Fotolia, LZK-Bildarchiv, Informationszentrum
Zahngesundheit, Zahnmedizinisches Fortbil-
dungszentrum Stuttgart, Akademie für Zahn-
ärztliche Fortbildung Karlsruhe, Bezirkszahn-
ärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart,
Tübingen

GRAPHISCHE GESTALTUNG & LAYOUT

Andrea Mader, Landes Zahnärztekammer BW
Jürgen Raub, Haka Print und Medien GmbH

DRUCK

Haka Print und Medien GmbH
Ostfildern-Ruit

ALLGEMEINE HINWEISE

Alle Rechte vorbehalten. Copyright Landes-
zahnärztekammer Baden-Württemberg. Nach-
druck, Vervielfältigung, Speicherung auf Daten-
trägern oder Verbreitung mittels elektronischer
Systeme – auch auszugsweise – nur mit Zu-
stimmung der Landes Zahnärztekammer Baden-
Württemberg.

STAND

November 2011

Inhalt

Vorwort	5
Vorstand	7
Gesundheits- und Sozialpolitik	19
Vertreterversammlung	21
Haushaltsausschuss	29
Landesberufsgericht für Zahnärzte	35
Interne Verwaltung	45
Gebührenrecht	53
Fortbildung	57
Praxisführung	59
Recht	73
Weiterbildung	75
Kenntnisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundengesetz	81
Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen	85
Prophylaxe	97
Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung	99
Patientenberatung	105
Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation	121
Gutachterwesen	131
Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe	133
Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart	139
Bezirkszahnärztekammer Freiburg	145
Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe	149
Bezirkszahnärztekammer Stuttgart	153
Bezirkszahnärztekammer Tübingen	157
Informationszentrum Zahngesundheit	159
Zahnärzteblatt Baden-Württemberg	165
Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg	171
Bundeszahnärztekammer	177

Es ist soweit! Druckfrisch, informativ und en détail, so präsentiert sich Ihnen der aktuelle Jahresbericht 2011 der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Sie erhalten interessante Einblicke und Hintergrundinformationen über standespolitische Entscheidungen, Beschlüsse und Arbeitsergebnisse des LZK-Vorstandes, weiterer Kammerorgane sowie der jeweiligen Fachausschüsse, Arbeitskreise und über die Arbeit in der Verwaltung.

Die letzten zwölf Monate des Berichtszeitraums seit Oktober 2010 waren aus gesundheitspolitischer Sicht sehr ereignisreich. Ob GKV-Versorgungsstrukturgesetz oder Patientenrechtegesetz, ob Neustrukturierung des Gemeinsamen Bundesausschusses oder die anstehende Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung, das alles sind komplexe und vielschichtige gesundheitspolitische Themenschwerpunkte und gesetzliche Regelungsvorgaben der Politik, die die freiberufliche Ausübung der zahnärztlichen Profession erheblich tangieren. Dies stellt die Landes Zahnärztekammer als verfasste standespolitische Selbstverwaltung aller Zahnärztinnen und Zahnärzte in Baden-Württemberg vor große Herausforderungen und Probleme, für die gute Lösungen erarbeitet werden müssen.

In dieser Hinsicht kann der LZK-Vorstand in diesem Jahr auch standespolitisch auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken und selbstbewusst Bilanz ziehen, denn viele für die Kollegenschaft wichtige Themen wurden in Angriff genommen und konnten erfolgreich umgesetzt oder zumindest auf den Weg gebracht werden.

Als eines der wichtigsten Themen erwies sich einmal mehr die anstehende Novellierung der privat Zahnärztlichen Gebührenordnung. Mit dem Vorliegen des am 29.03.2011 veröffentlichten Referentenentwurfes des Bundesgesundheitsministeriums, der mittlerweile am

21.09.2011 als Kabinettsentwurf der Bundesregierung verabschiedet worden ist, ergab sich in der Kollegenschaft nicht zuletzt wegen einer fehlenden Punktwertanhebung erheblicher Unmut und in vielen Vorstandssitzungen wurden zahlreiche Aspekte für einen erheblichen Nachbesserungsbedarf intensiv diskutiert. Zudem wurde auf expliziten Wunsch zahlreicher Delegierter der LZK-Vertreterversammlung zu dieser Thematik eine außerordentliche Vertreterversammlung am 23.07.2011 einberufen.

Vor dem Hintergrund der im November 2011 anstehenden Entscheidungen im Deutschen Bundesrat, der der GOZ-Verordnung zustimmen oder diese ablehnen kann, wird die Thematik auch auf Länderebene immer wichtiger. Deshalb führte das LZK-Präsidium dazu im Auftrag des Vorstandes mehrere Gespräche, u.a. mit der seit der Landtagswahl am 27.03.2011 neu amtierenden Sozialministerin des Landes, Karin Altpeter, und ihrem neuen Verwaltungschef im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes, MD Jürgen Lämmle.

Neben intensiver Lobbyarbeit, die die Kammer einmal mehr als aktive politische Selbstverwaltung tagtäglich in ihrer öffentlichen Außenwirkung demonstriert, zählt vor allem die Bereitschaft und das Engagement, sich intern weiter zu entwickeln und eigene Strukturen neu zu gestalten, um für die Kollegenschaft einen höheren und effektiveren Mehrwert zu erreichen. In dieser Hinsicht hat sich der LZK-Vorstand im April des Jahres in seiner Klausurtagung Gedanken gemacht und Vorschläge erarbeitet, wie die „kammereigene Fortbildung“ neu strukturiert werden könnte, um der Kollegenschaft eine unabhängige praxisnahe und kollegenfreundliche Fortbildung mit ausweisbaren Vorteilen und Alleinstellungsmerkmalen zu ermöglichen.

Eine immer wichtigere Rolle für die zahnärztliche Profession spielt Europa, da hier gesundheitspolitisch zunehmend mehr Weichen gestellt werden, wie dies beispielsweise die Patienten- und Berufsanerkennungsrichtlinie, der europäische Berufsausweis, e-health, die Amalgamdiskussion oder das Grünbuch Gesundheitsberufe verdeutlichen.

Um sich aus erster Hand gut zu informieren, tagte der LZK-Vorstand in seiner Mai-Sitzung im europäischen Büro der Bundeszahnärztekammer in Brüssel und erhielt vom Büroleiter Dr. Alfred Büttner und seinem Team wertvolle Hintergrundinformationen über parlamentarische Entscheidungsprozesse und ihr Zustandekommen.

Gemäß des Leitbildes „die Kammer – Ihr Partner“ ist es das postulierte Ziel des Vorstandes, die Kammer als zahnärztliches Dienstleistungszentrum weiter auszubauen, um der Kollegenschaft einen spürbaren Mehrwert in Form eines umfassenden Dienstleistungsangebotes zu allen Fragen zahnärztlicher Berufsausübung offerieren zu können.

Die Kammer unternimmt seit jeher große Anstrengungen, um als Körperschaft des öffentlichen Rechts ihren gesellschaftspolitischen Auftrag an der Mitwirkung des gesundheitlichen Allgemeinwohls der Bevölkerung gewissenhaft wahrzunehmen. Vor diesem Hintergrund beschloss der Vorstand ein neues Beratungskonzept, was derzeit vom Informationszentrum Zahngesundheit erarbeitet wird, um das zahnärztliche Beratungsangebot für Patienten zu erweitern, beispielsweise durch den Ausbau der telefonischen Beratungshotline oder mit der personellen Aufstockung und Schulung weiterer Beratungszahnärzte.

Auch im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde ist die Kammer in Kooperation mit den privaten Altenpflegeschulen des Landes aktiv beteiligt an der Entwicklung ei-

nes flächendeckenden Versorgungskonzeptes. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase des modularen Konzeptes zur Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege Mitte April, werden seitdem die entwickelten Schulungsinhalte und -materialien bereits in der Altenpflegeaus- und fortbildung erfolgreich eingesetzt.

Ein wichtiger Aspekt war für den Vorstand in diesem Jahr auch die Kooperation und Unterstützung der zahnärztlichen Hochschulen bei der Forderung, die finanzielle Trennung der Budgets von Forschung und Lehre zu erreichen, um mehr Transparenz und Mittel für das lehrintensive Fach Zahnmedizin zu erhalten. Gegenstand weiterer Beratungen im Vorstand waren zudem die Erarbeitung von Vorschlägen zur anstehenden Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes, die räumliche Situation und Neustrukturierung der Akademie Karlsruhe sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg.

Im aktuellen Berichtsjahr 2011, das bereits im Oktober 2010 begann, tagte der LZK-Vorstand unter Leitung des Kammerpräsidenten Dr. Udo Lenke in acht Sitzungen mit Geschäftsführern, in acht Sitzungen mit Geschäftsführern und Verwaltung sowie in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Haushaltsausschuss und in einer Klausurtagung.

Gesundheitspolitische Zwischenbilanz



LZK-Präsident Dr. Udo Lenke und LZK-Direktor Axel Maag

Seit Oktober 2010 ist aus gesundheitspolitischer Sicht viel geschehen. Unter FDP-Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler wurde das GKV-Versorgungsstrukturgesetz vorangebracht, unter dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung, MdB Wolfgang Zöller, wird demnächst das Patientenrechtgesetz im Bundestag beraten. Aber auch neue QM-Richtlinien und die Neustrukturierung des Gemeinsamen Bundesausschusses oder die anstehende Novellierung der zahnärztlichen Gebührenordnung sind gesundheitspolitische Themen und gesetzliche Regelungsvorhaben der Politik, die die freiberufliche Ausübung der zahnärztlichen Profession erheblich tangieren.

Panta rhei, alles ist im Fluss und so manche im Koalitionsvertrag formulierten Ziele fließen dahin. Hieß es dort ursprünglich noch, dass die Kostenerstattung erleichtert werden solle,

so hört man derzeit vom gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Jens Spahn, dass die Kostenerstattung in der Union nicht als tragfähige Alternative zum Sachleistungssystem gesehen werde.

Nach wie vor erwartet der Vorstand der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg von der Politik zuverlässige Rahmenbedingungen für eine freiberufliche Ausübung der Zahnheilkunde, die sowohl die fachlich-ethischen als auch die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten des Zahnarztberufes in Deutschland angemessen berücksichtigen. Dies gilt auch und vor allem für die privat-zahnärztliche Gebührenordnung, die GOZ, die seit nunmehr 24 Jahren Stagnation erfährt.



LZK-Präsidium: Dr. Bernhard Jäger und Dr. Udo Lenke

Die GOZ-Novellierung - eine bittere Pille

Wie groß war bei vielen Zahnärztinnen und Zahnärzten die Enttäuschung über den am 21.03.2011 vom BMG veröffentlichten Referentenentwurf zur langersehten GOZ-Novellierung, der zwar eine sechsprozentige Steigerung des zahnärztlichen Honorarvolumens in Höhe von rund 345 Mio. Euro vorsieht, aber leider keine Anhebung des GOZ-

MITGLIEDER DES VORSTANDES DER LANDESZAHNÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG

Mitglieder kraft Wahl durch die Vertreterversammlung

Dr. Udo LENKE, Vaihingen, Präsident
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, stv. Präsident
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Norbert STRUB, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen

Mitglieder kraft Amtes als Vorsitzende der Bezirkszahnärztekammern

Dr. Konrad BÜHLER, Eisligen
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch

Punktwertniveaus und auch keine Anpassungsklausel.

Der LZK-Vorstand hält den vorgelegten GOZ-Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums und den auf dessen Basis im September im Bundeskabinett verabschiedeten Kabinettsentwurf für ungenügend. Zwar begrüßt der LZK-Vorstand, so die einstimmige Beschlusslage, dass der Verordnungsgeber endlich die Novellierung der GOZ durchgeführt und dass die Öffnungsklausel keinen Eingang in die GOZ gefunden hat.



Dr. Dr. Heiner Schneider, Dr. Norbert Struß und Dr. Peter Riedel

Der Vorstand stellt jedoch enttäuscht fest, dass der prognostizierte Honorarzuwachs nach über 24 Jahren fehlender Anpassung bei Weitem nicht, wie im Koalitionsvertrag explizit aufgeführt, der betriebswirtschaftlichen Entwicklung in den Zahnarztpraxen Rechnung trägt. Aus diesem Grund fordert der LZK-Vorstand weiterhin eine angemessene Punktwerterhöhung, die den Erfordernissen einer modernen wissenschaftlichen Zahnheilkunde gerecht wird.

Vom LZK-Präsidium wurden mit Unterstützung durch die LZK-Verwaltung zur GOZ-Novellierung und weiteren Themen zahlreiche Gespräche geführt. Es erfolgte eine intensive Lobbyarbeit bei zahlreichen Parteitag, bei denen man mit Landtags- und Bun-

destagsabgeordneten näher ins Gespräch kam. Zusätzlich wurden Gespräche sowohl mit Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages geführt als auch auf Landesebene mit den zuständigen Ministerialbeamten vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes, Ministerialdirektor Halder und Referatsleiter Lottermann.

Zudem wurde Kammerpräsident Dr. Lenke zusammen mit den Präsidenten der baden-württembergischen Heilberufekammern von der neuen Sozialministerin Baden-Württembergs, Katrin Altpeter, SPD, und dem neuen Ministerialdirektor Jürgen Lämmle zu einem ersten Gespräch eingeladen. Angesprochene Themen waren die Betonung der Zusammenarbeit unter den Heilberufekammern, die Abbildung der einzelnen Heilberufe im Heilberufe-Kammergesetz, Überlegungen zur Gründung einer Kammer für Pflegeberufe sowie die generelle Stärkung der Regionalität. In diesem Kontext hat Dr. Udo Lenke bei Ministerin Altpeter um einen weiteren Gesprächstermin angefragt, um die für die Zahnärzteschaft wichtigen Themen Praxisbegehungen, Alters- und Behinderten-zahnheilkunde und die Novellierung der GOZ intensiv zu beraten.

Des Weiteren informierten LZK-Vorstand und Verwaltung die Kammermitglieder kontinuierlich über den jeweils aktuellen Sachstand der GOZ-Novellierung im KammerINFORM, im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, in zahlreichen Kammerrundschreiben und auch über das Internet.

Deshalb sah der LZK-Vorstand zunächst keinen Bedarf für eine außerordentliche Vertreterversammlung der LZK-Delegierten. Allerdings unterschätzte der LZK-Vorstand den legitimen Informationsbedarf zahlreicher Kammermitglieder. Durch einen Antrag gemäß § 1 der Geschäftsordnung der LZK-Vertreterversammlung, der auf Initiative von

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Thorsten BECK
Cäcilia FALK
Andrea MADER
Rocco NEMITZ

20 Delegierten gestellt wurde, konnte trotzdem eine außerordentliche LZK-Vertreterversammlung zum Hauptthema GOZ-Novellierung und zu den weiteren Themen Patientenrechtegesetz, zahnärztliche Bewertungsportale und Einführung eines Fachzahnarztes für allgemeine Zahnheilkunde einberufen werden.

GOZ-Intervention auf Landesebene

Der Bundesrat befasst sich im November 2011 mit dem vorliegenden Kabinettsentwurf zur GOZ, die frühestens am 1. Januar 2012 in Kraft treten soll. Bis dahin wird, nachdem die Kammer bereits mehrere Stellungnahmen zum GOZ-Entwurf beim Sozialministerium des Landes abgegeben hat, der LZK-Vorstand weiterhin alles versuchen, um in Gesprächen mit der neuen Landesregierung sowie bei den Mitgliedern Baden-Württembergs im Bundesrat diese von der Notwendigkeit einer Punktwertanpassung, zumindest auf Höhe des ärztlichen GOÄ-Punktwertniveaus, und der Einführung einer Anpassungsklausel zu überzeugen.

Klausurtagung zur Zukunft kammereigener Fortbildung



Klausurtagung: Dr. Norbert Engel, Prof. Winfried Walther, Prof. Johannes Einwag, Dr. Konrad Bühler, Dr. Gerhard Cube

In seiner Klausurtagung am 09.04.2011 in Stuttgart beschäftigte sich der LZK-Vorstand intensiv mit der Frage, wie das Erfolgsmodell „Kammereigene Fortbildung“ insgesamt gestärkt und auf die neuen marktgegebenen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden kann.



Dr. Konrad Bühler

Bisher stellen die kammereigenen Fortbildungseinrichtungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ohne Frage deutschlandweit ein Erfolgsmodell dar.

Keine andere Zahnärztekammer im Bundesgebiet kann solche Fortbildungszahlen bei ihren Fortbildungseinrichtungen aufweisen. Die Stärken der kammereigenen Fortbildung liegen in einer kollegennahen und praxisbezogenen Fortbildung unabhängig von gewerblichen Interessen, einer über Jahrzehnte erfolgreich etablierten professionseigenen Wissenskultur und dem damit selbstverantworteten und innovativen Umgang.

Trotzdem wächst der Druck externer Fortbildungsanbieter auf die gesamte kammereigene Fortbildung, insbesondere aber auf die beiden kammereigenen Fortbildungseinrichtungen, das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart und die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, und gefährdet das bisherige Erfolgsmodell. Der Vorstand empfiehlt den kammereigenen Fortbildungsinstituten, in Eigenregie gemeinsame Maßnahmen zur Kundenbindung zu ergreifen und enger zu kooperieren, um im Wettbewerb der Fortbildungsanbieter besser bestehen zu können.

Ein zweites wichtiges Thema der Klausurtagung war die zukünftige Neustrukturierung

des Landes Zahnärztetages der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, weil die letzten Landes Zahnärztetage starke Besucherrückgänge sowie eine nachlassende Akzeptanz seitens der Kollegenschaft verzeichneten.

Dazu führte die Stuttgarter Werbe- und Eventagentur Full Moon im Auftrag des Vorstandes eine Kammerumfrage durch und präsentierte auf der Klausurtagung interessante Ergebnisse.

Nach langen Diskussionen im Vorstand sowie im Arbeitskreis „Kammereigene Fortbildung“ fasste der Vorstand schließlich in seiner Oktobersitzung den Beschluss, den Landes Zahnärztetag Baden-Württemberg in der bisherigen Form nicht fortzuführen, da bereits auf Bezirksebene genügend Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden. Die Eventagentur Full Moon, die bisher das Neukonzept zum Landes Zahnärztetag organisatorisch begleitete, stellte zudem ein Onlineportal vor, das zur Optimierung der Anmeldungen und organisatorischen Umsetzung von Fortbildungsveranstaltungen genutzt werden könnte. Der Vorstand hält dieses Onlineportal, das bereits in der Praxis erfolgreich eingesetzt wurde, für weiterführend und erteilte Full Moon den Auftrag, bis Ende 2011 ein Konzept zu erarbeiten, das Portal an die Anforderungen der Bezirks Zahnärztekammern und der kammereigenen Fortbildungsinstitute zu adaptieren, um ein leichteres und individualisiertes Handling der Fortbildungsveranstaltungen zu ermöglichen.

Als dritter Themenkomplex stand das Konzept „Mitarbeiter(innen) Finden-Ausbilden-Binden“ auf der Agenda, das vom Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen konzeptioniert, durchgeführt und in drei Schritten bis Ende der Kammerperiode vorgelegt werden wird.

Vorstandssitzung in Brüssel

Eine immer wichtigere Rolle für die zahnärztliche Profession spielt das Thema Europa, da hier gesundheitspolitisch zunehmend mehr Weichen gestellt werden. Das EU-Parlament, die EU-Kommission oder der EU-Bundesrat treffen weitreichende Entscheidungen zu Themen wie beispielsweise zu Patienten- und Berufs anerkennungsrichtlinien, dem europäischen Berufsausweis und e-health, dem EU-Grünbuch für Gesundheitsberufe oder über die Nutzung von Amalgam. Durch den zunehmend unveränderten Vollzug europäischer Rechtsprechung auf nationalstaatlicher Ebene führt dies zu erheblichen Konsequenzen der Ausübung des Zahnarztberufes auf Basis freiberuflicher Werte. Ein Beispiel dafür stellen die im EU-Grünbuch „Gesundheitsberufe“ erhobenen Forderungen nach der Delegation bzw. Substitution (zahn-)ärztlicher Leistungen durch ärztliche Assistenzberufe dar, deren Akademisierung zunehmend auch in Deutschland diskutiert und gesundheitspolitisch forciert wird.



Dr. Udo Lenke und der Leiter des Brüsseler Büros der Bundes Zahnärztekammer, Dr. Alfred Büttner

Um sich eingehend aus erster Hand zu informieren, tagte der LZK-Vorstand in seiner

Mai-Sitzung im europäischen Büro der Bundeszahnärztekammer in Brüssel, wo der Vorstand vom Büroleiter des Brüsseler Büros der Bundeszahnärztekammer, Dr. Alfred Büttner, und seinem Team Hintergrundinformationen über parlamentarische Entscheidungsprozesse, ihr Zustandekommen sowie den Reaktionsablauf und die Erarbeitung von Stellungnahmen der BZÄK erhielt. Auf Grund der hohen Anzahl an Lobbyisten in Brüssel ist es laut Dr. Büttner besonders wichtig, als Institution gut vernetzt zu sein und über persönliche Arbeitskontakte mit den Fachbeamten der EU-Kommission und des EU-Parlamentes zu verfügen, um gezielt Stellungnahmen der BZÄK in die laufenden Gesetzgebungsverfahren einbringen zu können. Dabei wird die standespolitische Schlagkraft erst durch eine gemeinsame Positionierung von Bundeszahnärzten und Bundesärztekammer, dem Bundesverband der Freien Berufe sowie dem Council of European Dentists (CED) als gesamteuropäischer zahnärztlicher Berufsvertretung entscheidend erhöht.



Der LZK-Vorstand in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Brüssel

Ebenso interessante Einblicke und Erkenntnisse über die Schwierigkeiten der Lobbyarbeit regionaler Vertretungen sowie dem Abstimmungsprozedere in den EU-Ausschüssen und im EU-Parlament bekamen die Vorstandsmitglieder bei ihrem Besuch der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei

der EU sowie bei einem Gespräch mit dem aus Baden-Württemberg stammenden Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes und Europaabgeordneten Rainer Wieland.



Der LZK-Vorstand zu Gast bei Rainer Wieland, MdEP, im Brüsseler Parlament

Die LZK - gut aufgestellt auf Bundesebene

So wichtig wie das aktive Engagement der BZÄK in Brüssel ist, so wichtig ist auch die engagierte Interessenvertretung der baden-württembergischen Zahnärzte bei der Bundeszahnärztekammer in Berlin.

Auch im letzten Jahr war es dem engagierten und couragiertem Auftreten baden-württembergischer Ehrenamtsträger, Bundesdelegierter und der LZK-Verwaltung zu verdanken, dass in Berlin viele Dinge nach Interventionen, Vorschlägen und Änderungswünschen aus dem Ländle vorangebracht werden konnten. Ob im BZÄK-Haushaltsausschuss, bei der GOZ oder bei der Mitarbeit in den Arbeitsgruppen zur Muster-Weiterbildungsordnung, zur Muster-Berufsordnung, zum Patientenrechtegesetz, zu den Praxisformen oder bei der Erstellung von Stellungnahmen zur BZÄK-Satzung, überall diskutierten Ehrenamtsträger, der LZK-Vorstand und der Kammerdirektor Änderungsvorschläge, die auf Ebene des BZÄK-Vorstandes zunehmend berücksichtigt und

auch im Sinne des LZK-Vorstandes entschieden werden konnten. So zum Beispiel das Thema Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde, dessen Einführung unisono sowohl vom LZK-Vorstand wie auch von den Delegierten der LZK-Vertreterversammlung mit eindeutigem Votum abgelehnt wird.

Auf Wunsch des LZK-Vorstandes wurde die Thematik im August 2011 auf die Agenda der BZÄK-Vorstandssitzung gebracht und dort mit großer Mehrheit beschlossen, dass das im Gemeinsamen Beirat Fortbildung diskutierte Konzept zur Etablierung eines Fachzahnarztes für Allgemeine Zahnheilkunde nicht weiter fortgeführt werden darf. Stattdessen wurde der Beirat Fortbildung beauftragt, andere Konzepte zur Stärkung des zahnärztlichen Generalisten auszuarbeiten.

Die Kammer als Dienstleistungszentrum - kollegennah, kompetent und zuverlässig

Nicht nur auf Bundesebene, sondern vor allem im Kammerbereich auf Landesebene hat der LZK-Vorstand in zahlreichen Vorstandssitzungen intensiv daran gearbeitet, das Dienstleistungsangebot für die Kammermitglieder stetig zu erweitern.

In der Kammer spielen Schlichtungen zunehmend eine Rolle. Da im Heilberufes-Kammergesetz Schlichtungen unter Kammermitgliedern nicht geregelt sind, bot es sich im Sinne der Kollegenschaft an, eine Schlichtungsordnung für Zahnärzte zu erarbeiten, die nach einer verfahrensrechtlich nicht geregelten Mediation für die Kammermitglieder eine zuverlässige Möglichkeit schafft, um bei weitergehenden Streitigkeiten eine geregelte außergerichtliche Vorgehensweise herbeizuführen.

Auf Basis der Zuarbeit des Entwurfes einer Schlichtungsordnung durch die Geschäftsführer wurde diese vom LZK-Vorstand diskutiert und soll den Delegierten der Vertreter-

versammlung im Dezember 2011 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Ein weiteres wichtiges Dienstleistungsangebot ist die bereits im Standespolitischen Programm für diese Kammerperiode des Vorstandes formulierte Thema der Praxisbewertung. Insbesondere vor dem Hintergrund demographischer Veränderungen, zunehmender Praxisaufgaben oder neuer Berufsausübungsmöglichkeiten spielt die Thematik eine besondere Rolle und die Kammer bekommt zunehmend Anfragen aus der Kollegenschaft, ob es diesbezüglich Unterstützungsmöglichkeiten gäbe.



Dr. Wilfried Forschner

Da es sich bei Praxisbewertungen um ein sehr komplexes Thema handelt, das neben rechtlichen auch betriebswirtschaftliche und versicherungsmathematische Aspekte umfasst, hat das LZK-Präsidium dem Vorstand empfohlen, externen Sachverstand hinzuzuziehen und die Möglichkeiten für einen Rahmenvertrag mit namhaften Praxisbewertungsgesellschaften zu prüfen.

Nachdem mehrere Sachverständigenfirmen eruiert und die besten Angebote ausgewertet wurden, beschloss der LZK-Vorstand im September 2011, mit einem Sachverständigeninstitut aus Ulm und einer Partnerschaftsge-

sellschaft aus Raststatt zwei Rahmenverträge zur Praxisbewertung für Kammermitglieder abzuschließen und in konkrete Verhandlungen zu treten, um der Kollegenschaft ab Frühjahr 2012 für das sicherlich nicht einfache Thema Praxisbewertung nützliche Hilfen anbieten zu können.

Neben den genannten Serviceangeboten wurde vom Vorstand beschlossen, die Kollegenschaft im Zuge der zum 1. Januar 2012 inkrafttretenden novellierten GOZ mit Informationsveranstaltungen zu unterstützen und diese Beratungen dann durch kleinere Seminare und Workshops zu konkreten Abrechnungsfragen zu erweitern.



Dr. Norbert Struß

Auf Basis der geänderten gesetzlichen Regelungen zum Infektionsschutzgesetz und Medizinproduktegesetz hat der LZK-Vorstand bereits mehrmals Gespräche mit den zuständigen Fachreferaten des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren geführt, um für die Kollegenschaft diesbezügliche Erleichterungen zu erreichen, was sich allerdings als langwieriger und schwieriger Prozess gestaltet.

Deshalb empfiehlt der LZK-Vorstand der Kollegenschaft, sich auf mögliche Praxisbegehungen von Zahnarztpraxen in Baden-Württemberg gut vorzubereiten und unabhängig von einer Praxisbegehung die Möglichkeit der fachlichen Beratung durch die Ab-

teilung Praxisführung der LZK-Geschäftsstelle in Anspruch zu nehmen. Die Kollegenschaft wurde diesbezüglich in mehreren Veröffentlichungen darüber informiert, dass im Fall von Praxisbegehungen die Kammer fachlich und juristisch zur Verfügung steht.

Gesellschaftspolitisches Engagement der baden-württembergischen Zahnärzte

Die Kammer unternimmt seit jeher große Anstrengungen, um als Körperschaft des öffentlichen Rechts ihren gesellschaftspolitischen Auftrag an der Mitwirkung des gesundheitlichen Allgemeinwohls der Bevölkerung gewissenhaft wahrzunehmen.

Vor diesem Hintergrund befürwortet der Vorstand, dass auf Basis eines neuen Beratungskonzeptes, was derzeit vom Informationszentrum Zahngesundheit erarbeitet wird, das zahnärztliche Beratungsangebot für die Patienten mit verschiedenen Maßnahmen adäquat zu erweitern, wie beispielsweise durch den Ausbau der telefonischen Beratungshotline oder mit der personellen Aufstockung und Schulung weiterer Beratungszahnärzte. Auch im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde ist die Kammer in Kooperation mit den privaten Altenpflegeschulen des Landes aktiv beteiligt an der Entwicklung eines flächendeckenden Versorgungskonzeptes. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase des modularen Konzeptes zur Zahn-, Mund- und Zahnersatzpflege Mitte April 2011 werden die entwickelten Schulungsinhalte in Form von drei Modulen á acht Schulstunden und Schulungsmaterialien bereits in der Altenpflegeaus- und fortbildung erfolgreich eingesetzt.

Kooperation mit Universitätszahnkliniken

Auf Vorschlag des LZK-Präsidiums hat sich der LZK-Vorstand dafür ausgesprochen, in regelmäßigen Abständen Gespräche mit den Ärztlichen Direktoren der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde an den Landesuniversitäten

Baden-Württembergs zu führen, auftretende Probleme in der zahnmedizinischen Ausbildung zu diskutieren und dafür gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. Im gemeinsamen Gespräch im Oktober 2010 äußerten die Ärztlichen Direktoren den Wunsch nach Unterstützung der Kammer in Bezug auf die Stärkung der universitären Lehre. Gegenwärtig sei der Trend zu beobachten, dass der Stellenwert universitärer Lehre durch zunehmende Forschungsaktivitäten zurückgedrängt wird und dadurch unter Druck steht.

Sowohl der LZK-Vorstand als auch die Delegierten der LZK-Vertreterversammlung sind der Auffassung, dass nur ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen Lehre und Forschung dazu beitragen kann, eine gute Ausbildungsqualität für den zahnmedizinischen Nachwuchs zu sichern, um die hohe Qualität der Behandlung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten in der Zahnärzteschaft nachhaltig zu bewahren. Deshalb sei es sinnvoll, die Intransparenz bezüglich der finanziellen Budgets für die universitäre Lehre im Fachbereich Zahnmedizin durch die adäquate Trennung der zahnmedizinischen Budgets für Forschung und Lehre aufzuheben.

Der LZK-Vorstand griff diese Problematik auf, indem er der LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2010 dazu eine Resolution vorschlug, die die VV-Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedeten. Damit war gleichzeitig die Bitte verbunden, das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg darüber zu unterrichten. Dies wurde auch dem damaligen Wissenschaftsminister Prof. Peter Frankenberg schriftlich mitgeteilt. Da die Entscheidungen allerdings im Ermessensspielraum der jeweiligen Fachdekane liegen, wie die finanziellen Budgets für Forschung und Lehre nach dem Hochschulrahmengesetz zu gestalten sind, wird nach Aussagen des Wissenschaftsministeriums eine politische Lösung schwierig. Der LZK-Vorstand wird diesbezüglich

lich weiter am Ball bleiben und die Problematik aufmerksam verfolgen.



Dr. Gerhard Cube

Ebenso wurde vom LZK-Vorstand herausgearbeitet, dass die bisher zahlreichen Kammeraktivitäten auf BZK- und LZK-Ebene, die sich an Examenskandidaten und Neuapprobierte richten, sich sehr unübersichtlich gestalten und damit ein einheitliches und gezieltes Vorgehen für eine effektive Kooperation mit den Hochschulen erschwert wird. Um die Kammerarbeit zu bündeln, wurde vom LZK-Vorstand beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese besteht aus den BZK-Geschäftsführern, die unter Leitung von Kammerdirektor Axel Maag derzeit ein Stufenkonzept zur Betreuung von Examenssemestern und neuapprobierten Kammermitglieder erarbeitet. Ziel dabei ist es, eine einheitliche Informationsbasis herzustellen, um die designierten bzw. jungen Zahnärztinnen und Zahnärzte gezielter zu unterstützen und enger an die Kammer als deren zukünftige standespolitische Heimat binden zu können.

In der Sitzung des LZK-Vorstandes im September 2011 präsentierte Prof. Dr. Elmar Hellwig, Universität Freiburg, dem Vorstand das neue Konzept „Nationaler Kompetenzbasierter Lernzielkatalog Zahnmedizin“, kurz NKLZM. Mit diesen Lernzielkatalogen ist vorgesehen, die zahnmedizinische Ausbildung

zukünftig mehr krankheitsbezogen zu betrachten, was zu einer interdisziplinären Ausrichtung der zahnmedizinischen Ausbildung führen werde und auch für die Patienten von großem Vorteil sei. Der LZK-Vorstand hat diesen neuen Trend zum NKLZM zu Kenntnis genommen und wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und in enger Kooperation mit den Ärztlichen Direktoren an den ZMK-Universitäten analysieren und evaluieren.

Außer den bereits genannten Arbeitsschwerpunkten wurde im Berichtsjahr ein breites Spektrum weiterer wichtiger Kammeraktivitäten initiiert, organisiert und in sichtbaren Ergebnissen verwirklicht.

Vorschläge zur Novellierung des Heilberufes-Kammergesetzes Baden-Württemberg

Ein Beispiel dafür war die vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes geplante Änderung des baden-württembergischen Heilberufes-Kammergesetzes.

Auf Basis der von den Präsidenten und Geschäftsführern der Heilberufekammern des Landes einberufenen Arbeitsgruppe, bestehend aus den Geschäftsführern und Justiziarern der jeweiligen Heilberufekammern, wurden zahlreiche Änderungswünsche und Anregungen für die anstehende Novellierung des Heilberufes-Kammergesetzes erarbeitet und mit dem LZK-Vorstand abgestimmt.

Nach weiterer Abstimmung mit den anderen Heilberufes-Kammern des Landes wurden die Änderungsvorschläge an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren Baden-Württembergs mit Bitte um Berücksichtigung weitergeleitet.

Die räumliche Neustrukturierung der Akademie Karlsruhe

Gegenstand weiterer Beratungen im Vorstand war zudem die Analyse und Bewertung der räumlichen Situation und Neustrukturierung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

Auf Grund eines erheblichen Renovierungsstaus und fehlender Kapazitäten wurde die Frage nach neuen Räumen für eine effizientere und bessere Fortbildungsarbeit der Zahnärztlichen Akademie Karlsruhe zum Nutzen für die Kollegenschaft und auch für die Patienten unumgänglich. Auf Grundlage der Beratungen und Vorbereitungen des Konzeptes im Verwaltungsrat der Akademie Karlsruhe präsentierte und erläuterte der Direktor der Akademie Karlsruhe, Prof. Dr. Winfried Walther, dem LZK-Vorstand in der Vorstandssitzung im September 2011 dazu ein professionell ausgearbeitetes Konzept. Im Umfang eines Aktenordners beinhaltete dieses die verschiedenen Möglichkeiten der räumlichen Umgestaltung, Miete oder Neukauf, die räumlichen Vorteile sowie die dafür aufzubringenden Kosten. Der LZK-Vorstand nahm die Präsentation vorerst ohne Entscheidungen zur Kenntnis, um dann nach der abschließenden Prüfung der finanziellen Aspekte durch den LZK-Haushaltsausschuss in der gemeinsamen Sitzung des LZK-Vorstandes mit dem Haushaltsausschuss am 15.10.2011 eine endgültige Entscheidung für das Karlsruher Vorhaben zu fällen. Vorstand und Haushaltsausschuss werden einen gemeinsamen Antrag in die LZK-Vertreterversammlung im Dezember 2011 einbringen.

Der Trend zur Versorgungsforschung

Sehr aufmerksam verfolgt der LZK-Vorstand die gegenwärtigen Intensionen der Politik, die mit Hilfe der Versorgungsforschung Wege finden will, um den Zugang, die Kosten sowie den Nutzen der medizinischen Versorgung

für die Bevölkerung bundesweit und länder-spezifisch (auch finanziell) zu optimieren. Damit verbunden ist nach Ansicht der Politik die bisher fehlende Koordinierung und Vernetzung der Strukturen sämtlicher in der Versorgungsforschung aktiver Einrichtungen im Land.

Die Versorgungsforschung soll dazu beitragen, eine wissenschaftliche Bewertung der Prozesse bei der Patientenversorgung vorzunehmen, um in einem interdisziplinären Ansatz medizinische und organisatorische Konzepte für Verbesserungen bei der Patientenversorgung zu entwickeln.

Zur Stärkung der Versorgungsforschung hat das Land Baden-Württemberg finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt 3,4 Mio. Euro zur Forschung für eine bessere Patientenversorgung in Krankenhäusern und Arztpraxen bereitgestellt. Im Auftrag der Ministerien des Landes liegt die wissenschaftliche Leitung der neu eingerichteten Koordinationsstelle Versorgungsforschung in den Händen von Prof. Joachim Szecsenyi vom Universitätsklinikum Heidelberg, Abteilung Allgemeinmedizin und Versorgungsforschung.

Zur begleitenden Beratung über die Bildung von Strukturen für eine effiziente Forschungsarbeit sowie zur Einrichtung einer wissenschaftlichen Nachwuchsakademie der Versorgungsforschung wurde ein Beirat Versorgungsforschung gegründet, der im Mai 2011 erstmals tagte. Der Beirat, indem die Kammer als Mitglied vertreten ist, hat die Aufgabe, den Bedarf abzuschätzen, Forschungsfragen zu stellen und die Forscher beim Zugang relevanter Daten, über die Routinedaten hinausgehend, zu unterstützen.

Der LZK-Vorstand hat in seiner Sitzung im Juli 2011 beschlossen, in diesem Beirat weiter aktiv mitzuarbeiten, dort eigene Vorschläge zu präsentieren und engen Kontakt zu einem Wissenschaftler von der Akademie

Karlsruhe zu halten, der bei der Ausschreibung zur „Nachwuchsakademie Versorgungsforschung Baden-Württemberg“ für die finanzielle Förderung seines Forschungsbeitrages ausgewählt wurde. Zudem empfiehlt der LZK-Vorstand den Fortbildungseinrichtungen der Kammer, sich weiter aktiv in der Versorgungsforschung zu engagieren, sich an weiteren Ausschreibungen zu beteiligen und dabei die betriebswirtschaftlichen Aspekte einer Zahnarztpraxis adäquat zu berücksichtigen.

KZV BW und LZK BW – gemeinsam ein starkes Team

Auf den letzten zwei Jour-fixe-Treffen des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und des Präsidiums der Kammer, die im Oktober 2010 und im Februar 2011 stattfanden, standen zahlreiche Themen zur Debatte.

Diskutiert wurden im Oktober letzten Jahres unter anderem Themen wie die Umstellung von derzeitigen Online-Abrechnungen mittels Softzertifikaten auf mögliche online-Abrechnungen mittels ZOD-Karte, Probleme bei der Mehrkostenregelung bei GKV-Versicherten, das abgestimmte Vorgehen zu künftigen gemeinsame Gutachtertägungen oder die Organisation und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen mit Examenssemestern und Neuapprobierten.

In der Jour-fixe-Sitzung im Februar 2011 berieten die Teilnehmer die weitere Vorgehensweise in Sachen Telematik/ elektronischer Zahnarztausweis und eGk-fähige Kartenlesegeräte in Zahnarztpraxen. Auch die Abstimmung über die Inhalte des gemeinsamen Arbeitskreises Freiberuflichkeit, das Thema Patientenberatung sowie damit verbundene Presseerklärungen, Anzeigenkampagnen und ein möglicher Rahmenvertrag mit der Unabhängigen Patientenberatung

Deutschland (UPD) in Baden-Württemberg waren Gegenstand konstruktiver Beratungen.

Auch wenn die Kooperation der zahnärztlichen Schwesterkörperschaften insgesamt als gut zu bezeichnen ist, so gibt es doch immer etwas zu verbessern. So werden sich der LZK-Vorstand, der Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg sowie der Vorsitzende des Landesbeirates der KZV Baden-Württemberg zusammensetzen, um mittels geeigneter Maßnahmen die kommunikative Zusammenarbeit zu optimieren.

Deutsch-französische Begegnung

Zur Erweiterung des standespolitischen Horizontes und zum Erfahrungsaustausch bietet es sich an, über Ländergrenzen zu blicken.



Delegation an der Spitze Dr. Udo Lenke, Dr. Sabine Walliser, Vorsitzende der nationalen Zahnärztekammer, Straßburg, Dr. Christian Couzinou, Präsident Nationalrat der französischen Zahnärztekammer, Dr. Peter Riedel, Vorsitzender des Vorstandes der BZK Freiburg, Dr. Benoit Loth, Vizepräsident des Departement Rates Bas-Rhin, Johannes Clausen, Leiter des IZZ BW, Dr. Roland Schlär, Mitglied in der Oberrheinischen Zahnärztesgesellschaft und Beauftragter der BZK Freiburg für die Zusammenarbeit der elsässischen Kammern (v.r.n.l.)

In Fortsetzung des bereits seit mehreren Jahren bestehenden standespolitischen Dialogs mit unserem französischen Nachbarn in der Region Elsass, hat Dr. Christian Couzinou, Président du Conseil de l' Ordre des Chirurgiens - Dentistes, am 22. September an den Sitz des Nationalrats der Zahnärztekammer in Paris zu einer Arbeitssitzung sowie einem Dialog am Abend eingeladen.

Teilnehmer der „deutschen Delegation“ waren LZK-Präsident Dr. Udo Lenke, der Vorsitzende der BZK Freiburg, Dr. Peter Riedel, und der Leiter des Informationszentrums Zahngesundheit Baden-Württemberg, Johannes Clausen.

Gesprächsthemen waren unter anderem der Erfahrungsaustausch über die unterschiedlichen Vorstellungen zur Patientenberatung, zu Gebührenordnungen, zur gesundheitspolitischen Situation und aktuellen zahnärztlichen Trends. Aktuell diskutiert wird in Frankreich der Trend zu immer mehr Zahnpflegestudios.

Der Arbeitskreis Gesundheits- und Sozialpolitik (GuS), der ab Oktober 2010 im laufenden Jahr viermal tagte, hat sich das Ziel gesetzt, innerhalb der 14. Kammerperiode ein Gesamtkonzept zur zahnärztlichen Berufsausübung der Zukunft – vorausschauend bis zum Jahr 2020 – zu erarbeiten und alle diesbezüglichen Klausurtagungen des Vorstandes inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten.

Bereits im September 2010 beschloss der LZK-Vorstand, sich mit dem Thema „Kammereigene Fortbildung“ näher auseinanderzusetzen, um neue Konzepte zu erarbeiten, die kammereigene Fortbildung insgesamt vor dem Hintergrund zunehmendem Drucks externer Fortbildungsanbieter zu stärken und für die Kollegenschaft noch attraktiver zu gestalten.



Die Agentur Full Moon präsentiert die Ergebnisse der Befragung der Kammermitglieder zum Landeszahnärztetag in der Klausurtagung

In seinen Sitzungen am 16.02.2011 bereiteten die Mitglieder des Arbeitskreises die Klausurtagung des Vorstandes zum Thema „Neukonzeptionierung der kammereigenen Fortbildung“ am 09.04.2011 in Stuttgart vor.

Ein weiteres Ziel des Arbeitskreises GuS besteht darin, sich antizipativ mit gesundheitspolitischen Themen und Institutionen zu beschäftigen und den Vorstand darüber zu informieren, damit rechtzeitig Konzepte und

Maßnahmen erarbeitet werden können, die helfen, die zahnärztliche Berufsausübung auf Basis freiberuflicher Werte zu bewahren.

In diesem Kontext spielt die gegenwärtige Neustrukturierung des Gemeinsamen Bundesausschusses, kurz G-BA, eine entscheidende Rolle. Der G-BA wird bis Ende 2011 neu strukturiert und entwickelt sich zunehmend zum größten Selbstverwaltungsorgan im deutschen Gesundheitswesen mit weitreichenden Normsetzungskompetenzen und Auswirkungen auf bisherige Kammeraufgaben. Zum Beispiel werden im Bereich Hygiene durch die vom G-BA festgelegte Richtlinie zur Sicherung der Hygiene in der medizinischen Versorgung die darin formulierten Aufgaben und Kompetenzen dem Zuständigkeitsbereich der Kammer faktisch entzogen.

Durch dieses Vorgehen und die geplante Veränderung derzeitiger Entscheidungs- und Personalstrukturen im G-BA als dem „Ausführungsorgan“ des Bundesgesundheitsministeriums, sind starke Tendenzen zentralisierter Verstaatlichung, zunehmender Bürokratisierung und Minimierung standespolitischer Gestaltungsspielraumes körperschaftlicher Selbstverwaltungsorgane erkennbar, die aus freiberuflicher Sicht absolut inakzeptabel sind.

Auf Empfehlung der Arbeitskreismitglieder diskutierte das Kammerpräsidium die Thematik bereits auf dem Südkammertreffen am 18.05.2011 in Frankfurt und empfahl dem LZK-Vorstand zudem, sich damit im kommenden Frühjahr intensiv zu beschäftigen.

In der Arbeitskreissitzung am 16.09.2011 in Lindau wurde beraten, welche standespolitischen Strategien und Themen zu den zukünftigen Herausforderungen zahnärztlicher Berufsausübung in dieser Kammerperiode noch zu bearbeiten sind. In den letztjährigen Klausurtagungen hatte sich der LZK-Vorstand bereits mit den Themen Freiberuf-

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES GESUNDHEITS- UND SOZIALPOLITIK

Dr. Udo LENKE, Vaihingen
Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker

lichkeit, Kooperationsformen zahnärztlicher Berufsausübung und im Frühjahr 2011 mit der Neukonzeptionierung der kammereigenen Fortbildung beschäftigt.

Ein nach wie vor wichtiger Aspekt, mit dem sich die Kammer noch intensiver beschäftigen muss, ist die Frage, wie junge Zahnärztinnen und Zahnärzte enger an die Kammer gebunden werden können. Auf Empfehlung des AK GuS beschloss der LZK-Vorstand dazu, im Herbst 2012 eine Klausurtagung zum Thema „Konzept zur Betreuung von Examenskandidaten und Neuapprobierten“ durchzuführen. Derzeit wird von den Geschäftsführern der Bezirkszahnärztekammern in Kooperation mit dem Kammerdirektor eine Aufstellung bisher durchgeführter Maßnahmen der Kammer zur Betreuung von Examenskandidaten und Neuapprobierten erarbeitet. Auf dessen Basis wird der LZK-Vorstand auf seiner Klausurtagung im Herbst nächsten Jahres ein Stufenkonzept erarbeiten, um Neuapprobierte für die ehrenamtliche Kammerarbeit zu sensibilisieren bzw. zur aktiven standespolitischen Mitarbeit zu motivieren. Ziel ist es auch, bei diesen Zielgruppen das Image der Kammer zu stärken, indem die Vorteile und der hohe Nutzwert der Kammer als Selbstverwaltungskörperschaft für den zahnärztlichen Berufsstand dargestellt werden, so zum Beispiel mit einem angedachten Aktionstag unter dem Motto: „Die Kammer – Ihr Partner“.

Weitere relevante Themen, die auf den LZK-Vorstand zukommen und für die Lösungsansätze gefunden werden müssen, sind zum Beispiel die zunehmende Anzahl selbständig praktizierender bzw. angestellter Zahnärztinnen und die damit einhergehenden Konsequenzen einer sich ändernden zahnärztlichen Berufsausübung, bei der im Vergleich zu früher die work-life-balance einen höheren Stellenwert einnimmt.

Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist der gesundheitspolitische Trend zur Versorgungsforschung. Durch die Förderung dieses noch sehr jungen Forschungsgebietes verspricht sich die Politik Konzepte für ein effizienteres medizinisches Versorgungssystem und erhofft sich weiteres Einsparungspotential. Dieser Trend ist nach Auffassung der Mitglieder des Arbeitskreises aus standespolitischer Sicht sehr aufmerksam zu verfolgen, um negativen Konsequenzen wie zum Beispiel der möglichen Einschränkung (zahn-)ärztlicher Behandlungs- und Therapiefreiheit rechtzeitig vorbeugen zu können, weil diese Entwicklung nicht im Interesse unserer Patienten liegen kann.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Rocco NEMITZ

Vertreterversammlung

Im Berichtsjahr fanden zwei Vertreterversammlungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg statt.

Am 03. und 04.12.2010 trafen sich die Delegierten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur ordentlichen LZK-Vertreterversammlung in Stuttgart.

Zu Beginn wurde Dr. Gabriele Güde für ihre Verdienste um den zahnärztlichen Berufsstand die Ehrennadel der Deutschen Zahnärzteschaft in Silber verliehen. Die Verleihung wurde von LZK-Präsident Dr. Udo Lenke mit einer Laudatio vorgenommen. In ihren Dankesworten betonte Dr. Güde, dass sie die Auszeichnung als große Ehre ansehe und ihr die Verpflichtung und Verantwortung, dass die Kammer als Standesorganisation attraktiv bleibe und den Nachwuchs fördere, sehr am Herzen liege.



Dr. Gabriele Güde und Dr. Udo Lenke

Diskussionskultur auf hohem Niveau

Zu fast allen Tagesordnungspunkten entwickelte sich eine engagierte und lebhafte Debatte auf hohem Niveau. Kontrovers und temperamentvoll diskutierten die Delegierten

jedoch die Maßnahmen zum geplanten Patientenrechtegesetz, zur Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) zur Übertragung von heilkundlichen Tätigkeiten auf Angehörige der Alten- und Krankenpflegeberufe sowie die Einführung eines Fachzahnarztes für allgemeine Zahnheilkunde sowie die derzeit unbefriedigende Situation der zahnmedizinischen Lehre an den ZMK-Universitäten des Landes und welche Möglichkeiten bestehen, die universitäre Lehre zu stärken.

Auch bei den schriftlich vorliegenden Berichten der Referenten bewiesen die Delegierten, dass sie sich gut vorbereitet hatten. Und so ergaben sich erneut sehr intensive und konstruktive Diskussionen, insbesondere zur neuen, den GOZ-Referenten zur Verfügung stehenden landesweiten Datenbank für Mustertexte und Urteile in gebührenrechtlichen Angelegenheiten, der Besetzung von Normausschüssen im Bereich Strahlenschutz, den nichtanlassbezogenen Praxisbegehungen bei den MKG-Praxen und beim Thema PRAXIS-Handbuch & Navigator.

Mit ihren Redebeiträgen und ihrem hohen ehrenamtlichen Engagement für den Berufsstand bewiesen die Delegierten damit einmal mehr, dass sie sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung und der auf die Profession zukommenden Herausforderungen bewusst sind. Mit den einstimmig verabschiedeten Resolutionen zur GOZ-Novellierung, zum Patientenrechtegesetz sowie für einen höheren Stellenwert universitärer Lehre, artikulierten die Delegierten klar die standespolitischen Interessen und Zielrichtungen der baden-württembergischen Zahnärzteschaft an die zuständigen Politiker auf Bundes- und Länderebene.

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Dr. Georg BACH • Dr. Bert BAUDER • Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN • Alfred BRAIG • Dr. Konrad BÜHLER • Dr. Jürgen CAROW • Dr. Gerhard CUBE • Dr. René DENIS • Prof. Dr. Johannes EINWAG • Dr. Dr. Helmut EISELE • Dr. Norbert ENGEL • Dr. Rüdiger ENGEL • Dr. Wilfried FORSCHNER • Dr. Conrad GAST • Holger GERLACH • Prof. Dr. Dr. Gernot GÖZ • Dr. Wolfgang GRÜNER • Dr. Gabriele GÜDE • Dr. Wolfgang GUTERMANN • Dr. Robert HEIDEN • Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH • Prof. Dr. Elmar HELLWIG • Dr. Eva HEMBERGER •

Haushaltsausschuss - Kammerorgan mit Elan

Bevor Dr. Eva Hemberger als Vorsitzende des LZK-Haushaltsausschusses begann ihr Statement zum Jahresbericht des Haushaltsausschusses 2009 vorzutragen, informierte sie in ihrer Funktion als Präsidentin der Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, Tübingen, die Delegierten der Vertreterversammlung kurz über die Arbeit im vergangenen Jahr.

Seit Amtsbeginn im Mai 2010 zählen Partizipation, Kommunikation und Transparenz zum neuen Führungsstil des Hauses, so Dr.

Hemberger. Zudem ist es die Intension der neuen Präsidentin der Versorgungsanstalt, die „Marke Tübingen“ als Leitbild und Vision mehr in der Öffentlichkeit verankern. In ihrer bisherigen Amtszeit wurden bereits zahlreiche Schritte unternommen, die Versorgungsanstalt zukunftsfähig zu machen: Dazu gehört unter anderem die Arbeit in den Bereichen inneres Berichtswesen, interne Revision und Risikomanagement. Zur Be-

antwortung der Frage, ob die Rente sicher ist und die Versorgungsanstalt gut über die Finanzmarktkrise gekommen ist, holte sie die Delegierten im Jahr 2008 ab und begleitete sie bis ins Jahr 2010. Das zu erwartende Jahresergebnis 2010 bewertete sie zusammenfassend als „vorsichtig optimistisch“.

Dr. Hemberger dankte zunächst allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihre „hochprofessionelle, sachliche Arbeitsweise“

und die Fähigkeit, „sachlich schwierige Themen“ anzugehen.

Die Haushaltsausschuss-Vorsitzende konnte über die Arbeit des Haushaltsausschusses im letzten Jahr erfolgreich Bilanz ziehen. Das LZK-Schiff, bestehend aus der LZK-Geschäftsstelle, den vier Bezirkszahnärztekammern und den beiden Fortbildungseinrichtungen, liege weiterhin auf gutem Kurs. Die konsolidierte Bilanz 2009 führte wie immer „zusammen, was zusammen gehört“. In diesem Jahr konnte sogar erstmals ein automatisierter, sich aus den einzelnen Buchhaltungen der Teilorganisationen direkt speisender Abschluss vorgelegt werden, bilanzierte Dr. Hemberger. „Wir sind riesig weit gekommen – dafür hat die Verwaltung einen Applaus verdient“. Für die nicht verwendeten Mehreinnahmen des Jahresergebnisses empfahl die Haushaltsausschussvorsitzende, diese, analog der Vorjahre, bei den Teilorganisationen zu belassen.

In gewohnter Transparenz präsentierte sie dann die Jahresergebnisse und die Ergebnisse der Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2009 in übersichtlichen Tortendiagrammen.



Dr. Eva Hemberger



Delegierte aus Karlsruhe bei der Abstimmung

Des Weiteren stimmten die Delegierten der Vertreterversammlung einer Reihe von Satzungsänderungen zu: So erfahren die Richt-

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Christof HOFELE • Dr. Bernhard JÄGER • Dr. Manfred JOOS • Dr. Gudrun KAPSRICHTER • Dr. Wolfgang KNUPFER • Dr. Bernd KRÄMER • Dr. Udo LENKE • Dr. Uwe LÜCKGEN • Dr. Elmar LUDWIG • Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH • Prof. Dr. Ralph G. LUTHARDT • Dr. Burkhard MAAGER • Dr. Ute MAIER • Dr. Eberhard MONTIGEL • Dr. Martin NÄGELE • Dr. Hendrik PUTZE • Dr. Dr. Alexander RAFF • Dr. Peter RIEDEL • Dr. Antoinette RÖTTELE • Dr. Moritz RUMETSCH • Dr. Heinrich SCHAPPACHER • Dr. Christian SCHEYTT •

linien über die Gewährung von Entschädigungen bei Vortrags- und Kursveranstaltungen, die Gebührenordnung, die Beitragsordnung und vier Ordnungen für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen eine Änderung.

Außerordentliche Vertreterversammlung

Auf Initiative von 20 Delegierten fand am 23.07.2011 in Stuttgart eine außerordentliche LZK-Vertreterversammlung statt.

Noch bevor die Agenda aufgerufen wurde, forderte Kammerpräsident Dr. Lenke alle Anwesenden auf, sich kurz von ihren Plätzen zu erheben, für einen kurzen Moment der Besinnung und des Gedenkens an den am 15.04.2011 verstorbenen Kollegen Dr. Klaus-Peter Rieger und dem am 12.07.2011 ebenfalls verstorbenen Dr. Ulrich Noll.

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der gesamte zahnärztliche Berufsstand verlieren mit Dr. Klaus-Peter Rieger eine herausragende Persönlichkeit. Er war von 1993 bis 2000 Mitglied im Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Sein jahrzehntelanger, unermüdlicher Einsatz für die beruflichen Belange der Zahnärzte in Baden-Württemberg und insbesondere für das zahnärztliche Assistenzpersonal, - verbunden mit Idealismus und Pflichtbewusstsein, haben den Menschen Klaus-Peter Rieger für alle Ehrenamtsträger zum Vorbild werden lassen. Die Kammer wird sich in großer Dankbarkeit immer an sein berufliches und standespolitisches Wirken erinnern.

Dr. Ulrich Noll war von Beruf Zahnarzt und schlug später den Weg in die Politik ein. Als Experte für Gesundheits- und Sozialpolitik war Ulrich Noll viele Jahre sozialpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion und mehrere Jahre deren Vorsitzender. Ihm ging es immer um die Menschen, sei es als Sozi-

alpolitiker, als Politiker in seinem Wahlkreis und als Zahnarzt.

Als zahnärztlicher Kollege war Ulrich Noll immer ein gern gesehener Gast bei Veranstaltungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Die baden-württembergischen Zahnärzte fanden in ihm stets einen engagierten und verlässlichen Ansprechpartner für die freiberufliche Interessensvertretung. Sie werden Kollegen Ulrich Noll ein ehrendes Andenken bewahren.

Auf der Agenda standen der aktuelle Sachstand zur GOZ-Novellierung, das geplante Patientenrechtegesetz sowie die Thematik um Arztbewertungsportale sowie die Debatte zur Einführung eines Fachzahnarztes für Allgemeine Zahnheilkunde.

Der LZK-Vorstand konnte dazu kurzfristig mit dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung MdB Wolfgang Zöller und mit dem Präsidenten der Bundes Zahnärztekammer, Dr. Peter Engel, zwei kompetente Referenten gewinnen, die auf Grund ihres Amtes den Delegierten Informationen aus erster Hand mitteilten.



Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB

DELEGIERTE DER VERTRETERVERSAMMLUNG

Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN • Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER • Dr. Helmut SCHÖNBERG • Dr. Christine SCHRÖDER • Dr. Frank SCHUH • Prof. Dr. Dr. Hans Jörg STAEHLE • Dr. Bernd STOLL • Dr. Norbert STRUB • Dr. Torsten TOMPERT • Dr. Bodo ULRICH • Dr. Hans Hugo WILMS • Dr. Jan WILZ

Patientenrechtegesetz

Zunächst konnten die Delegierten, auf Grund der freundlichen Vermittlung der CDU-Bundestagsabgeordneten Karin Maag, die zugleich Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages ist, den Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, begrüßen und seinen Ausführungen zum Patientenrechtegesetz folgen.

Wolfgang Zöller fand klare und eindeutige Worte und stellte in eloquenter und souveräner Weise klar: „Dieses Gesetz ist kein Gesetz gegen jemanden. Bester Garant für eine gute medizinische Versorgung ist ein vertrauensvolles Arzt-Patienten-Verhältnis, des-



Dr. Hendrik Putze

halb sage ich Ihnen klipp und klar, eine generelle Beweislastumkehr und eine Verschuldungsvermutung wird es mit mir nicht geben“. Auch die wiederholten Nachfragen und Zweifel der Delegierten bezüglich der Beweislastumkehr und der Verschuldungsvermutung zerstreute Wolfgang Zöller vehement

und betonte: „Sie können sich darauf verlassen – was ich Ihnen heute zugesagt habe, kommt – oder das Gesetz kommt nicht“.

Damit erwies sich vieles, was im Vorfeld als Schreckgespenst unter der Kollegenschaft kursierte, schlicht als reine Spekulation. Trotzdem kritisierten die Delegierten, dass die aus dem Grundlagenpapier bekannt gewordenen Umrisse des Gesetzes „ein Mehr an Bürokratie für die behandelnden Ärzte und Zahnärzte“ erkennen lassen, was zu kürze-

ren Behandlungszeiten führt und damit den Interessen der Patienten zuwiderläuft.

Diese Befürchtungen wies Wolfgang Zöller zurück. „Wir achten darauf, im Regierungsentwurf keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aufzubauen“. Dabei verwies er auf die Direktive der Kanzlerin, 25 Prozent bürokratischer Hindernisse abzubauen.

Ebenso parierte er den Unmut einiger Delegierter über die geplante Unterstützung der Versicherten bei der Durchsetzung ihrer Schadensersatzansprüche durch die Krankenkassen, was zu mehr gerichtliche Auseinandersetzungen und in Folge dessen zu einer Defensivmedizin führen könnte. Wolfgang Zöller stellte klar, dass eine Unterstützungsrolle der Kassen für die Versicherten nur bei Gutachten gemeint sei und „die Kassen die Patienten nicht gegen die Ärzte unterstützen sollen“. Das werde, wie alle anderen Punkte, im Regierungsentwurf, voraussichtlich im Oktober, präzisiert werden, so Wolfgang Zöller. Auch den weiteren Fahrplan für das geplante Gesetz gab er bekannt: Nach der 1. Lesung im Bundestag am 08.03.2012 ist die Anhörung am 28.03.2012 geplant. Am 11.05.2012 soll das Gesetz in 2. und 3. Lesung beraten werden, um dann am 15.06.2012 den Bundesrat zu passieren. Geplant ist, dass das Gesetz bereits zum 01.07.2012 in Kraft treten soll.

LZK-Präsident Dr. Udo Lenke dankte dem Patientenbeauftragten der Bundesregierung sehr herzlich für seine Ausführungen und konstatierte, dass „unsere Bedenken und Befürchtungen, insbesondere zur Beweislastumkehr und zur Verschuldungsvermutung, zur Zufriedenheit des Berufsstandes ausgeräumt“ worden sein. Trotz dieser Worte verabschiedeten die Delegierten später noch eine Resolution zum Patientenrechtegesetz, in der sie ihren Unmut nochmals artikulierten und die Politiker aufforderten, weder eine Beweislastumkehr noch eine Verschuldungs-

vermutung im geplanten Patientenrechtegesetz zuzulassen.

GOZ-Novellierung

Als zweiter Punkt auf der Tagesordnung stand für viele das wichtigste Thema – der aktuelle Sachstand zur GOZ-Novellierung, über den BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel die Delegierten ausführlich und detailliert informierte.

Dr. Engel zeigte großes Verständnis für Unmut und auch Wut nicht weniger Kolleginnen und Kollegen und beurteilte den zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Referentenentwurf über eine Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte mit den Worten: „Dieser Referentenentwurf ist unzureichend und unakzeptabel, er ist Ausdruck der Missachtung gegenüber einem hochqualifizierten Berufsstand. Trotzdem müssen wir diese letzte Ausfahrt vor der Maut nehmen“. Der BZÄK-Präsident bemühte sich um diese Metapher, um den LZK-Delegierten deutlich zu machen, dass es nicht besser werden kann, sondern im Gegenteil, dass bei einer Ablehnung des GOZ-Referentenentwurfes sogar eine schlechtere Alternative drohe. Damit meinte er den GOZ-Entwurf der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt, der der Zahnärzteschaft die Öffnungsklausel und ein Millionenminus beschert hätte, bei ebenfalls neutralem Punktwert. Demgegenüber lägen die Vorteile des jetzigen Referentenentwurfes aus dem FDP-geführten Bundesgesundheitsministerium nach Auffassung der Bundeszahnärztekammer klar auf der Hand: Ein Plus von 345 Millionen, keine Öffnungsklausel und die Beibehaltung von § 2.

In einer von den Delegierten teils emotional, teils sachlich geführten Debatte, setzte sich Dr. Peter Engel schließlich gegen die Vorwürfe zur Wehr, die Bundeszahnärztekammer hätte „mehr Flagge“ und mehr Stand-

vermögen zeigen müssen und sich in Anbetracht des sich abzeichnenden Referentenentwurfes aus den Gesprächen mit dem Bundesgesundheitsministerium zurückziehen sollen. Dr. Engel betonte, dass er in der Verantwortung stehe, zwischen schlecht und ganz schlecht abzuwägen und immer versucht hat, diese Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen in Verantwortung für den Berufsstand gerecht zu werden. Seiner Meinung nach hätte ein bloßes ‚Nein‘ nichts gebracht. Eben werde man seiner Meinung nach bei Ablehnung des vorliegenden Referentenentwurfes zur alten GOZ zurückkehren können. „Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, bei Ablehnung des jetzigen Referentenentwurfes bekommen wir nicht die alte GOZ“.



BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel

Der Bundesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Dr. Karl-Heinz Sundmacher, betonte noch einmal die „Rechtlosigkeit der eigenen Position“, die gegeben sei, weil die Gebührenordnung vom Staat „verordnet“ werde und die Bundeszahnärztekammer schon immer nur ein beratendes Mandat, aber niemals ein wirkliches

Mitspracherecht bei den Gesprächen im Bundesministerium für Gesundheit hatte.

In seiner kurzen Präsentation bewertete und erläuterte der GOZ-Referent der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Jan Wilz, den Leistungsteil des Referentenentwurfes und gab den Delegierten einen interessanten Einblick über die entfallenen oder neu eingefügten Leistungen sowie Veränderungen in allen Abschnitten.

Nachbesserungen gefordert



Dr. Torsten Tomppert

Die Delegierten der Vertreterversammlung forderten als Ergebnis der Diskussion in ihrer Resolution zur GOZ umfangreiche Nachbesserungen am vorliegenden Referentenentwurf. Diese umfassten eine Punktwertanhebung, die Beibehaltung des Einzelleistungsprinzips, die Streichung des durchschnittlichen Zeitaufwands als Kriterium zur Bemessung der Gebühren, keine weitere Ausweitung des Verwaltungs- und Bürokratieaufwandes, eine stärkere Berücksichtigung einer präventions- und minimalinvasiven Zahnheilkunde im Leistungsteil und vor allem eine Anpassungsklausel, damit die Zahnärzte-

schaft nicht erneut über 23 Jahre auf eine Gebührenanpassung warten muss.

Die Bundeszahnärztekammer bleibe weiter am Ball, so Dr. Engel, und werde die Zeit nutzen, weitere Verbesserungsvorschläge in den Entscheidungsprozess einzubringen. Allerdings seien jetzt die Landes Zahnärztekammern in den jeweiligen Bundesländern am Zug, um Stellungnahmen in den Sozialministerien mit Änderungswünschen abzugeben, damit diese bei der Abstimmung des GOZ-Kabinettsentwurfes im Deutschen Bundesrat im November 2011 berücksichtigt werden können.

Wenn, so Dr. Engel kämpferisch, eine Mindestpunktwerthöhung in Höhe der GOÄ, d.h. 3,5 Prozent, unterbleiben sollte, wäre dies für ihn sogar ein Grund, Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen.

Neben dem geplanten Patientenrechtegesetz und der Reform der Gebührenordnung für Zahnärzte umfassten die von den Delegierten geforderten Tagesordnungspunkte für die außerordentliche Vertreterversammlung des Weiteren die Themen Bewertungsportale und das Fehlermeldesystem „Jeder Zahn zählt“ sowie die Einführung eines Fachzahnarztes für Allgemeine Zahnheilkunde.

Bewertungsportale im Web

Online-Bewertungen von Medizinern nehmen an Bedeutung zu. Dr. Engel erläuterte den Delegierten die derzeitigen Aktivitäten der Bundeszahnärztekammer. Diese hat in Kooperation mit dem Ärztlichen Zentrum für Qualität in der Medizin (ÄZQ) und in Zusammenarbeit mit der Bundesärztekammer sowie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Qualitätskriterien für Online-Portale definiert, um allgemeingültige Qualitätsstandards für Online-Bewertungen zu entwickeln. „Weiße Liste“ heißt ein Modellprojekt, das auf Initiative der AOK und der Bertelsmann Stiftung

derzeit in Thüringen läuft. Der Arzt-Navigator soll ein seriöses Projekt sein, auch deshalb engagieren sich sowohl die Kassenzahnärztliche Vereinigung als auch die Kammer Thüringens im Beirat dieses Projektes.

Fehlerberichts- und Lernsystem „Jeder Zahn zählt“

Des Weiteren erläuterte Dr. Engel den Delegierten den aktuellen Sachstand zu dem Pilotprojekt „Jeder Zahn zählt“, einem Fehlerberichts- und Lernsystem für Zahnarztpraxen, das vom Vorstandsausschuss des Instituts Deutscher Zahnärzte (IDZ) im Dezember 2009 beschlossen wurde. Das Modellprojekt sollte in gemeinsamer Regie der Zahnärztlichen Zentralstelle für Qualitätssicherung (zzq) im IDZ mit dem Institut für Allgemeinmedizin der Universität Frankfurt a. M. durchgeführt werden. In einer weiteren IDZ-Vorstandssitzung wurde dann entschieden, das Projekt zunächst nur als Pilotprojekt für einen begrenzten internen zahnärztlichen Nutzerkreis durchzuführen, weiterhin mit wissenschaftlicher Begleitung. Aufgrund einer ungeplanten frühzeitigen Online-Präsenz hat die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung inzwischen die Entscheidung getroffen, am Projekt „Jeder Zahn zählt“ nicht mehr mitzuwirken. Dr. Peter Engel gab den Delegierten zur Kenntnis, dass die Bundeszahnärztekammer beabsichtige, das Projekt in Eigenregie weiterzuführen – auch weil im geplanten Patientenrechtegesetz dem Fehlermanagement große Bedeutung eingeräumt werde.

Fachzahnarzt für allgemeine Zahnheilkunde

In großer Übereinstimmung äußerten die LZK-Delegierten ihren Unmut über die Bestrebungen des BZÄK-Beirates Fortbildung und des hessischen Kammerpräsidenten und Vizepräsidenten der Bundeszahnärztekammer, Dr. Michael Frank, bei der geplanten

Novelle des Heilberufe-Kammergesetzes in Hessen die Implementierung eines Fachzahnarztes für allgemeine Zahnheilkunde festzuschreiben.

„Wir sind bereits Fachzahnärzte für Zähne und orale Mundgesundheit, wir wollen den Generalisten stärken und keinen zusätzlichen Fachzahnarzt für allgemeine Zahnheilkunde“ – mit diesen Worten kommentierte Dr. Eva Hemberger diese Bestrebungen, die viele LZK-Delegierte vehement ablehnen. Damit werde, und darin sind sich die Delegierten einig, dem Berufsstand Schaden zugefügt und gegen gefasste Beschlüsse der Bundesversammlung verstoßen. Dr. Uwe Lückgen forderte diesbezüglich Konsequenzen. In einem einstimmig verabschiedeten Antrag missbilligte die Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg die Aktivitäten des BZÄK-Vizepräsidenten Dr. Frank und sprach ihm das Misstrauen aus.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt in der Vertreterversammlung war die Nachwahl für die durch den Tod des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Klaus-Peter Rieger, vakant gewordenen Positionen im Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen und eines Beauftragten der Arbeitgeber im Berufsbildungsausschuss für Zahnmedizinische Fachangestellte. Die Delegierten wählten Dr. Bernd Krämer, Heilbronn, als neues Mitglied in den Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und Dr. Elisabeth Hillerich, Ulm, als Beauftragte der Arbeitgeber in den Berufsbildungsausschuss.

Haushaltsausschuss der LZK

Der Haushaltsausschuss setzte im Berichtsjahr seine Arbeit erfolgreich unter der Führung von Dr. Eva Hemberger fort. Das Team um die Vorsitzende des LZK-Haushaltsausschusses setzt sich aus dem stellvertretenden Ausschuss-Vorsitzenden, Dr. Jürgen Carow, sowie den weiteren Mitgliedern, Dr. Bert Bauder, Dr. Martin Nägele, Dr. Christian Scheytt zusammen.



Dr. Bert Bauder, Dr. Jürgen Carow, Dr. Eva Hemberger, Dr. Martin Nägele, Dr. Christian Scheytt

Der Haushaltsausschuss führte im Berichtsjahr eine Sondersitzung und vier Haushaltsausschusssitzungen durch. In einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit dem LZK-Vorstand bereitete der Haushaltsausschuss den Jahresabschluss 2010, den Haushaltsplan 2012 sowie haushaltsrelevante Satzungsänderungen vor. Daneben tagte der Haushaltsausschuss mit Mitgliedern des Vorstands im Rahmen einer Schlussbesprechung mit der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer.

Besondere Arbeitsschwerpunkte in diesem Jahr waren:

- Begleitung der Aufarbeitung Beitragsveranlagung und Forderungsbestand in der Bezirkszahnärztekammer Freiburg

- Vorstellung verschiedener Anlageinstitute und Vermögensverwaltungen im Rahmen der Beratung der Finanz- und Geldanlagen
- Projekt „Räumliche Veränderung“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, insbesondere die Finanz- und Investitionsplanung
- Vor-Ort-Prüfungen des Betriebs-, Wirtschafts-, Rechnungswesens durch die Mitglieder der Haushaltsausschüsse
- Änderung von haushaltsrelevanten Satzungsbestimmungen, Ordnungen, Richtlinien und Leitlinien

Vor-Ort-Prüfungen

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses führten in der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sowie in der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart die Prüfungen der Belege des Haushaltsjahres 2010 durch. Die Belegprüfungen in den Bezirkszahnärztekammern werden bisher regelmäßig im laufenden Haushaltsjahr von den dortigen Haushaltsausschüssen der Bezirkszahnärztekammern vorgenommen. Alle Prüfungen ergaben keine Beanstandungen. Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Eva Hemberger, führte gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Eberhard Montigel, die Belegprüfung im Informationszentrum Zahn-gesundheit Baden-Württemberg und Zahn-ärzteblatt Baden-Württemberg durch.

MITGLIEDER DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg, Vorsitzende
Dr. Jürgen CAROW, Flein, stv. Vorsitzender
Dr. Bert BAUDER, Mannheim
Dr. Martin NÄGELE, Teningen
Dr. Christian SCHEYTT, Ulm

Jahresabschlussrechnung 2010 und konsolidierte Bilanz mit Ertrags- und Aufwandsrechnung

Die Verwaltungen der Geschäftsstelle sowie der Teilorganisationen in den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen und den Fortbildungseinrichtungen erstellten jeweils ihre Teilbilanzen.

Das Bild des Schiffes mit den sieben Segeln verfestigt sich weiter. Die Teilbilanzen der LZK-Geschäftsstelle und der Bezirkszahnärztekammern sowie der beiden kammer-eigenen Fortbildungseinrichtungen bildeten den konsolidierten Jahresabschluss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. In den letzten Jahren wurden bereits einzelne wichtige Teilschritte der Konsolidierung der Bilanz der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg vollzogen. Die Konsolidierung der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen der Teilorganisationen untereinander wird mit Hilfe des Konsolidierungsbogens abgestimmt.

In der gemeinsamen Sitzung des Vorstands und des Haushaltsausschusses am 15.10.2011 schloss sich der Vorstand dem Beschluss des Haushaltsausschusses an, der Vertreterversammlung vorzuschlagen, dass die Verwendung der Mehreinnahmen 2010 der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bzw. der Ausgleich des Jahresergebnisses wie folgt gehandhabt wird:

- LZK-Geschäftsstelle: Zuweisung in die Betriebsmittelrücklage 114.142,73 € und in die Rücklage für drohende Verluste von Finanzanlagen 188.091,15 €
- Bezirkszahnärztekammern: die Mehreinnahmen verbleiben bei den Teilorganisationen und werden dem jeweiligen Aktionshaushalt zugeführt

- Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe: Zuweisung in die Investitionsrücklage 490.000,00 €, und die Betriebsmittelrücklage 7.135,00 €
- Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart: Auflösung der Investitionsrücklage 104.650,32 €

Jahresabschluss und Prüftätigkeit



Dr. Eva Hemberger zu Gast im LZK-Vorstand

Gemäß der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ist der Jahresabschluss mit Bilanz und Ertrags- und Aufwandsrechnung vom Haushaltsausschuss unter Zuziehung eines Wirtschaftsprüfers zu prüfen. Der Haushaltsausschuss nahm die Einsichtnahme in die Belege und die Kontrolle der Geld- und Bankbestände persönlich im Rahmen der Vor-Ort-Prüfungen vor. Zum Prüfer bestellte der Haushaltsausschuss, im Benehmen mit dem Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, die Prüfstelle der Bundes Zahnärztekammer. Die Prüfung wurde von der Prüfstelle der Bundes Zahnärztekammer in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verhülsdonk & Partner GmbH, Köln durchgeführt. In der Schlussbesprechung am 30.09.2011 er-

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Kathleen KAMPRATH
Ralf KRAFT
Inge HÖLLMÜLLER

läuterte Karsten Kelm, der Leiter der Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer, und Herr Überholz, Verhülsdonk und Partner, die im Jahr 2010 erzielten Einnahmen und getätigten Ausgaben. Des Weiteren erläuterte er die Entwicklung der Aktiva und Passiva der Bilanz.

Bei der Erläuterung der Forderungen der einzelnen Teilorganisationen unterstrich Herr Kelm, dass weiterhin am Forderungsmanagement in der Bezirkszahnärztekammer Freiburg gearbeitet werden müsse und dass diese Arbeiten (Übertragung des 2. Mandanten in den Hauptmandanten) im laufenden Jahr erfolgen und mit der Bilanz 2011 abgeschlossen sein müssen. Er betonte die dringende Notwendigkeit, dass ein automatisiertes Mahnwesen installiert wird.

Besondere Schwerpunkte der diesjährigen Prüfung waren:

- Forderungsmanagement
- Beitrag, Mitgliederverwaltung
- Verbindlichkeiten
- Anlagevermögen, insb. Finanzanlagen
- Bewertung der Rückstellungen
- Konsolidierung

Über alle Prüfungen in den Teilorganisationen und über den konsolidierten Jahresabschluss erstellte die Prüfstelle der Bundeszahnärztekammer wie in den Jahren zuvor einen Prüfbericht. Auf die Möglichkeit der Einsichtnahme in die Prüfberichte, die in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in der Zeit vom 7. bis 27.11.2011 zur Einsichtnahme auslagen wurde im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg Heft 11/2011 hingewiesen.

Die Prüfstelle konnte bestätigen, dass der konsolidierte Jahresabschluss der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (einschließlich der Jahresabschlüsse der Teilorganisationen) aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen

Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg sowie den hierzu ergangenen Richtlinien und Ordnungen entspricht. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Controlling

Ein wichtiges Element des Haushaltswesens der Kammer ist seit Jahren das Controlling. Das Controlling umfasst die Analyse und Erläuterungen der aktuellen Finanzbuchhaltung gegenüber den geplanten Haushaltsansätzen. Der Stand der Einnahmen und Aufwendungen wird entsprechend dem Ampelsystem gekennzeichnet. Die Controlling-Auswertungen werden in allen Teilorganisationen quartalsweise erstellt. Durch die direkte Anbindung in die Buchhaltungssoftware ist es möglich, zeitnah die in Verantwortung stehenden Ehrenamtsträger über die unterjährige Entwicklung zu informieren, um so Handlungsspielräume auszunutzen und bei Bedarf Entwicklungen zu steuern. Das Controlling dient nicht nur der Transparenz, sondern ermöglicht als Steuerungsinstrument erweiterte Transparenz und gezielte Sacharbeit. Es dient der Qualitätssicherung. Auch das Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg sowie das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg erstellten vierteljährliche Controlling- Auswertungen.

Finanz- und Geldanlagen

Ein besonderes Augenmerk hatte der Haushaltsausschuss auch in diesem Jahr wieder auf die Finanz- und Geldanlagen der Kammer. Der Haushaltsausschuss wurde durch die Haushaltsausschuss-Vorsitzende, Dr. Eva Hemberger, in jeder Sitzung sehr umfangreich über den aktuellen Stand und die Entwicklung der gesamten Anlagen informiert. Es ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Geldanlagen für die Betriebsmittelrücklage und Investitionsrücklage sowie

die längerfristigen Finanzanlagen für die Rückstellungen der Betrieblichen Altersversorgung. Der Anlagemix entsprechend der „Empfehlungen für Geldanlagen“ der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg hat sich auch in diesem Jahr in der derzeitigen Finanzmarktsituation bewährt. Leider sind in diesem Jahr Verluste aus der Finanzanlage eines Immobilienfonds zu verzeichnen.

Die Frage nach der zukünftigen Vermögensverwaltung der Finanz- und Geldanlagen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg beschäftigte den Haushaltsausschuss in allen Sitzungen des Jahres. Aufgrund der Volatilität der Märkte wird es immer schwieriger den angesetzten Rechnungszins der Erfüllungsbeträge tatsächlich zu erwirtschaften. Verschiedene Anlageinstitute stellten sich und ihre Produkte zur Vermögensverwaltung vor. Der Haushaltsausschuss hat sich nach eingehenden Beratungen im Einvernehmen mit dem Vorstand der Landeszahnärztekammer dafür ausgesprochen, die Vermögensverwaltung an LBBW Asset Management zu übergeben. Es ist vorgesehen unter Zuhilfenahme von LBBW Asset Management langfristig das Portfolio der längerfristigen Finanzanlagen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in die Vermögensverwaltung der LBBW Asset Management zu übergeben.

Rückstellungen für Betriebliche Altersversorgung

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bildet Rückstellungen für die Zusagen der Betrieblichen Altersversorgung ihrer Angestellten. Auf die Rückstellung für Betriebliche Altersversorgung haben sowohl die derzeitigen und zukünftigen Renditemöglichkeiten als auch Gesetze eine Auswirkung. So wurde mit der Bilanz 2010 erstmalig eine Bilanzierung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) vorgenommen. Dies hat Auswirkungen auf den Rechnungszins

und den Erfüllungswert zur Rückstellung. Der Rechnungszins ist von nun an verbindlich gesetzlich geregelt. Da sich gleichzeitig die Berechnungsgrundlage für das Gutachten ändert, führt das Gesetz zu einer weiteren Erhöhung des Rückstellungsbedarfs. Der Haushaltsausschuss hat sich bereits 2009 dafür ausgesprochen, analog der gesetzlichen Übergangsregelungen, die eine Verteilung auf fünfzehn Jahre erlauben, die Belastung aus dieser Erhöhung durch die Umstellung des gesetzlichen Verfahrens auf zehn Jahre zu verteilen. Die Beträge wurden in die Haushaltsanforderungen entsprechend eingeplant.

Haushaltsplanung und Kammerbeitrag



Anzahl der Kammermitglieder 2011 nach Beitragsgruppen

Der gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgabe folgend, hat der Haushaltsausschuss den Haushaltsplan 2012 der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg aufgestellt. In der Sondersitzung 2011 fand eine Vorbesprechung der anstehenden Planungen der Haushaltsanforderungen unter Einbeziehung des Controllings des 2. Quartals 2011 statt. Die Prüfer der BZÄK-Prüfstelle sehen Verbesserungsbedarf bei den Bezirkszahnärztekammern bezüglich der einheitlichen Verbuchung inhaltsgleicher

Sachverhalte. Der Haushaltsausschuss beauftragte die Verwaltungen, ihre Haushaltspläne zu überarbeiten und Konteninhalte gemeinsam zu benennen. In der Sitzung am 30.09.2011 nahm der Haushaltsausschuss die Zusammenführung der Haushaltsanforderungen der einzelnen Teilorganisationen zum Haushaltsplan 2012 vor, den der Haushaltsausschuss dem Vorstand in der gemeinsamen Sitzung zur Beratung vorlegte. Vorstand und Haushaltsausschuss haben der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gemeinsam einen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 vorgeschlagen. Der Stellenplan und der Investitionsplan sind ein wichtiger Bestandteil der Haushaltsplanung und die Grundlage der Personalkostenplanung sowie der Entwicklungsplanung des Anlagevermögens.

Die Beitragstabelle, die der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden wird, wurde auf der Grundlage des Haushaltsplans 2012 aufgestellt.

Räumliche Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Mehrfach war die „Räumliche Veränderung“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe auf der Tagesordnung. In der Sondersitzung des Haushaltsausschusses wurde erstmals kurz über das anstehende Projekt „Gartencarré“ unter dem Thema „Räumliche Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe“ berichtet. Die Haushaltsausschuss-Vorsitzende, Frau Dr. Eva Hemberger, nahm im laufenden Jahr an den Sitzungen des Verwaltungsrats der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe teil. Der Haushaltsausschuss machte deutlich, welche Unterlagen für eine sachliche finanzielle Beurteilung des Projekts aufbereitet werden müssen. Im Vorfeld der Sitzung des Haushaltsausschusses am 30.09.2011 wurde auf Vorschlag der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses in Ab-

sprache mit dem Präsidenten und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe Herr Frank von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bansbach und Schübel, Stuttgart, mit einer Plausibilitätsprüfung der Projektunterlagen beauftragt und zur Sitzung des Haushaltsausschusses eingeladen. Es ergaben sich zahlreiche Fragen, die bis zur gemeinsamen Sitzung mit dem Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg bearbeitet wurden.

Der Haushaltsausschuss und der Vorstand beschlossen in ihrer gemeinsamen Sitzung am 15.10.2011, dem Vorschlag des Verwaltungsrats der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe zu folgen, das Projekt „Räumliche Veränderung der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe Gartencarré“ zu befürworten und dass die im Haushaltsausschuss und der gemeinsamen Sitzung erarbeiteten Ergebnisse in die weiterführenden Verhandlungen und die Durchführung miteinfließen werden.

Änderungen von Ordnungen und Richtlinien sowie Leitlinien mit haushalterischen Auswirkungen

Der Haushaltsausschuss beschäftigte sich mit der Änderung folgender haushaltsrelevanter Ordnungen und Richtlinien:

- **Leitlinien zur Bearbeitung von Anträgen auf Erlass und Ermäßigung**
Es wurde eine einheitlichen Grundlage für niedergelassene und angestellt tätige Zahnärzte geschaffen. Die monatlichen Bruttobezüge von Angestellten bzw. die monatlichen Einkünfte aus eigener Praxis, die die Basis für die Entscheidung eines Antrags auf Erlass oder Ermäßigung sind, wurden angehoben und die prozentualen Kürzungssätze angepasst.

- **Aufwandsentschädigungsordnung**
Der Haushaltsausschuss hat im zweijährigen Turnus die Aufwandsentschädigung zu überprüfen. In Abstimmung mit dem Vorstand wird die Neuaufnahme der Haushaltsausschussvorsitzenden der Bezirkszahnärztekammern in die Ordnung und die Erhöhung von einzelnen Aufwandsentschädigungen empfohlen.
- **Satzung der Landeszahnärztekammer**
Der Haushaltsausschusses hat sich dafür ausgesprochen, dass er in die Vor-Ort-Prüfung der Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung der Bezirkszahnärztekammern eingebunden werden soll. Deshalb wurde empfohlen in die Satzung aufzunehmen, dass ein Vertreter des Haushaltsausschusses der Landeszahnärztekammer, der nicht zugleich Mitglied im Haushaltsausschuss der zu prüfenden Bezirkszahnärztekammer ist, an der Vor-Ort-Prüfung teilnimmt. Der Haushaltsausschuss hat festgestellt, dass die Entlastung der Rechnungsführer satzungsrechtliche Aufgabe der LZK-Vertreterversammlung ist, und vorgeschlagen die Satzung dahingehend zu ändern, dass die Vertreterversammlung der Bezirkszahnärztekammer der LZK-Vertreterversammlung eine entsprechende „Entlastung für ihren Teilhaushalt empfiehlt“.
- **Richtlinie über die Prüftätigkeit der Haushaltsausschüsse**
Die Richtlinie regelt die Durchführung der Prüfung der Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsprüfung. In Anlehnung an die Satzungsänderung bezüglich der Einbindung des Haushaltsausschusses in die Vor-Ort-Prüfung der Betriebs-, Wirtschafts- und Rechnungsführung der Bezirkszahnärztekammern, wird empfohlen, in die Richtlinie aufzunehmen, dass ein Vertreter des Haushaltsausschusses der Landeszahnärztekammer, der nicht zugleich Mitglied im Haushaltsausschuss

der zu prüfenden Bezirkszahnärztekammer ist, an der Vor-Ort-Prüfung teilnimmt.

Bundeszahnärztekammer

Die Vorsitzende des Haushaltsausschusses der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist Mitglied im Haushaltsausschuss der Bundeszahnärztekammer und seit 01.01.2011 dessen stellvertretende Vorsitzende.

Landesberufsgericht für Zahnärzte

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg gehört zu einer von zwei Zahnärztekammern im Bundesgebiet, bei der die berufsständische Gerichtsbarkeit angesiedelt ist. Während in den anderen Bundesländern, die Berufsgerichtsbarkeit vor staatlichen Verwaltungs- oder Strafgerichten verhandelt wird, ist im Land Baden-Württemberg per Heilberufe-Kammergesetz und Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der berufsgerichtlichen Verfahren nach dem (Heilberufe-)Kammergesetz (Berufsgerichtsordnung – BGO), diese hoheitliche Aufgabe der Kammer übertragen. Ungeachtet dessen handelt es sich aber dennoch bei den Berufsgerichten der Kammer um staatliche Gerichte.



**LANDESBERUFSGERICHT
FÜR ZAHNÄRZTE**

Zur Erfüllung dieser Kammeraufgabe ist bei den Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen je ein erstinstanzliches Bezirksberufsgericht für Zahnärzte und bei der Landeszahnärztekammer ein Landesberufsgericht für Zahnärzte als Berufungsinstanz eingerichtet. Diese Berufsgerichte haben allesamt Organstatus und sind ordentliche deutsche Gerichte. Die Berufsrichter, gleich ob in erster oder zweiter Instanz, besitzen richterliche Unabhängigkeit und werden auf Vorschlag der Landeszahnärztekammer vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Frauen, Familien und Senioren Baden-Württemberg im Einvernehmen mit dem Justizministerium Baden-Württemberg bestellt.

Das Landesberufsgericht tagte bis zum 29.07.2011 in unveränderter Besetzung.

Berufsgerichtsverfahren weiter rückläufig

Im Berichtszeitraum ist die Anzahl der Berufsgerichtsverfahren in der ersten Instanz vor den jeweiligen Bezirksberufsgerichten minimal von 29 auf 28 Verfahren gesunken. Allerdings ist ein Anstieg der Berufungsverfahren vor dem Landesberufsgericht von 3 auf 5 zu verzeichnen. Detaillierte Angaben zu den Berufsgerichtsverfahren und welche berufsrechtlichen Verstöße diesen zugrunde lagen, ergibt sich aus der nachfolgenden Statistik.

Beschwerdeverfahren gegen Einstellung der Ermittlungsverfahren

Zur Aufgabe des Landesberufsgerichts für Zahnärzte in Stuttgart gehört es nach der Berufsgerichtsordnung auch, Beschwerden gegen die Einstellung von berufsgerichtlichen Ermittlungsverfahren zu bescheiden.

Nach der Berufsgerichtsordnung (§ 24 Abs. 2 BGO) kann ein Anzeigeerstanter, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Bekanntmachung der Einstellung des Ermittlungsverfahrens durch den Kammeranwalt, beim Landesberufsgericht für Zahnärzte eine Prüfung dahingehend verlangen, ob die Einstellung rechtmäßig war. Im Berichtsjahr musste sich das Landesberufsgericht lediglich mit zwei Anträgen auf berufsgerichtliche Entscheidung befassen. Einer wurde als unzulässig und der andere als unbegründet vom Landesberufsgericht verworfen.

Ermittlungsverfahren

Zuständig für die Ermittlungsverfahren bei den Bezirkszahnärztekammern sind die dort tätigen Kammeranwälte. Sie sind Ermittlungsführer und Vertreter der Kammer im Rahmen der berufsgerichtlichen Klage vor den Berufsgerichten.

Sobald die Kammeranwälte vom Verdacht einer berufsunwürdigen Handlung Kenntnis

MITGLIEDER DES LANDESBERUFSGERICHTS

Lutz-Rüdiger VON AU, Präsident des LG Ulm/ Donau, Vorsitzender

Helmut SCHWALL, LMinRat a. D., juristischer Beisitzer, Sindelfingen (bis 29.07.2011)

Reiner FREY, Präsident des LG Tübingen, juristischer Beisitzer, Tübingen (ab 30.07.2011)

Dr. Stephan HAENEL, 1. zahnärztlicher Beisitzer, Zell a. H.

Dr. Hans-Peter STICHS, 2. zahnärztlicher Beisitzer, Weinheim

Dr. Harald HERMANN, 3. zahnärztlicher Beisitzer, Stuttgart

erlangen, sind sie verpflichtet, ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. Die Kammeranwälte sind, mit Ausnahme im Ermittlungsverfahren, an Weisungen der sie bestellenden Bezirksvorstände gebunden.

LMinRat a. D. Helmut Schwall aus dem Landesberufsgericht ausgeschieden

Der seit 20 Jahren als juristischer Beisitzer beim Landesberufsgericht für Zahnärzte in Stuttgart tätige LMinRat a. D. Helmut Schwall hat zum 29.07.2011 sein Amt abgegeben. Helmut Schwall war seit 28.07.1981 Mitglied des Landesberufsgerichts.



LZK-Präsident Dr. Udo Lenke ehrt LMinRat a. D. Helmut Schwall bei der Berufsgerichtstagung

Für stolze 30 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit – zehn Jahre als stv. juristischer Beisitzer und 20 Jahre als 1. juristischer Beisitzer im Landesberufsgericht der Landeszahnärztekammer – ehrte LZK-Präsident Dr. Udo Lenke LMinRat Helmut Schwall. Mit „hohem persönlichen Engagement“ habe Helmut Schwall dazu beigetragen, dass „sich das Landesberufsgericht durch eine lebensnah getragene und zahnarztverständliche Rechtssprechung in positiver Weise auszeichnet“. Dies sei insbesondere in Zeiten, in denen Verbraucher-

schutz und Patientenrechte eine immer größere Rolle spielten, von immenser Bedeutung.

Lutz-Rüdiger von Au würdigte „Herzblut und Warmherzigkeit, den scharfen juristischen Verstand und die riesige Erfahrung“ Helmut Schwalls, die ihm eine große Hilfe bei der Übernahme des Vorsitzes im Landesberufsgericht für Zahnärzte 2007 gewesen seien.

Zum Nachfolger von Helmut Schwall als juristischer Beisitzer des Landesberufsgericht für Zahnärzte in Stuttgart wurde von der Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg Ende vergangenen Jahres, Reiner Frey, Präsident des Landgericht Tübingen, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Frauen, Familien und Senioren Baden-Württemberg, vorgeschlagen und von dort mit Wirkung vom 30.07.2011 bestellt.

Berufsgerichtstagung

Am 26.02.2011 fand in Stuttgart im Zahnärztehaus eine Berufsgerichtstagung für die Mitglieder des Landesberufs- und der Bezirksberufsgerichte sowie für die Kammeranwälte aus den Bezirken statt. Geladen war auch der komplette Vorstand der Landeszahnärztekammer und einige Vorstandsmitglieder ließen es sich nicht nehmen, an der Tagung teilzunehmen, um auch die juristische Sichtweise der Berufsrichter kennen zu lernen. Der Vorsitzende des Landesberufsgerichts, Lutz-Rüdiger von Au, Präsident des Landgericht Ulm, freute



Vorsitzender des Landesberufsgerichts, Lutz-Rüdiger von Au

STELLVERTRETENDE MITGLIEDER DES LANDESBERUFSGERICHTS

Till JAKOB, Richter am OLG Stuttgart, stv. Vorsitzender

Siegfried MAHLER, Ltd. Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, stv. juristischer Beisitzer

Dr. Klaus DE CASSAN, stv. 1. zahnärztlicher Beisitzer, Murg

Dr. Gerald FUCHS, stv. 2. zahnärztlicher Beisitzer, Rastatt

Dr. Frank RÜHLE, stv. 3. zahnärztlicher Beisitzer, Dettenhausen

sich in seiner Begrüßungsrede, dass das zahnärztliche Berufsrecht Zahnärzte und Juristen zu einer Berufsgerichtstagung zusammengeführt hat, um professionsübergreifend gemeinsame Probleme diskutieren zu können.

Konkreter Anlass für die Berufsgerichtstagung und somit deren Hauptthema war die zum Ende des Jahres 2010 in Kraft getretene neue Berufsordnung für Zahnärzte der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. In weiten Teilen hat sich die Landeszahnärztekammer an die Muster-Berufsordnung der Bundeszahnärztekammer angelehnt. „Für die Zukunft muss eine bundeseinheitliche Berufsordnung das Ziel sein“, betonte LZK-Direktor Axel Maag, der durch die neue Berufsordnung führte.



Die Tagungsteilnehmer verfolgen die von LZK-Direktor Axel Maag vorgetragenen Änderungen der neuen Berufsordnung.

Neben der neuen Berufsordnung für Zahnärzte standen auch aktuelle berufsrechtliche Themen und neuere Gerichtsentscheidungen, die Auswirkungen auf die Berufsgeschäftbarkeit haben, auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende von Au gab einen Überblick über die Rechtsprechung des Landesberufsgerichts seit 2007. Rückblickend habe die Liberalisierung bei der Werbung zu einem Rückgang berufsgerichtlicher Verfahren geführt, so von Au. Werbefälle lägen dem Gericht noch immer vor, doch gehe es nicht

mehr um die Größe des Praxisschilds, sondern meist um Art, Umfang und Inhalt werbender Internetauftritte.

Im Zusammenhang mit der Verhandlung von Werbefällen wurde von zahnärztlicher Seite an die Kammeranwälte und Berufsrichter appelliert, pragmatische Entscheidungen zu fällen. Es sei insbesondere der jüngeren Kollegenschaft schwer vermittelbar, warum übliche Werbepraktiken im zahnärztlichen Bereich nicht erlaubt seien, während dies im wirtschaftlichen Verkehr möglich sei. In den Praxen müssten vermehrt Marktmechanismen zum Tragen kommen, weil die Praxen mittlerweile 2/3 ihres Umsatzes durch direkt bezahlte Leistungen erwirtschaften. Von Au verwies darauf, dass sich die Kammeranwälte und die Berufsrichter an die Vorgaben in der Berufsordnung zu halten habe und dass die Lösung in einer weiteren Liberalisierung der Berufsordnung liege.



Stv. Kammeranwalt, StA Karsten-Nils Schwarz und Kammeranwalt, OStA. Edgar Villwock der BZK Freiburg, der stv. 1. juristische Beisitzer des Landesberufsgerichts, Ltd. OStA. Siegfried Mahler und der Vorsitzende des Bezirksberufsgerichts Karlsruhe, Rolf Glenz, diskutieren über die neue Berufsordnung.

Diskutiert wurden auch die beiden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVG) zum Preisvergleich im Internetportal, an denen beides Mal das Landesberufsgericht für Zahnärzte in Stuttgart beteiligt war.

Auch wenn das BVG den Verfassungsbeschwerden stattgegeben hat, so waren sich die anwesenden Tagungsteilnehmer doch einig, dass einiges dafür spreche, auch zukünftig über die Einhaltung der Berufspflichten von Seiten der Kammer zu wachen, da dies unter anderem ihr gesetzlicher Auftrag sei.

Weiteres Thema der Berufsgerichtstagung war auch die Diskussion über die im Rahmen der geplanten Novellierung des Heilberufekammergesetzes für die Berufsgerichtsbarkeit maßgeblichen Vorschriften. Die Justiziarin der Landeszahnärztekammer, RAin Christine Martin, stellte den mit den anderen Heilberufekammern des Landes abgestimmten Vorschlag für eine Änderung des Heilberufekammergesetzes vor.

Zum Abschluss der Berufsgerichtstagung sprachen sich alle Anwesenden dafür aus, einen noch engeren Kontakt zu pflegen und künftig in jeder Kammerperiode eine Berufsgerichtstagung zu veranstalten.

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2010

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	-	
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens durch Beschluss	2	Einstellung zu Lasten der Kammer (Notdienst) Einstellung gegen Zahlung i. H. v. 1.500 € (Werbung)
Rücknahme der Berufung	-	
Freisprüche	-	
Noch offene Fälle	-	

Verteilung der Berufsverfahren 2010 auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
1	-	-	1

KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg:

Edgar VILLWOCK, Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Freiburg, Freiburg

Bereich Karlsruhe:

Wolfgang KNEIP, Oberstaatsanwalt a. D., Edingen

Bereich Stuttgart:

Rainer CHRIST, Ltd. Oberstaatsanwalt a. D., Winnenden

Bereich Tübingen:

Günter GEIGER, Ltd. Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft Stuttgart, Tübingen

Verhandlungen von Berufungen aus dem Jahr 2011

	Zahl	Verstöße
Verurteilungen	-	
Verurteilungen unter Abänderung der berufsgerichtlichen Maßnahme	-	
Einstellung des Verfahrens	1	Werbung (Einstellung gegen Zahlung einer Geldbuße)
Rücknahme der Berufung	2	Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten und Dokumentationspflichten Betrug zu Lasten der Versicherung
Freisprüche	2	Werbung
Noch offene Fälle	3	Gebührenrechtlicher Verstoß Berufswidrige Werbung Unkollegiales Verhalten

Verteilung der Berufsverfahren 2011 auf die Bezirke

Stuttgart	Karlsruhe	Freiburg	Tübingen
3	4	1	-

STV. KAMMERANWÄLTE

Bereich Freiburg:

Karsten-Nils SCHWARZ, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Freiburg, Freiburg

Bereich Karlsruhe:

Andreas GROSSMANN, Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft Mannheim, Mannheim

Bereich Stuttgart:

Kurt SCHRIMM, Ltd. Oberstaatsanwalt, Leiter der Zentralen Stelle der

Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen, Bondorf

Bereich Tübingen:

Kein Stellvertreter berufen

Erstinstanzliche Verfahren vor den Bezirksberufsgerichten 2011

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Anzahl der Verfahren insgesamt	5	9	4	3
Anzahl der Verurteilungen zu:				
Warnung	-	-	-	-
Verweis	-	-	-	-
Geldbuße	1	4	2	1
Aberkennung der Mitgliedschaft in den Organen der Kammer und den Vertretungen und Ausschüssen in den Untergliederungen	-	-	-	-
Aberkennung des Wahlrechts und der Wählbarkeit in die Organe der Kammer und in die Vertretungen und Ausschüsse der Untergliederungen bis zur Dauer von 5 Jahren	-	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 StPO	-	-	1	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 153 a StPO	1	-	-	-
Anzahl der Einstellungen gem. § 154 StPO	-	-	-	-
Anzahl der Freisprüche	-	-	-	-
Anzahl der noch offenen Fälle	3	5	1	2

Anträge auf berufsgerichtliche Entscheidungen

	Zahl	Sachverhalt
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2010	1	Antrag als unbegründet verworfen
Beschwerden und Anträge aus dem Jahr 2011	1	Antrag als unzulässig verworfen
Noch offene Fälle	-	

Von den Kammeranwälten bearbeitete berufsrechtliche Ermittlungsverfahren

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen
Neueingänge 2011	22	37	10	3
hiervon erledigt durch:				
Einstellung gem. § 153 StPO		-	2	-
Einstellung gem. § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 170 Abs. 2 StPO	5	10	-	-
Einstellung gem. § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 153 a StPO (analog)	1	1	1	-
Einstellung § 23 Abs. 2 BGO i. V. m. § 152 Abs. 2 StPO	-	7		-
Anklage/Antrag nicht förmliches Verfahren	2	4	1	-
Abgabe an andere Kammer	-	-	1	-
2. hiervon noch nicht erledigt	14	12	5	2
davon vorläufige Aussetzung gem. § 56 Abs. 2 BGO	1	1	-	-
3. Verfahren wegen				
Verstoß gegen allgemeine Berufspflichten (§ 2 BO)	7	1	-	-
Nichtbeachtung von Anfragen bzw. Meldungen an die Kammer (§ 3 BO)	1	-	-	-
Verstoß gegen das Gebot einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung (§ 4 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen die Schweigepflicht (§ 7 BO)	1	-	-	-

Verstoß gegen die Kollegialität (§ 8 BO)	1	7	4	-
Verstoß gegen die Regeln der zahnärztlichen Dokumentation (§ 12 BO)	4	-	-	-
Verstoß gegen die Pflichten bei Erstellung von Gutachten (§ 13 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen die Notfalldienstpflicht (§ 14 BO)	1	2	3	1
Gebührenrechtlicher Verstoß (§ 15 BO)	1	1	-	-
Verstoß im Rahmen der Zusammenarbeit mit Dritten (§§ 16 – 19 BO)	-	-	-	-
Verstoß wegen falscher Titelführung (§ 20 BO)	1	10	1	-
Verstoß wegen berufswidriger Werbung (§ 21 BO)	4	11	1	-
Verstoß im Zusammenhang mit dem Praxisschild (§ 22 BO)	-	-	-	-
Verstoß gegen allgemeine gesetzliche Verpflichtungen (Nicht Herausgabe von Behandlungsunterlagen)	1	-	1	-
Berufsrechtlicher Überhang einer strafrechtlichen Verurteilung	-	3	-	-
Sonstiges	22	1	-	-

GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG, Rechtsanwalt, Geschäftsstellenleiter des Landesberufsgerichts
Cäcilia FALK, Sekretariat Landesberufsgericht

Internet und Multimedia haben die Arbeitsweise der LKZ-Geschäftsstelle in den letzten Jahren stark verändert. Und auch künftig wird der Zugang zu Informationen immer stärker über elektronische Datensysteme erfolgen. Diese Veränderungen haben selbstverständlich auch Rückwirkungen auf die Politik und die Verwaltung. Die Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer muss mit der Entwicklung von Multimedia und Internet Schritt halten, um ihre Gestaltungsaufgabe auch zukünftig wahrnehmen zu können. Die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung hat sich stark verändert und der Weg in die Informationsgesellschaft ist ein offener Prozess. Die LKZ-Geschäftsstelle konnte im Berichtsjahr 2011 den Bereich der internen und externen Kommunikation stetig optimieren, so dass nicht zuletzt die Servicequalität und Steigerung der Effizienz das bereits bestehende hohe Niveau nochmals unterstreichen.

„Informationen müssen laufen, nicht die Kammermitglieder“ – dieses Motto wurde auch im Berichtsjahr 2011 in der LKZ-Geschäftsstelle gelebt. Im Bereich der technischen Entwicklungen steht die LKZ-Geschäftsstelle vor einer großen Herausforderung, auf die künftig verstärkt reagiert werden muss: Sie muss für sich selbst definieren, wie sie die ihr übertragenen Aufgaben noch besser erfüllen kann und wie Internet

und Multimedia zu diesem Zweck besser eingesetzt werden können.

Für die Antwort auf diese Frage gibt es kein Patentrezept. Mitten im Wandel sind fernere Ziele nicht klar zu sehen. Differenzierung und Flexibilität sind Kennzeichen der aktuellen Entwicklung. „Zügig aber nicht hastig“ gilt es, die entsprechenden verwaltungstechnischen



LKZ-Formation. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifizieren sich mit der Landes Zahnärztekammer als Arbeitgeberin.

Voraussetzungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang darf zu keiner Zeit die Vielzahl der teils hoch sensiblen personenbezogenen Daten außer Acht gelassen werden. Daher hat der Datenschutz in diesem Zusammenhang eine ganz besondere – auch politische – Bedeutung.

Nur mit Hilfe intelligenter Systeme können die enormen Informationen effizient verwaltet und gemäß den aktuellen rechtlichen Bestimmungen gespeichert werden. Darüber hinaus erhöht sich die Servicequalität für die Kammermitglieder stetig auf hohem Niveau: Bearbeitungszeiten werden verringert oder können durch zeitgemäße Onlineangebote sogar gänzlich umgangen werden.

Qualitätsmanagement in der LKZ-Geschäftsstelle

Eingeführt im Frühjahr des vergangenen Jahres, zeigen sich bereits Synergieeffekte in vielen Bereichen des täglichen Arbeitsablaufs. Zudem konnte die steigende Anzahl und Komplexität der Aufgaben in der LKZ-

PERSONAL IN DER LKZ-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG • Thorsten BECK • Sandy EBERSBACH-STEINIGER • Cäcilia FALK •
Steffen GRIEBSCH • Annerose HAUBER • Inge HÖLLMÜLLER

Geschäftsstelle noch besser bearbeitet werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle setzen die verschiedenen Grundsätze und Handlungsempfehlungen zielführend ein und orientieren sich somit konsequent an den Erwartungen von Ehrenamt und Kammermitglied. Qualitätsmanagement wird in der LZK-Geschäftsstelle nicht als reines Organisations- bzw. Verwaltungsinstrument verstanden, sondern von jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter täglich gelebt. Die Identifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Landes Zahnärztekammer als Arbeitgeberin hat dadurch eine weitere Steigerung erfahren und wird positiv von allen Beteiligten wahrgenommen. Diese positiven Entwicklungen gilt es auszubauen und stetig zu verbessern. Als grundsätzliche Voraussetzungen gilt es dabei auch weiter zu beachten:

- stetige Prüfung und Anpassung des Selbstverständnisses der Verwaltungsarbeit,
- laufende und systematische Ermittlung der Anforderungen und Erwartungen von Kammermitgliedern und Ehrenamt,
- konsequente Unterstützung durch die Führung und
- Akzeptanz von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LZK-Geschäftsstelle.

Aus diesem Grund wurden bereits im vergangenen Jahr Projektgruppen eingerichtet, die sich je nach Bedarf mit aktuellen Themen der Abteilungen beschäftigen und entsprechende Verbesserungsvorschläge unterbreiten. Folgende interdisziplinäre (aus BZK- und LZK-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern) bestehende Projektgruppen wurden auf Verwaltungsebene organisiert:

1. Zentrale Leitung und Steuerung
2. Innere Verwaltung/Übergeordnete Projekte
- 3.1 Zahnärztliche Stelle
- 3.2 Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ)

- 3.3 Patientenberatung/Patienteninformation/Gutachterwesen/Gutachterkommission
- 3.4 Mitgliederverwaltung/ Zahnarzt-Stammdaten
- 3.5 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen/Stammdaten
- 3.6 Finanzen
4. Dokumentenmatrix
5. Beschwerde- und Fehlermanagement

Im Berichtsjahr tagten verschiedene Projektgruppen, um den kontinuierlichen Verbesserungsprozess der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf Landes- und Bezirksebene voranzutreiben.

Für das kommende Jahr sind interne Audits vorgesehen, um im Wege des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) die Umsetzung zu „überprüfen“.

Betriebswirtschaftliche Grundlagen für eine effiziente Verwaltung

Die steigende Transparenz und Effektivität im Rahmen des Qualitätsmanagements spiegelt sich auch in anderen Bereichen der LZK-Geschäftsstelle wieder. Bereits im Jahr 2009 wurden die Weichen für die Einführung eines Controlling-Systems in der Abteilung Finanz-, Rechnungs- und Personalwesen gestellt, das im Jahr 2010 langsam Fahrt aufnahm und zwischenzeitlich eine feste Planungsgröße im Bereich der strategischen Planung der einzelnen Abteilungen darstellt. Diverse Kennzahlen zeigen mögliche Handlungsoptionen auf, so dass ein stetiger Abgleich des Soll- und Ist-Zustandes durchgeführt werden kann, um ggf. zeitnah gegensteuern zu können.

Sitzungen

Im Laufe des Berichtsjahres 2011 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LZK-Geschäftsstelle insgesamt 89 Sitzungen vorbereitet, durchgeführt und protokolliert. Im Einzelnen waren dies:

PERSONAL IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stephanie JORDAN • Kathleen KAMPRATH • Ralf KRAFT • Andrea MADER • Christine MARTIN • Kathrin MÖLLER

- 2 LZK-Vertreterversammlungen
- 1 Klausurtagung des LZK-Vorstandes,
- 8 LZK-Vorstandssitzungen,
- 7 interne LZK-Vorstandssitzungen
- 8 Sitzungen des Präsidiums mit der LZK-Geschäftsführung,
- 63 Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen,
- 2 Hauptverhandlungen des Landesberufsgerichtes.

Darüber hinaus fanden zahlreiche BUS-Dienst-Schulungen der Abteilung Praxisführung sowie Fortbildungsseminare der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) statt.

Regelmäßige Teambesprechungen

Dieses Sitzungskonzept kann nur mit einem funktionierendem Team, mit mannschaftlicher Geschlossenheit absolviert werden. Teamarbeit wird in der LZK-Geschäftsstelle großgeschrieben. Neben der Beantwortung individueller Anfragen von Kammermitgliedern, hat in vielen Bereichen die Team- und Projektarbeit deutlich zugenommen. Umso effektiver und effizienter das Team der LZK-Geschäftsstelle zusammenarbeitet, umso mehr Vorteile bestehen auch für die Kammermitglieder. Dies allein genügt jedoch nicht, denn nur regelmäßige Teambesprechungen stellen sicher, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend informiert sind und anhaltend einheitliche Ziele verfolgen. Aus diesem Grund finden in der LZK-Geschäftsstelle im monatlichen Turnus sowohl kleine Teambesprechungen der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter und große Teambesprechungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LZK-Geschäftsstelle statt.

Gemeinsamer Betriebsausflug

Im Juli des Berichtsjahres fand der erste gemeinsame Betriebsausflug der LZK-Geschäftsstelle mit den Geschäftsstellen der

Bezirkszahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart statt. Die Premiere der „Gemeinschaftsveranstaltung“ startete mit einer Führung im Mannheimer Schloss, der sich ein Mittagessen am Stephanienufer, der Rheinpromenade Mannheims, anschloss. Anschließend ging es zur Weinwanderung und Weinprobe in die Weinberge von Bad Dürkheim. Ein Barbecue mit allerlei Köstlichkeiten vom Grill ließ bei abendlicher Stimmung den schönen Tag im Forsthaus Isenach ausklingen, so dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am späten Abend zu Hause ankamen. Leider konnte die Bezirkszahnärztekammer Tübingen aufgrund kurzfristiger terminlicher Überschneidungen am gemeinsamen Betriebsausflug nicht teilnehmen, was sich wohl im kommenden Jahr ändern dürfte.



Viele interessierte Mitarbeiterinnen testeten am LZK-Stand auf der Fachdental, wie gründlich ihre Händedesinfektion ist.

Fachdental Südwest 2011 – gute Frequentierung des Messestandes

Vom 14.-15.10.2011 fand auf der Landesmesse Stuttgart die Messe Fachdental Südwest statt. Rund 200 Aussteller und 9.000 Fachbesucher an zwei Messtagen zeigten wieder einmal, dass es sich bei der Veranstaltung um eine der größten und erfolgreichsten Fachdental-Veranstaltungen in Deutschland handelt. Vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LZK-Geschäftsstelle wa-

PERSONAL IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Angela MÜCKUSCH • Rocco NEMITZ • Stefan OSCHMANN • Dietmar SORG • Katja VEIT • Marco WAGNER

ren am Messestand der Landeszahnärztekammer vertreten und gaben kompetente Auskünfte zu den Themen Praxishandbuch und Navigator, BuS-Dienst Kammermordell, Hygieneberatung, Aufstiegsfortbildungen für Zahnmedizinische Fachangestellte sowie Stiftung Begabtenförderung. Aber auch Anfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte wurden beantwortet. Als praktische Anwendung konnten die Besucher eine Händedesinfektion durchführen und unter UV-Licht testen, ob alle Handteile gründlich desinfiziert wurden.



Das LZK-Team auf der Fachdental: Thorsten Beck, Dietmar Sorg, Katja Veit und Marco Wagner.

Bestandsaufnahme Bürotechnik

Im Mai dieses Jahres wurde in Abstimmung mit dem LZK-Präsidium eine externe Firma beauftragt, ein Analysegutachten für die bürotechnische Ausstattung der LZK-Geschäftsstelle zu erstellen. Hintergrund war das Auslaufen der derzeitigen Full-Service-Mietverträge der drei kopiertechnischen Großgeräte zum Ende des Jahres 2011. Aus diesem Grund stellte sich die Frage, wie die Verwaltung in Zukunft im Bereich des Bürotechnik-Managements aufgestellt sein soll. Die Bestandsaufnahme beinhaltete die Analyse der bestehenden lokalen Druckeinheiten sowie der drei Großgeräte in den Technik-

räumen. In einem Stockwerkplan wurden die technischen Komponenten entsprechend dargestellt und mit den in der Vergangenheit angefallenen Kosten für die Anschaffung und den lokalen Betrieb abgebildet. Zusätzlich wurde das persönliche Druckverhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der LZK-Geschäftsstelle im Rahmen von Laufwerkständen der einzelnen Druckgeräte und persönlichen Interviews in Erfahrung gebracht. Somit wurde die gesamte Bürokommunikation (kopierende und druckende, sowie Telefax- und Scansysteme) einer Ist-Analyse unterzogen. Die Analyse wurde im Rahmen einer Abschlusspräsentation vorgestellt und das Analysegutachten ausgehändigt. Ziel war in diesem Zusammenhang die anfallenden Gesamtkosten transparent darzustellen, Prozessabläufe aufzuzeigen und ein Gesamtangebot der externen Firma für ein mögliches bürotechnisches Gesamtkonzept erstellen zu lassen. Dieses Angebot beinhaltet eine Handlungsoption, wie die LZK-Geschäftsstelle ohne Einsatz von Investitionen Systeme neuester Technologie nutzen kann bzw. welche Kosteneinsparpotentiale möglich sind. Bei nahezu einer halben Million Blatt Papier, die im Laufe eines Kalenderjahres in der LZK-Geschäftsstelle für diverse Sitzungen wie Vertreterversammlungen, Vorstands-, Präsidiums-, Ausschuss- und Arbeitskreissitzungen sowie Sitzungen des Landesberufsgerichtes als auch der täglichen Sachbearbeitungstätigkeit in den verschiedenen Abteilungen gedruckt und vervielfältigt werden, durchaus ein Haushaltsansatz, bei dem eine Optimierung angestrebt werden konnte. Ein weiterer Baustein im Rahmen des Qualitätsmanagements in der LZK-Geschäftsstelle.

Elektronische Gesundheitskarte und Heilberufsausweis

Nach der Neubewertung der Prozesse zur Einführung der elektronischen Kommunikation im Gesundheitswesen nach den Vorgaben des § 291a SGB V durch das Bundesge-

sundheitsministerium wurden die Prioritäten neu gesetzt. In der dritten Änderungsverordnung zu den Bestimmungen über die Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte wurden die Projekte Versichertenstammdatenmanagement, Notfalldatenmanagement, elektronische Fallakte sowie die Basisinfrastruktur definiert. Ursprünglich hatte der Gesetzgeber die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte als Ersatz für die Krankenversichertenkarte im Jahr 2006 vorgesehen. Um die Ablösung der Krankenversicherungskarte zu beschleunigen, soll Krankenkassen, die bis Ende 2011 nicht wenigstens 10 Prozent ihrer Versicherten mit einer elektronischen Gesundheitskarte ausgerüstet haben, die Risikostrukturausgleichspauschale gekürzt werden. Somit geben derzeit zahlreiche Krankenkassen im Land die elektronische Gesundheitskarte an ihre Versicherten aus. In einem zweiten Schritt wird zu gegebener Zeit auch der elektronische Heilberufsausweis realisiert werden, für dessen Aufgabe die Landes Zahnärztekammer zuständige Stelle im Rahmen des baden-württembergischen Heilberufegesetzes ist. Zahnärzte wie Patienten stehen mit dieser weiteren Digitalisierung der Prozesse im Gesundheitssektor vor weiteren Herausforderungen. Unabdingbare Voraussetzungen müssen die Datensicherheit, Finanzierbarkeit und Praktikabilität des elektronischen Heilberufsausweises sein. Die LZK-Geschäftsstelle beschäftigt sich seit längerer Zeit mit den Entwicklungen in diesem Segment, so dass der spätere Heilberufsausweis Sicherheit, Vertraulichkeit und Zuverlässigkeit garantieren soll. Dazu gehört auch die Mitarbeit und Abstimmung im Rahmen des Arbeitskreises Telematik bei der Bundeszahnärztekammer. Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wird in diesen Sitzungen durch Thorsten Beck vertreten.

EDV-Abteilung

Ob elektronische Datenverarbeitung (EDV), Datenverarbeitung (DV), Informationstechnologie (IT) oder sonst irgendwie. Wie man diese Abteilung auch nennen mag ist nebensächlich. Wichtig ist nur, ohne funktions- und leistungsfähige Informations- und Kommunikationssysteme ist die Arbeit einer modernen Verwaltung nicht mehr zu bewältigen. Die Auswahl, Beschaffung, Einrichtung, Betreuung und ggf. Entwicklung der hierzu benötigten Hard- und Software ist die Kernaufgabe der EDV-Abteilung. Vielfältige Systeme wie E-Mail, Webserver, Dateimanagement, Stammdaten, Buchhaltung und vieles mehr gilt es sowohl in der Geschäftsstelle der Landes Zahnärztekammer, als auch in den vier Bezirks Zahnärztekammern zu betreuen und weiterzuentwickeln und hierbei die Ausfallzeiten für interne sowie externe Anwender so gering wie möglich zu halten. Auch bei Veranstaltungen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wie Vertreterversammlungen und Messeauftritten sorgt die EDV-Abteilung für eine moderne und effiziente technische Ausstattung und trägt hiermit für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltungen bei. Im Bereich der Büro-Software hat die EDV-Abteilung der LZK-Geschäftsstelle in diesem Jahr die Arbeitsplatz-PC's erfolgreich auf Office 2010 umgestellt. Dies wurde im Rahmen der regelmäßigen Besprechungen der Geschäftsführer/in von Bezirks- und Landes Zahnärztekammer im Juli dieses Jahres zur Kenntnis genommen und als sinnvoll erachtet, dass auch die Bezirks Zahnärztekammern voraussichtlich im kommenden Jahr auf die neue Version umstellen werden. Beispiele für weitere einzelne Projekte der EDV-Abteilung finden Sie nachfolgend aufgeführt.

Zahnarztsuche mit dem Smartphone

Ausgehend von der Zahnarztsuche im Internet entwickelte die Kammer in Zusammenar-

beit mit zwei Firmen eine Applikation – oder kurz „App“- zum mobilen Einsatz auf dem Smartphone. Wie bereits die Internetsuche, deckt auch diese mobile Variante alle, für die mobile Internetsuche registrierten niedergelassenen vertragszahnärztlichen Praxen und Privatpraxen im Kammerbereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ab. Der Datenbestand kann bei Bedarf jederzeit für eine Suche in anderen Landeskammern erweitert werden. Angaben zur barrierefreien Praxis werden hier ebenfalls angezeigt, sie



können sogar als Filterkriterium gewählt werden: Zeige nur Ergebnisse mit Angaben zur barrierefreien Praxis. Ein zusätzlicher Mehrwert stellt die Satellitennavigation mittels GPS dar. Somit können Entfernungen vom Standort zur Praxis im Ergebnis angegeben und die Praxen in Karten angezeigt werden. Neben einer Umkreissuche unter Angabe eines Radius kann auch in einer Detailsuche wie bisher nach Namen und Ortsangaben gesucht werden. Ebenfalls kann die Suche nach Fachgebieten, Oberbegriffen von Tätigkeitsschwerpunkten und

barrierefreien Praxen eingegrenzt werden. Das Ergebnis wird wahlweise als Liste oder auf einer Karte angezeigt, der Benutzer kann dann die gewünschte Praxis auswählen und die Details sowie den Standort der Praxis ansehen.

Die Welt der Smartphones gliedert sich in verschiedene Systeme, ähnlich der PC-Welt mit Windows, Linux, Mac Os und vielen mehr. Bei den Smartphones ist derzeit das von Google entwickelte „Android“ mit einem Marktanteil von fast 50 Prozent bei steigender Tendenz Marktführer, es findet Verwen-

dung in den Telefonen zahlreicher Hersteller. Platz Zwei wird mit knapp 19 Prozent von Apples „iOS“ belegt und findet sich in iPhones und iPads. Die App „Zahnarztsuche“ wurde für Apples „iOS“ und Googles „Android“ entwickelt. Beide Versionen greifen für die Suche über das Internet auf einen Webservice der Kammer zu. Dieser sucht die angefragten Daten auf dem Server und sendet die Ergebnisse an die jeweilige App zurück. Damit ist die zugrundeliegende Suche unabhängig vom jeweiligen System.

Neues Röntgenprogramm für die zahnärztlichen Stellen geplant



Die zahnärztlichen Stellen erhalten eine neue Röntgensoftware

Derzeit laufen in den Geschäftsstellen der Bezirkszahnärztekammern die Vorbereitungen zum Start einer neuen Röntgensoftware für die Zahnärztlichen Stellen. Diese soll das bisherige Programm in den Bezirkszahnärztekammern zum Jahreswechsel ablösen. Das neue System basiert auf der CRM-Software Navision von Microsoft. Es ist ergänzt um eine Softwarelösung einer externen Firma zur Verwaltung von Kammerdaten und einem Zusatzmodul „Röntgenprüfung“ zur Verwaltung der Röntgenprüfung. Das System wird auf einem zentralen Server in der Landeszahnärztekammer betrieben und über eine Citrix-Terminalverbindung an die vier Zahnärztlichen Röntgenstellen angebunden werden.

Derzeit wird an der Datenübernahme der Altdaten aus den bisherigen vier Programmen der Bezirkszahnärztekammern gearbeitet. Ein weiterer Punkt ist die Anbindung der benötigten Adressdaten an das bestehende Softwareprogramm der Mitgliederverwaltung der Kammer. Die im System benötigten Praxisdaten sollen dabei künftig automatisiert aus der Mitgliederverwaltung bezogen werden, so dass die bisherige manuelle Pflege im Röntgenprogramm durch den Benutzer entfallen könnte.

Ein weiterer Vorteil des Systems ist die enge Anbindung von Microsoft Office. Generierte Serienbriefe - wie zum Beispiel Mahnschreiben - können durch einfache Anpassung in der jeweiligen Vorlage vom Benutzer selbst verändert werden. Daneben stehen Werkzeuge zur Erstellung von Masken und komplexen Berichten (Reports) zur Verfügung. Zusätzlich benötigte Felder sind unkompliziert direkt und ohne Programmieraufwand neu hinzuzufügen. Das System kann einen Arbeitsablauf („Workflow“) abbilden, hierbei können die erzeugten Dokumente, Briefe, Tabellen oder Emails innerhalb des Systems bei den entsprechenden Praxen hinterlegt werden. So kann bei der Anzeige einer Praxis neben den eigentlichen Adress- und Röntgendaten auch der Schrift- und Emailverkehr mit der Praxis nachverfolgt werden. Das System selbst ist äußerst komfortabel zu bedienen, so gestattet es dem Benutzer die Zusammenstellung eigener Auswahllisten zur weiteren Prüfbearbeitung unter Verwendung unterschiedlichster Filterkriterien. Damit können neben automatisierten Listen auch individuell an die Arbeitsabläufe des Sachbearbeiters angepasste Bearbeitungslisten erzeugt werden.

Novellierung der GOZ

Die Novellierung der GOZ ist mit Abstand das wichtigste Thema des vergangenen Jahres. Am 24.03.2011 wurde vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) der Referentenentwurf zur Änderung der Gebührenordnung vorgelegt. Die Zeit der Anhörung wurde von der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg intensiv dazu genutzt, um noch Änderungen am Referentenentwurf herbeizuführen. Zunächst wurde eine umfangreiche Stellungnahme an das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg verfasst, in der dezidierte Einzelkritik geübt wurde. Im Nachgang zu dieser Stellungnahme hat die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg in einem persönlichen Gespräch am 15.04.2011 im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg diese Punkte vorgebracht und die Kritik im Einzelnen begründet.



Die Kammer informiert auf einer Großveranstaltung in Schwäbisch-Gmünd über die GOZ 2012

Am 21.09.2011 wurde vom Bundeskabinett die erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte verabschiedet. Die Abstimmung im Bundesrat erfolgte am 04.11.2011. Ein Inkrafttreten ist für den

01.01.2012 vorgesehen. Erfreulicherweise sind zwar einige Kritikpunkte der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg noch in diese Verordnung eingeflossen und es konnte damit eine Verbesserung zum Referentenentwurf erreicht werden. Eine Hauptforderung, nämlich die nach einer angemessenen Punktwerthöhung, wurde jedoch nicht berücksichtigt. Damit wird der Zahnärzteschaft weiterhin ein Ausgleich für in den letzten 23 Jahren erheblich gestiegene Praxiskosten vorenthalten.



Großes Interesse in der Kollegenschaft bei den ersten Großveranstaltungen zur GOZ 2012

Unmittelbar nach der Veröffentlichung der vom Bundeskabinett verabschiedeten ersten Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte hat die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg umfangreiches Informationsmaterial auf der Internetpräsenz zur Verfügung gestellt. So wurden neben einer Synopse des Allgemeinen Teils auch die Änderungen des Leistungsteils zum Referentenentwurf aufbereitet. Außerdem erstellte die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg einen PowerPoint-Vortrag, der die Grundlage für erste Informationsveranstaltungen der vier Bezirkszahnärztekammern in Baden-Württemberg bildete. Weitere Informationsveranstaltungen in kleinerem Rahmen und mit spezifischen Schwerpunktsetzungen sind für Anfang des nächsten Jahres in Planung. Auf der Internetpräsenz der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg werden anhand der Änderun-

MITGLIEDER DES GOZ-AUSSCHUSSES

Dr. Jan WILZ, Mannheim, Vorsitzender
Dr. Dr. Alexander RAFF, Stuttgart, stv. Vorsitzender
Dr. Hartmut FALKENTHAL, Leonberg
Dr. Gert KRIEG, Freiburg
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen
KOOPTIERTES MITGLIED
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe

gen in der Gebührenordnung überarbeitete Formulare und Informationsblätter zur Verfügung gestellt.

Abteilung Gebührenrecht

Die Verwaltung hat die Sitzungen des GOZ-Ausschusses vorbereitet. Die Vorschläge für Sitzungspunkte wurden entgegengenommen und ggf. in Abstimmung mit dem einreichenden GOZ-Ausschussmitglied, aufbereitet. Soweit sich aus der telefonischen Beratung der Kammermitglieder relevante Diskussionspunkte für den GOZ-Ausschuss ergaben, hat die Verwaltung nach Rücksprache mit dem Ausschuss diese als Tagesordnungspunkt für die Sitzung formuliert und soweit notwendig weiterführende Unterlagen gesammelt, strukturiert und als Anlage dem Tagesordnungspunkt beigelegt. Daneben gehörte die Pflege, Aktualisierung und Erweiterung des „GOZ-Handbuch“ zum Tagesgeschäft der Verwaltung. Ebenfalls zum Tagesgeschäft gehörte die telefonische Beratung von Kammermitgliedern in Abrechnungsfragen.

GOZ-Arbeitsgruppe Süd

Die GOZ-Arbeitsgruppe Süd ist als Koordinierungsstelle der Landes Zahnärztekammern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen eingerichtet worden. Ziel bei den in regelmäßigen Abständen stattfindenden gemeinsamen Sitzungen ist die organisierte und transparente Abgleichung und Vereinheitlichung von Beschlüssen, die in einen bundeseinheitlichen Beschlusskatalog der Bundeszahnärztekammer münden. Neben der GOZ-AG Süd im Bundesgebiet sind die GOZ-AG Mitte und die GOZ-AG Nord als Vertreter der jeweiligen Länderkammern organisiert.

In einer Sondersitzung am Rande der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer am 13.11.2010 in Frankfurt wurde der

Vorsitzende des GOZ-Ausschusses, Dr. Jan Wilz als Nachfolger von Dr. Hans Joachim Lellig zum neuen Sprecher der GOZ-AG Süd gewählt. Damit fällt nunmehr die Organisation und Koordinierung der Sitzungen der GOZ-AG Süd in den Verantwortungsbereich der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Die nächste Sitzung der GOZ-AG Süd ist für das erste Quartal 2012 vorgesehen.

Aktualisierung GOZ-Handbuch



Das GOZ-Handbuch wurde 2011 ergänzt

Seit Ende 2009 besteht das „GOZ-Handbuch“ als eigenständiges Handbuch neben dem „PRAXIS-Handbuch“. Inhalt des „GOZ-Handbuches“ ist eine Sammlung von Vorschriften mit gebührenrechtlicher Relevanz, die Beschlussdatenbank der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, eine Urteilssammlung mit Kurzfassungen und Volltexten gebührenrechtlich relevanter Entscheidungen, eine Sammlung von Informationsblättern für den Zahnarzt und seine Patienten und eine Kurzübersicht zur Berechenbarkeit von Materialien. Das GOZ-Handbuch wird regelmäßig um aktuelle Beschlüsse des GOZ-Ausschusses zu Berechnungs- und Auslegungsfragen und Gerichtsentscheidungen zu Gebührensachverhalten ergänzt. Das Update steht für die Nutzer der CD-ROM auf der Internetpräsenz der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Verfügung. Das gesamte GOZ-Handbuch befindet sich in

STÄNDIGE GÄSTE IM GOZ-AUSSCHUSS

Dr. Christian ÖTTEL, Referent für Honorierungssysteme der BLZK

Dr. Herbert MARTIN, Tübingen, GOZ-Referent der BZK Tübingen

Dr. Ulrich MEIBNER, Freiburg

Thomas Bolken, Stuttgart, Leiter Kompetenzzentrum Abrechnung der KZV BW

seiner aktuellsten Fassung ebenfalls auf der Internetpräsenz.

Neben den neuen Beschlüssen und Urteilen wurde im Berichtsjahr ein neues Informationsblatt „Die Erstattung durch private Krankenversicherungen und Beihilfestellen“ eingestellt. Aber auch für die Patienten wurden neue Informationsblätter konzipiert, „Abrechnung und Erstattung zahnärztlicher Gebühren“ und gleichlautend wie das Zahnarzt-Informationsblatt „Die Erstattung durch private Krankenversicherungen und Beihilfestellen“. Kernpunkt dieser Informationsblätter ist ein Leitfaden sowohl für den Zahnarzt als auch für den Patienten, wie mit der Erstattungsproblematik umgegangen werden kann. Der Patient wird außerdem darüber aufgeklärt, dass die Erstattungsstellen, auch wenn es von diesen anders dargestellt wird, nicht in erster Linie seine Interessen, sondern eigene monetäre und betriebswirtschaftliche Interessen vertreten.

Berechnungs- und Auslegungsfragen

Ein zentrales Aufgabengebiet des GOZ-Ausschuss war auch in diesem Jahr die Bearbeitung von Berechnungs- und Auslegungsfragen zur Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) und die Aktualisierung des Beschlusskataloges im „GOZ-Handbuch“ der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.

Neben telefonischen und schriftlichen Anfragen zur GOZ bereitet der GOZ-Ausschuss Abrechnungshinweise, Urteile und zahnmedizinische Bewertungen auf und vertrat so zahnärztliche Belange und Belange zum Allgemeinwohl in gleicher Hinsicht nach außen.

Ein Schwerpunkt der Beschlussfassungen war die „Digitale Abformung“. Der GOZ-Ausschuss vertritt hierzu die Ansicht, dass es sich dabei um eine neue Leistung handelt,

die analog gemäß § 6 Abs. 2 GOZ abgerechnet werden kann. Ein weiterer Beschluss wurde zur „Remineralisierung von Zahnschmelz mit neuen Methoden“ gefasst.



Aktuelles zur GOZ findet sich immer im Internet-auftritt unter www.lzk-bw.de

Die Beschlüsse sind immer aktuell im Internet eingestellt und können jederzeit abgerufen werden. Auf der Seite www.lzk-bw.de unter der Rubrik Zahnärzte-GOZ-Handbuch-Gebührenordnung für Zahnärzte-Beschlusskatalog, sind alle Beschlüsse themenspezifisch geordnet und erlauben somit eine gezielte Suche nach dem gewünschten Schwerpunkt.

Veröffentlichungen im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Neben gebührenrechtlichen Beratungen in den jeweiligen Bezirken und der Abstimmung im GOZ-Ausschuss wurden auch bestimmte Sachverhalte im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg publiziert, um die zahnärztliche Kollegenschaft auf dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Entwicklungen (Praxisreife neuer Behandlungsmethoden etc.) und der gebührenrechtlichen Entscheidungen zu halten.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Stefan OSCHMANN
Kathrin MÖLLER

- ZBW 1/2011

Alles inklusive oder doch extra berechenbar?
Dr. Dr. Alexander Raff, stv. GOZ-Referent
der Landeszahnärztekammer Baden-
Württemberg

- ZBW 2/2011

Zuzahlungen zur KFO-Behandlung unterlie-
gen der GOZ
Dr. Wolfgang Grüner

- ZBW 3/2011

DAR über 1,5 beim Landesamt – endlich der
Durchbruch!
Dr. Gert Krieg, GOZ-Referent der Bezirks-
zahnärztekammer Freiburg

- ZBW 4/2011

„Socket Preservation“ und „Punch-Technik“
Dr. Hartmut Falkenthal, GOZ-Referent der
Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

- ZBW 5/2011

GOÄ – Die große Schwester der GOZ
Dr. Herbert Martin, GOZ-Referent der Be-
zirkszahnärztekammer Tübingen

- ZBW 6/2011

GOZ-Novellierung im Fokus
Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent der Landes-
zahnärztekammer Baden-Württemberg

- ZBW 7/2011

1. Teil der Serie zur GOZ 2012
Kapitel A, B und C
Dr. Gert Krieg
Dr. Dr. Alexander Raff
Dr. Jan Wilz

- ZBW 8-9/2011

2. Teil der Serie zur GOZ 2012
Kapitel D, E, F, G und L
Dr. Dr. Alexander Raff
Dr. Dr. Heinrich Schneider
Dr. Wolfgang Grüner

- ZBW 10/2011

3. Teil der Serie zur GOZ 2012
Kapitel H, J und K
Dr. Gert Krieg
Dr. Hartmut Falkenthal



Das Titelthema in der Novemberausgabe des
ZBW war die GOZ 2012

Arbeitsgruppe „Kammereigene Fortbildung“

Zur Stärkung der kammereigenen Fortbildung im regionalen Fortbildungsmarkt, wurde im Februar 2010 eine Arbeitsgruppe gegründet, der neben dem Präsidium der Landes-zahnärztekammer, die Vorsitzenden der Verwaltungsräte und die Leiter der beiden kammereigenen Fortbildungsinstitut angehörten.

Im Laufe des Berichtsjahres ergab sich eine Änderung der Mitglieder. Der stv. Präsident der Landes-zahnärztekammer, Herrn Dr. Bernhard Jäger, und Herr Dr. Norbert Engel, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Akademie Karlsruhe, legten ihr Amt nieder. Neu in die Arbeitsgruppe wurden Herr Dr. Winfried Forschner, Vorsitzender der Bezirks-zahnärztekammer Tübingen, und Herr Prof. Dr. Elmar Hellwig, Hochschul-Referent, berufen.

Im Jahr 2011 befassten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe in drei Strategiegesprächen mit der Neugestaltung des Landes-zahnärztetags sowie mit der Erarbeitung eines neuen Fortbildungskonzeptes mit dem Arbeitstitel „Fortbildungsverbund der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg“.

Fortbildungsverbund der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg

Die Arbeitsgruppe hat ein Konzept mit dem Arbeitstitel „Fortbildungsverbund der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg“ erarbeitet.

Ziel der Initiative war, das gesamte Praxisteam zu hochwertiger, qualifizierender Fortbildung zu motivieren und Praxen, die sich als Team der Herausforderung des Lernens stellen, eine besondere Position einzuräumen. Hierdurch sollten insbesondere den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen

als Anbieter hochwertiger praxisnaher und unabhängiger Fortbildung besondere Aufmerksamkeit zuteilwerden und Fortbildung, die unabhängig von Industrie und den Interessen Dritter organisiert wird, sollte so wieder stärker in Bewusstsein des Berufsstandes und des zahnärztlichen Teams verankert werden.



Mit dem Thema Fortbildung beschäftigte sich auch eine Vorstandsklausur am 09.04.2011 (v.l.n.r. Prof. Walther, Prof. Einwag, Wolfgang Löhl)

Der LZK-Vorstand sprach sich für die Umsetzung des erarbeiteten Konzepts „Fortgebildete Praxis der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg“ in seiner Sitzung am 09.09.2011 in zwei Schritten aus. In einem ersten Schritt sollten die beiden kammereigenen Fortbildungseinrichtungen mit der Umsetzung des Konzepts beginnen. Im zweiten Schritt sollten dann die Fortbildungsangebote der Bezirks-zahnärztekammern sowie die der Geschäftsstelle der Landes-zahnärztekammer mit eingebunden werden.

In seiner Sitzung am 14.10.2011 diskutierte der LZK-Vorstand nochmals eingehend das Für und Wider eines solchen Konzeptes und fasste den Beschluss, dass zunächst die beiden kammereigenen Fortbildungseinrichtungen das Konzept verwaltungsintern umsetzen sollen und gemeinsame Maßnahmen zur Kundenbindung ergreifen.

MITGLIEDER DER ARBEITSGRUPPE „KAMMEREIGENE FORTBLDUNG“

Dr. Udo LENKE, Vaihingen/Enz, Präsident LZK BW

Prof. Johannes EINWAG, Stuttgart, Leiter des ZFZ Stuttgart

Prof. Winfried WALTHER, Karlsruhe, Leiter der Akademie Karlsruhe

Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg, Hochschulreferent der LZK BW

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender des Verwaltungsrat des ZFZ Stuttgart

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender der BZK Tübingen

Landeszahnärztetag Baden-Württemberg

Da die wissenschaftlich zahnmedizinische Fortbildung im Rahmen der Fortbildungsveranstaltungen der Bezirkszahnärztekammern und der kammereigenen Fortbildungsinstitute abgedeckt werden, hat der LZK-Vorstand sich in seiner Januarsitzung dafür ausgesprochen, dass der Landes Zahnärztetag nicht mehr als wissenschaftlich-zahnmedizinische Veranstaltung, sondern als Fortbildungsveranstaltung rund um die Praxis konzipiert werden sollte.

Hierzu wurde die Firma Full Moon, Stuttgart beauftragt eine Onlinebefragung zu konzipieren und durchzuführen um die gewünschten Fortbildungsthemen „rund um die Praxis“ in Erfahrung zu bringen.



Die Agentur Full Moon führte eine Onlinebefragung der Kammermitglieder zum Landes Zahnärztetag durch und präsentierte die Ergebnisse bei der Vorstandsklausur

Im Rahmen der Klausurtagung im April diesen Jahres hat sich der LZK-Vorstand, nach Präsentation der Umfrageergebnisse durch die Firma Full Moon, dafür ausgesprochen den Landes Zahnärztetag als Veranstaltung der Landes Zahnärztekammer weiterhin zu verfolgen, da die Umfrageergebnisse belegten, dass ein Landes Zahnärztetag in Verbin-

dung mit der Fachdental Südwest befürwortet und dabei Themen zur Praxisführung dem Vorrang gegeben wurde. Der LZK-Vorstand hat deshalb die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung eines grundlegenden Konzeptes beauftragt.

Nach eingehender Diskussion in der Sitzung am 14.10.2011 stellte der LZK-Vorstand fest, dass durch die Vielfalt der zahlreichen Fortbildungen auf Bezirks- und Kreisebene sowie aufgrund des umfassenden Fortbildungsangebots der verschiedenen Fortbildungsveranstalter es nicht zielführend ist, den Landes Zahnärztetag in der bisherigen Form beizubehalten und hat deshalb beschlossen, den Landes Zahnärztetag so nicht weiter fortzuführen.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Axel MAAG
Thorsten BECK
Stephanie JORDAN

Im Bereich Praxisführung laufen die Fäden der unternehmerischen Strategien der Praxisinhaber im Zusammenhang mit der zahnärztlichen Berufsausübung und der Praxisorganisation zusammen. Viele innovative und detailliert ausgearbeitete Ideen zur Vereinfachung des Praxisalltags stellt der Praxisführungsausschuss der Kollegenschaft als Dienstleistung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg zur Verfügung. Des Weiteren werden zahlreiche Informationen über praxisrelevante Themen, stets gut dargestellt, verständlich aufbereitet und aktuell den Zahnärzten im Land zur Verfügung gestellt. Beispielhaft seien hier genannt:

- Arbeitsschutz,
- Arbeitssicherheit,
- Hygiene,
- Qualitätsmanagement.

Ebenfalls breiten Raum in der Arbeit des Ausschusses nimmt die Hilfestellung zu Verordnungen und Vorschriften sowie die Beantwortung diesbezüglicher Fragen ein. Ein thematischer Dauerbrenner in der Ausschussarbeit ist die „Hygiene in der Zahnarztpraxis“. Im Mittelpunkt stand dabei ein zweitägiger Workshop im Februar, an dem Vertreter namenhafter deutscher Instrumenten- und Hygieneprodukthersteller dem Praxisführungsausschuss die aktuellen Lösungen in der Aufbereitung von Medizinprodukten präsentierten. In intensiver Diskussion wurden zwischen den Workshop-Teilnehmern die verschiedenen Aufbereitungsmöglichkeiten für Medizinprodukte und deren praktische Umsetzbarkeit erörtert. Hieraus erarbeitete der Praxisführungsausschuss ein neues Merkblatt über die „Manuelle Reinigung und Desinfektion von Übertragungsinstrumenten der Einstufung Semikritisch B“. Dieses Merkblatt kann über den Internetauftritt der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de im

Hauptbereich Zahnärzte unter Praxisführung-Hygiene aufgerufen werden.

Auf Grund der in diesem Jahr erfolgten Änderungen im Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurde die Diskussion im Ausschuss zu den immer weiter steigenden Kosten im Hygienemanagement erneut befördert.

Auf große Resonanz treffen die mittlerweile in der Fortbildungslandschaft der Kammer etablierten Mitarbeiter- und Teamfortbildungen im Themenbereich „Praxisführung“. Auch die „Hygiene-Beratung“ als weiteres Service-Angebot findet immer mehr Interessenten, die die fachlich ausgereiften und praktischen Hinweise sofort umgesetzt haben.

Der Praxisführungsausschuss hat mit der Neuentwicklung der Qualitätssicherungsdokumente im Bereich „Aufbereitung von Medizinprodukten“ im PRAXIS-Handbuch begonnen, die ein erster Schritt zur Aktualisierung des bereits 2006 erstellten „Leitfadens zur Organisation der Hygienemaßnahmen“ darstellt. Die Neuentwicklung verfolgt das Ziel den Kammermitgliedern stets aktuelle und rechtssichere Musterdokumente zur Verfügung zu stellen. Die aus dem Hersteller-Workshop erzielten fachlichen Erkenntnisse und die zahlreichen Hersteller-Informationen werden in diese Neuentwicklung Eingang finden.

Hautschutz-Studie

Die an der Hautschutz-Studie teilnehmenden 60 Zahnarztpraxen aus Baden-Württemberg erhielten durch die Gewerbeärzte des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg beginnend in 2010 und abschließend in 2011 den ersten Beratungsbesuch. Diese Studie steht in Zusammenhang mit der „Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie“ (GDA), die von der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Bundesländer bereits im November 2007 geschaffen wurde. Hinter-

MITGLIEDER DES PRAXISFÜHRUNGS AUSSCHUSSES

Dr. Norbert Struss, Freiburg, Vorsitzender
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen, stv. Vorsitzender
Dr. Jürgen Carow, Flein
Dr. Christian Hoch, Reutlingen
Dr. Carsten Ullrich, Mannheim

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Norbert Engel, Mühlacker

grund ist die EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit (2007 - 2012). Die GDA verfolgt mehrere Arbeitsschutzziele, eines ist das Ziel einer Verringerung berufsbedingter Hauterkrankungen. Von Seiten des staatlichen Gewerbeärztes wurden zwischenzeitlich die höchst erfreulichen Ergebnisse der Hautschutz-Studie bei den teilnehmenden Zahnarztpraxen mitgeteilt, welche das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg veranlasst, die bereits fest eingeplante zweite Beratungsrunde nicht durchzuführen. Dies ist eine Bestätigung für die intensiven Bemühungen und hohen Investitionen der Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg im Bereich des praxisinternen Arbeits- und Hautschutzes. Der Praxisführungsausschuss bedankt sich im Namen der Kammer bei allen teilnehmenden Zahnarztpraxen für ihren wertvollen Dienst im Sinne der baden-württembergischen Zahnärzteschaft. Nach Vorlage der detaillierten Auswertung der Besuchsergebnisse durch das Landesgesundheitsamt werden wir diese der Zahnärzteschaft gut aufbereitet präsentieren.

CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“ – Neue Version 2011



Der LZK-Vorstand beauftragte die LZK-Geschäftsstelle mit der funktionellen Erweiterung der CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“, die im Sommer 2011 abgeschlossen wurde.

Im Rahmen der CD-Neuversion 2011 wurden auch die Inhalte im bewährten „PRAXIS-Handbuch“ komplett aktualisiert. Die neue CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“ wurde im Sommer 2011 allen Praxen zur Verfügung gestellt.

Einen Meilenstein in der Fortentwicklung des PRAXIS-Handbuches erzielte der Praxisführungsausschuss durch die komplette Reformierung im Bereich „Mitarbeiterunterweisung“. Es wurde eine neue Unterweisungserklärung zur Dokumentation der regelmäßig stattfindenden Mitarbeiter-Unterweisungen entwickelt, die nur noch eine Seite umfasst und auf der die Unterweisungen von bis zu acht Mitarbeitern der Praxis dokumentiert werden können. Als weitere Unterstützung zu allen Unterweisungsthemen (z. B. Brandschutz, Gefahrstoffe) steht jeweils ein themenspezifisches Muster-Unterweisungsmodul für die Durchführung der Mitarbeiter-Unterweisung bereit. Schnell aus der neuen Unterweisungserklärung heraus per Hyperlink geöffnet, stehen die Muster-Unterweisungsmodule im pdf-Format und im PowerPoint-Format zur Verfügung. So kann sofort in der Praxis mit der Schulung der Mitarbeiter begonnen werden!

Die Weiterentwicklung im Navigator umfasst dessen Bedienbarkeit, Funktionalität und Schnittstellenanbindung an das PRAXIS-Handbuch. Ziel der Neuversion ist die Möglichkeit eines noch effizienteren Arbeitens, um eine praktikable Umsetzung der Inhalte des PRAXIS-Handbuches zu gewährleisten. Eine Grundvoraussetzung der Weiterentwicklung war die automatische Übernahme der bisher durchgeführten Bearbeitungen im Navigator der CD-Version 2010. Lediglich ein-

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Christine MARTIN
Katja VEIT
Marco WAGNER

zelne Fragen wurden inhaltlich geändert bzw. ersatzlos gestrichen sowie in einzelnen Checklisten des Navigators wurden Fragen aufgesplittet, die somit eine neue Beantwortung bedürfen.

Zur besseren Unterscheidung zwischen PRAXIS-Handbuch und Navigator wurde in der CD-Neuversion 2011 die Startseite neu gestaltet.



Die neue Startseite des PRAXIS-Handbuch & Navigator

Innerhalb des „Einführungsmodus/Navigator“ wurden weitere wichtige Informationen zur obigen Unterscheidung und deren Änderungsdienst integriert.

Die Themenbereiche im „Einführungsmodus/Navigator“ blieben unverändert und stellen sich wie folgt dar:

- I. Hygiene
- II. BuS / Arbeitsschutz & Arbeitsmedizin
- III. Medizinprodukte
- IV. Fristen, Termine und Dokumentation

In diesen vier Themenbereichen stehen nach wie vor 18 Checklisten und sieben Informationsdokumente zur Bearbeitung bereit.

In der CD-Neuversion 2011 können im „Einführungsmodus/Navigator“ nun alle Checklisten und Informationen per Mausklick aktiviert

bzw. deaktiviert werden, um so eine Anpassung an die praxisindividuellen Gegebenheiten zu ermöglichen.



Aktivierungskästchen per Mausklick

Die Checklisten in den Themenbereichen I. – III. im „Einführungsmodus/Navigator“ wurden um folgende Funktionen erweitert:

- Button „i“: Öffnet weitere Detail-Informationen zu der entsprechenden Frage einer Checkliste im PRAXIS-Handbuch.
- Button „B“: Ermöglicht die Eingabe praxisindividueller Bemerkungen zu einer Frage. Der Button „B“ färbt sich nach dem Speichern einer Bemerkung „grün“ ein.
- Button „M“: Öffnet ein individualisierbares Muster-Dokument aus dem PRAXIS-Handbuch.
- Button „D“: Ermöglicht eine Verknüpfung mit einem bereits in der Praxis erstellten Dokument (hierbei ist wichtig, dass der exakte Datei-Speicherpfad nach der Verknüpfung nicht geändert wird). Der Button „D“ färbt sich nach der Aktivierung einer Dokumenten-Verknüpfung „grün“ ein.

Des Weiteren wurden die bisherigen Druckfunktionen im „Einführungsmodus/Navigator“ um die Auswahl „Alle Fragen drucken“, innerhalb einer Rubrikübersicht um „Diese

Checklisten/Informationen drucken“ und innerhalb einer Checkliste bzw. Information um „Diese Checkliste/Information drucken“ erweitert.

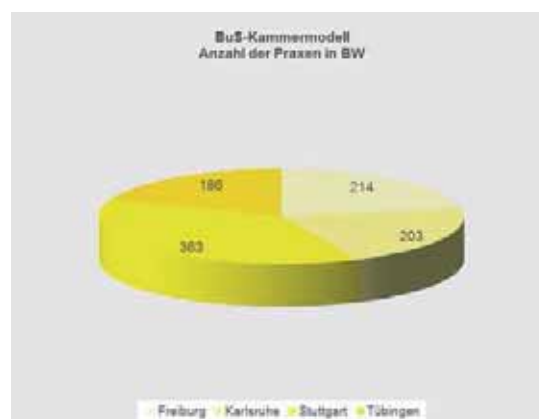
Die zukünftigen inhaltlichen Änderungen und Ergänzungen im PRAXIS-Handbuch können wie bisher über die regelmäßig veröffentlichten Updates durch Anklicken des Buttons „Update“ heruntergeladen werden. Eine tagesaktuelle Version der Inhalte des „PRAXIS-Handbuchs“ kann über den Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de aufgerufen werden.

BuS-Dienst Kammermodell

Die eigene Zahnärztliche Stelle BuS-Dienst bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg betreut die an diesem alternativen BuS-Dienst-Modell teilnehmenden Zahnarztpraxen. Gefestigt durch die Kooperationsvereinbarung mit der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) in Hamburg, konnte auch in diesem Jahr ein konstanter Anstieg der Teilnehmerzahlen erreicht werden. Den Kammermodellteilnehmern werden neben der CD-ROM „BuS-Kammermodell“ und der BuS-Dienst-Schulung weitere praxisnahe Dienstleistungen, wie z. B. ein regelmäßig erscheinender Kammermodell-Newsletter und ein personenbezogener betriebsärztlicher Fragebogen für die Mitarbeiter/innen, angeboten. Die stark nachgefragte Telefon-Hotline der Zahnärztlichen Stelle BuS-Dienst bei der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg zeigt das intensive Bemühen, das Arbeitsschutzmanagement in der Praxis auf- und auszubauen.

Weiterhin nehmen bundesweit alle Zahnärztlichen Stellen BuS-Dienst der Zahnärztekammern an einer einmal pro Jahr stattfindenden Kooperationssitzung, zur Weiterentwicklung der BuS-Dienst-Betreuungsqualität und des Fachaustausches teil.

Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bietet seit Anfang 2007 das Modell der alternativen bedarfsorientierten Betreuung - das BuS-Dienst „Kammermodell“ - im Rahmen der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung ihren Kammermitgliedern an. Mit Stand 01.10.2011 sind 966 Teilnehmer dem Kammermodell der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg angeschlossen. Die Aufteilung auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern sieht wie folgt aus:



Anzahl der am BuS-Kammermodell beteiligten Praxen in Baden-Württemberg nach Bezirken

In diesem Jahr fanden am 01.04.2011 in Mannheim, am 15.07.2011 in Freiburg, am 28.10.2011 in Stuttgart und am 09.12.2011 in Tübingen die BuS-Dienst-Schulungen im Kammermodell statt.

Fortbildung „Praxisführung im Team“

Das Konzept des Praxisführungsausschusses zur freiwilligen, modularen Hygiene-Fortbildung im Team ist im ganzen Land sehr erfolgreich gestartet. Im ganzen Land konnten im Jahr 2011 zu den Modulkursen

- H 1 „Hygiene / Praktische Hygienemaßnahmen in der Zahnarztpraxis“ und

- H 2 „Hygiene/ Anforderungen an Organisation, Dokumentation und Freigabe“

insgesamt 1.692 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrüßt werden. Viele Praxen waren mit dem gesamten Praxisteam vertreten, so dass eine Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse noch schneller und praxisorientierter erfolgen kann. Begleitend zu den bewährten und immer aktuellen Inhalten des „PRAXIS-Handbuch & Navigator“, insbesondere dem „Leitfaden zur Organisation der Hygienemaßnahmen“, sind die beiden Module ideal zur Wiederholung der auf Grund der Ausbildung vorhandenen Hygienegrundlagen des Praxisteams geeignet.



Die Schulungen im Bus-Dienst Kammermodell sind gut besucht

Die Veranstalter der neuen Fortbildung „Praxisführung im Team“, das heißt die kammer-eigenen Fortbildungseinrichtungen in Karlsruhe (Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe) und Stuttgart (Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart) sowie die Bezirkszahnärztekammern in Tübingen und Freiburg werden diese Fortbildungsreihe auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Die Etablierung der Fortbildung „Praxisführung im Team“ in der Fortbildungslandschaft der Kammer ist damit in vollem Gange.

Fortbildungsangebot für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich Praxisführung

Der erfolgreiche Start der Fortbildungskurse der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“ in 2009 und 2010 wurde auch in diesem Jahr bestätigt.

Die Fortbildungsreihe besteht weiterhin aus den folgenden vier Einzelkursen:

- Kurs 1: Gefahrstoffe/Abfallentsorgung/ Brandschutz
- Kurs 2: Elektrische Anlagen und Betriebsmittel/ Aktive Medizinprodukte
- Kurs 3: Hautschutz/ Händehygiene/ Persönliche Schutzausrüstung
- Kurs 4: Arbeitsmedizinische Vorsorge/ Arbeitsunfall/ Erste Hilfe



Wie gründlich ist die Händedesinfektion?

Auch in diesem Jahr waren alle angebotenen Kurse restlos ausgebucht. Die angebotenen Kursinhalte erfreuen sich weiterhin einer großen Beliebtheit und decken eine große Nachfrage ab. Die Teilnehmerzahlen bekräftigen die Abteilung Praxisführung der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg, die-

se Fortbildungsreihe für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen weiter zu führen und das Kursangebot in punkto Kurstermine und Kursthemen zukünftig noch zu erweitern. Insbesondere das neue Testgerät zur Händedesinfektion, das im Kurs 3 „Hautschutz/ Händehygiene/ Persönliche Schutzausrüstung“ zum Ausprobieren bereit stand, sorgte für eine sehr lockere Arbeitsatmosphäre.

Hygiene-Beratung

Die seit Herbst 2009 durch die Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg angebotene Hygiene-Beratung erfreut sich steter Nachfrage.

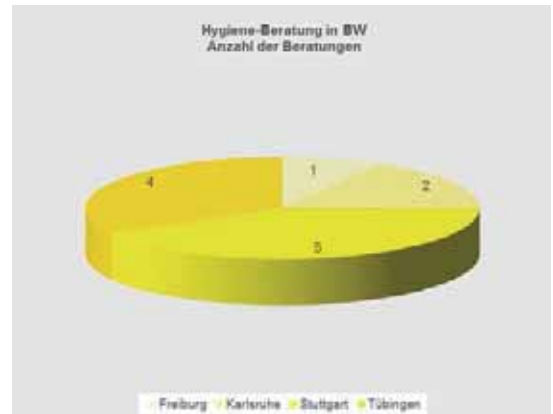
Die Hygiene-Beratung wird fachlich vom Praxisführungsausschuss begleitet und durch die Abteilung Praxisführung „vor Ort“ durchgeführt. Dieses Service-Angebot bietet den Praxen folgende Leistungen:

- Ist-Analyse des Hygienemanagements
- Unterweisung für das Praxisteam
- Beratung in der Praxis
- Hygiene-Empfehlungsbericht
- Standardisierte Hygiene-Dokumentation
- Praxisnah & kompetent

Hierdurch soll in den beratenen Praxen eine effektive Qualitätssteigerung erzielt werden.

Die Hygiene-Beratung „vor Ort“ wird durch die Ausarbeitung eines praxisindividuellen Beratungsberichts, in dem entsprechende Hygiene-Empfehlungen ausgesprochen werden, abgerundet. Der Beratungsbericht bietet die Möglichkeit strukturiert und systematisch eventuelle Mängel im praxisinternen Hygienemanagement abzuarbeiten.

In diesem Jahr nahmen 12 Praxen das Hygiene-Beratungsangebot an. Die Aufteilung auf die einzelnen Bezirkszahnärztekammern sieht wie folgt aus:



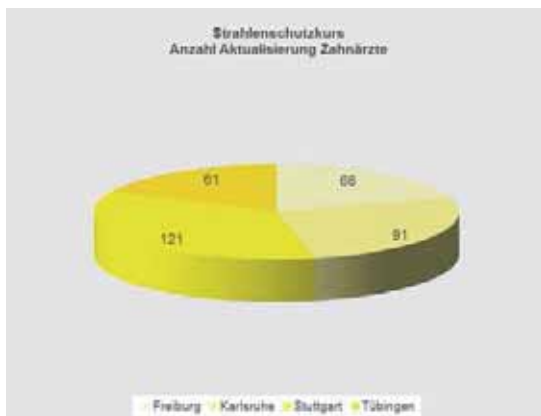
12 Praxen haben die Hygieneberatung 2011 in Anspruch genommen.

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg führte in den seit 2009 im Rahmen einer Hygiene-Beratung besuchten Praxen eine Evaluierung durch.

Aktualisierung Strahlenschutz



1.367 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen aktualisierten ihre Kenntnisse im Strahlenschutz 2011



341 Zahnärzt/innen aktualisierten ihre Fachkunde im Strahlenschutz 2011

Auch in diesem Jahr fanden wieder Aktualisierungskurse für Zahnärzte und Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen nach § 18a Röntgenverordnung statt.

Insgesamt aktualisierten 341 Zahnärzte ihre Fachkunde im Strahlenschutz und 1.367 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen ihre Kenntnisse im Strahlenschutz.

Nach Redaktionsschluss fanden noch 23 Kurse für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen und ein Nachzügler-Kurs für Zahnärzte statt. Diese sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

Bundeszahnärztekammer

Die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg sendet als Vertreter in den entsprechenden Ausschuss für Praxisführung auf Bundesebene Dr. Struß, Vorsitzender des Praxisführungsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Dr. Maager, stv. Vorsitzender des Praxisführungsausschusses der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg. Sie sorgen dafür, dass die Interessen der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf Bundes-

ebene Gehör finden. Die Ergebnisse werden anschließend im Praxisführungsausschuss diskutiert. Gerade der fachliche Austausch mit den Kollegen der anderen Länderkammern über die Praxisführungsthemen befruchtet die eigene Arbeit im Land in besonderer Art und Weise.

Service für die Kammermitglieder

Die telefonische Beratung zu allen Fragen der Praxisführung erfreut sich nach wie vor einer starken Nutzung durch die Kammermitglieder und das Praxisteam. Wie bereits in den vergangenen Jahren, nutzt der Praxisführungsausschuss neben persönlichen Vorträgen auf Abend- bzw. Fortbildungsveranstaltungen, die Kommunikationsplattformen Zahnärzteblatt Baden-Württemberg, Praxisteam Aktuell, Internet, CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“, Schriftenreihe der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, um die Praxisführungsthemen aktuell, praxisnah und umsetzbar zu präsentieren.

Fachdental Südwest 2011

Am 14./15.10.2011 präsentierte sich die Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg auf der Fachdental Südwest mit folgenden Themen:

- CD-ROM „PRAXIS-Handbuch & Navigator“ – Neue Version 2011
- BuS-Dienst „Kammermodell“
- Fortbildungskonzept für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Themenbereich „Praxisführung“
- Hygiene-Beratung durch die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg

Besonderes Highlight für die Standbesucher war ein Hygienetraining und eine Hautschutzkontrolle.

Das große Interesse der Kammermitglieder mit ihrem Praxisteam an den Praxisführungsthemen zeigte sich wiederholt durch eine

Vielzahl von persönlichen Gesprächen am Stand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.



Großes Interesse an Praxisführungsthemen am Stand der LZK auf der Fachdental

ZBW-Pinnwand

Der Praxisführungsausschuss stellte auch in diesem Jahr monatlich in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg unter der Rubrik „Pinnwand“ im Zahnärzteblatt Baden-Württemberg aktuelle Praxisführungsthemen vor.

Die Artikel sollen den Praxisinhabern zum Beispiel im Rahmen von Teambesprechungen helfen, einen Anknüpfungspunkt für eine Wiederholung von Routinesachverhalten zu finden. Auf Grund der spezifischen Darstellung ist es möglich, die Artikel aus dem Zahnärzteblatt herauszutrennen und den betreffenden Mitarbeitern zur Kenntnis zu geben. Vor allem die am Ende einer jeden „Pinnwand“ stehenden Verweise auf die Fundstellen im „PRAXIS-Handbuch & Navigator“ der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, wo die ausführlichen Informationen zu finden sind, machen sie zu einem praktischen Ratgeber und bieten konkrete Hilfestellung für die zahnärztliche Praxis.

Über folgende Themen wurde berichtet:

ZBW 1/2011
Gefahrstoffe – Teil 1
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 2/2011
Gefahrstoffe – Teil 2
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 3/2011
Gefahrstoffe – Teil 3
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 4/2011
BuS-Dienst: Neue Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ (DGUV Vorschrift 2)
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 5/2011
Aufbewahrungsfristen im Bereich Röntgen
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen

ZBW 6/2011
Aktualisierung der „Kenntnisse im Strahlenschutz nach RöV“ für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen
LZK-Geschäftsstelle

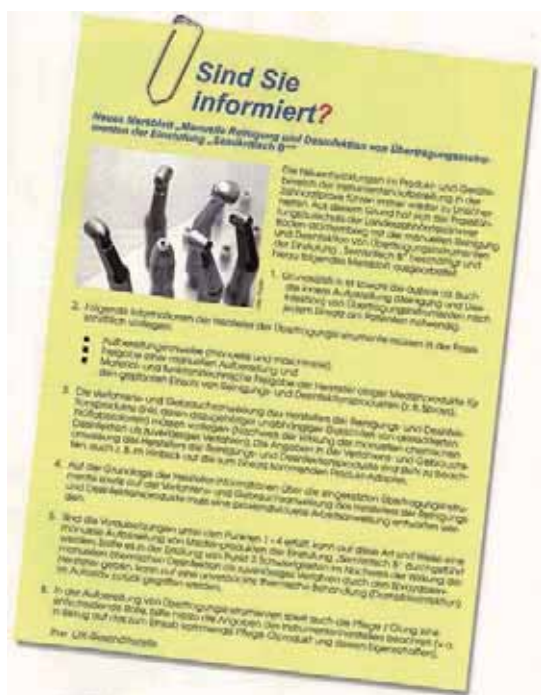
ZBW 7/2011
Qualitätssicherung in der Zahnärztlichen Röntgenstelle
Dr. Burkhard Maager, Denzlingen

ZBW 8-9/2011
Neues Merkblatt: Manuelle Reinigung und Desinfektion von Übertragungsinstrumenten der Einstufung „Semikritisch B“
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 10/2011
Mitarbeiter-Unterweisung
LZK-Geschäftsstelle

ZBW 11/2011
 Berufshaftpflichtversicherung – Nachhaftung
 bei Praxisaufgabe
 LZK-Geschäftsstelle

ZBW 12/2011
 Beschäftigung behinderter Mitarbeiter
 Dr. Christian Hoch, Reutlingen



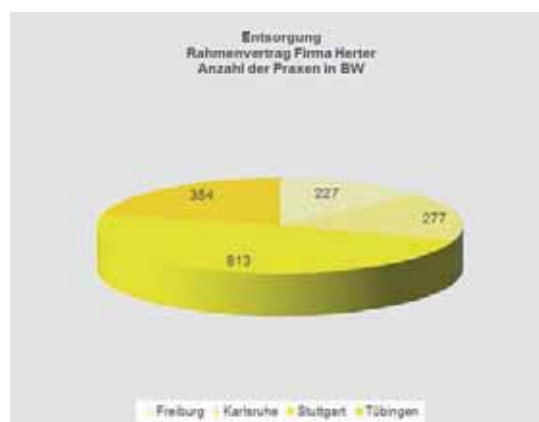
Alle Pinnwand-Artikel sind im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg unter www.lzk-bw.de in der Rubrik „Zahnärzte“ unter „Praxisführung - ZBW-Pinnwand“ archiviert und damit jederzeit abrufbar.

Rahmenvertrag Entsorgung Abfall- und Reststoffe

Bereits seit über 20 Jahren bewährt sich der zwischen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und der Firma Herter GmbH, Reutlingen, bestehende Rahmenver-

trag über die Entsorgung der in den Zahnarztpraxen anfallenden Abfall- und Reststoffe. Die Zusammenarbeit gestaltet sich sehr angenehm; insbesondere sind die Anpassungen an neue Gesetzeslagen immer schnell und einfach möglich.

Dem Rahmenvertrag sind derzeit 1.671 Zahnarztpraxen angeschlossen. Die Zahl der teilnehmenden Praxen verteilt sich auf die Bezirke wie folgt:



Anzahl der am Rahmenvertrag der Firma Herter beteiligten Praxen nach Regierungsbezirken

Rahmenvertrag über die Bereitstellung und Auswertung von Bioindikatoren

Der seit dem 01.02.1998 bestehende Rahmenvertrag zwischen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und dem Landesgesundheitsamt Baden Württemberg (LGA) über die Bereitstellung und Auswertung von Bioindikatoren für die Überprüfung von Sterilisatoren und Desinfektionsspülmaschinen (Thermodesinfektoren) in zahnärztlichen Praxen und Einrichtungen wird von Seiten des Landesgesundheitsamtes Baden Württemberg zum 31.12.2011 eingestellt. Grund dafür ist laut LGA die Mitteilung des Robert-Koch-Instituts sowie der für die Überwachung der Aufbereitung von Medizinpro-

dukten in Baden-Württemberg zuständigen Regierungspräsidien, die Prüfung der Aufbereitungsprozesse mit Bioindikatoren entsprechen nicht den Anforderungen an die Überprüfung der Instrumentenaufbereitung gemäß Medizinprodukte-Betreiberverordnung. Die Regelprüfung, auch die innerbetriebliche Revalidierung von Sterilisationsprogrammen bei unveränderter Beladung und gleichbleibenden Betriebsparametern, erfolgt nur noch mit physikalischen Messmethoden gemäß dem gültigen Normenwerk. Deshalb stellt das LGA zum 31.12.2011 die Dienstleistung des Versandes von Sporenstreifen zur Prüfung der Sterilisation und auch von Bioindikatoren zur Prüfung der Thermodesinfektion ein.

Die Beendigung dieses Rahmenvertrages führt zu zahlreichen Anfragen in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer, insbesondere was die Neuausrichtung des Hygienemanagements in den Zahnarztpraxen angeht. In umfassenden Beratungsgesprächen wird die Situation analysiert und versucht, neue Wege aufzuzeigen.

Derzeit sind noch 4.553 Praxen aus Baden-Württemberg dem Rahmenvertrag angeschlossen.

Rahmenvertrag Betriebsärztliche und Sicherheitstechnische Betreuung

Seit 1998 besteht der Rahmenvertrag für Kammermitglieder der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg mit der Firma Streit® GmbH, Bensheim über die betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung der Zahnarztpraxen.

Diesem Rahmenvertrag haben sich derzeit 3.385 Praxen angeschlossen. Die Aufteilung der beteiligten Praxen im Kammerbereich stellt sich wie folgt dar:



Anzahl der am Rahmenvertrag der Firma Streit beteiligten Praxen nach Regierungsbezirken

3.289 Praxen haben sich für die grund- und anlassbezogenen Betreuung entschieden. Das Betreuungsmodell der Regelbetreuung für Praxen mit mehr als 10 Vollbeschäftigten nehmen derzeit 96 Praxen in Anspruch.

Bei 2.932 Praxen wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach den Vorgaben der bisherigen Unfallverhütungsvorschrift BGV A 2 durchgeführt. Teilweise befinden sich die Praxen derzeit im zweiten Betreuungsintervall.

Rahmenverträge Mobilfunk

Rahmenvertragskunden der Mobilfunkdiensteanbieter kommen in den Genuss von günstigen Business-Konditionen. Die Landeszahnärztekammer hält für ihre Mitglieder verschiedene Vertragskonstellationen bereit, die speziell auf die individuellen Anforderungen und das persönliche Nutzungsverhalten abgestimmt sind. So profitieren die Kammermitglieder von Preisvorteilen bei Rahmenverträgen mit den Mobilfunkdiensteanbietern T-Mobile, e-plus+ und O2.

In den Rahmenverträgen wurden Preisnachlässe über 35 Prozent vereinbart, die somit

eine günstige Alternative zu den am freien Markt erhältlichen Angebotskonditionen darstellen.

Spezielle Informationen zu allen Rahmenverträgen sind im Internetauftritt der Kammer unter www.lzk-bw.de unter Zahnärztes-Praxisführung-Rahmenverträge eingestellt.

Rahmenverträge über die Anmietung von Mietfahrzeugen

Der seit 2003 bestehende Rahmenvertrag zwischen der Mietwagenfirma AVIS und der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bietet Kammermitgliedern und ihrem Praxispersonal weltweit gültige und günstige



Firmenkonditionen mit bis zu 25 Prozent Preisermäßigung. Er kann sowohl für dienstliche

Zwecke als auch für Privatreisen genutzt werden. Die Rabatte umfassen zum Beispiel eine höherwertige Ausstattung der Fahrzeuge ohne Aufpreis.

AVIS verfügt über ein deutschlandweites flächendeckendes Filialnetz, das auch Mietwagenstationen an Flughäfen und Bahnhöfen einschließt.

Detaillierte Informationen über die jedes Jahr neu ausgehandelten Sonderkonditionen des Rahmenvertrages sowie über die notwendige AWD-Kundennummer sind im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg passwortgeschützt unter den Menüpunkten Zahnärzte, Praxisführung, Rahmenverträge abrufbar.

Der ebenfalls seit 2003 bestehende Rahmenvertrag mit der Mietwagenfirma Enterprise Rent-a-car wurde im Berichtsjahr mit neuen Konditionen erfolgreich verlängert. Er ist ebenso gültig für alle Kammermitglieder und deren Praxispersonal und kann ebenfalls für

dienstliche Zwecke als auch privat genutzt werden.

Enterprise verfügt über ein deutschlandweites Filialnetz und ist mit 15 Filialen in Baden-Württembergs größten Städten vertreten, besitzt aber im Gegensatz zu AVIS keine Mietwagenstationen an Flughäfen und Bahnhöfen.

Die Preisvorteile des Rahmenvertrages im Vergleich zum Privatkundentarif betragen hier je Fahrzeugkategorie bis zu 30 Prozent und umfassen sämtliche Fahrzeugmodelle, auch Kleintransporter.

Das Angebot des Rahmenvertrages mit ermäßigten Konditionen, allen Mietwagenfilialen und der dafür notwendigen Enterprise-Kundennummer



nummer

sind ebenfalls im Internetauftritt der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg passwortgeschützt unter den Menüpunkten Zahnärzte, Praxisführung, Rahmenverträge abrufbar.

Rahmenvertrag zur Erstellung von Gutachten zu Praxisbewertungen

Zum Abschluss eines neuen Rahmenvertrags zur Erstellung von Gutachten zu Praxisbewertungen wurden Vertragsverhandlungen aufgenommen. Dieser Service wird seitens der Kammer für notwendig erachtet, um das Angebot der Kammer für die Zahnärzteschaft weiter auszubauen. Die Vertragsverhandlungen waren bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen.

Die Zahnärztliche Röntgenstelle bei der Landes Zahnärztekammer ist für die Umsetzung der Qualitätssicherung bei der Anwendung von Röntgenstrahlung am Menschen in den Zahnarztpraxen verantwortlich. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wurden vier Bezirksstellen bei den Bezirks Zahnärztekammern eingerichtet. Die Tätigkeit der Röntgenstellen ergibt sich aus der Röntgenverordnung in Verbindung mit beschreibenden Richtlinien, die die Anforderungen an die Qualität detailliert darlegen.

Die Arbeitsberichte im Zeitraum 01.01.2010 – 31.12.2010 weisen folgende Ergebnisse auf:

	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	LZK BW
erfasste Zahnärzte	2.098	2.253	2.957	1.402	8.710
erfasste Geräte/ Anzahl der Zahnärzte	4.297/ 2.097	4.936/ 2.240	6.293/ 2.946	2.947/ 1.398	18.473/ 8.681
Zahnärzte ohne erfasste Rö-Geräte	1	13	11	4	29
erfasste Aufnahmen	731	1.460	778	701	3.670
Anzahl der Mängelrügen (Ur-/Konstanzaufnahmen)	insg. 61 (1/60)	insg. 144 (0/144)	insg. 47 (3/44)	insg. 84 (1/83)	insg. 336 (5/331)
Anzahl der Mängelrügen Patientenaufnahmen	25	45	9	65	144
Rö-Geräte geprüft ohne Bean- standung/ Anzahl der erfassten					
Urprüfkörper	308 / 309 (99,68 %)	498 / 498 (100,00 %)	300 / 303 (99,01 %)	242 / 243 (99,59 %)	1.348 / 1.353 (99,63 %)
Konstanzprüfung	362 / 422 (85,78 %)	818 / 962 (85,03 %)	431 / 475 (90,74 %)	375 / 458 (81,88 %)	1.986 / 2.317 (85,71 %)
Patientenaufnahmen	397 / 422 (94,08 %)	917 / 962 (95,32 %)	466 / 475 (98,11 %)	393 / 458 (85,81 %)	2.173 / 2.317 (93,79 %)
Zahl der Zahnärzte, deren Unter- lagen angefordert sind (Stich- tag):					
1. Anforderung/2. Anforderung	21.04.2011	21.04.2011	21.04.2011	21.04.2011	
Anzahl der Zahnärzte	58	165	125	44	392
1. Mahnung	38	94	70	18	220
2. Mahnung	7	28	9	6	50
Meldung beim Ministerium	0	11	0	1	12

Evaluierung der Hygiene-Beratung 2009 - 2011

	sehr	teilweise	nicht	
Wie zufrieden waren Sie mit der Terminvereinbarung für die Hygieneberatung?	22	1		
Wie waren Sie mit dem Auftreten des Beraters zufrieden?	23			
	sehr hoch	hoch	zufriedenstellend	nicht zufriedenstellend
Wie bewerten Sie die fachliche Kompetenz des Beraters?	20	3		
	optimal	zu kurz	zu lang	
Wie bewerten Sie den Zeitumfang der Vor-Ort-Beratung ein?	21	2		
	sehr hoch	hoch	zufriedenstellend	nicht zufriedenstellend
Wie bewerten Sie den Nutzen der vor Ort übergebenen Informationen?	17	6		
	ja	teilweise	nein	
Konnten alle Fragen geklärt werden und wurden die Mitarbeiter/innen miteinbezogen?	21	2		
	sehr hoch	hoch	zufriedenstellend	nicht zufriedenstellend
Wie bewerten Sie den praktischen Bezug der Beratung?	19	4		
Wie bewerten Sie die Qualität des Empfehlungsberichts?	20	3		
	kompetent	zielgerichtet	praxisorientiert	ungezielt/unstrukturiert
Wie empfanden Sie die Hygiene-Beratung insgesamt (Mehrfachnennung möglich)?	22	14	19	
	ja	nein	vielleicht	
Werden Sie die Hygiene-Beratung weiter empfehlen?	22		1	
Werden Sie die LZK BW bei weiteren Fragen wieder konsultieren?	23			

“Darf ich Sie mal etwas fragen?”

Alle Fragen mit juristischem Hintergrund, die sich auf die Berufsausübung des Zahnarztes beziehen, erreichen die Rechtsabteilung der Landeszahnärztekammer. Sowohl die Kammermitglieder selbst als auch deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nutzen die Möglichkeit der telefonischen Rechtsberatung der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg. Die Fragen der Anrufer reichen von gesellschaftsrechtlichen Problemstellungen bis hin zur Darstellung der Grundsätze der zahnärztlichen Werbung oder anderer berufsrechtlich relevanter Sachverhalte, von der polizeilichen oder staatsanwaltlichen Ermittlung bis zu Einzelheiten der Elternzeit. Aber auch Fragen zum Wettbewerbsrecht und insbesondere Arbeitsrecht und anderen Rechtsgebieten gehören zum Aufgabengebiet der Juristen. Verursacht durch die Dokumentationsflut liegt mittlerweile ein zeitlich großer Teil der täglichen Arbeit der Rechtsabteilung in der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer in der Erbringung von Rechtsberatungsleistungen.

Da auch das PRAXIS-Handbuch im Bereich des Nachschlagewerks große Teile rechtlicher Ausführungen enthält, ist die Abteilung weiterhin mit der Überarbeitung des im PRAXIS-Handbuch befindlichen Teils „Gesetze und Vorschriften“, im Teil „Qualitätssicherung in der Zahnarztpraxis“, insbesondere dem Kapitel „Personal“ sowie „Aufklärung und Dokumentation“ und „Datenschutz“, und zum Teil mit dem Bereich „Verträge“ befasst.

Jede Überarbeitung und Hilfestellung setzt voraus, dass aktuelles Wissen vorhanden ist.



Damit ist die Informationsbeschaffung durch ständige Beobachtung von Gesetzgebung und Rechtsprechung wesentliches Element einer rechtlich fundierten Tätigkeit. Jede Rechtsmeinung, die zwar rechtlich bestens fundiert ist, aber nicht die herrschende Meinung der Rechtsprechung wiedergibt, nutzt der Zahnärzteschaft wenig, so dass die gängige Rechtsprechung immer Berücksichtigung finden muss.

Auch das Thema Qualitätsmanagement in den Zahnarztpraxen als ständiges Projekt in der Landeszahnärztekammer erfordert die umfassende Begleitung der Rechtsabteilung.

Auch innerhalb der Kammer steht die Rechtsabteilung den Organen und allen Fachabteilungen der Geschäftsstelle der Landeszahnärztekammer zur Abklärung von Rechtsfragen zur Verfügung. Zum Beispiel im Bereich der Weiterbildung werden die Fragestellungen auf Grund der neuen Praxisformen immer komplexer. Im Bereich der Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen müssen oft zahlreiche, im Zuständigkeitsbereich der Kammer liegende Ordnungen, auf Grund von sachlichen Änderungen, angepasst werden.



Im PRAXIS-Handbuch finden sich viele rechtliche Ausführungen

MITGLIEDER DES SATZUNGSAUSSCHUSSES

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein, stv. Vorsitzende
Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker
Holger GERLACH, Öhringen
Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen

Schlichtungsordnung für Zahnärzte

Auf Antrag des Vorstandes der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart hat sich im Verlauf des Berichtsjahres der Vorstand der Landes Zahnärztekammer außerdem mit dem Entwurf für eine „Schlichtungsordnung für Zahnärzte“ der Landes Zahnärztekammer beschäftigt. Zielsetzung war, bei Streitigkeiten von Kammermitgliedern untereinander eine Schlichtung zu erreichen, um so gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. In seiner ersten Lesung sprach sich der Vorstand dafür aus, den von den Geschäftsführern vorgelegten Entwurf dahingehend zu überarbeiten, dass die Parteien zunächst die von den Bezirks Zahnärztekammern angebotene Mediation durchlaufen sollen und erst anschließend ein Schlichtungsverfahren eingeleitet werden kann. In seiner Sitzung am 14.10.2011 hat der LZK-Vorstand nach entsprechender Änderung dem Entwurf der Schlichtungsordnung zugestimmt und beschlossen, den Satzungsentwurf der LZK-Votreterversammlung im Dezember zur Entscheidung vorgelegt.

Satzungen der BZÄK

Im Juni 2011 hat die Bundes Zahnärztekammer (BZÄK) den Entwurf zur Änderung der BZÄK-Satzung sowie den Entwurf zur Änderung der BZÄK-Geschäftsordnung der Bundesversammlung den Länderkammern übermittelt. Die von der Bundesversammlung der BZÄK eingesetzte Satzungskommission, in der auch das LZK-Vorstandsmitglied Dr. Wilfried Forschner vertreten ist, hatte die Entwürfe erarbeitet. Der LZK-Vorstand hat sich eingehend mit den beiden Satzungsentwürfen beschäftigt und hierzu umfangreiche Stellungnahmen an die Bundes Zahnärztekammer abgegeben. Die Satzungskommission der Bundes Zahnärztekammer hat sich in einer abschließenden Beratung im September 2011 mit den von den Länderkammern eingegangenen Änderungsvorschlägen be-

schäftigt und dem BZÄK-Vorstand beschlussfähige Satzungsentwürfe vorgelegt, in nunmehr der Bundesversammlung der Bundes Zahnärztekammer im November dieses Jahres zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Muster-Berufsordnung der BZÄK

Der aus sechs Bundesgeschäftsführern und dem Justiziar der Bundes Zahnärztekammer zusammengesetzte Arbeitskreis Musterberufsordnung der Bundes Zahnärztekammer traf sich im September dieses Jahres auf Einladung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer in München zu seiner alljährlichen Sitzung.

Unter Mitarbeit des Direktors der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Axel Maag, wurde von den Juristen die Musterberufsordnung vom Arbeitskreis unter Zugrundelegung der Beschlüsse des Deutschen Ärztetages und des Deutschen Anwaltstages sowie der jüngsten höchstrichterlichen Rechtsprechung, auf ihren Änderungsbedarf hin überprüft.

Die vom Arbeitskreis erarbeiteten Vorschläge zur Änderung der Muster-Berufsordnung wurden zusammengefasst und an den BZÄK-Vorstand zur Beschlussfassung weitergeleitet. Nach der Beschlussfassung durch den Bundesvorstand, steht dann eine Anpassung der Berufsordnungen in den Ländern an.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

RAin Christine MARTIN
RA Stefan OSCHMANN
Katja VEIT

Weiterbildung in den Fachgebieten Kieferorthopädie und Oralchirurgie

Zahnärztinnen und Zahnärzte, die im Kammerbereich der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg tätig sind, können nach der Weiterbildungsordnung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg (WBO) Fachgebietsbezeichnungen führen, die auf besondere Kenntnisse in den Fachgebieten

- Kieferorthopädie,
- Oralchirurgie sowie auf
- Öffentliches Gesundheitswesen

hinweisen.

Gemäß dem Heilberufes-Kammergesetz gehört es zu den hoheitlichen Aufgaben der Landes Zahnärztekammer, die berufliche Weiterbildung zu regeln. In der LZK-Geschäftsstelle bedeutet dies, die formale Überprüfung von Anträgen auf:

- Ermächtigung eines niedergelassenen Fachzahnarztes zur fachspezifischen Weiterbildung,
- Anerkennung zum Führen der Fachgebietsbezeichnungen und Zulassung zum Fachgespräch sowie
- Zustimmung zur Beschäftigung eines Weiterbildungsassistenten.

Grundlage für den Beginn der Weiterbildung ist die formale Beantragung der Zustimmung zur Beschäftigung eines Weiterbildungsassistenten durch den zur Weiterbildung ermächtigten Fachzahnarzt und dem zukünftigen Weiterbildungsassistenten vor Beginn der Weiterbildung.

Von Bedeutung für die Zulassung zum Fachgespräch ist vor allem die Zustimmung zur Beschäftigung des Weiterbildungs-

assistenten, da nur Weiterbildungszeiten angerechnet werden können, die zuvor von der Landes Zahnärztekammer genehmigt wurden.

Nach Ablauf der vierjährigen ordnungsgemäßen Weiterbildung nach der Weiterbildungsordnung wird die Anerkennung zum Führen der Fachgebietsbezeichnung nach Überprüfung der erworbenen Kenntnisse im so genannten Fachgespräch von der Landes Zahnärztekammer erteilt. Die Fachgespräche werden von den jeweiligen Weiterbildungsausschüssen

abgenommen.

Im Jahr 2011 war eines der Hauptthemen der beiden Weiterbildungsausschüsse die anstehende Novellierung der Muster-Weiterbildungsordnung der Bundes Zahnärztekammer, welche im Auftrag der Bundesversammlung durch

den Vorstand der Bundes Zahnärztekammer überarbeitet wird.

Als Grundlage dient die Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundes Zahnärztekammer, DGZMK und VHZMK zur Einführung eines modularen Systems der postgradualen zahnärztlichen Fort- und Weiterbildung.

Mit der Novellierung der Muster-Weiterbildungsordnung soll die Zukunftsfähigkeit der Fachzahnarzttitel gestärkt werden. Durch Einbindung der Hochschulen in die Weiterbildung sollen Masterabschlüsse in den Fachgebieten verhindert werden.

Im hierfür eingerichteten Arbeitskreis „Muster-Weiterbildungsordnung“ wurde zusammen mit dem Präsidenten der Landes Zahnärztekammer, Dr. Udo Lenke, den LZK-Vorstandsmitgliedern Dr. Gerhard Cube und



MITGLIEDER DES WEITERBILDUNGS AUSSCHUSSES FÜR KIEFERORTHOPÄDIE

Dr. Gabriele GÜDE, Freiburg, Vorsitzende
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe, stv. Vorsitzender
Dr. Lutz ABEL, Stuttgart
Prof. Dr. Dr. Gernot Göz, Tübingen,
Dr. Frauke JOOß, Ravensburg

Dr. Dr. Heinrich Schneider und der Vorsitzenden des Weiterbildungsausschusses für Kieferorthopädie, Dr. Gabriele Güde und dem Vorsitzenden des Weiterbildungsausschusses für Oralchirurgie, Dr. Frank Kehrer, am Anfang dieses Jahres über den Entwurf der novellierten Muster-Weiterbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer beraten und eine Stellungnahme an die Bundeszahnärztekammer erarbeitet.

Beide Vorsitzende der Weiterbildungsausschüsse nahmen zu diesem Thema auch an der Koordinierungskonferenz der Referenten für Fort- und Weiterbildung der Bundeszahnärztekammer am 08.06.2011 in Berlin teil und konnten hier die Interessen der baden-württembergischen Fachzahnärzte für Kieferorthopädie und Oralchirurgie vertreten.

Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie

Der Weiterbildungsausschuss für Kieferorthopädie nimmt die Fachgespräche zur Anerkennung der Fachgebietsbezeichnung „Fachzahnärztin/ Fachzahnarzt für Kieferorthopädie“ ab.

In seinen drei Sitzungen im Jahr 2011 wurden elf Weiterbildungsassistenten mündlich geprüft.

Weiterbildungsausschuss für Oralchirurgie

20 Weiterbildungsassistenten konnten im Berichtsjahr 2011 erfolgreich ihrer Weiterbildung mit der Anerkennung zur/zum „Fachzahnärztin/Fachzahnarzt für Oralchirurgie“ abschließen.

In sechs Sitzungen konnte der Weiterbildungsausschuss den 19 Kolleginnen und Kollegen die Fachzahnarzturkunde überreichen, nur einmal musste eine Wiederholungsprüfung durchgeführt werden.



Des Weiteren konnten die Mitglieder des Ausschusses die Anzahl der zur zweijährigen fachspezifischen Weiterbildung ermächtigten Fachzahnärzte um zusätzliche acht Stellen und die, der zur dreijährigen fachspezifischen Weiterbildung um weitere zwei Stellen erhöhen.

MITGLIEDER DES WEITERBILDUNGSAUSSCHUSSES FÜR ORALCHIRURGIE

Dr. Frank KEHRER, Backnang, Vorsitzender
Dr. Dr. Hans Thomas EICHE, Stuttgart, stv. Vorsitzende
Prof. Dr. Dr. Hannes SCHIERLE, Karlsruhe
Prof. Dr. Dr. Rainer SCHMELZEISEN, Freiburg
Dr. Angelika VOGEL, Tübingen

Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 16.09.2011)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	97	110	171	65	443
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	12	18	27	14	71
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	2	6	1	0	9
ohne zahnärztliche Tätigkeit	32	37	29	26	124
Gesamt	143	171	228	105	647

Derzeit in Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Kieferorthopädie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 09/2011)

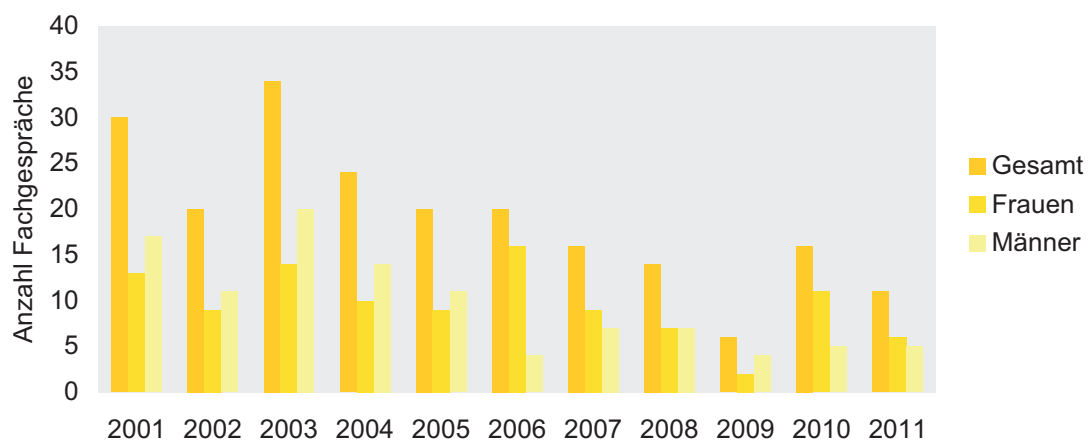
bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	20
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	27
Gesamt	47

Zur fachspezifischen Weiterbildung ermächtigte niedergelassene „Fachzahnärzte für Kieferorthopädie“ (Stand 10/2011)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 2-jähriger Ermächtigung	18	27	36	21	102
mit 3-jähriger Ermächtigung				1	1

Durchgeführte Fachgespräche zur Anerkennung der Fachgebietsbezeichnung „Kieferorthopädie“ seit 2001

Frauen-/Männeranteil
durchgeführte Fachgespräche



Nachfolgend einige statistische Angaben:

„Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 16.09.2011)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
Niedergelassene Fachzahnärzte	79	81	149	63	372
In Praxen tätige Assistenten, Vertreter, angestellte Zahnärzte	5	19	28	11	63
Beamte, Angestellte außerhalb der ZA-Praxis	5	10	6	2	23
ohne zahnärztliche Tätigkeit	13	15	23	18	69
Gesamt	102	125	206	94	527

Derzeit in Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Oralchirurgie gemeldete Weiterbildungsassistenten (Stand 09/2011)

bei niedergelassenen Zahnärzten mit 1- oder 2-jähriger Ermächtigung	16
In Kliniken oder bei niedergelassenen Zahnärzten mit 3-jähriger Ermächtigung	*53
Gesamt	69

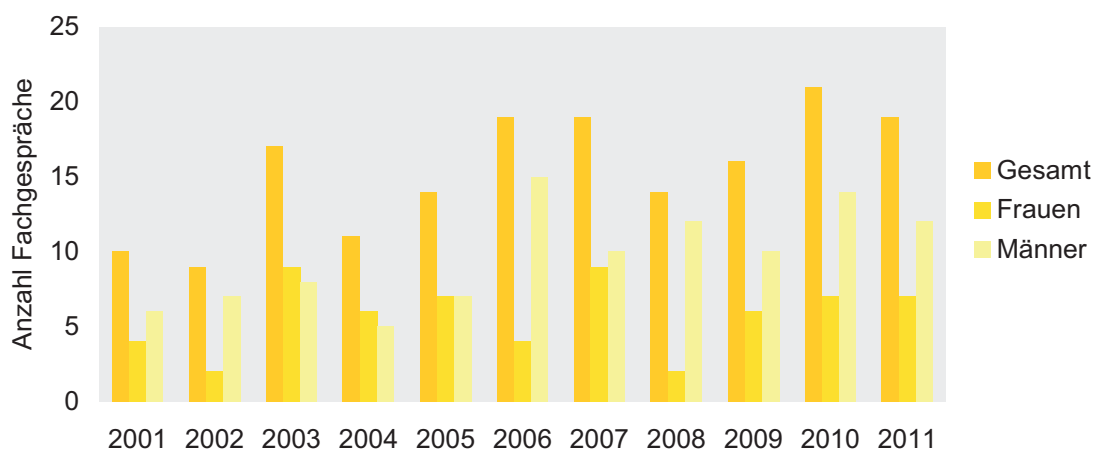
* In dieser Zahl sind teilweise auch Weiterbildungsassistenten enthalten, die die ärztliche Weiterbildung „Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie“ absolvieren

Anzahl der ermächtigten niedergelassenen „Fachzahnärzte für Oralchirurgie“ (Stand 10/2011)

	FR	KA	S	TÜ	LZK
mit 1- jähriger Ermächtigung		1	10	2	13
mit 2-jähriger Ermächtigung	6	15	20	6	38
mit 3-jähriger Ermächtigung	1	3	8	2	14

Durchgeführte Fachgespräche für die Anerkennung der Fachgebietsbezeichnung „Oralchirurgie“ (Stand 10/2011)

Frauen-/Männeranteil
durchgeführte Fachgespräche



Anträge auf Ermächtigung zur fachspezifischen Weiterbildung auf dem Fachgebiet der Oralchirurgie (Stand 10/2011)

	Anzahl
a) 2-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	8
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Erteilung der Ermächtigung	8
b) 3-jährige Weiterbildungsermächtigung; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	2
Durchführung des „kollegialen Gespräches“ mit Empfehlung an den LZK-Vorstand zur Erteilung der Ermächtigung	1
c) Zulassung einer Weiterbildungsstätte; Vorlage des Antrags, Überprüfung der formalen Voraussetzungen	1
d) Ernennung eines Weiterbildungsleiter an einer zur Weiterbildung ermächtigten Stätte	1

Kenntnisprüfungen nach § 2 Zahnheilkundengesetz

Zuständig für die Anmeldung zur Kenntnis- und Defizitprüfung ist in Baden-Württemberg als zentrale Stelle das Regierungspräsidium Stuttgart. Die Approbationsbehörde in Baden-Württemberg entscheidet aufgrund Aktenlage, ob eine Gleichwertigkeit des ausländischen Ausbildungsstandes besteht.

Die Kenntnisprüfung bezieht sich auf den Inhalt der staatlichen Abschlussprüfung entsprechend der Approbationsordnung für Zahnärzte. Die Defizitprüfung, für Ausbildungen aus dem EU-Ausland, beschränkt sich auf diejenigen Bereiche, in denen die Ausbildung hinter der deutschen Ausbildung zurückbleibt.

Lässt sich dies nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand feststellen, ist von der Zahnärztin oder dem Zahnarzt eine Kenntnis- oder Defizitprüfung bei der Kammer abzulegen.

Die Kenntnis- und Defizitprüfungen erfolgen nach Maßgabe der zwischen dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, der Landes Zahnärztekammer und dem Regierungspräsidium Stuttgart vereinbarten Verfahrensgrundsätze.

Aufgrund der eingegangenen Anmeldungen zur Kenntnis-/Defizitprüfung vom Regierungspräsidium Stuttgart hat LZK-Geschäftsstelle im Jahr 2011 mit den beiden ständigen Prüfungskommissionen für die Durchführung der Kenntnisprüfungen nach § 2 ZHG drei praktische Prüfungen geplant.

Zwei der drei praktischen Prüfungen, über die Dauer von fünf Stunden, wurden bereits im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart mit sieben Teilnehmern durchgeführt. Eine Prüfung mit vier Prüfungskandidaten steht noch aus.

Des Weiteren traf sich die Prüfungskommission 1 zur Durchführung einer Theorieprüfung mit zwei Prüfungskandidaten.

Ergebnisse der Überprüfungen

Von insgesamt fünf Kandidaten hat einer den praktischen Teil der Kenntnisprüfung in 2011 erfolgreich absolvieren können, woraufhin dieser zum theoretischen Teil zugelassen wurde. Eine Gleichwertigkeit der zahnärztlichen Ausbildung konnte nach der Theorieprüfung festgestellt werden.

Zwei Kandidaten konnten nicht zum Theorie- teil zugelassen werden, da beide den praktischen Prüfungsteil nicht bestanden haben. Bei weiteren zwei Prüflingen ist noch kein Ergebnis bekannt.

Im Rahmen der praktischen Defizitprüfung wurden acht zahnärztliche Ausbildungen geprüft. Zwei stehen im Berichtsjahr noch aus. Von den acht durchgeführten Prüfungen konnten drei positiv bewertet werden.

Wie auch schon in den letzten Jahren zeigen uns die bislang feststehenden Ergebnisse der Prüfungen im Jahr 2011, dass die praktische Überprüfung von nicht gleichwertigen zahnärztlichen Ausbildungen zu Recht erfolgt.

PRÜFUNGSKOMMISSION 1

Dr. Hans-Henning HOLFELD, Deizisau, Vorsitzender
Dr. Iris KNOBLAUCH, Freiburg, stv. Vorsitzende
Dr. Martin GROTEN, Ilvesheim

Nachfolgend einige statistische Angaben:

Anzahl der Kenntnisprüfungen seit 2003

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2003	17	4	13
2004	20	7	13
2005	17		17
2006	37	13	24
2007	10	1	9
2008	12	3	7
2009	4	0	2
2010	8	3	5
2011	5*	1	2

*davon sind zwei Kenntnisprüfungen noch durchzuführen

Anzahl der Defizitprüfungen seit 2009

Kalenderjahr	Anzahl Gesamt	Davon bestanden	Davon nicht bestanden
2009	13	4	9
2010	8	3	5
2011	10*	3	5

* davon sind zwei Defizitprüfungen noch durchzuführen

Durchgeführte Kenntnisprüfungen 2011

	Praxis		Theorie	
Ausbildungen in	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Ukraine*	-	-	-	-
Syrien*	2	-	-	-
Russland	-	1	-	1
Gesamt	2	1	-	1

*eine Prüfung steht im Berichtsjahr 2011 noch an

Durchgeführte Defizitprüfungen 2011

	Praxis		Theorie	
Ausbildungen in	nicht bestanden	bestanden	nicht bestanden	bestanden
Rumänien*	5	2	-	-
Kuba	-	1	-	-
Gesamt	5	3	-	-

*zwei Prüfungen stehen noch aus

Gleichwertigkeitsprüfungen 2003 - 2011
Statistische Übersicht der Prüfungsergebnisse



Durchfallquote

Jahr	Prozent
2003	65 %
2004	52 %
2005	70 %
2006	68 %
2007	77 %
2008	37 %
2009	70 %
2010	63 %

Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

Das vielseitige Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) stand auch in diesem Jahr im Blickpunkt des Ausschusses für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen. Behandlungsassistent, Praxisorganisation, Praxishygiene, Dokumentation, Röntgentechnik, Abrechnung, so lauten nur einige Schlagworte, die die berufliche Ausbildung im dualen System mit sich bringt. Gerade durch die vielseitige Tätigkeit von Zahnmedizinischen Fachangestellten wird der Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen regelmäßig mit neuen Herausforderungen konfrontiert, um die berufliche Ausbildung sowie die späteren Fortbildungsmöglichkeiten auf einem hohen Niveau zu halten.

Neuordnung innerhalb des Ausschusses



Einen Tag nach seinem 61. Geburtstag, am 15.04.2011, verstarb der Ausschussvorsitzende und Referent für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Klaus-Peter Rieger. Referent und Prüfer bei den Fortbildungseinrichtungen der Kammer, Tagungsleiter für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen im Rahmen des Landeszahnärztetages, Ideengeber und Visionär im Bereich der Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten für Zahnme-

dizinische Fachangestellte sowie die Mitarbeit in Arbeitskreisen auf Landes- und Bundesebene, spiegeln nur einen Teil seiner ehrenamtlichen Tätigkeiten für den zahnärztlichen Berufsstand und die zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen wider. Gerade hier zeigte sich die standes- und berufspolitische Erfahrung von Dr. Rieger, die im Laufe der letzten Jahrzehnte erworben und zum Nutzen aller Beteiligten in den entsprechenden Gremien gewinnbringend eingebracht werden konnte. Zuletzt hatte er verstärkt den Blickwinkel auf die Alters- und Behinderten Zahnheilkunde und deren Eingang in die Aus- und Fortbildung der Zahnmedizinischen Fachangestellten im Blick. Die Note von Dr. Rieger ist verklungen, aber die Musik, die Symphonie sowie seine Philosophie wird im Ausschuss vom neuen Ausschussvorsitzenden Dr. Bernd Stoll (bisheriger stellvertretender Vorsitzender), seinem Stellvertreter, Dr. Helmut Schönberg, sowie den weiteren Ausschussmitgliedern fortgeführt werden.



Neue Besetzung. Dr. Peter Riedel, Dr. Bernd Stoll, Dr. Helmut Schönberg, Dr. Bernd Krämer, Dr. Robert Heiden (v.l.n.r)

Komplettiert wurde das Quintett im Juli dieses Jahres, als Dr. Bernd Krämer von der LZK-Vertreterversammlung als neues Ausschussmitglied berufen wurde. Mit Dr. Bernd Krämer, der sein Fachwissen bereits seit

MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES FÜR ZAHNMEDIZINISCHE MITARBEITER/INNEN

Dr. Klaus Peter RIEGER, Reutlingen, Vorsitzender (bis 15.04.2011 †)

Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Vorsitzender, Referent BZK Tübingen

Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender, Referent BZK Stuttgart

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Referent BZK Karlsruhe

Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn, Referent BZK Stuttgart

Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Referent BZK Freiburg

Jahren im Berufsbildungsausschuss einbringt, gewinnt der Ausschuss eine weitere Persönlichkeit für den Bereich der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen.

Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung

Bereits im vergangenen Jahr beschäftigte sich der Ausschuss aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene mit der Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung. Eine grundsätzliche Absage wurde in diesem Zusammenhang einer möglichen gestuften zweijährigen Ausbildung zur Sprechstundenhilfe und einer weiteren möglichen Stufe zur Zahnmedizinischen Fachangestellten erteilt, da dies aufgrund des hohen Qualitätsanspruches an Zahnmedizinische Fachangestellte nicht zu vertreten war. Im Rahmen der Vorstandssitzung der Bundeszahnärztekammer im März dieses Jahres folgte der Bundesvorstand dieser Empfehlung und beschloss mehrheitlich, das Neuordnungsverfahren der ZFA-Ausbildungsverordnung anzustreben, und zwar in der vom Ausschuss präferierten Variante einer gestreckten Abschlussprüfung. Damit wird eine Qualifizierung einer der ZFA untergeordneten Fachkraft („ZFA-light“) verhindert. Der Ausschuss begleitet das Neuordnungsverfahren auf Bundesebene auch weiterhin konstruktiv und kritisch.

Mitarbeiter Finden – Ausbilden – Binden

Die demografische Entwicklung erfordert neue Strategien von den Zahnärztinnen und Zahnärzten in Baden-Württemberg, um geeignete Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen zu „finden, auszubilden und zu binden“. Im Rahmen seiner Sitzungen beschäftigte sich der Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen regelmäßig mit dieser Thematik und stellt dem LZK-Vorstand Aufgaben, Handlungsfelder und Aktivitäten vor, um das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten (ZFA) in der Öffentlichkeit attraktiv

darzustellen und somit gezielt für qualifizierte Mitarbeiter/innen zu werben. Der Ausschuss beschäftigte sich im Berichtsjahr insbesondere mit der Thematik „Finden“ und brachte hierbei zahlreiche Aktivitäten auf den Weg, die es in nächster Zeit konkret umzusetzen gilt.

So stellte der Ausschuss fest, dass das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) bereits auf verschiedenen Berufsinformationsmessen in Baden-Württemberg vertreten ist, künftig sollen jedoch alle führenden Berufsinformations- und Ausbildungsmessen in Baden-Württemberg flächendeckend besucht werden. Darüber hinaus hielt es der Ausschuss für dringend erforderlich, für die Teilnahme an Ausbildungsmessen ein zeitgemäßes, neues und ansprechendes Präsentationskonzept zu schaffen.



Die Präsenz bei Ausbildungsmessen soll verstärkt werden

Bundesweiter Boys` Day am 14.04.2011

Ein weiterer Baustein im Rahmen des Projektes „Finden – Ausbilden – Binden“ stellt die Teilnahme am jährlich stattfindenden Boys` Day dar. Nachdem die beiden landesweiten Boys` Days 2009 und 2010 einen wachsenden Erfolg zu verzeichnen hatten, fand am 14.04.2011 das erste bundesweite Boys` Day statt. Am Boys` Day werden die Jugendlichen von der Schule freigestellt und können im Rahmen der Berufsorientierung

ZUSTÄNDIGKEIT IN DER LZK-GESCHÄFTSSTELLE FÜR DEN
- AUSSCHUSS FÜR ZAHNMEDIZINISCHE MITARBEITER/INNEN
- BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS
- FACHAUSSCHUSS ZFA - ZWISCHENPRÜFUNG
- FACHAUSSCHUSS ZFA - ABSCHLUSSPRÜFUNG

Thorsten BECK
Annerose HAUBER

verschiedene Angebote von „Schnupperpraktika“ wahrnehmen. Eine Zahnarztpraxis berichtete, dass die Jungs mit viel Spaß, Interesse und außerordentlich guter Vorbereitung den Tag in der Praxis verbracht haben und in das Berufsbild Zahnmedizinischer Fachangestellter hineinschnuppern konnten. Auf der neuen Internetpräsenz www.boys-day.de konnten sich alle interessierten Zahnarztpraxen über den Boys' Day informieren und freie Plätze für ein eintägiges Schnupperpraktikum in der Aktionslandkarte eintragen. Bei einem Schnupperpraktikum in der Zahnarztpraxis wurde dann die Praxis vorgestellt, Abläufe erklärt, Einblicke in Patientenbehandlung gegeben sowie Fragen zur Ausbildung und den Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten beantwortet. Im Bereich der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg bestehen derzeit über 4.500 ZFA-Ausbildungsverträge. Lediglich 30 Ausbildungsplätze (< 1%) werden aktuell von männlichen Auszubildenden besetzt. Somit besteht in diesem Bereich noch eine Entwicklungsmöglichkeit nach oben, wofür der Boys' Day auch in den kommenden Jahren werben soll.



Viele Praxen stellten einen Praktikumsplatz beim Boy's Day bereit

Broschüre zur Aus- und Fortbildung für Zahnmedizinische Fachangestellte

Im Rahmen seiner Sitzung am 10.03.2011 nahm der Ausschuss zustimmend zur Kenntnis, dass die Broschüre zum Berufsbild der ZFA derzeit vom IZZ überarbeitet wird und bis Mitte April 2011 vorliegen soll. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, dass alle Auftritte zur Werbung des Berufsbildes ZFA ein einheitliches Corporate Identity (CI) und Corporate Design (CD) erhalten müssen.

In der Sitzung des IZZ-Verwaltungsrates am 27.07.2011 wurde die Thematik Azubi-Marketing, Relaunch der Informationsbroschüren „Der Ausbildungsberuf: Zahnmedizinische Fachangestellte“ sowie „Der Beruf mit Aufstiegschancen – zur Dentalhygienikerin“ behandelt. Die Broschüren wurde redaktionell überarbeitet. Der IZZ-Verwaltungsrat nahm die Ausführungen zur Überarbeitung der Broschüren zur Kenntnis, sprach sich darüber hinaus jedoch dafür aus, den Erstentwurf mit Unterstützung einer fachspezifischen Agentur gestalten zu lassen. Das optimierte Layout soll die Zielgruppe der Schulabgänger/Innen ansprechen, um das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten attraktiver für junge Schulabsolventinnen zu gestalten. Diese Entwicklung begrüßte der Ausschuss in seiner Herbstsitzung des Jahres, da es sich hierbei um einen weiteren Baustein im Rahmen des Projektes „Finden – Ausbilden – Binden“ handelt.

Informationsfilm zum ZFA-Berufsbild

Der Ausschuss stellte in seiner Frühjahrssitzung fest, dass ein neuer Informationsfilm über das Berufsbild „Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r“ dringend erforderlich ist. Am Rande des Stuttgarter Zahnärztetages 2011 fand somit ein erstes Arbeitsgespräch mit einem möglichen Produzenten statt, um ein Angebot für einen kurzen, ansprechenden ZFA-Werbefilm für die junge Zielgruppe in Erfahrung zu bringen. Die Gründe für ei-

ARBEITGEBERVERTRETER IM BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen, stv. Vorsitzender (bis 15.04.2011 †)
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe
Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

nen neuen Berufsinformationsfilm liegen auf der Hand: es handelt sich hierbei um aussagekräftige Dokumentationen über den Ausbildungsberuf. Das ZFA-Berufsbild wird entsprechend transportiert und der Betrachter erhält einen guten Einblick in das Tätigkeitsfeld. Eine Mischung aus Information, Dokumentation und Werbung sind imageprägend für das ZFA-Berufsbild und damit ein wichtiger Baustein, um sich von den Mitbewerbern auf dem Markt der dualen Ausbildungsberufe abzuheben. Die Organisation und ablauftechnische Planung für eine mögliche Filmproduktion läuft derzeit an, so dass voraussichtlich Mitte des kommenden Jahres ein neuer ZFA-Berufsinformationsfilm auf Ausbildungs- und Berufsinformationsmessen, sowie über diverse Plattformen der Berufsinformationszentren, Agenturen für Arbeit und weiteren Kommunikationsplattformen (Soziale Netzwerke) abgerufen werden kann.



Mit einer neuen Informationsbroschüre und einem Werbefilm soll für das Berufsbild der ZFA geworben werden

Zusammenarbeit mit den Berufsinformationszentren und Agenturen für Arbeit

24 Agenturen für Arbeit mit angeschlossenen Berufsinformationszentren informieren in Baden-Württemberg über die vielen Ausbildungsmöglichkeiten in den dualen Berufen.

Somit wird der Berufsfindungsprozess der Schulabgängerinnen und Schulabgänger maßgeblich durch diese Einrichtungen mitgestaltet. Aus diesem Grund sah es der Ausschuss für dringend notwendig an, dass die Landes Zahnärztekammer eine jährliche Informationsveranstaltung für die Berufsberater der 24 Agenturen für Arbeit in Baden-Württemberg durchführt. Daraufhin nahm im Mai dieses Jahres die LZK-Geschäftsstelle Kontakt mit dem zuständigen Ansprechpartner bei der Agentur für Arbeit, Bereich Ausbildungs-, Berufs- und Studienwahl, Regionaldirektion Baden-Württemberg auf. Der dortige Fachbereichsleiter, der zuständig ist für die:

- Beratung der Agenturen für Arbeit bei Fragen der Ausbildungs-, Berufs- und Studienwahl,
- Zusammenarbeit mit überregionalen Einrichtungen sowie die
- Informationsvermittlung zur Berufsausbildung, etc.,

koordiniert die entsprechenden Fortbildungsveranstaltungsangebote für die Berufsberater landesweit. Die geplante jährliche Veranstaltung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg wurde ausdrücklich begrüßt, so dass die Berufsberater mit neuesten Informationen zum ZFA-Berufsbild versorgt werden können. Neben Themen rund um die ZFA-Berufsausbildung konnte hierbei auch positiv für das ZFA-Berufsbild geworben werden.

Die ersten Aktivitäten des Projektes „Finden – Ausbilden – Binden“ sind angelaufen. Nun heißt es, die Anstrengungen weiter zu steigern, um einem möglichen Fachkräftemangel bei den zahnärztlichen Mitarbeiter/innen entgegenzuwirken. Daher wird die Thematik „Finden – Ausbilden – Binden“ künftig regelmäßiger Tagesordnungspunkt in den Ausschusssitzungen sein.

ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN IM BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen, stv. Vorsitzende
 Renata FRECH, Neckartenzlingen,
 Margret REICHERT-SCHMID, Steinenbronn
 Stefanie TEIFEL, Schrozberg
 Elke HERBIG, Ludwigshafen
 Annelie SCHWADERER, Stuttgart

Einheitliche Umsetzung der Musterfortbildungsordnungen der Bundeszahnärztekammer

In der Vergangenheit war der Verband medizinischer Fachberufe (VmF) mehrfach an die Bundeszahnärztekammer herangetreten, um auf die Bedeutung einer einheitlichen Interpretation und Umsetzung der Musterfortbildungsordnungen zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP), Zahnmedizinischen Fachassistentin (ZMF), Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) und Dentalhygienikerin (DH) auf Landesebene hinzuweisen. So sei es nach Ansicht des VmF erforderlich, dass die im jeweiligen Bundesland durchlaufenden Fortbildungsangebote inhaltlich identisch sein sollten, um eine länderübergreifende einheitliche Fortbildungslandschaft zu garantieren. Sofern dies nicht zutrefte, könne es möglich sein, dass bundeseinheitliche Fortbildungsordnungen nach § 53 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) drohen würden. Demnach könnte das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie nach Anhörung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Fortbildungsabschlüsse anerkennen und hierfür Prüfungsordnungen als Grundlage für eine einheitliche berufliche Fortbildung erlassen. Der Vorstand der Bundeszahnärztekammer beschloss deshalb im März dieses Jahres die einheitliche Umsetzung der Fortbildungsordnungen, so dass eine bundeseinheitliche Fortbildungsordnung dadurch entbehrlich wird. Gerade die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Fortbildungs- und Prüfungsordnungen sieht der Ausschuss für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen als wichtige Grundlage für eine sich stetig weiterentwickelnde Fortbildungslandschaft in Baden-Württemberg, sowie im gesamten Bundesland an. Daher ist es unabdingbar, dass die Hoheit

der Gestaltung der ZFA-Fortbildungslandschaft auch in Zukunft bei der Kammer als zuständige Stelle im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes verbleiben muss.

Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer am 21.10.2011 in Berlin

Bei der Koordinierungskonferenz auf Bundesebene sind die Referenten für Zahnmedizinische Fachangestellte der einzelnen Länderkammern vertreten und beschäftigen sich mit länderübergreifenden Fragestellungen, die von zentraler Bedeutung für die zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen sind. Als Tagesordnungspunkt wurde u. a. der aktuelle Sachstand zur Umsetzung des Europäischen (EQR) und Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) behandelt. Der EQR soll als Referenzrahmen für lebenslanges Lernen die Leistungen der nationalen Bildungssysteme auf europäischer Ebene in acht Niveaustufen abbilden. Erklärtes Ziel ist es, als Übersetzungsinstrument zwischen den Bildungs- und Qualifikationssystemen der Mitgliedsstaaten Lernergebnisse aus allen Bildungsbereichen international verständlicher und vergleichbarer zu machen und so die Mobilität der Arbeitnehmer in Europa zu fördern. Damit die Ergebnisse des deutschen Bildungssystems EU-weit Anerkennung finden, müssen sie dem EQR durch einen nationalen Qualifikationsrahmen angemessen zugeordnet werden können. Zwischenzeitlich finden hierzu bereits verschiedene Expertenworkshops statt. Zudem veranstalteten das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Kultusministerkonferenz im vergangenen Jahr in Berlin eine Fachtagung mit 220 Teilnehmern, in der die interessierte Fachöffentlichkeit über die bisherige Erarbeitung informiert und insbesondere europäische Aspekte erörtert wurden. In einem Arbeitskreis DQR soll nun bis Ende des Jahres ein Vorschlag für die Zuordnung formaler Qualifikationen erarbeitet werden. Im weiteren Vorgehen werden dann die zuständigen Gremien beraten, nach wel-

LEHRKRÄFTE AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN IM BERUFSBILDUNGS-AUSSCHUSS

OSTd Karlheinz VOLKMANN, Heilbronn
StDin Eva LEDERER, Ludwigsburg
StDin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
OSTr Roland HEIDLER, Rastatt
StD Albert MERGELSBERG, Freiburg
StDin Beate JUNG, Ulm

chen Kriterien die DQR-Ergebnisse in den EQR-einfließen können.

Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (BQFG)

Das Bundeskabinett hat am 09.12.2009 ein Eckpunktpapier für eine bessere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschlossen. Mit Blick auf die derzeitigen individuellen Verfahren und die Vielzahl unterschiedlicher Anerkennungsstellen wurde seinerzeit auf Bundesebene geprüft, inwiefern Anerkennungssuchende in den einzelnen



Die Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen sollen verbessert werden

Verfahren unterstützt werden und bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt beraten werden könnten.

Am 29.09.2011 dieses Jahres hat der Bundesrat nunmehr einen Gesetzentwurf angenommen, in dem die Verfahren zur Anerkennung und Bewertung von ausländischen Berufsqualifikationen ausgeweitet, vereinfacht und verbessert werden sollen.

Im Rahmen der Ausschusssitzungen im Jahre 2009 und 2010 nahmen die Mitglieder die Ent-

wicklungen auf Bundesebene zur Kenntnis und bestätigten weiterhin ihren Beschluss, wonach ausländische Zahnmedizinischen Fachangestellte (bzw. dem deutschen ZFA-Fachangestelltenbrief vergleichbare Berufsabschlüsse), die eine Anerkennung zur deutschen ZFA erhalten möchten, eine ZFA-Abschlussprüfung durchführen müssen sowie

ggf. ein Anpassungsjahr in einer Zahnarztpraxis absolvieren können.

Die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene deuten nunmehr darauf hin, dass diese Vorgehensweise möglicherweise künftig neu geregelt werden muss. Ein geplanter Erfahrungsaustausch der Kammern der freien Berufe zum Berufsqualifikationsanerkennungsgesetz, der im Herbst des Berichtsjahres stattfinden sollte, wurde zunächst abgesagt, da sich derzeit entsprechende Projektgruppen auf Bundesebene mit der Thematik beschäftigen. Die in den Projektgruppen erarbeiteten Ergebnisse sollen voraussichtlich im Frühjahr 2012 an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden. Der Ausschuss wird die weiteren Entwicklungen auf Bundesebene kritisch verfolgen.

Der besondere Patient – Pilotkurs für Zahnmedizinische Fachangestellte

Anfang des Jahres fand am ZFZ Stuttgart der Pilotkurs „Der besondere Patient: Behandlung von Senioren und Menschen mit Einschränkungen“ statt. 18 zahnmedizinische Mitarbeiter/innen haben an dem Kurs teilgenommen und eine schriftliche und mündliche Abschlussprüfung abgelegt. Der Ausschuss beschäftigte sich mit den Kursinhalten und stellte fest, dass das Ziel des Pilotkurses im Bereich der Alters- und Behindertenzahnheilkunde angesiedelt ist. Qualifizierte Mitarbeiter/innen (ZFA mit Zusatzbezeichnung „Prophylaxe“, ZMP, ZMF, DH) vertiefen somit nochmals die bisher ausgeübten Tätigkeiten bei Senioren, Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftigen Menschen.

Akademisierungstendenzen der Heilhilfsberufe

Die Aufstiegsfortbildung zur Dentalhygienikerin (DH) ist bei der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg eine strukturierte und stufenweise Aufstiegsfortbildung, die mit der Ausbildung zur/zum Zahnmedizinischen

FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG

ARBEITGEBERVERTRETER/INNEN

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, Vorsitzender
Dr. Elisabeth HILLERICH, Ulm
ZA Dieter LORENZ, Ludwigsburg

Fachangestellten beginnt. Aufgrund dieser Tatsache ist die Landeszahnärztekammer nach § 71 Abs. 6 i. V. mit §§ 79 Abs. 4, 54 Satz 2 und 47 Berufsbildungsgesetz (BBiG) zuständige Stelle und demnach bildungs- und berufsrechtlich für die Aufstiegsfortbildung zur DH zuständig. Demnach handelt es sich bei der DH um kein eigenständiges Berufsbild, sondern um Zusatzqualifikationen an Kenntnissen und Fertigkeiten, welche im Rahmen der durchlaufenden Aufstiegsfortbildungen vermittelt werden.

Bereits seit geraumer Zeit beobachtet der Ausschuss die Intention von Partikularinteressen, die DH als eigenständiges Berufsbild in Deutschland zu etablieren. Zuletzt scheiterte dies an oberster Stelle. So stellte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit und Soziales, Marion Caspers-Merk, bereits Anfang April 2004 auf eine entsprechende Anfrage im Bundestag klar, dass eine bundesgesetzliche Regelung der DH nicht in Frage komme. Des Weiteren dürfe der Bund auch in die überwiegende Länderzuständigkeit nur eingreifen, wenn dies erforderlich sei. Unter diesem Aspekt wurde der Ausschuss in seinen gültigen Verfahrensregelungen weiter bekräftigt und darin bestärkt, dass die stufenweise Aufstiegsfortbildung für Zahnmedizinische Fachangestellte bis zur Dentalhygienikerin in Deutschland die einzige qualitätsgesicherte Möglichkeit für den beruflichen Aufstieg darstellt.

Eine neue Entwicklung stellen derzeit die Akademisierungstendenzen im Bereich der Heilhilfsberufe dar. So ist zu beobachten, dass möglicherweise ein Bachelor in Dentalhygiene an einer deutschen Universität angeboten werden soll. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der deutsche Dentalhygienikerinnen Verband (DDHV) im Mai dieses Jahres die zahnmedizinischen Fakultäten der Universitäten in Deutschland angeschrieben hatte, um für die Einführung eines Bachelors in Dentalhygiene entsprechend zu werben. Gerade diese Entwicklung macht es zwin-

gend notwendig, dass der Ausschuss die weiteren Entwicklungen kritisch beobachtet und die Aufstiegsfortbildungen der Zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen zeitnah novelliert und so an die sich ändernden Rahmenbedingungen in der Zahnarztpraxis anpasst. Da diese Angelegenheit von aktueller Bedeutung auch über die Ländergrenzen hinaus ist, beschäftigte sich die Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer im Rahmen ihrer diesjährigen Herbstsitzung ebenfalls mit dieser Thematik.

Berufsbildungsausschuss

Als zentrales Beratungs- und Beschlussgremium der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, der zuständigen Stelle im Rahmen des Berufsbildungsgesetzes, hat der Berufsbildungsausschuss eine zentrale Bedeutung in allen Fragen der beruflichen Aus- und Fortbildung von Zahnmedizinischen Fachangestellten. Trotz seiner Bedeutung steht der Ausschuss selten im Fokus der Aufmerksamkeit, sondern arbeitet eher im Hintergrund. Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung, der Berufsausbildung, der beruflichen Fortbildung und der beruflichen Umschulung sind die Hauptaufgaben, mit denen sich der Ausschuss beschäftigt. Exemplarisch seien hier genannt:



Alle Fragen der beruflichen Aus- und Fortbildung beschäftigen den Berufsbildungsausschuss

- der Erlass von Verwaltungsgrundsätzen über die Eignung von Ausbildungs- und Umschulungsstätten sowie

FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG ARBEITNEHMERVERTRETER/INNEN

Johanna KAPP, Tübingen, stv. Vorsitzende
Nadja PFISTER, Herxheim
Jacqueline MÜLLER, Stuttgart

- der Erlass von Rechtsvorschriften für die Durchführung der Berufsausbildung.

Eine wichtige Aufgabe besteht ferner darin, die stetige Entwicklung der Qualität in der beruflichen Bildung fortzuschreiben. So nimmt der Ausschuss Berichterstattungen über Prüfungsergebnisse zur Kenntnis und leitet daraus mögliche Handlungsempfehlungen für die Zukunft ab.

Fragen der beruflichen Ausbildung



Die Fortbildungszahlen in Baden-Württemberg sind auf hohem Niveau

Im Rahmen seiner diesjährigen Herbstsitzung nahm der Berufsbildungsausschuss auch den Sachstand zur Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung sowie die einzelnen Berichte der Ausbildungsberater zur Kenntnis. So stehen zum 31.12.2010 insgesamt 4.568 Auszubildende bei den 6.742 niedergelassenen Zahnärzten in einem Ausbildungsverhältnis, was die Freien Berufe weiterhin als drittgrößten Ausbildungsbereich bundesweit bestätigt. Als weiterer Tagesordnungspunkt diskutierte der Berufsbildungsausschuss über die Einstellungsrichtlinien der Landes Zahnärztekammer für auszubildende Zahnmedizinische Fachangestellte je Zahnarztpraxis und bestätigte, dass die qualitativ hochwertige Ausbildung nach wie vor

erhalten bleiben muss. In diesem Zusammenhang spielte auch die Gesamtauswertung der Abschlussprüfung 2011 eine große Rolle, aus der hervorging, dass von 1.428 Prüflingen, 1.350 Prüflinge die Prüfung erfolgreich abschlossen haben und somit den Fachangestelltenbrief in Empfang nehmen konnten. Der erste Schritt in das Arbeitsleben ist gemacht. Nun gilt es, die erlernten Fähigkeiten in der Praxis gewinnbringend einzusetzen und das erlernte Wissen im Rahmen der zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten zu vertiefen.

Zahnmedizinische Fachangestellte ein Beruf mit breitem Fortbildungsspektrum

Der Berufsbildungsausschuss nahm zur Kenntnis, dass die Fortbildungszahlen in Baden-Württemberg auf einem hohen Niveau angesiedelt sind. So absolvierten im Jahr 2010 knapp 900 Zahnmedizinische Fachangestellte den Kursteil I „Gruppen- und Individualprophylaxe“ im Rahmen einer dezentralen Fortbildung. Nahezu 700 Teilnehmerinnen nahmen dezentral am Kursteil II a „Herstellung von Situationsabformungen und Provisorien“ teil. Kursteil II b „Hilfestellung bei kieferorthopädischen Behandlungen“ erfuhr im dezentralen Bereich einen Zuwachs von 18 Prozent auf fünf Kurse mit 158 Teilnehmern und der dezentral durchgeführte Kursteil II c „Fissurenversiegelung von kariesfreien Zähnen“ bestätigte mit 16 durchgeführten Kursen, mit insgesamt 327 Teilnehmern sein hohes Niveau. Im Bereich des zentral durchgeführten Kombikurses I, II a und II c konnten die kammereigenen Fortbildungsinstitute einen Zuwachs um mehr als 20 Prozent erfahren, was deutlich bestätigt, dass die Einführung des Angebotes seinerzeit dringend erforderlich war. Auch die Zahlen im Bereich Kursteil III „Praxisverwaltung“ sprechen eine deutliche Sprache: 131 Teilnehmerinnen (+ 15 %) nahmen das Fortbildungsangebot wahr.

FACHAUSSCHUSS ZWISCHENPRÜFUNG LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN

StD Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach
OStR Roland HEIDLER, Ettlingen
StR Jürgen ZINSER, Stuttgart

Darüber hinaus erfahren landesweit auch die „großen“ Fortbildungen zur

- Zahnmedizinischen Prophylaxeassistentin (ZMP) mit über 80 Teilnehmerinnen,
- zur Zahnmedizinischen Fachassistentin (ZMF) mit 15 Teilnehmerinnen,
- zur Zahnmedizinischen Verwaltungsassistentin (ZMV) mit 37 Teilnehmerinnen (Vorjahr: 16 Teilnehmerinnen) sowie
- zur Dentalhygienikerin (DH) mit 16 (Vorjahr 17) Teilnehmerinnen eine Nachfrage auf hohem Niveau.

Knapp 2.300 Kursteilnehmer/innen im Bereich der Kursteile sowie über 150 Absolventinnen und Absolventen der „großen Fortbildungen“ sprechen eine deutliche Sprache für die Fortbildungsbereitschaft der Zahnmedizinischen Fachangestellten in Baden-Württemberg.

Seit Einführung der ersten Kursteile haben Stand 31.12.2010 somit insgesamt über 42.000 Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen die Fortbildung durchlaufen. Darüber hinaus bestanden mehr als 2.200 Teilnehmerinnen eine der Aufstiegsfortbildungen zur ZMP, ZMF, ZMV oder DH.

Begabtenförderung – Durchstarten für Berufseinsteiger



Die Berufsausbildung zur/zum Zahnmedizinischen Fachangestellten ist ein guter Start in die berufliche Entwicklung, aber nicht das Ende des Lernens. Zu den Voraussetzungen für den beruflichen Erfolg gehört es heute, auch nach der ZFA-Ausbildung weiter zu lernen, die Fachkenntnisse zu aktualisieren und zu vertiefen. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten zur weiteren beruflichen Qualifizierung für

Zahnmedizinische Fachangestellte so vielfältig wie nie zuvor. Junge berufliche Talente können Unterstützung im Rahmen der Stiftung Begabtenförderung erhalten. In einem Zeitraum von maximal drei Jahren können die Stipendiatinnen und Stipendiaten bis zu 5.100 Euro Förderung für Fortbildungsmaßnahmen abrufen – bei einem Eigenanteil von 10 Prozent je Fördermaßnahme. Im Jahr 2010 wurden im gesamten Zweig der Freien Berufe in Deutschland insgesamt 391 Stipendiatinnen und Stipendiaten aufgenommen, davon 21 Zahnmedizinische Fachangestellte im Zuständigkeitsbereich der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg. Da die Aufnahme in das Programm immer für drei Jahre erfolgt, betreut die Abteilung Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen derzeit 73 Stipendiatinnen mit einem Gesamtförderungsvolumen von € 64.600.- im Berichtsjahr. Das Programm ist gemessen an den Stipendiatenzahlen eines der größten Stipendiatenprogramme in Deutschland. Bundesweit konnten seit dem Start im Jahr 1991 über 90.000 Stipendiaten von der Förderung profitieren und ein Gesamtvolumen von mehr als 285 Millionen Euro bei den zuständigen Stellen abrufen. Auch in diesem Jahr setzt sich der Trend steigender Bewerberzahlen bei der Landes-zahnärztekammer fort. Bei Redaktionsschluss lagen bereits über 30 Bewerbungen für das kommende Jahr vor. Erfahrungsgemäß wird der Großteil der Bewerbungen jedoch erst in den letzten beiden Monaten des Jahres bei der LZK-Geschäftsstelle eingehen.

FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG

ARBEITGEBERVERTRETER

Dr. Meinhard GEORG, Ladenburg, Vorsitzender
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach, stv. Vorsitzender
Dr. Susanne HANDTMANN, Tübingen
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

Notendurchschnitt der Sommer-Abschlussprüfung 2011

Bezirkszahnärztekammer	Freiburg	Karlsruhe	Stuttgart	Tübingen	BW
Gesamtergebnis Schriftlicher Teil					
Behandlungsassistenz	3,0	3,0	3,0	2,9	3,0
Praxisorganisation und -verwaltung	2,5	2,4	2,6	2,9	2,6
Abrechnungswesen	2,8	3,1	3,1	2,9	3,0
Wirtschafts- und Sozialkunde	3,5	3,5	3,6	3,7	3,6
Gesamtergebnis Praktischer Teil					
	2,3	2,5	2,3	2,4	2,4
Zahl der Teilnehmer	323	341	488	276	1.428
Bestanden	305	321	467	257	1.350
Nicht bestanden	18	20	21	19	78
RÖV					
Zahl der Teilnehmer	321	303	486	276	1.386
Bestanden	319	272	435	242	1.268
Nicht bestanden	2	31	51	34	118

Zwischenprüfung Zahnmedizinische Fachangestellte Notenstatistik vom 23. Juli 2011

Durchschnittsnote je Fach in Baden-Württemberg im Vergleich zu allen Berufsschulen.

Berufsschulen in BW	Anzahl Azubis	Durchschnittsnote
Freiburg	94	2,2
Konstanz	42	2,1
Achern	42	2,1
Rheinfelden	34	2,0
Rottweil	52	2,2
Waldshut	36	2,2
Heidelberg	60	2,3
Karlsruhe	90	2,1
Mannheim	69	2,1
Pforzheim	36	2,3
Rastatt	21	2,1
Heilbronn	89	2,1
Ludwigsburg	69	2,2
Nürtingen	47	2,2
Schorndorf	68	2,2
Stuttgart	107	2,2
Sindelfingen	51	2,3
Aulendorf	81	2,1
Tübingen	81	2,1
Ulm	66	2,1
Horb	20	2,0
Mosbach	12	1,8
Ellwangen	29	2,2
Bad Mergentheim	13	2,0
Geislingen	34	2,2
Baden-Württemberg gesamt	1.343	2,2

FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG

ARBEITNEHMERVERTRETER

Gabriele DAVID-GREUNKE, Weingarten
Ingeborg SCHEBLE, Kusterdingen

FACHAUSSCHUSS ABSCHLUSSPRÜFUNG

LEHRER AN BERUFSBILDENDEN SCHULEN BEISITZER

Stdin Dr. Dr. Dagmar BÖRSIG, Heidelberg
Std Ulrich GEBHARDT, Obersulm-Willsbach
LiA Waltraud GORZAWSKI-ECKERT, Freiburg
StRin Katja REIFFER, Karlsruhe

Prophylaxeausschuss

Der Prophylaxeausschuss ist nach der Satzung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg einer der ständigen von der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg gebildeten Ausschüsse und hat sich in diesem Jahr unter anderem mit folgenden Themen beschäftigt:

Kariesintensivprophylaxe für Risikokinder von 0 – 3 Jahren

Der Prophylaxeausschuss hat sich mit dem von der Landes Arbeitsgemeinschaft Jugendzahnpflege Mecklenburg-Vorpommern aufgelegtem Kariesintensivprophylaxeprogramm „Gesunde Zähne ein Leben lang“ für Risikokinder beschäftigt, zu dem Prof. Splieth, Universität Greifswald, ein Gutachten über eine 6-Jahres-Evaluation erstellt hat. Der Prophylaxeausschuss hat zu diesem Konzept festgestellt, dass es nicht auf Baden-Württemberg übertragbar ist. So erstreckt sich z. B. das Intensiv-Prophylaxeprogramm von Mecklenburg-Vorpommern nicht nur auf die 0- bis 3-Jährigen, sondern auch auf 6-, 9- und 12-Jährige. Bei diesen Altersgruppen konnte Baden-Württemberg im Rahmen der epidemiologischen Begleituntersuchungen zur Gruppenprophylaxe sowohl 2004 wie 2009 die bundesweit besten Ergebnisse vorweisen, während Mecklenburg-Vorpommern wesentlich schlechter abschnitt.

In diesem Zusammenhang wurden die Prophylaxereferenten der Bezirks Zahnärztekammern beauftragt, bei den nächsten Treffen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit abzuklären, wie ein Prophylaxeprogramm für die 0- bis 3-Jährigen in Baden-Württemberg entwickelt werden kann, um die unverändert hohe Milchzahnkariesrate zu reduzieren.

Die Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Vorstandsmitglied der Landes Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg, Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, wurde beauftragt, entsprechende Vorschläge in der LAGZ-Vorstandssitzung vorzustellen.

Zahnärztlicher Kinderpass

Nachdem die Erstaufgabe des Zahnärztlichen Kinderpasses vom Februar 2008 in einer Stückzahl von 100.000 Exemplaren vergriffen war, erfolgte im Frühjahr diesen Jahres eine weitere Auflage in einer Stückzahl von 80.000 Exemplaren, die die Firma GABA wiederum finanzierte. Bis Mai 2011 wurden von der 2. Auflage 19.350 Exemplare von Zahnärzten, Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit, Kinderärzten, Hebammen und Frauenärzten abgerufen.

Auch die Koordinierungskonferenz der Referenten für Alters-/Behindertenzahnheilkunde und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde der Bundes Zahnärztekammer (BZÄK) hat das Thema Zahnärztlicher Kinderpass am 11.03.2011 beraten und hierzu empfohlen, dass im BZÄK-Ausschuss Präventive Zahnheilkunde die Inhalte für einen Muster-Kinderpass erarbeitet werden sollten.

Einlegeblatt für den Mutterpass / Kinderuntersuchungsheft

Das vom Prophylaxeausschuss in 2010 entwickelte Einlegeblatt für den Mutterpass wurde der Bundes Zahnärztekammer im Dezember 2010 übermittelt, um möglichst eine einheitliche Bundesregelung zu erreichen. In der BZÄK-Koordinierungskonferenz der Referenten für Alters-/Behindertenzahnheilkunde und Referenten für Präventive Zahnheilkunde am 11.03.2011 wurde der Beilageblattentwurf aus Baden-Württemberg beispielhaft diskutiert. Die

MITGLIEDER DES PROPHYLAXEAUSSCHUSSES

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, Vorsitzende

Dr. Carla TORNIER, Emmendingen, stv. Vorsitzende

Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe

Dr. Manfred JOß, Ravensburg

Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn

KOOPTIERTES MITGLIED

Dr. Guido Elsäßer, Kernen-Stetten

BZÄK-Koordinierungskonferenz empfahl, dass aus fachlicher Sicht der Zahnärztliche Kinderpass bereits in den Mutterpass eingelegt werden sollte. Dies ist für die werdende Mutter ein Anreiz zum Zahnarztbesuch in der Schwangerschaft. Wenn das Kind geboren ist, kann der Zahnärztliche Kinderpass von den Eltern in das Untersuchungsheft (U-Heft) eingelegt werden.

Im Rahmen der von der Bundeszahnärztekammer angestrebten bundeseinheitlichen Herausgabe eines Zahnärztlichen Kinderpasses sollen die von Baden-Württemberg im Einlageblattentwurf enthaltenen Inhalte mit berücksichtigt werden.

Im kommenden Jahr wird sich der Prophylaxeausschuss mit der Verfahrensweise der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege Sachsen beschäftigten, die einen orangefarbenen Sticker mit Hinweis auf den Zahnarztbesuch entwickelte, der in den Mutterpass eingeklebt wird.

Gruppenprophylaxe

In der LAGZ-Mitgliederversammlung haben die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg je vier Stimmen, wobei der Regierungsbezirk Karlsruhe derzeit nicht vertreten ist. Deshalb hat der Prophylaxeausschuss dem LZK-Vorstand empfohlen, gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg aus jeder der vier Regierungsbezirke jeweils eine Person (LZK-Präsident und Prophylaxereferenten) in die LAGZ-Mitgliederversammlung ab der nächsten Legislaturperiode (2013-2016) zu berufen.

Konzept Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

Es wurde festgestellt, dass den Prophylaxemitarbeiterinnen in den Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit das Betreuungskonzept des Arbeitskreises Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg überwiegend unbekannt ist. Deshalb hat der Prophylaxeausschuss der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg empfohlen, über die LAGZ BW-News die Arbeitsgemeinschaften – und somit auch die Prophylaxemitarbeiterinnen – hierüber zu informieren. Dabei sollte auch auf die Möglichkeit der Zahnarztsuche mit Praxisführer barrierefreie Praxen im LZK-Internetauftritt www.lzkbw.de hingewiesen werden. Des Weiteren sollten die Prophylaxemitarbeiterinnen über die zuständigen Senioren- und Behindertenbeauftragten (SuB) der Kreise informiert werden.

Werbeverbot in der Gruppenprophylaxe

Im Rahmen einer Reihenuntersuchung in einer kieferorthopädischen Praxis haben die Kinder eine Geschenktüte erhalten mit Zahnpasta, Zahnbürste sowie einer Schildmütze mit Logo-Aufdruck der Praxis. Der Prophylaxeausschuss stellte hierzu fest, dass persönliche Praxiswerbung (z. B. Flyer und Give-aways mit Praxislogo) dem Neutralitätsgebot der Gruppenprophylaxe gemäß § 21 Sozialgesetzbuch (SGB) V widerspricht. Die Zahnarztpraxis wurde über den Kreisvereinigungs vorsitzenden auf das Neutralitätsgebot hingewiesen.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Annerose HAUBER

Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

Stimmige Konzepte und Lösungsansätze für die drängenden Fragen der Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens sind ein Schlüsselthema der Zukunft. Antworten auf diese Fragen erwartet nicht nur die Politik, sondern es sollte eine Selbstverständlichkeit des gesellschaftlichen Miteinanders sein, dass jeder Berufsstand seinen Teil dazu beiträgt, diesen Herausforderungen zu begegnen.

Der zahnärztliche Berufsstand hat diese Herausforderung und seine Verantwortung angenommen. Die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg ist in diesem Jahr auf ihrem Weg ein schlüssiges zahnärztliches Betreuungskonzept zu entwickeln, mit der die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen verbessert wird, viele kleine, aber entscheidende Schritte vorangekommen - und sie ist damit - ganz nebenbei - zu einem Wegbereiter in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde in Deutschland geworden.

Die Zielsetzungen des Projektes Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg (AKABe BW) sind die Schulung der Pflegekräfte in Aus- und Fortbildung sowie die Betreuung der pflegebedürftigen Menschen.

Fortbildung von Zahnärzten und Mitarbeiterin – Voraussetzung für eine flächendeckende Betreuung

Für die flächendeckende zahnärztliche Betreuung pflegebedürftiger Menschen ist es notwendig, sowohl die Zahnärztinnen und Zahnärzte als auch die zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen fortzubilden.

Beide kammereigene Fortbildungseinrichtungen – das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart und die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe – haben

Kurse zur Alterszahnheilkunde im Rahmen der strukturierten Fortbildung etabliert.

Die Geriatriische Zahnheilkunde hat sich inzwischen als Standard-Curriculum beim ZFZ Stuttgart bewährt. Im Herbst dieses Jahres geht das Curriculum bereits in die 7. Runde. Darüber hinaus fand auf Anregung einiger Teilnehmer bisherigen Geriatrie-Veranstaltungen am ZFZ Stuttgart in diesem Jahr erstmals eine Geri-Update-Fortbildung statt, bei der Fachkräfte aus der Pflege mit ihrem Wissen und ihrer Pflegealltagskompetenz einbezogen wurden. Beide Referenten der Landeszahnärztekammer – der Referent für Alterszahnheilkunde und der Referent für Behindertenzahnheilkunde wirken an diesem Curriculum seit Beginn mit.



Fachkräfte aus der Pflege wurden bei der Geri-Update-Fortbildung am ZFZ Stuttgart mit einbezogen.

Im Rahmen der strukturierten Fortbildung Alterszahnheilkunde bietet seit diesem Jahr auch die Akademie Karlsruhe einen Kurs für Zahnärzte und zahnmedizinische Mitarbeiterinnen zum Thema ‚Alte Menschen gut versorgen – Alterszahnheilkunde in der Praxis‘ an. Insgesamt sechs Praxen haben an dieser Teamfortbildung im CPD-Format (continuin professional development) teilgenommen.

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES

Dr. Elmar LUDWIG, Ulm, Vorsitzender

Dr. Guido ELSÄSSER, Kernen-Stetten

Dr. Ulrike HEILIGENHAUS-URMERSBACH, Karlsruhe

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen

Dr. Carla TORNIER, Emmendingen

KOOPTIERTES MITGLIED

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

Durch den Kurs konnten in allen Praxen entscheidenden Steigerungen der Leistungsfähigkeit erreicht werden. Darüber hinaus ist aus dem Kurs heraus eine übersichtliche Darstellung zum Thema Polypharmazie – unerwünschte Arzneimittelwirkung und Interaktionen entstanden und ein Computerprogramm, mit dem die Mitarbeiterinnen auf der



Alle Teilnehmerinnen des Pilotkurses ‚Der besondere Patient‘ haben ihre Prüfung bestanden.

Grundlage der Medikamentenliste die für Zahnärzte wichtigsten Nebenwirkungen und Interaktionen schnell und übersichtlich patientenindividuell erstellen können. Ebenso wie an den Kursen des ZFZ Stuttgart, wirkte auch an diesem neuen Kurs der Akademie Karlsruhe der Vorsitzende des Arbeitskreises Alterszahnheilkunde und Behinderten-

behandlung als Kursleiter und Experte mit. Diese Pionierleistung sowohl was den Aufbau als auch die Leitung des Kurses sowie das langjährige Engagement in der Alterszahnheilkunde betrifft, würdigt die Akademie Karlsruhe mit der Verleihung des Walther-Engel-Preises 2012 an Dr. Elmar Ludwig.

Für zahnmedizinische Mitarbeiterinnen hat das ZFZ Stuttgart in Kooperation mit dem Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung einen eigenen Kurs ‚Der besondere Patient – Behandlung von Senioren und Menschen mit Einschränkungen‘ entwickelt, der in diesem Jahr erstmals als Pilotkurs angeboten wurde. Aufgrund der positiven Resonanz hat das ZFZ Stuttgart bereits für das kommende Jahr 2012 erneut Kurstermine ausgeschrieben.

Senioren- und Behindertenbeauftragte – Vermittler vor Ort

Ansprechpartner des AKABe-Projektes in den Kreisen sind die Senioren- und Behindertenbeauftragten, die erstmals 2007 für jeden Bezirk bestellt wurden. Sie fungieren als Ansprechpartner und Vermittler für die Angebote des AKABe-Projektes. Zweimal im Jahr treffen sich die Senioren- und Behindertenbeauftragten jedes Kreises im Beisein des Arbeitskreisvorsitzenden, um die aktuellen Entwicklungen vor Ort zu besprechen. Viele an den kammereigenen Fortbildungseinrichtungen fortgebildete Zahnärztinnen und Zahnärzte sind als Senioren- und Behindertenbeauftragte in den Kreisen tätig. Wichtigste Kooperationspartner der Senioren- und Behindertenbeauftragten vor Ort sind die Gesundheitsfachdienste in den Landratsämtern. In vielen Kreisen gestaltet sich die Zusammenarbeit überaus positiv, so dass bei den Heimbegehungen durch die Heimaufsicht inzwischen auf das AKABe-Projekt, die Aktivitäten und das Angebot hingewiesen wird.

Kontakte zu den Öffentlichen Gesundheitsdiensten

Ein Ergebnis der Gespräche mit den Zahnärzten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im vergangenen Jahr war eine Einladung zur Fachtagung der Unteren Heimaufsichtsbehörden in Bad Herrenalb am 05.05.2011. Der Arbeitskreis-Vorsitzende konnte auf dieser Tagung das AKABe-Projekt vorstellen und viele wertvolle Kontakte knüpfen. Mit einem Schreiben an Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren hat die Landes Zahnärztekammer zudem um wohlwollende Unterstützung für eine Kooperation zwischen der Kammer und den zahnärztlichen Diensten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes bei der Betreuung der Senioren- und Pflegeheime in Baden-Württemberg gebeten.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE

Andrea MADER
Annerose HAUBER

Altenpflegeaus- und Fortbildung – Wichtiger Baustein

Für den nachhaltigen Erfolg der Prophylaxemaßnahmen in den Pflegeeinrichtungen ist eine fundierte Ausbildung der Pflegekräfte unabdingbare Notwendigkeit. Die Landes-zahnärztekammer hat ein bundesweit einzigartiges Ausbildungsprogramm in Kooperation mit den privaten Altenpflegesschulen in Baden-Württemberg entwickelt. In Fortsetzung der Pilotphase mit den fünf Altenpflegesschulen des Vorstandes der Konferenz der privaten Altenpflegesschulen von Juni 2009 bis April 2011 fand am 09.04.2011 eine Kalibrierungsveranstaltung zur Durchführung einer weiteren Studie mit Lernzielkontrollen und Evaluationen statt.



Zahnärztliche Referenten und Fachlehrer bei der Kalibrierungsveranstaltung am 09.04.2011

Die im vergangenen Jahr entwickelten Lehr- und Lerninhalte sollen im Rahmen dieser Studie an ca. 20 privaten Altenpflegesschulen sowohl von Fachlehrern als auch von speziell geschulten Zahnärztinnen und Zahnärzten vor Ort bis Ende des Jahres nach einem präzisen Schema vermittelt werden. Die Ergebnisse der Lernzielkontrollen und der Evaluationen werden ausgewertet und sollen der weiteren Entwicklung der Altenpflegeaus- und -fortbildung auf Landes- und Bundesebene dienen. Von entscheidender Bedeu-

tung bei dieser Kooperation mit den privaten Altenpflegesschulen in Baden-Württemberg ist die Tatsache, dass die Kosten der Schulungen von den Schulen selbst getragen werden. Neben der Altenpflegeaus- und -fortbildung kommt es auch darauf an, Schulungen in den Pflegeeinrichtungen im Sinne von Impulsreferaten und bewohnerspezifischen Unterweisungen der Pflegekräfte durchzuführen. Hierbei leisten die Phantomköpfe und die eigens entwickelten Übungsmodelle einen wertvollen Dienst.

Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg

Um den Erfolg des AKABe-Projektes evaluieren zu können, hat die Landes-zahnärztekammer in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Heidelberg eine Interventionsstudie initiiert. Betreut von Prof. Hassel von der Klinik für Zahnärztliche Prothetik führt der Senioren- und Behindertenbeauftragte des Kreises Pforzheim, Thorben Wenz, die Studie im Rahmen seiner Promotion durch. Er wird in drei Einrichtungen unter Zuhilfenahme der vom Arbeitskreis entwickelten Materialien sowohl die Schulung der Pflegekräfte als auch die Betreuung der Bewohner durchführen. Mit den Ergebnissen der Studie möchte die Landes-zahnärztekammer sich für den Qualitätsförderpreis Gesundheit Baden-Württemberg bewerben und hofft, den erforderlichen eigenen Nachweis der Qualitätsverbesserung erbringen zu können und zu belegen, dass tatsächlich ein nachweisbarer Nutzen erzielt wird.

Zahnärztlicher Praxisführer barrierefreie Praxis

Die Bundesregierung verfügt über keine Daten, wie viele der insgesamt mehr als 45.000 Zahnarztpraxen barrierefrei sind. Das teilte sie in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mit. Für Baden-Württemberg ist dies nicht der Fall. Hier lie-

gen Daten über die Barrierefreiheit der rund 5.500 Zahnarztpraxen vor. Dies hat die Landes Zahnärztekammer in einem Schreiben an die Sozialministerin von Baden-Württemberg mitgeteilt und auf den ‚Zahnärztlichen Praxisführer barrierefreie Praxen‘ auf der Internetseite der Kammer unter www.lzk-bw.de - seit letztem Jahr integriert in die Zahnarztsuche - hingewiesen, der alle der Kammer gemeldeten barrierefreien Zahnarztpraxen umfasst und betroffenen Patienten ermöglicht, eine Zahnarztpraxis in ihrer Nähe zu finden, die ihren Anforderungen entspricht.

Hilfestellung und Informationen online



Das Internetangebot wurde umstrukturiert und erweitert

Alle Informationen des Arbeitskreises für Zahnärztinnen und Zahnärzte im Bereich Alters- und Behindertenzahnheilkunde befinden sich im LZK-Internetauftritt unter Zahnärzte-Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung sowie im geschlossenen Mitgliederbereich unter Arbeitsmittel Senioren- und Behindertenbeauftragte. In diesem Jahr erfolgten umfangreiche Umstrukturierungen und Erweiterungen des Internetangebots – zahlreiche Informationen wurden aus dem geschlossenen Bereich in den Zahnärztebe-

reich integriert. Als neue Rubriken wurden unter Zahnärzte-Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung Polypharmazie und Barrierefreiheit eingeführt und mit vielen interessanten Informationen und weiterführenden Hinweisen bestückt. Die Rubrik Recht und Abrechnung wurde um ein praxisorientiertes Ablaufschema zu den häufigsten Abrechnungspositionen mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ergänzt. Die juristische Ausarbeitung wurde überarbeitet und um den Punkt Vorsorge- und Generalvollmacht präzisiert.

Behindertenzahnheilkunde

In der zahnärztlichen Betreuung von Menschen mit Behinderungen hat die Landes Zahnärztekammer in diesem Jahr einen großen Schritt nach vorne gemacht. Die guten Kontakte des Referenten für Behindertenzahnheilkunde zum Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Baden-Württemberg (LVKM) ermöglichten eine Informationsveranstaltung am 09.07.2011 zum Thema ‚Ein Koffer voller Zahnbürsten – Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderung‘, an der fast 40 Mitarbeiter von Behinderteneinrichtungen und Angehörige teilgenommen haben. Beide Referenten der Landes Zahnärztekammer, Dr. Elsäßer und Dr. Ludwig, waren bei der Veranstaltung als Referenten dabei.

Zahlen, Daten, Fakten – sowohl in der zahnärztlichen Öffentlichkeitsarbeit als auch in der Politikberatung spielen belastbare statistische Daten eine immer größere Rolle. Die Landes Zahnärztekammer wird noch in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Universität Heidelberg einen vom Institut der Deutschen Zahnärzte entwickelten Fragebogen zu verschiedenen Aspekten der Behindertenbehandlung an die Kammermitglieder in Baden-Württemberg verschicken. Die Ergebnisse der Umfrage werden beim Weltkongress des IADH (International Association für

Disability an Oral Health) 2012 in Melbourne präsentiert werden.

Der Weltkongress der International Association für Disability an Oral Health im Jahr 2014 wird in Deutschland stattfinden. Der Referent für Behindertenzahnheilkunde der Landes-zahnärztekammer, Dr. Guido Elsässer ist im wissenschaftlichen Komitee der Tagung eingebunden.

Dr. Elsässer hat mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung in Baden-Württemberg e. V. (LAG AVMB BW) eine Informationsschrift zum Thema Menschen mit geistiger Behinderung im Krankenhaus und beim Zahnarzt entwickelt. Diese Informationsschrift wird nun gekürzt und als Flyer an das Layout der bereits entwickelten Flyer für die Alterszahnheilkunde angepasst. Dr. Elsässer hat sich dieses Recht durch seine Mitarbeit beim LAG AVMB BW zusichern lassen. Der Flyer wird dann sowohl zum Download auf der LZK-Internetseite als auch bei Informationsveranstaltungen der Kammer und des Informationszentrum Zahngesundheit in gedruckter Form zur Verfügung stehen.

Bundesebene

Jedes Jahr findet eine kombinierte Koordinierungskonferenz der Bundeszahnärztekammer für die Referenten für Alters- und Behindertenzahnheilkunde und der Referenten für Präventive Zahnheilkunde statt. Am 11.03.2011 fand die diesjährige Koordinierungskonferenz in Düsseldorf statt. Vonseiten des Arbeitskreises nahmen Dr. Guido Elsässer (Behindertenzahnheilkunde), Dr. Elmar Ludwig (Alterszahnheilkunde) und Dr. Renate Lüllwitz-Hoch (Prophylaxe) an der Konferenz teil.

Auf der Grundlage eines baden-württembergischen Entwurfs wurde für die Koordinie-

rungskonferenz ein Fragebogen zur Abfrage von Projekten und Konzepten zur zahnärztlichen Betreuung pflegebedürftiger Menschen für alle Länderkammern erstellt. Die Abfrage mittels des Fragebogens erfolgt über die Internetseite der Bundeszahnärztekammer. Hierzu wurde von der Bundeszahnärztekammer eine Eingabemaske programmiert. Die Länderkammern können nun die online gestützte Dateneingabe nutzen und ihre Projekte in Vorbereitung auf die Koordinierungskonferenz eingeben.

Im Juni 2010 haben die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Alterszahnmedizin (DGAZ), der Arbeitsgemeinschaft für zahnärztliche Behindertenbehandlung im Berufsverband Deutscher Oralchirurgen (BDO) und dem Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) ein Konzept zur vertragszahnärztlichen Versorgung Pflegebedürftiger und Menschen mit Behinderungen vorgelegt.

In den Anhörungen zum geplanten Versorgungsstrukturgesetz am 29.06.2011 und am 21.09.2011 wurde das AuB-Konzept von den gewählten Vertretern des Berufsstandes explizit angesprochen, um im Zuge des laufenden Gesetzgebungsverfahrens Rahmenbedingungen für die Finanzierung des Mehraufwandes bei der Behandlung von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Ziel ist die Aufnahme des Konzeptes in das SGB V.

Nach dem Heilberufekammer-Gesetz ist die Information und Beratung von Patientinnen und Patienten Aufgabe der Kammern. Vor diesem Hintergrund haben die zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg und bundesweit seit den 1990er-Jahren ein flächendeckendes Netz von Patientenberatungsstellen aufgebaut. Patientinnen und Patienten erhalten bei den Patientenberatungsstellen entgeltfreie Informationen zu allen Fragen der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, eine unabhängige zahnärztliche Zweitmeinung sowie eine individuelle Beratung. Das Beratungsangebot der zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg wird zudem durch die Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung und das Gutachterwesen erweitert. Die aufgrund des zahnmedizinischen Sachverständnisses erbrachten Leistungen der zahnärztlichen Patientenberatungsstellen sind in dieser Form in Deutschland einmalig.

Verändertes Umfeld – Marke kreieren

Ungeachtet dessen hat sich das Umfeld Patientenberatung in Deutschland mit dem Informations- und Beratungsangebot an Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Patientinnen und Patienten der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung durch die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) seit dem 01.01.2011 maßgeblich verändert. Durch das geplante Patientenrechtegesetz und das vom Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, im März vorgelegte Grundlagenpapier sind Patientenorientierung und Patientenberatung auch in den Fokus der Politik gerückt.

Um in diesem veränderten Umfeld als „player“ wahr genommen zu werden und mit zu gestalten, gilt es, den Bekanntheitsgrad und die Leistungen des umfangreichen Netzwerkes an Patienteninformation,

Patientenberatung, zahnärztlicher Zweitmeinung, Gutachterwesen und Schlichtungsstellen der Zahnärzteschaft in Deutschland zu erhöhen und publik zu machen. Zudem ist eine Anpassung an das Level der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland hinsichtlich Datenerhebung, Evaluation und wissenschaftliche Begleitung erforderlich.

Strategiekonzept IZZ

Um die Zahnmedizinische Patientenberatung in Baden-Württemberg zukunftsfähig zu machen, ist eine Weiterentwicklung und eine strategische Neuausrichtung notwendig. Im Auftrag des IZZ-Verwaltungsrates und des Geschäftsführenden Ausschusses des IZZ hat das Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) ein Strategiekonzept erarbeitet. Zur Verbesserung des Beratungsangebotes wird darin eine Ausweitung der telefonischen und der individuellen Beratungszeiten, der Aufbau einer Informationswebsite, Auftritte bei Facebook und Twitter, verstärkte Marketingmaßnahmen mit Anzeigen und Radiospots sowie ein 24-Stunden Online-Beratungsservice vorgeschlagen. Der Arbeitskreis Patientenberatung/ Zweitmeinung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat über das Strategiekonzept in seiner Septembersitzung beraten und den Vorständen von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Empfehlungen zur Umsetzung und Beschlussfassung gemacht. Der LZK-Vorstand hat sich entgegen der Empfehlungen des Arbeitskreises für ein Stufenkonzept zur Weiterentwicklung der Patientenberatung in Baden-Württemberg ausgesprochen. In einem ersten Schritt soll zunächst das telefonische Beratungsangebot bis Mitte des kommenden Jahres ausgebaut werden. Das Informationszentrum Zahngesundheit wurde beauftragt, eine modifizierte Kostenkalkulation vorzulegen, die auch die technische Umsetzung in den Zahnärzthäusern berücksichtigt.

MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES PATIENTENBERATUNG/ ZWEITMEINUNG

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, LZK BW, Vorsitzender
Christian FINSTER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Ute MAIER, Stuttgart, KZV BW
Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, LZK BW
Dr. Bernd STOLL, Albstadt, LZK BW

Qualifizierung der Beratungszahnärzte

Die Qualifizierung sowie die Fortbildung der Beratungszahnärztinnen und Beratungszahnärzte ist ein wichtiger Baustein der strategischen Neuausrichtung der Patientenberatung in Baden-Württemberg.



Auch die Update-Veranstaltung 2013 wird von Prof. Dr. Dipl.-Psych. Michael Dick und Dipl.-Psych. Tom Kothe moderiert werden

In seiner März-Sitzung hat der Arbeitskreis Patientenberatung/ Zweitmeinung über das von der Akademie Karlsruhe konzipierte und durchgeführte 2-tägige Training für die Patientenberater von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung 2010 und 2011 beraten. Die beiden Körperschaften, die die Patientenberatung in Baden-Württemberg gemeinsam tragen und das Training finanziell geschultert haben, waren mit dem Beratertraining hochzufrieden. Zum Gelingen der Veranstaltung haben sowohl die Konzeption der Akademie Karlsruhe als auch die beiden Moderatoren Prof. Dr. Dipl.-Psych. Michael Dick und Dipl.-Psych. Tom Kothe beigetragen.

Beim abschließenden Resümee der Veranstaltung am 29.01.2011 hat die Gruppe der Beratungszahnärzte eine Update-Veranstaltung angeregt.

Diesem Wunsch der Beratungszahnärzte nach einer Folge-Veranstaltung ist der LZK-Vorstand in seiner Sitzung am 08.04.2011 gefolgt und hat sich dafür ausgesprochen, zukünftig im zweijährigen Rhythmus, ab 2013, eine eintägige Tagung für die Beratungszahnärzte durchzuführen. Der Vorstand der Kassenzahnärztlichen Vereinigung trägt dies ebenfalls mit. In Anknüpfung an das erfolgreich durchgeführte Beratertraining wird erneut die Akademie Karlsruhe die Konzeption und Organisation dieser Tagung übernehmen.

Telefonaktionen in Zusammenarbeit mit den Zeitungsredaktionen

Im Rahmen ihrer externen Öffentlichkeitsarbeit führt das Informationszentrum Zahngesundheit seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit den Zeitungsredaktionen Telefonaktionen durch. Die Telefonaktionen stellen eine flankierende Maßnahme im Rahmen des Patienteninformations- und Patientenberatungsmodells der baden-württembergischen Zahnärzteschaft dar und haben sich als Service sehr bewährt.

Der LZK-Vorstand ist nun der Auffassung, dass die flankierenden Telefonaktionen in Zusammenarbeit mit den Zeitungsredaktionen nicht zur Öffentlichkeitsarbeit, sondern im Rahmen des zweistufigen Patienteninformations- und Patientenberatungsmodells der baden-württembergischen Zahnärzteschaft zur allgemeinen Patientenberatung gehören und hat aus diesem Grund beschlossen, dass zukünftig nur noch die geschulten Beratungszahnärzte aus dem von den Bezirkszahnärztekammern und den Bezirksdirektionen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung bestellten gemeinsamen Beraterpool zum Einsatz kommen sollen.

ZUSTÄNDIGKEIT LZK-GESCHÄFTSSTELLE
Andrea MADER

ZUSTÄNDIGKEIT INFORMATIONSZENTRUM ZAHNGESUNDHEIT (IZZ)
Johannes CLAUSEN, Leiter IZZ, ständiger Gast

Damit werden die Telefonaktionen ab 2012 der gleichen Systematik folgen wie die allgemeine Patientenberatung. Das bedeutet:

- Alle in den Redaktionen stattgefundenen Beratungsgespräche werden zukünftig über den statistischen Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“ erfasst und finden damit Eingang in die jährliche Auswertung im Jahresbericht der Landeszahnärztekammer.
- Jeder Bezirk trägt die Kosten für die an den Telefonaktionen in seinem Bezirk teilnehmenden Beratungszahnärzte des Pools. Die Kosten werden zu gleichen Teilen von den Bezirkszahnärztekammern und den Bezirksdirektionen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung getragen.

Das Informationszentrum Zahngesundheit wird weiterhin die Organisation und Planung der Telefonaktionen mit den Zeitungsredaktionen übernehmen. Für die Auswahl der Beratungszahnärzte aus dem Pool, die Koordination und die terminliche Abstimmung des Einsatzes sowie die Meldung an das Informationszentrum Zahngesundheit zum angeforderten Termin sind die zuständigen Mitarbeiter der Patientenberatung in den Zahnärzthäusern zuständig.

Initiative für eine Informationsbroschüre

Auf Initiative der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe hat sich eine Arbeitsgruppe gebildet, der die Bundeszahnärztekammer sowie die Zahnärztekammern Baden-Württemberg, Hamburg und Westfalen-Lippe angehören. In Vorbereitung auf die Koordinierungskonferenz der Zahnärztlichen Patientenberatungsstellen am 23. und 24.09.2011 in Leipzig hat die Arbeitsgruppe in mehreren Arbeitstreffen eine Informationsbroschüre „Die Patientenberatung der

Zahnärzteschaft in Deutschland – Den Patienten in den Mittelpunkt stellen“ erarbeitet. Die Initiative wurde auf der Koordinierungskonferenz in Leipzig von Dr. Bühler und Dr. Winkelmann (Westfalen-Lippe) vorgestellt.



Arbeitstreffen in Stuttgart: Frank Hannecken, Axel Maag, Sven Tschoepe, Dr. Thomas Clement, Rüdiger Winkelmann, Dr. Konrad Bühler, Peter Kurz und Dr. Hendrik Schlegel (v.l.n.r.)

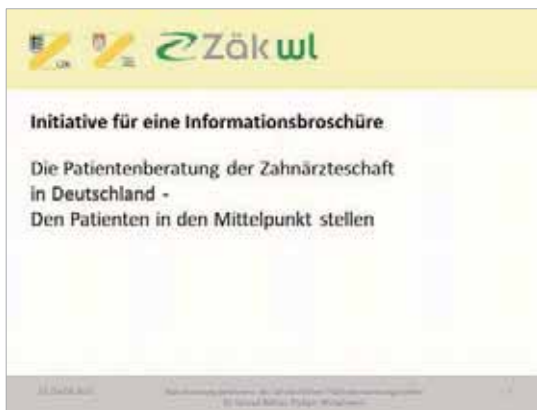
Der Arbeitskreis Patientenberatung/Zweitmeinung hat in seiner Sitzung am 29.09.2011 die Initiative grundsätzlich begrüßt, sich jedoch dafür ausgesprochen dass die Arbeitsgruppe um KZV-Vertreter erweitert wird. Beim 4. Arbeitstreffen am 18.10.2011 in Berlin tagte die Arbeitsgruppe in der bisherigen Besetzung ohne KZV-Vertreter und hat sich unter anderem mit der Erweiterung um KZV-Vertreter beschäftigt.

Es ist geplant, die Broschüre bis Ende des Jahres fertigzustellen und nach Abstimmung über die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung mit den Länderkammern und den regionalen Kassenzahnärztlichen Vereinigungen öffentlichkeitswirksam als Bundeskonsens zu präsentieren.

Koordinierungskonferenz in Leipzig

Die letzte Koordinierungskonferenz der Patientenberatungsstellen der Zahnärzte-

kammern fand am 25.02.2006 statt. Da die überwiegende Mehrzahl der Zahnärztekammern und der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen im Bereich der zahnärztlichen Patientenberatung kooperieren - entweder durch eine gemeinschaftliche Trägerschaft oder eine Kostenteilung - wurde die Veranstaltung am 24.09.2011 als gemeinsame Koordinierungskonferenz unter weiterer Federführung der Bundeszahnärztekammer durchgeführt.



Dr. Konrad Bühler und Rüdiger Winkelmann stellten die Initiative für eine Informationsbroschüre bei der Koordinierungskonferenz in Leipzig vor

Die gemeinsame Koordinierungskonferenz versteht sich als Plattform für den Erfahrungsaustausch und möchte Impulse für eine stetige Verbesserung der zahnärztlichen Patientenberatung geben.

Neben einer Standortbestimmung wurden in Leipzig die Weichenstellungen für zukünftige gemeinsam getragene Entwicklungen in der zahnärztlichen Patientenberatung vorbereitet. Dazu wurden fünf Thesen aufgestellt, die im Verlauf der Tagung abgearbeitet wurden.

Patientenrechtegesetz

Seit dem 22.03.2011 liegen Eckpunkte des von der Regierungskoalition vereinbarten

Patientenrechtegesetzes vor. Mit dem Gesetz wird das Ziel verfolgt, Transparenz über die bereits heute bestehenden, umfangreichen Rechte der Patientinnen und Patienten herzustellen, die tatsächliche Durchsetzung dieser Rechte zu verbessern, zugleich Patientinnen und Patienten im Sinne einer verbesserten Gesundheitsversorgung zu schützen und insbesondere im Falle eines Behandlungsfehlers stärker zu unterstützen.

Die Zahnärzteschaft unterstützt das Ansinnen zur Schaffung eines modernen partizipativen Patientenrechts. Hierbei wären eine Umkehr der Beweislast, die Einführung einer Verschuldensvermutung oder eine verschuldensunabhängige Haftung bzw. Entschädigung für den Patienten kontraproduktiv, da sie den Weg in eine Defensivmedizin bereiten würden.



Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, umriss sein Gesetzesvorhaben in Stuttgart und in Leipzig

In der außerordentlichen Vertreterversammlung der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg am 23.07.2011 war der

Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, zu Gast. Er umriss sein Gesetzesvorhaben und fand klare Worte: „Bester Garant für eine gute medizinische Versorgung ist ein vertrauensvolles Arzt-Patienten-Verhältnis, deshalb sage ich Ihnen klipp und klar, eine generelle Beweislastumkehr und eine Verschuldungsvermutung wird es mit mir nicht geben“.

Der weitere Fahrplan für das geplante Gesetz sieht nach Aussage des Patientenbeauftragten in der Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg folgendermaßen aus: Nach der 1. Lesung im Bundestag am 08.03.2012 ist die Anhörung am 28.03.2011 geplant. Am 11.05.2011 soll das Gesetz in 2. und 3. Lesung beraten werden, um dann am 15.06.2011 den Bundesrat zu passieren. Nach dem Willen Wolfgang Zöllers soll das Gesetz bereits im Juli des kommenden Jahres in Kraft treten.

Auch auf der Koordinierungskonferenz der zahnärztlichen Patientenberatungsstellen in Leipzig hat der Patientenbeauftragte ein Impulsreferat zum Thema „Schwerpunkte des geplanten Patientenrechtegesetzes mit Blick auf die Selbstverwaltung“ gehalten. „So sicher wie das Amen in der Kirche“ sei es, dass eine generelle Beweislastumkehr im Patientenrechtegesetz keinen Eingang finden wird, wiederholte der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB, bei der Koordinierungskonferenz der zahnärztlichen Patientenberatungsstellen am 24.09.2011 in Leipzig seine Aussagen aus der Vertreterversammlung. Ebenso werde es keine automatische Verschuldungsvermutung und keine verschuldensunabhängige Haftung geben, so Zöller. Dies sei bereits im „Referentenentwurf eingetütet“, der laut Zöller in den nächsten Wochen kommen werde.

Auf Rückfrage aus Baden-Württemberg sagte der Patientenbeauftragte des Weiteren zu, dass in der von ihm als Patientenbeauftragter geplanten Patientenbroschüre nach Inkrafttreten des Patientenrechtegesetzes die Patientenberatung der zahnärztlichen Körperschaften aufgenommen werde.

Kooperationsvereinbarung UPD Stuttgart

Bereits im vergangenen Jahr hatte sich der Arbeitskreis nach Vorstellung des Beratungsteams der UPD Stuttgart in der Sitzung des Arbeitskreises für eine Kooperation mit der Beratungsstelle Stuttgart der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland in Trägerschaft des Sozialverband VdK Deutschland e. V. ausgesprochen und hatte einen Vertragsentwurf erarbeitet, der dann die Grundlage für die auf Bundesebene zustande gekommene Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und der Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) bildete. Der Gesprächstermin für die Absprache der Kooperation mit der UPD Stuttgart findet im November dieses Jahres statt. Inhalt des Kooperationsvertrages sollte eine Überweisung von Patienten mit zahnärztlichen Fragen von der UPD an die Patientenberatungsstellen der Zahnärzteschaft sein, insbesondere zu Zweitmeinungsterminen im Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart.

Masterarbeit Akademie Karlsruhe

„Das Zweitmeinungsmodell der Landes Zahnärztekammer aus Sicht der Patienten und der Berater“ ist das Thema einer Masterarbeit an der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe. Florentine Carow hat sich in ihrer Arbeit mit drei Fragestellungen beschäftigt:

- Wie ist die Qualität der Beratungsgespräche aus Sicht der Berater?

- Wie bewertet der Patient das Beratungsgespräch? Ist der Beratungszahnarzt objektiv und kompetent, und hilft das Beratungsgespräch bei der Entscheidungsfindung des Patienten?
- Gelingt es dem Beratungszahnarzt, die Beratungsqualität und die Wertungen der Patienten richtig einzuschätzen?

Ergebnisse der Masterarbeit

Aus Sicht der Berater sind die Beratungsgespräche strukturiert und zielführend. Die Berater schätzten sich selbst als gute Zuhörer ein und sind davon überzeugt den Patienten einen Handlungsweg aufgezeigt zu haben. Der Pfad Gesprächsstruktur, den die Beratungszahnärzte im vergangenen Jahr im Beratertraining der Akademie selbst erarbeitet haben, erwies sich für die Berater dabei als hilfreiches Instrument.



Florentine Carow untersuchte in ihrer Masterarbeit, wie die Patienten und die Berater das Zweitmeinungsmodell bewerten

Auch die Patienten sind mit der Beratung sehr zufrieden und geben an, dass ihnen das Gespräch in ihrer Entscheidungsfindung weitergeholfen habe. Die Beratungszahnärzte werden von den Patienten als kompetent, unabhängig und objektiv bewertet. Für jeden dritten Patient hat das Zweitmeinungsge-

spräch das Vertrauen zu ihrem Hauszahnarzt gestärkt. Damit überträgt sich das Vertrauen in die Person des Beraters auf die Beziehung zum Hauszahnarzt und damit auf die Profession. 90 Prozent aller befragten Patienten geben an, dass sie es gut finden, dass die Zweitmeinung durch einen Zahnarzt oder eine Zahnärztin durchgeführt wird.

Die Masterarbeit zeigt, dass in Baden-Württemberg das Ziel der unabhängigen, neutralen und objektiven Patientenberatung durch die Zweitmeinung der Zahnärzteschaft sehr zufriedenstellend und erfolgreich verwirklicht wird. Die Zweitmeinung stärkt das Vertrauen in die Profession.

Für die Zukunft ist es notwendig, dass Patienten noch besser über die Möglichkeit der Zweitmeinung informiert werden. Außerdem ist es notwendig, so Florentine Carow in ihrem Resümee, dass der Kollegenschaft bewusst gemacht wird, dass das Zweitmeinungsmodell dazu entwickelt wurde, das Vertrauen in die Profession und das Zahnarzt-Patienten-Verhältnis zu stärken.

Nachfolgend finden sich die statistischen Auswertungen der in den Zahnärzتهäusern stattgefundenen allgemeinen Patientenberatungen und der Zweitmeinungsberatungen, deren Dokumentation und Auswertung die Bezirkszahnärztekammern der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg monatlich übermitteln. Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation führt sie jährlich in der nachfolgenden Auswertung zusammen.

Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2010 bis 30.09.2011)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Beratungsgespräche		Anzahl				Ge- samt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Beratungen	bisher durchgeführt					
	• davon persönlich				46	46
	• davon schriftlich					
	• davon telefonisch	283	303	364	200	1.150
2. Ratsuchende/r						
weiblich	Insgesamt	181	218	253	158	810
	• zwischen 0 – 15 Jahre	3	2	8	7	20
	• zwischen 16 – 30 Jahre	15	15	13	14	57
	• zwischen 31 – 40 Jahre	14	26	30	13	83
	• zwischen 41 – 50 Jahre	37	33	49	27	146
	• zwischen 51 – 60 Jahre	44	61	54	25	184
	• älter als 60 Jahre	64	81	99	71	315
männlich	Insgesamt	99	85	111	88	383
	• zwischen 0 – 15 Jahre	4	4	2	3	13
	• zwischen 16 – 30 Jahre	4	2	3	6	15
	• zwischen 31 – 40 Jahre	12	6	12	9	39
	• zwischen 41 – 50 Jahre	11	10	23	15	59
	• zwischen 51 – 60 Jahre	26	26	23	9	84
	• älter als 60 Jahre	42	36	48	47	173

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
3. Herkunft Ratsuchende/r					
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	3	5		1	9
Landkreis Emmendingen	4	3	4		11
Stadtkreis Freiburg	26	24	53	39	142
Landkreis Konstanz	9	6	19	3	37
Landkreis Lörrach	12	12	22	3	49
Ortenaukreis	10	12	17	4	43
Landkreis Rottweil		3	2	1	6
Schwarzwald-Baar-Kreis	5	5	8	2	20
Landkreis Tuttlingen		2	1	1	4
Landkreis Waldshut	1	6	2	1	10
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt	8	11	9	5	33
Landkreis Calw	2	2	1		5
Landkreis Freudenstadt	3	4		3	10
Stadtkreis Heidelberg	8	7	10	6	31
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe	20	13	31	18	82
Stadtkreis Mannheim	7	10	9	8	34
Neckar-Odenwald-Kreis		3		1	4
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	6	9	8	4	27
Rhein-Neckar-Kreis	2	4	11		17

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche aus den Regierungsbezirken	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK Tü	LZK BW
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	11	4	7	4	26
Landkreis Esslingen	10	5	9	8	32
Landkreis Göppingen	2	2	7	1	12
Heidenheim	1	3	4	1	9
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	6	10	10	5	31
Hohenlohekreis	3	2	1		6
Landkreis Ludwigsburg	16	16	17	11	60
Ostalbkreis	3	2	2	2	9
Rems-Murr-Kreis	12	6	1	3	22
Landkreis Schwäbisch Hall	1	4	2	2	9
Stadtkreis Stuttgart	37	40	54	40	171
Tauberkreis	1				1
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis		1	1	2	4
Landkreis Biberach	2	2	6	2	12
Bodenseekreis	11	8	4	13	36
Landkreis Ravensburg	5	4	1	7	17
Landkreis Reutlingen	4	7	5	8	24
Sigmaringen	2	3	2	2	9
Landkreis Tübingen	8	7	14	15	44
Stadtkreis Ulm	4	9	7	9	29
Zollernalbkreis	2	4	3	9	18
sonstige Kammerbereiche	11			3	14
Gesamt BZK Stuttgart	278				
Gesamt BZK Karlsruhe		280			
Gesamt BZK Freiburg			364		
Gesamt BZK Tübingen				247	
Gesamt LZK BW					1.169

Fortsetzung Erhebungsbogen „Allgemeine Patientenberatung“

Beratungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
4. Schwerpunkte der Beratung						
	• Ästhetische Zahnheilkunde	3	3	2	3	11
	• Allg. zahnärztliche Fragen	11	12	12	18	53
	• Amalgam	3	5	2	2	12
	• Chirurgie	15	4	11	13	43
	• Festzuschüsse	1	3	2		6
	• Funktionslehre, Kiefergelenke	7	8	3	3	21
	• Honorarhöhe	18	50	6	16	90
	• Hypnose			5		5
	• Implantologie	69	63	59	52	243
	• KFO	20	23	31	19	93
	• Kinderzahnheilkunde	2	2		1	5
	• KONS/Füllungstherapie	25	17	22	31	95
	• PAR	21	28	26	15	90
	• Prophylaxe	9	4	5	3	21
	• Versiegelung	3	2	1	2	8
	• Zahnarztwechsel	3		12	11	26
	• Zahnersatz Auslandszahnersatz	118	113 2	163	120	514 2
	• Sonstiges	67	56	41	28	192
5. Reaktion						
	• positiv	260	269	148	205	882
	• negativ	1	1	1	1	4
	• keine Reaktion	14	31	215	38	298
6. Verweis auf						
Zweitmeinungsmodell	In wie viel Fällen erfolgt?	59	74	64	36	233
Gutachterverfahren	In wie viel Fällen erfolgt?	14	16	28	25	83

Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

(Erhebungszeitraum 01.10.2010 bis 30.09.2011)

Die vorliegenden Zahlen beruhen auf den Auswertungsbögen der Bezirkszahnärztekammern. Da nicht immer alle Angaben auf den Bögen vollständig sind, differieren teilweise die Gesamtzahlen.

1. Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Beratungen	Bisher durchgeführt					
	• davon persönlich	379	129	93	119	720
Anlass	• Zweitmeinung	379	127	91	113	710
	• Erläuterung Behandlungsplan	28	39	26	6	99
	• Erläuterung Honorarplan	14	20	6	3	43
2. Untersuchung						
	In wie vielen Fällen erfolgt?	379	129	93	119	720
3. Angaben zum Patienten						
Weiblich	Insgesamt	249	80	62	83	474
	• zwischen 0 - 15 Jahre	25	19	12	20	76
	• zwischen 16 - 30 Jahre	11	8	3	3	25
	• zwischen 31 - 40 Jahre	22	2	2	3	29
	• zwischen 41 - 50 Jahre	38	12	5	9	64
	• zwischen 51 - 60 Jahre	42	11	17	19	89
	• älter als 60 Jahre	102	28	23	28	181
Männlich	Insgesamt	130	49	31	36	246
	• zwischen 0 - 15 Jahre	23	16	8	12	59
	• zwischen 16 - 30 Jahre	7	6	1	3	17
	• zwischen 31 - 40 Jahre	3	1	2	1	7
	• zwischen 41 - 50 Jahre	16	1	3	5	25
	• zwischen 51 - 60 Jahre	21	10	2	9	42
	• älter als 60 Jahre	57	15	15	4	91

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Regierungsbezirk Freiburg					
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald			9		9
Landkreis Emmendingen			19		19
Stadtkreis Freiburg			41	1	42
Landkreis Konstanz			2		2
Landkreis Lörrach			8		8
Ortenaukreis			12		12
Landkreis Rottweil			1	1	2
Schwarzwald-Baar-Kreis			1		1
Regierungsbezirk Karlsruhe					
Stadtkreis Baden-Baden und Landkreis Rastatt		19			19
Landkreis Calw	3	1		1	5
Landkreis Freudenstadt	1	2		1	4
Stadtkreis Heidelberg		2			2
Stadtkreis Karlsruhe und Landkreis Karlsruhe		63			63
Stadtkreis Mannheim		10			10
Neckar-Odenwald-Kreis		3			3
Stadtkreis Pforzheim und Enzkreis	2	9			11
Rhein-Neckar-Kreis		15			15

Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

4. Herkunft Patienten	Anzahl				Gesamt
	BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
Regierungsbezirk Stuttgart					
Landkreis Böblingen	40			5	45
Landkreis Esslingen	54				54
Landkreis Göppingen	9				9
Landkreis Heidenheim	1				1
Stadtkreis Heilbronn und Landkreis Heilbronn	10				10
Hohenlohekreis	3				3
Landkreis Ludwigsburg	53				53
Ostalbkreis	4				4
Rems-Murr-Kreis	58				58
Landkreis Schwäbisch Hall	6				6
Stadtkreis Stuttgart	120			2	122
Regierungsbezirk Tübingen					
Alb-Donau-Kreis				1	1
Biberach				4	4
Bodenseekreis				1	1
Landkreis Ravensburg				1	1
Landkreis Reutlingen				32	32
Sigmaringen				2	2
Landkreis Tübingen				61	61
Stadtkreis Ulm				3	3
Zollernalbkreis				2	2
Gesamt BZK Stuttgart	364				
Gesamt BZK Karlsruhe		124			
Gesamt BZK Freiburg			93		
Gesamt BZK Tübingen				118	
Gesamt LZK BW					699

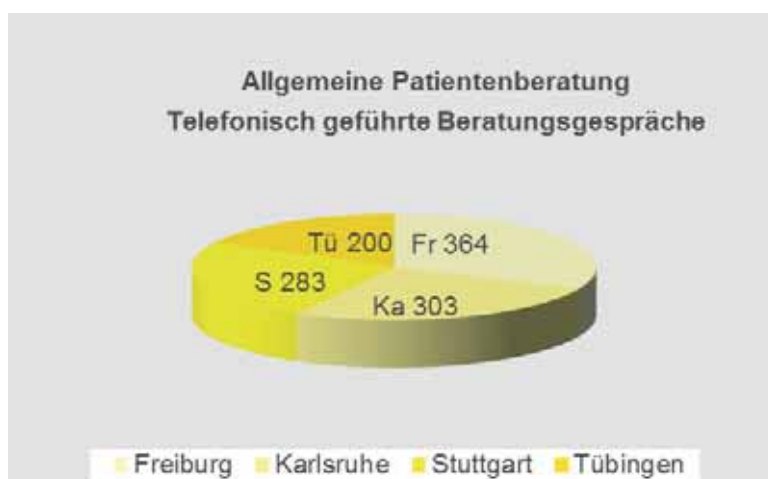
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
5. Woher ist die Zweitmeinung bekannt?						
	• Krankenkasse	115	53	40	28	236
	• Zeitung	42	13	12	3	70
	• Zahnärztin/Zahnarzt	46	19	5	43	113
	• Sonstiges	144	42	36	34	256
6. Unterlagen						
	• Vom Patienten vorgelegt	313	90	49	97	549
	• Beim Behandler angefordert		10			10
7. Themenbereiche						
	• Ästhetische Zahnheilkunde	11	6			17
	• Allgemeine zahnärztliche Fragen	16	10	13	3	42
	• Amalgam	2			1	3
	• Chirurgie	23	4		5	32
	• Festzuschüsse	3	5			8
	• Funktionslehre, Kiefergelenke	16	5	3	1	25
	• Honorarhöhe	31	13	30	2	76
	• Hypnose		1			1
	• Implantologie	123	37	37	34	231
	• KFO	60	45	22	39	166
	• Kinderzahnheilkunde	2				2
	• KONS/ Füllungstherapie	24	2	4	8	38
	• PAR	39	4	14	3	60
	• Prophylaxe	4	4			8
	• Zahnersatz	208	72	58	63	401
	• Auslandszahnersatz	4	1			5
	• Zahnarztwechsel	27	1	2	1	31
	• Sonstiges	33	5	1	10	49

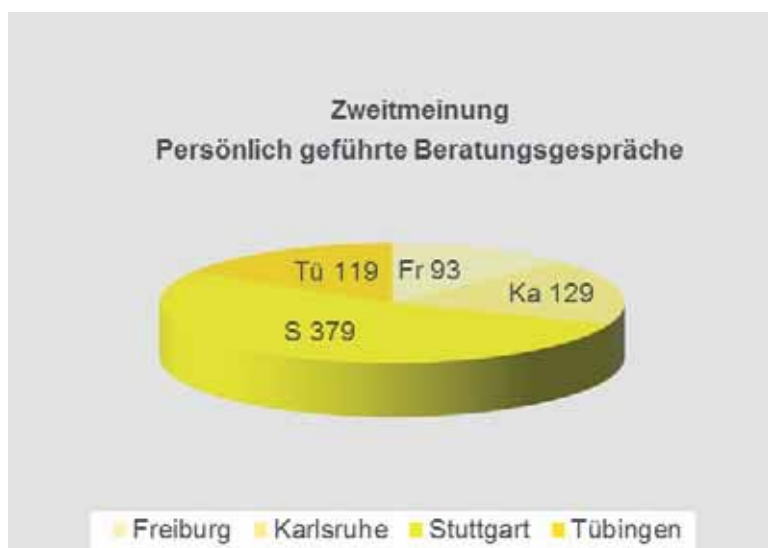
Fortsetzung Erhebungsbogen „Zweitmeinung“

Zweitmeinungsgespräche		Anzahl				Gesamt
		BZK S	BZK KA	BZK FR	BZK TÜ	LZK BW
8. Antworten des Zweitmeinungszahnarztes						
Reaktion Patientin/ Patient	• schriftlich		8	93		101
	• mündlich	379	126	93	111	709
	• positiv	337	106	93	96	632
	• negativ	2	1			3
	• keine Reaktion	15	20		17	52
9. Zweitmeinung übereinstimmend mit Behandlungsplanung						
	• ja, übereinstimmend	178	74	18	63	333
	• nein, nicht übereinstimmend	55	35	8	25	123
10. Kontaktaufnahme mit Zahnarzt?						
Reaktionen der Behandlerin/ Behandler	• ja	22	19	2	6	49
	• nein	227	102	91	93	513
	• positiv	6	12	2	5	25
	• negativ	2	1			3
	• keine Reaktion		2		41	43
11. Verweis auf Gutachterverfahren						
	• In wie viel Fällen erfolgt?	19	4		11	34

Anzahl der telefonisch geführten Patientenberatungsgespräche in der Allgemeinen Patientenberatung in den vier Regierungsbezirken (Erhebungszeitraum 01.10.2010 bis 30.09.2011)



Anzahl der persönlich geführten Patientenberatungsgespräche in der Zweitmeinungsberatung in den vier Regierungsbezirken (Erhebungszeitraum 01.10.2010 bis 30.09.2011)



Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Den Kammermitgliedern im Rahmen ihrer Mitgliedschaft ein Höchstmaß an Information und Service zu bieten – diesen Auftrag hat das Referat Öffentlichkeitsarbeit auch in diesem Jahr mit großer Zielstrebigkeit verfolgt. Dabei bediente sich das Referat dem bewährten Mix an Kommunikationsinstrumenten. Nachfolgend werden die wichtigsten Maßnahmen des Referats Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Kommunikationsbereichen dargestellt.

Internetauftritt



Der Relaunch der LZK-Internetseite hat sich gelohnt

Im vergangenen Jahr hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg ihren Internetauftritt neu gestaltet und die Onlinepräsentation dem einheitlichen Erscheinungsbild der gedruckten Publikationen angepasst. Der Relaunch hat sich gelohnt: Bisher wurde die LZK-Internetseite über ... Millionen Mal besucht.

An Neuerungen wurde in diesem Jahr das Fortbildungskalendarium für Mitarbeiterinnen im Bereich Praxisteam umgesetzt. Analog dem Fortbildungskalendarium für Zahnärzte können zahnmedizinische Mitarbeiter/innen nun ebenfalls online nach Fortbildungen in

Baden-Württemberg entweder nach Thema, Fachgebiet, Datum, Ort oder Veranstalter der Fortbildung suchen.

Nachdem im vergangenen Jahr der Zahnärztliche Praxisfinder barrierefreie Praxen in die Zahnarztsuche integriert wurde, wurde der Zahnarztsuche in diesem Jahr ein neues Suchkriterium hinzugefügt. In Kombination mit der Postleitzahl oder dem Ort kann nunmehr auch nach Tätigkeitsschwerpunkten gesucht werden.

Mit dem Praxisfinder barrierefreie Praxen besitzt die Landes Zahnärztekammer bundesweit eine der wenigen Datenbanken, die Patientinnen und Patienten die Suche nach einer geeigneten Zahnarztpraxis erleichtert, die in Intubationsnarkose behandelt, barrierefrei ist oder in stationären Altenpflege- und Behindertenpflegeeinrichtungen Hausbesuche macht. Diese Informationen werden auch in der neuen App Zahnarztsuche Baden-Württemberg für Smartphones der Landes Zahnärztekammer zur Verfügung stehen, die demnächst in den stores von Apple oder Android heruntergeladen werden kann.

Sowohl der Bereich Alters Zahnheilkunde unter der Rubrik Zahnärzte als auch der Bereich Arbeitsmittel für Senioren- und Behindertenbeauftragte im geschlossenen Mitgliederbereich wurde mehrfach umgestaltet, ergänzt und an die aktuelle Entwicklung angepasst. Gleiches gilt für den Bereich Gebührenrecht in der sowohl der Referentenentwurf als auch die erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte nach dem Kabinettsbeschluss sowie die zahlreichen kammereigenen Analysen des Leistungsverzeichnisses wie des Allgemeinen Teils Eingang fanden.

Sehr rege - sowohl von den Bezirks Zahnärztekammern als auch von den kammereigenen Fortbildungsinstituten - wurde die rechte Spalte auf der Startseite genutzt, um Veranstaltungshinweise und Vorankündigungen für Fortbildungsveranstaltungen zu platzieren.

REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim, Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Kammer-Akzente im Zahnärzteblatt

Zielsetzung der ZBW-Kammerredaktion, die aus dem Öffentlichkeitsreferenten und stellvertretenden Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Bernhard Jäger und der Kommunikationsassistentin Andrea Mader besteht, ist es die Präsenz der Kammer im Zahnärzteblatt zu verstärken und die Kammer in der Wahrnehmung ihrer Mitglieder noch deutlicher zu positionieren.



Die GOZ war in zahlreichen ZBW-Ausgaben Thema

Diese Ziele versuchte die Kammerredaktion durch eine verstärkte Berichterstattung kammer spezifischer Themen und Initiativen zu erreichen.

Zum Jahreswechsel zog der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Udo Lenke, in seinem Leitartikel in der Januarausgabe des Zahnärzteblattes Bilanz über die gesundheitspolitische Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung und glich

die Vorsätze des Koalitionsvertrages mit dem ab, was bislang praktisch umgesetzt wurde. Außerdem hinterfragte er, wo aus zahnärztlicher Sicht noch dringend Handlungs- und Korrekturbedarf besteht und zielte damit in Richtung der Novellierung der GOZ.

Das Patienten-Zahnarzt-Verhältnis und die Honorierung der zahnärztlichen Leistungen sind Dreh- und Angelpunkte der zahnärztlichen Berufsausübung und des freiberuflichen Selbstverständnisses. Beides wird nach dem Willen des Gesetzgebers in diesem Jahr in Gesetzen und Verordnungen eine Regelung erfahren. Die ZBW-Kammerredaktion beschäftigte sich mit dem vom Bundesgesund-

heitsministerium im März vorgelegten Referentenentwurf zur Novellierung der GOZ und der am 21.09.2011 vom Bundeskabinett verabschiedeten Ersten Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte in den Ausgaben Mai, Juli, August/September, Oktober und ausführlich als Titelthema nochmals im November.

Mit der Verleihung des Karlsruher Mund-auf-Preises der Akademie Karlsruhe an den damaligen Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler und seinem Leitartikel zur GOZ-Novellierung eröffnete die ZBW-Redaktion ihre Berichterstattung zur Gebührenordnung. Als „neuen gepanschten Wein in alten Schläuchen“ urteilte der GOZ-Referent der Kammer, Dr. Jan Wilz in seinem Kommentar über den Referentenentwurf und der stv. Präsident und Öffentlichkeitsreferent, Dr. Bernhard Jäger appellierte an die Kollegenschaft „Empört Euch“. In einer gemeinsamen Erklärung brachten Vorstand und GOZ-Ausschuss ihr Unverständnis und ihre Enttäuschung über den vorliegenden Referentenentwurf zum Ausdruck.

In einer dreiteiligen ZBW-Serie von Juli bis Oktober gaben die Mitglieder des GOZ-Ausschusses der Kollegenschaft einen orientierenden Überblick über die Änderungen des Leistungsverzeichnisses des GOZ-Referentenentwurfes.

Auf Initiative von 20 Delegierten fand am 23. Juli eine außerordentliche Vertreterversammlung der Landes Zahnärztekammer statt. Mit prominenten Gästen: Sowohl der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, MdB als auch BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel nahmen sich Zeit, um die Delegierten über das geplante Patientenrechtegesetz sowie die GOZ-Novellierung zu informieren. Für BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel ist „der vorliegende GOZ-Referentenentwurf inakzeptabel und eine Missachtung eines hochqualifizierten Berufsstandes“, dennoch sei er „die letzte Ausfahrt vor der Maut“. In ihrer

REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Andrea MADER

Sandy EBERSBACH-STEINIGER

Resolution forderten die Delegierten umfangreiche Nachbesserungen am Referentenentwurf, insbesondere den Punktwert betreffend. Die ZBW-Kammerredaktion berichtete ausführlich über die außerordentliche Vertreterversammlung und der Öffentlichkeitsreferent kommentierte diese hochpolitische Vertreterversammlung.

Die Novemberausgabe des Zahnärzteblattes widmete sich nochmals ausführlich der Gebührenordnung. LZK-Präsident Dr. Udo Lenke nahm im ZBW-Gespräch Stellung zum Kabinettsbeschluss. In weiteren Beiträgen wurden das Leistungsverzeichnis und der Allgemeine Paragrafenteil einer genauen Analyse unterzogen und die Änderungen gegenüber dem Referentenentwurf herausgearbeitet. Dr. Jäger sieht den Schlüssel für den Umgang mit der GOZ 2012 im eigenen Liquidationsverhalten. „Eine Ameise ist dumm und hilflos, viele Ameisen in einem Volk zusammen sind genial - wir alle sind deshalb in den Praxen gefordert“. In einem weiteren Beitrag zeigte die Kammerredaktion die Hilfestellung der Landeszahnärztekammer für die Kollegenschaft auf.

Eine bundesweite Diskussion entfachte das ZBW mit seinem Titelthema im Februar „Brauchen wir den Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde?“ Die Statements und Diskussionsbeiträge von Standespolitikern wie Hochschulprofessoren sorgten für reichlich Diskussionsstoff – auch bundesweit.

Großen Raum in der ZBW-Berichterstattung nahm in diesem Jahr die Landtagswahl und der Regierungswechsel zu einer grün-roten Landesregierung ein. Das Zahnärzteblatt berichtete in den Ausgaben März und Juni. In der Märzausgabe stellte die ZBW-Redaktion drei Fragen an Stefan Mappus (CDU), Dr. Nils Schmid (SPD), Winfried Kretschmann (Bündnis90/Die Grünen) und Birgit Homburger (FDP). In der Juni-Ausgabe beleuchtete das Zahnärzteblatt die neuen Ansprechpart-

ner der zahnärztlichen Körperschaften in Baden-Württemberg, Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Bündnis90/Die Grünen) und die neue Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD).



Mit ihrem Engagement ist die Landeszahnärztekammer zu einem Schrittmacher der Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung in Deutschland geworden. Über den Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung

(AKABe BW) wurden zahlreiche Projekte im Land angestoßen und realisiert. Das Titelthema in der Oktoberausgabe des ZBW beschäftigte sich mit der zahnärztlichen Versorgung in Senioren- und Pflegeeinrichtungen und griff in einer Artikelserie verschiedene Aspekte aus dem Praxisalltag auf.

Praxisteam Aktuell

Für die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen gibt die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg das Magazin Praxisteam Aktuell als Beilage zum ZBW heraus.

Im Berichtsjahr hat die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg im März und im Juni eine Ausgabe des Praxisteam Aktuell herausgegeben. In bewährter Weise wurde das März-Heft mit einem Editorial des Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen, Dr. Klaus-Peter Rieger zur beruflichen Qualifikation der Mitarbeiterinnen eingeleitet. Auf Initiative von Dr. Rieger berichtete das Praxisteam Aktuell ausführlich über den neuen Onlinekurs zur Zahnmedizinischen Prophylaxeassistent/in (ZMP) am ZFZ Stuttgart.

Auch ein weiterer neuer Kurs am ZFZ Stuttgart „Der besondere Patient - Behandlung von Senioren und Menschen mit Einschränkungen“, der in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung entstanden ist, wurde im Teamjournal vorgestellt. Und seit langem wieder einmal kamen die Mitarbeiterinnen selbst zu Wort und durften ihre Kurserfahrungen beschreiben. So berichteten Stefanie Schneider, Simone Mühleck, Katrin-Larissa Schorz und Claudia Wörner über ihren ZMV-Kurs.

Die Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung ist inzwischen ein fester und unerlässlicher Bestandteil der redaktionellen Arbeit im Praxisteam Aktuell geworden, um wichtige Themen aus dem Bereich der Praxisführung an die zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen zu transportieren. In der März-Ausgabe gab das Praxisteam Aktuell einen Überblick über die Aktualisierungskurse im Strahlenschutz und die landesweite neue Kursreihe „Praxisführung im Team“.



Das Praxisteam Aktuell würdigte Dr. Rieger in einem Nachruf

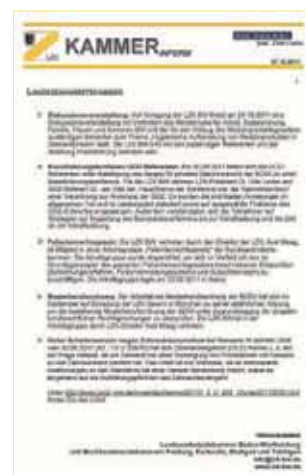
Die Juni-Ausgabe stand ganz im Zeichen der schockierenden Nachricht vom Tod des langjährigen Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiterinnen Dr. Klaus-Peter Rieger. Sein Stellvertreter, Dr. Bernd Stoll würdigte in einem Nachruf das langjährige und über die Landesgrenzen Baden-Württembergs bekannte Engagement für die Zahnmedizinischen Mitarbeiterinnen. In den weiteren Berichten haben erneut Mitarbeiterinnen über ihre Kurserfahrungen oder berufsbezogene Reisen wie die von Ulrike Kremer über das Internationale DH-Ausbilder-Treffen in Nepal berichtet. Des

Weiteren hat die Redaktion in einem 2-seitigen Bericht über die Fortbildungstagung für Zahnmedizinische Fachangestellte der Bezirkszahnärztekammer Freiburg in Schluchsee berichtet. Einen Überblick über die Neuerungen im Gefahrstoffbereich gab darüber hinaus ein weiterer Bericht in Zusammenarbeit mit der Abteilung Praxisführung.

Jede Ausgabe des Praxisteam Aktuell findet sich als pdf-Datei im Onlineauftritt der Kammer im Bereich Praxisteam - Praxisteam Aktuell. Auch die älteren Ausgaben des Praxisteam Aktuell stehen unter www.lzk-bw.de als pdf-Dateien zur Verfügung.

Das Praxisteam Aktuell wird inzwischen in Zusammenarbeit mit der Neusser Druckerei und Verlag herausgegeben.

KammerINFORM



Das Kammer INFORM erschien 33 Mal in diesem Jahr

Der E-Newsletter KammerINFORM verstärkt die berufspolitische Kommunikation im ZBW für den engen Kreis der Ehrenamtsträger von Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und Bezirks Zahnärztekammern sowie für opinion leader in Berufsvertretung, Politik und Gesellschaft auf Landes- wie auf Bundesebene. Bis zum Redaktions-

schluss dieses Jahresberichtes hat die Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg 33 Ausgaben des Kammer INFORM herausgegeben.

Seit Ausgabe 27 erscheint das Kammer INFORM in leicht verändertem Layout. Geordnet nach den Rubriken Landeszahnärztekammer, Bundeszahnärzte, Gesundheitspolitik und Heilberufe möchte die KammerINFORM-Redaktion den Schwerpunkt der Berichterstattung zukünftig enger an den Aktivitäten und Terminen der Landeszahnärztekammer orientieren.

Mitgliederbindung durch gemeinsame Fachexkursion

Seit 2006 bietet die Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg für ihre Mitglieder Fachexkursionen an. Nach Peking, Südafrika, Vietnam, Indien und Namibia führte die Mitglieder-Fachexkursion in diesem Jahr nach Dubai und Oman. Wegen des berufsbezogenen Fachprogramms und des kollegialen Austauschs stellen die Mitglieder-Fachexkursionen für die Kammer ein wichtiges Mittel der internen beruflichen Kommunikation dar. Für die Organisation und Durchführung der Mitglieder-Fachexkursionen arbeitet die Kammer seit Aufnahme dieses Angebotes mit dem Reisedienst Bartsch zusammen, der sich auf Fachexkursionen für verschiedene Berufsgruppen spezialisiert hat.

Insgesamt konnte die Kammer drei Reisegruppen nach Dubai und Oman anbieten. Insgesamt nahmen fast 70 Mitglieder gemeinsam mit ihren Familien und Bekannten an der diesjährigen Fachexkursion teil.

BZÄK-Koordinierungskonferenz der Öffentlichkeitsbeauftragten

Da wissenschaftliche Politikberatung und die Argumentation auf Basis von Forschungsergebnissen sowie empirisch belegten Datenlagen vor allen Dingen im gesundheitspolitischen Bereich von großer Bedeutung sind, wählte die BZÄK: „Daten, Fakten, Zahlen – Nutzen für die zahnärztliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ als Themenschwerpunkt

der Herbstkonferenz der Öffentlichkeitsbeauftragten am 9. und 10. September 2011 in Magdeburg. Auch im Hinblick auf die Zahlenspielerien der Presse zur anstehenden GOZ-Novellierung ein besonders bedeutendes Thema. Dazu präsentierten unterschiedliche Referenten verschiedene Sichtweisen und Datenlagen sowie Lösungsansätze zur Umsetzung.

Prof. Dr. Gerd Glaeske vom Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen referierte in seinem Vortrag „Wissenschaftliche Politikberatung – Argumentation auf der Basis von Forschung und empirischen Datenlagen“ darüber, welche Argumente in der Politik zählen, um gehört zu werden. Schlüsselthemen in der Zukunft werden patientenorientierter Nutzen und Gesundheitsversorgung in Gesellschaften des längeren Lebens sein. Dieser „Politikstrom“ sollte auf einen „Lösungsstrom“ des Berufsstand treffen – dann tut sich ein so genanntes ‚policy window‘ auf. Mit den Konzepten in der Alters- und Behindertenzahnheilkunde „haben Sie als Berufsstand den Lösungsstrom in der Hand“ beschienigte Prof. Glaeske dem Berufsstand.

Mit dem Institut der Deutschen Zahnärzte (IDZ) schlägt der Berufsstand die Brücke zwischen Professionspolitik und Forschung. Darüber hinaus haben sowohl die Bundeszahnärztekammer und die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung umfangreiche Statistische Jahressbücher aufgelegt.

Lobbyarbeit

Lobbyismus ist für die Landeszahnärztekammer eine legitime Form der Interessenvertretung. Im permanenten und konstruktiven Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern und Multiplikatoren auf Landes- und Bundesebene haben die Landeszahnärztekammer und ihre gewählten Repräsentanten auch in diesem Jahr versucht, auf die für den zahnärztlichen Berufsstand wichtigen Themenbereiche gestaltend Einfluss zu nehmen. Nachfolgend finden Sie eine tabellarische Aufstellung der geführten Gespräche sei es auf den Landesparteitagen oder in informellen Gesprächen mit Vertretern der Ministerien.

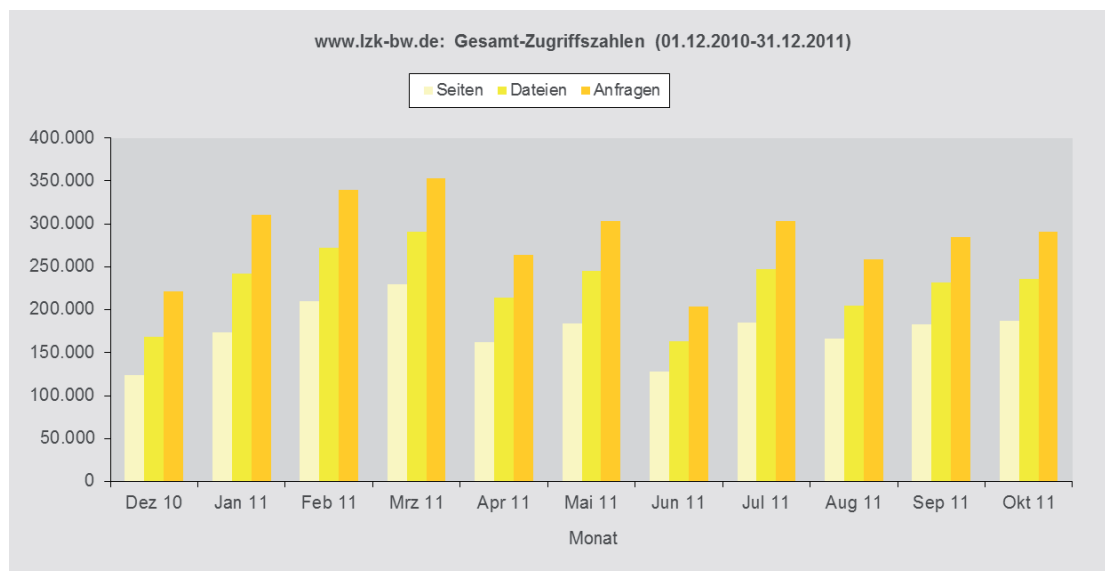
Termin	Veranstaltung und/oder Gesprächsteilnehmer	Gesprächsthema
04./05.01.2011	Landesparteitag FDP in Stuttgart Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Konrad Bühler	
22.01.2011	Landesparteitag SPD in Stuttgart Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Konrad Bühler	
29.01.2011	Landesparteitag CDU in Donaueschingen Dr. Udo Lenke, Dr. Bernhard Jäger	
02.02.2011	Landeszahnärztekammer BW Regionalpräsident Thomas Bopp, damalige Sozialministerin Monika Stolz, Karin Maag	
15.04.2011	Ministerium für Arbeit, und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW Thomas Halder, Asgar Lottermann Dr. Udo Lenke, Dr. Jan Wilz, Axel Maag, Stefan Oschmann	GOZ-Refertenentwurf
07.05.2011	Landesparteitag Bündnis90/Die Grünen Dr. Udo Lenke	
07.05.2011	Landesparteitag SPD Dr. Bernhard Jäger	

Termin	Veranstaltung und/oder Gesprächsteilnehmer	Gesprächsthema
13.07.2011	Sommerfest der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten	
18.07.2011	Verbändetreffen Sozialministerin Katrin Altpeter Dr. Udo Lenke, Axel Maag, Thorsten Beck	
28.07.2011	Ministerium für Arbeit, und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW Sozialministerin Katrin Altpeter, Ministerialdirektor Jürgen Lämmle mit Präsidenten der BW-Heilberufekammern	Zusammenarbeit der Heilberufekammern Abbildung der einzelnen Heilberufe im Heilberufe-Kammergesetz Überlegungen zur Gründung einer Kammer für Pflegeberufe Stärkung der Regionalität
08./09.10.2011	Landesparteitag Bündnis90/Die Grünen in Aalen Dr. Bernhard Jäger	
12.10.2011	Parlamentarischer Abend des Landesverband der Freien Berufe BW Dr. Udo Lenke, Dr. Dr. Schneider, Axel Maag und gewählte LFB-Vertreter	
14.10.2011	Dt. Beamtenbund BW Volker Stich Dr. Udo Lenke	Allgemeine Gesundheitspolitik Heilberufekammern GOZ Beihilfe
24.10.2011	Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW und der für den Vollzug des Medizinproduktegesetzes zuständigen Behörden Diskussionsveranstaltung Fachreferenten Praxisführungsausschuss und Ausschuss für Zahn- medizinische Mitarbeiterinnen	Hygienische Aufbereitung von Medizinprodukten in Zahnarztpraxen

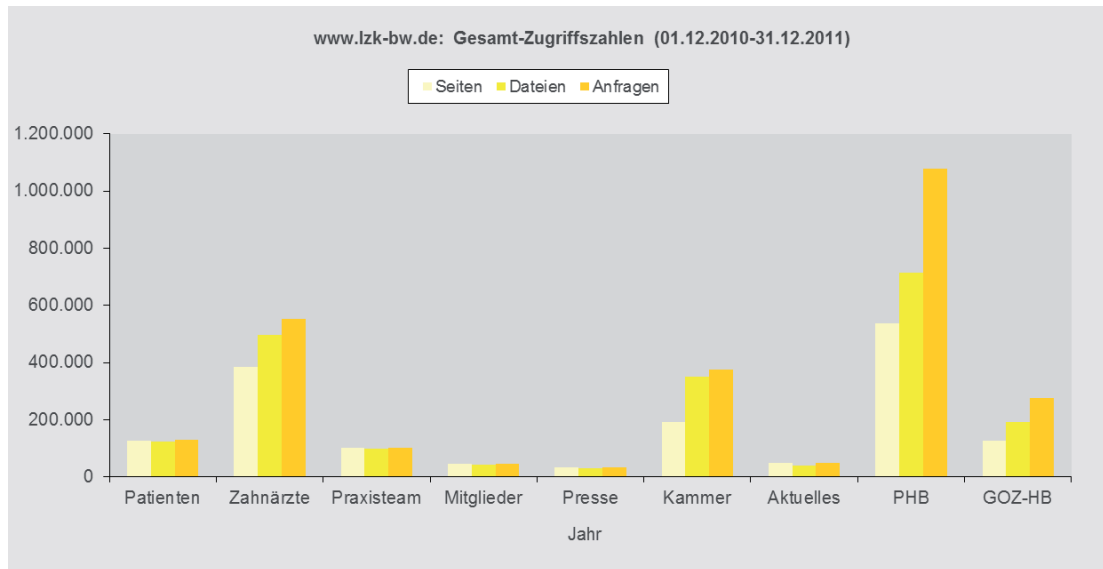
Tabellarische Darstellung der Zugriffszahlen auf den LZK-Internetauftritt

	www.lzk-bw.de: Gesamt-Zugriffszahlen (01.12.2010-31.10.2011)						
	Tagesdurchschnitt			Monats-Summe			
	Anfragen	Dateien	Seiten	Besuche	Seiten	Dateien	Anfragen
Oktober	9.383	7.624	6.029	34.307	186.912	236.355	290.898
September	9.475	7.712	6.090	33.390	182.710	231.371	284.264
August	8.337	6.620	5.384	31.981	166.921	205.235	258.457
Juli	9.792	7.994	5.982	34.224	185.459	247.818	303.554
Juni	6.780	5.433	4.282	24.458	128.464	162.998	203.404
Mai	9.798	7.899	5.924	35.651	183.663	244.893	303.750
April	8.801	7.147	5.400	31.740	162.018	214.429	264.053
März	11.393	9.368	7.414	38.038	229.851	290.411	353.183
Februar	12.143	9.736	7.501	38.129	210.034	272.625	340.010
Januar	10.020	7.828	5.607	38.351	173.846	242.668	310.639
Dezember	7.131	5.438	4.009	30.000	124.295	168.605	221.074
Summen				370.269	1.934.173	2.517.408	3.133.286

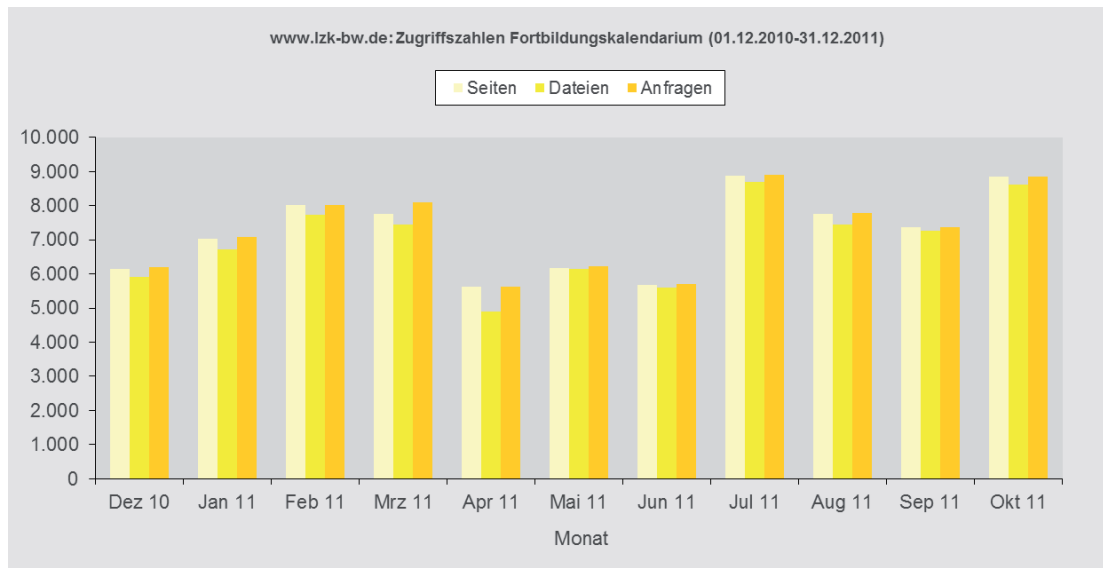
Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf den LZK-Internetauftritt



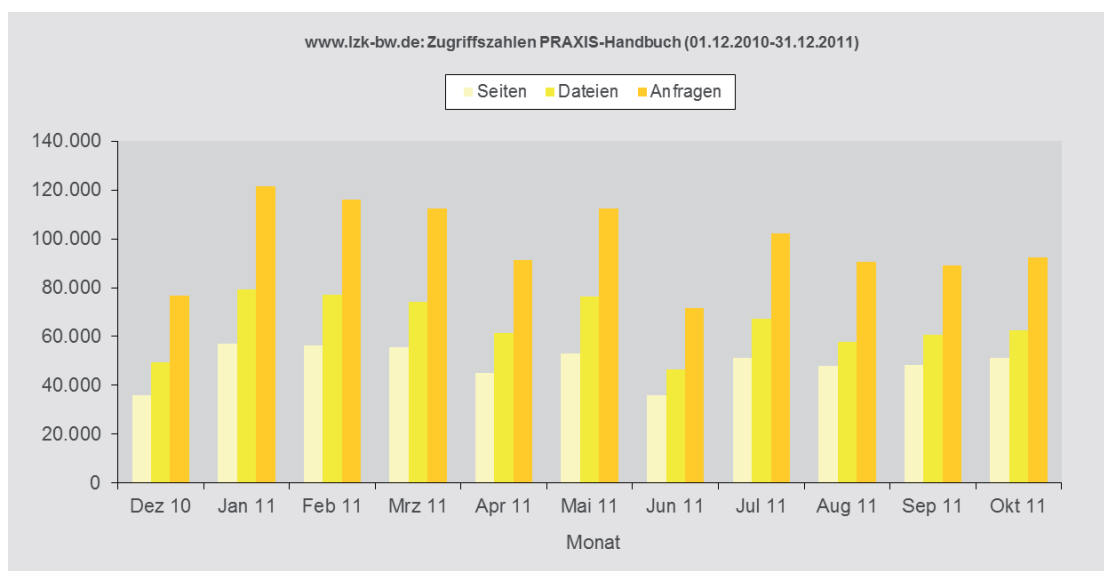
Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf die einzelnen Rubriken



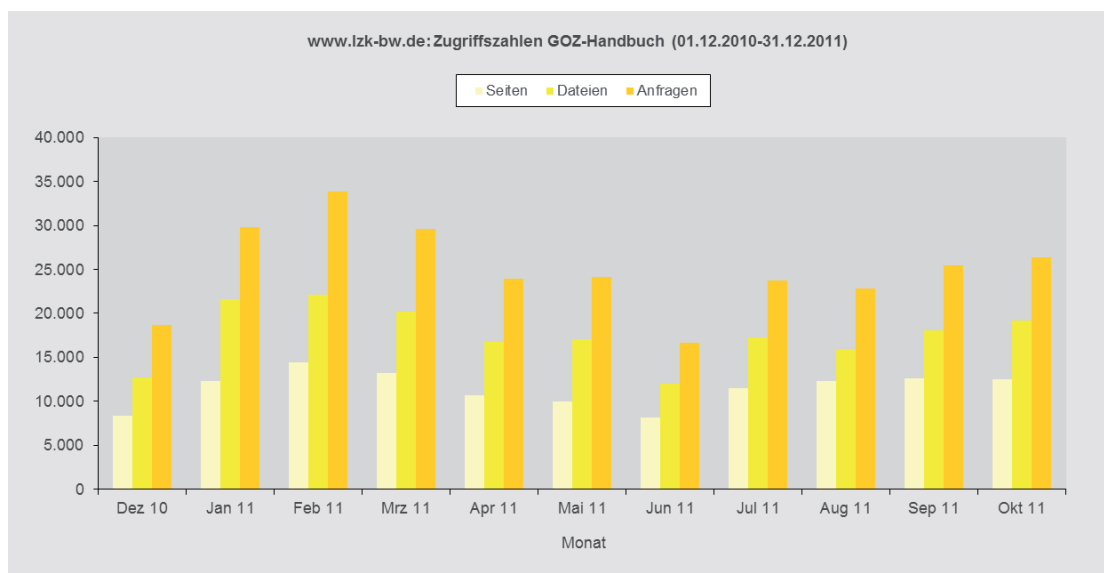
Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das Fortbildungskalendarium



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das PRAXIS-Handbuch



Grafische Darstellung der Zugriffszahlen auf das GOZ-Handbuch



Gutachterkommission für Fragen zahnärztlicher Haftung

Die Anzahl der im Berichtsjahr eingegangenen Anträge bei den Gutachterkommissionen für Fragen zahnärztlicher Haftung ging von 222 auf 201 zurück. Deshalb konnte die Anzahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Fälle reduziert werden.

Die Zahl der entschiedenen Fälle durch erstattete Gutachten stieg im Vergleich zum Vorjahr von 93 auf 142. Bei den Zahnärzten ist festzustellen, dass bei den verneinten Behandlungs-/Aufklärungsfehler ein Anstieg von 44 Fälle auf 99 Fälle zu vermerken ist.

In den Bereichen Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen ist es gelungen, die Zahl der Fälle durch abschließende gütliche Regulierungen im Wege der Vermittlung von Vergleichsvereinbarungen, d. h. ohne die Erstellung eines schriftlichen Gutachtens weiter zu steigern.

Die Stuttgarter Gutachterkommission ist dazu übergegangen, dass in allen zur Entscheidung anstehenden Fällen in einem mündlichen Erörterungstermin in Anwesenheit der Betroffenen (Zahnarzt und Patient) die kritisierte Vorgehensweise des Zahnarztes nachvollzogen und den Beteiligten erläutert wird. Gegebenenfalls geht diesem Termin noch ein zahnärztlicher Untersuchungstermin vor. Durch diese Verfahrensweise gelingt oftmals ein Vergleichsabschluss, der sonst nicht möglich gewesen wäre.

Im Bereich der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart entscheiden sich nach wie vor die Patienten vielfach aus Kostengründen zunächst für das Gutachtenverfahren bei der Kammer. Es zeigt sich, dass ratsuchende Patienten oftmals von Nachbehandlern oder Krankenkassen auf die Möglichkeit des Gutachterverfahrens bei der Kammer hingewiesen werden, unabhängig davon, ob Hinweise auf ein missbräuchliches Verfahren vorliegen oder nicht.

Das Verhältnis der antragstellenden Patientinnen zu den antragstellenden Patienten beträgt unverändert etwa 2:1. Der Anteil an Patienten mit Migrationshintergrund ist gegenüber dem Vorjahr mit etwa 25 Prozent ebenfalls konstant geblieben. Gleiches gilt für den Anteil der von einem Rechtsanwalt vertretenen Patienten, der bei etwa 43 Prozent liegt. Im Berichtsjahr wurden elf beteiligte Kammermitglieder anwaltlich vertreten; im Vorjahr war lag die Zahl lediglich bei vier.

Die Anzahl der Kommissionssitzungen entspricht in etwa der des Vorjahres, allerdings verbunden mit einer deutlichen Steigerung der Anzahl von Sachverhaltserörterungen in diesen Sitzungen und der vorhergehenden zahnärztlichen Untersuchungen.

Im Hinblick auf die in großem Umfang erreichte (nicht streitige) Befriedung in der Gutachterkommission der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart soll trotz des hohen Arbeitsaufwandes zunächst unverändert an dem Grundsatz der mündlichen Erörterung des Sachverhaltes mit den Beteiligten - und eventuell vorherigen Untersuchung des Antragstellers - festgehalten werden.

Landesweite Gutachtertagung der Kammer

Die Vorstände von Kammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung haben sich darauf verständigt am 10.11.2012 die zweite gemeinsame Gutachtertagung in Stuttgart durchzuführen.

Gutachterforum

Leider wird das „Gutachterforum“, das seit Ende 2009 im Internetauftritt der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg im geschlossenen Bereich für Kammergutachter eingerichtet wurde, nach wie vor nur geringfügig in Anspruch genommen.

		FR	KA	S	TÜ	LZK BW
I.	Allgemeines					
1.	Gesamtzahl der im Berichtsjahr gestellten Anträge	22	42	86	51	201
2.	Zahl der zu Beginn des Berichtsjahres noch offenen Anträge aus dem Vorjahr	13	47	34	29	123
3.	Zahl der im abgelaufenem Berichtsjahr erledigten Anträge	23	58	95	53	229
4.	Wie haben sich die Anträge nach Ziffer 3 erledigt?					
	a) durch schriftliches Gutachten	19	30	6	22	77
	b) durch Vergleich		9	15	10	34
	c) Sonstige Weise (z. B. Widerspruch, Rücknahme, Fristablauf, Abgabe, mündliche Gutachten im Erörterungstermin, etc.)	4	19	74	21	118
5.	Zahl der am Ende des Berichtsjahres noch offenen Anträge	12	31	25	27	95
II.	Durch Kommissionsgutachten entschiedene Fälle					
	Gesamtzahl der im Berichtsjahr erstatteten Gutachten, davon	19	30	71	22	142
	Aufklärungsfehler bejaht	3		2		5
	Behandlungsfehler und Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt bejaht	6	9	15	4	33
	Behandlungsfehler bejaht, Gesundheitsschaden verneint	1	2	2		5
	Behandlungsfehler bejaht, Kausalität des Fehlers für den Schadenseintritt verneint		1			
	Behandlungsfehler/Aufklärungsfehler verneint	11	18	52	18	99
III.	Häufigste Ursache der Behandlungsfehler bzw. geltend gemachten Fehler					
	Aufklärung	3		2		5
	Chirurgie	2	3	5		10
	Implantologie		6	3		9
	Kieferorthopädie	1			1	2
	Parodontologie	2				2
	Zahnerhaltung	2	8	3	2	15
	Zahnersatz	2	8	6	1	17
	Sonstiges, z. B. Inlays		4			4

Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe

Der Verwaltungsrat der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe traf sich unter dem Vorsitz von Dr. Norbert Engel vier Mal, um seinen statutengemäßen Auftrag wahrzunehmen. Im Januar fand ferner eine gemeinsame Sitzung der Verwaltungsräte der Akademie Karlsruhe und des ZFZ Stuttgart in Stuttgart statt, in der übergreifende Anliegen diskutiert wurden.

Fortbildung

Die Akademie hat im Programm 2011 ihre Strukturierte Fortbildung in drei Kategorien gegliedert, um den fortbildungswilligen Kolleginnen und Kollegen ihr Angebot transparent darzubieten. Unter dem Titel „Ihre Qualifikation“ finden sich alle Programme, die dem Lernenden eine Erweiterung seiner Kompetenzen bieten. Dies sind vor allen Dingen die klassischen Fortbildungsreihen, die Instruktion und praktische Übungen beinhalten. Das Schlagwort „Die Praxis entwickeln“ führt zu Kursen, die der einzelnen Praxis eine besondere Entwicklungsoption erschließen. Hierzu gehören die Programme nach dem Prinzip des „Continuing Professional Development“, die eine Verbesserung der Praxisroutinen zum Ziel haben. Neu ist die Kategorie „Fortbildung im Team“, die Kursreihen umfasst in denen Zahnarzt/Zahnärztin und ZFA gemeinsam ein Training für die Optimierung ihrer Praxis absolvieren. Dies sind Kurse, die die Erfahrung der Teilnehmer aufgreifen und der ganzen Lerngruppe nutzbar machen. Das inhaltlich sehr breit gefächerte Programm der Akademie, das weiterhin alle zahnmedizinischen Fachbereiche umfasst, wurde mit Innovationen bereichert, die aktuelle Entwicklungen der Zahnmedizin widerspiegeln.

Innovationen des Fortbildungsjahres 2011

Die Motivation des Praxisteams und die Beachtung betriebswirtschaftlicher Parameter werden immer mehr auch in der zahnärztlichen Fortbildung aufgegriffen. Die Akademie

hat mit den Strukturierten Fortbildungsreihen „Praxismotor Wirtschaftlichkeit“ und „Praxisziele finden und erneuern“ diese Themen mit Hilfe der Referenten Axel Thüne, Thomas Schilling und Thomas Sander neu organisiert und mit gutem Erfolg angeboten. Beide Veranstaltungen haben zwei Teile und bieten dem Team im Intervall zwischen den Veranstaltungen Zeit, um die Anregungen aus dem Kurs systematisch umzusetzen. Im Urteil der Teilnehmer ersetzt dieses Kursformat ein teures Praxiscoaching.

Ein weiterer aktueller Trend kommt im Kurs „Oralchirurgie für Zahnärztinnen zum Ausdruck. Der Kurs von PD Margrit-Ann Geibel wurde sehr gut aufgenommen. Auf ausdrücklichen Wunsch der Teilnehmerinnen wurde ein Fortsetzungskurs in das Programm 2012 integriert.

Einen besonderen Höhepunkt des Fortbildungsjahres stellte die Kursreihe „Alte Menschen gut versorgen“ dar. Zahnarzt und ZFA entwickelten unter der Leitung von Dr. Elmar Ludwig und Ulrich Pauls Handlungspfade für die Praxis, die den alten Patienten eine beispielhafte Versorgung bieten wollen. Hierzu gehört ggf. auch die Betreuung hospitalisierter Patienten. Die Teilnehmer waren vom Referententeam begeistert und haben nach eigener Aussage durch die Veranstaltung sehr viel für ihre Praxis gewonnen.



Dr. Goho praktiziert die Lachgassedierung

VERWALTUNGSRAT

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Alfred BRAIG, Biberach
Prof. Dr. Dr. Gernot R. Göz, Tübingen
Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart
Dr. Wilfried WOOP, Neustadt

Hervorragende Aufnahme fand der Kurs „Lachgassedierung“, der sich an Zahnärzte und die ZFA richtet. Dies macht Sinn, da Lachgassedierung eine Leistung ist, für die das Team perfekt zusammenwirken muss.
Online Lernen

Online Lernen

Der Einsatz des Internets hat für die Akademie Karlsruhe eine lange Tradition. Seit 2001 steht den Teilnehmern der Strukturierten Fortbildung der „Virtuelle Hörsaal“ zur Verfügung: Diese Einrichtung befindet sich zurzeit in einer Phase der Neukonzeption. Mit dem Beginn der Strukturierten Fortbildung 2011 wird ein vollständig überholter Virtueller Hörsaal vorgestellt. Die Elemente des Web 2, die eine wesentlich stärkere Interaktivität und eine leichtere Bedienung bieten, werden in die Fortbildung der Akademie Einzug halten.

Die offene Sprechstunde – Fortbildung im Format des Webinars

Die offene Sprechstunde der Akademie wurde 2010 eingerichtet, um den Kolleginnen und Kollegen aus dem Raum Karlsruhe Rat in komplexen Fällen mit Verdacht auf psychosomatische Beteiligung anzubieten. Die Veranstaltung findet am Mittwochabend im Hörsaal 1 der Akademie statt. Eine Gebühr wird nicht erhoben. Der Referent ist jeweils Prof. Dr. Ulrich Tiber Egle.

In diesem Jahr hat sich die offene Sprechstunde thematisch weiterentwickelt. Mit Dr. Andreas Bartols und Dr. Michael Korsch sind zwei Referenten aus dem Team der Akademie ins Programm der offenen Sprechstunde aufgenommen worden. Themen sind jetzt auch der endodontische und der implantologische Fall. Beide Referenten bieten Live-Behandlungen und intensive Falldiskussionen.

Die offene Sprechstunde wird im Internet als „Webinar“ übertragen. Die Teilnehmer können von zu Hause aus Fragen stellen und sich so aktiv an der Veranstaltung beteiligen. Hierbei hat die Akademie Erfahrungen gewonnen, die eine Ausweitung der Aktivität im Internet möglich machen.

Masterstudiengang „Integrated Practice in Dentistry



Sie haben es geschafft: Die Masterabsolventen 2011

Das Abschlusskolloquium der 6. Matrikel des Masterstudienganges „Integrated Practice in Dentistry“ fand am Vorabend des Master's Day in Baden-Baden statt. Acht Absolventen präsentierten überzeugende wissenschaftliche Leistungen. Die Themen veranschaulichten den weiten Kreis der Fragestellungen, die die zahnärztliche Profession bewegen. Methodisch lag der Schwerpunkt bei qualitativen Studien, die von den Magdeburger Partnern der Akademie hervorragend betreut waren. Beispielhaft seien hier folgende Themen genannt:

- „Das Zweitmeinungsmodell der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg aus Sicht der Berater und aus Sicht der Patienten“
- „Wie erleben Zahnärzte die Situation einer gerichtlichen Auseinandersetzung mit Patienten?“
- „Diagnose "Burnout-Syndrom" und die beruflichen Konsequenzen für den nie-

DIREKTOR

Prof. Dr. Winfried WALTHER, Karlsruhe

dergelassenen Zahnarzt – eine empirische Studie“

Karlsruher Konferenz

Thema der Karlsruher Konferenz war: „Beste Versorgung für Jung und Alt – Kinder und Senioren in der Zahnarztpraxis“.



Kinder und Senioren standen im Fokus der Karlsruher Konferenz 2011

Die Referenten waren:

- Dr. Elmar Ludwig, Ulm
- Prof. Dr. Michael Hülsmann, Göttingen
- Dr. Edgar Hirsch, Leipzig
- Prof. Dr. Stefan Zimmer

Die Vorträge beleuchteten die besonderen Anforderungen an die Betreuung dieser Patientengruppen und nahmen auch zu Fragen der optimalen Therapie Stellung. Die Teilnehmer erhielten eine Fülle von Anregungen für die eigene Praxis.

Dr. Norbert Engel, der Vorsitzende des Verwaltungsrates der Akademie, nahm 17 Kollegen in die Runde der Mitglieder der Karlsruher Konferenz auf.

Im Jubiläumsjahr 2010 hatte die Karlsruher Konferenz zum ersten Mal Workshops am Samstagvormittag nach dem eigentlichen wissenschaftlichen Programm angeboten. Zielgruppe waren sowohl Zahnärzte wie auch Zahnmedizinische Fachangestellte. Da diese

Idee außerordentlich erfolgreich war, ist diese Einrichtung jetzt ein regulärer Veranstaltungsteil der Konferenz. Die Akademie bestritt 2011 die Workshops aus den eigenen Reihen. Die Themen widerspiegeln somit die klinischen und wissenschaftlichen Tätigkeitsschwerpunkte des Teams. Die Leitung der Workshops lag in den Händen von Dr. Andreas Bartols, Dr. Michael Korsch, Dr. Anke Bräuning, Dr. Simone Ulbricht, Dr. Inga Potthoff, ZTM Berthold Steiner, ZMF Nadja Pfister und ZMF Rahel Stegmaier.

Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten



Kurse für die ZFA: Moderne Arbeitstechniken im Einsatz

Der Tag der Zahnmedizinischen Fachangestellten fand wieder simultan zum zahnärztlichen Programm statt. Auch hier war das Hauptthema die Behandlung der alten und kleinen Patienten. Klinisch-praktische Fragen wurden genauso erörtert wie Fragen der Abrechnung. Die Moderation lag wieder in den Händen von Dr. Robert Heiden.

Die Referenten waren:

- PD Dr. Stefan Rupf, Homburg/Saar
- PD Dr. Anne Wolowski, Münster
- Anette Lohmüller, Karlsruhe
- Dr. Bernhard Jäger, Mannheim
- Dr. Ivo Bertovic, Karlsruhe

Karlsruher Abend

Der Karlsruher Abend fand 2011 im Brauhaus „Kühler Krug“ statt. Diese Karlsruher Traditionsgaststätte ist besonders für ihr Bier berühmt und war dazu prädestiniert, einen „Badischen Abend“ zu gestalten.

Karlsruher Vortrag



Der damalige Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler nimmt als Zeichen der Ehrung die Skulptur aus den Händen des Künstlers Joachim Czichon entgegen

Der Karlsruher Vortrag bot in diesem Jahr einen direkten Bezug auf die zahnärztliche Arbeit. Auf Einladung der Akademie war der Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler nach Karlsruhe gekommen. Er sprach vor ca. 1.300 geladenen Gästen aus allen Teilen der Gesellschaft über die Prinzipien seiner politischen Arbeit und erläuterte die anstehenden Neuregelungen der zahnmedizinischen Versorgung aus seiner Sicht. Es war das ausführlichste Referat, das er je für einen zahnärztlichen Gastgeber gehalten hat. Die kritischen Stellungnahmen von Seiten des Auditoriums rundeten diese interessante Veranstaltung ab. Die hohe Diskussionskultur der hierbei auftretenden zahnärztlichen Redner wird sich dem Auditorium nachdrücklich eingeprägt haben.

Walther-Engel-Preis 2011



Walther-Engel-Preis 2011 für PD Dr. Anne Wolowski, überreicht durch den LZK-Präsidenten Dr. Udo Lenke

Der Walther-Engel-Preis 2011 wurde an Priv.-Doz. Dr. Anne Wolowski verliehen. Sie wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates vom Verwaltungsrat zur Preisträgerin bestimmt, was durch den Vorstand der Landes Zahnärztekammer bestätigt wurde. Dr. Anne Wolowski führt im Programm der Akademie eine Reihe von Lehraufgaben mit sehr großem Erfolg aus. Im Gutachtertraining vertritt sie das Thema „Restaurative Therapie und psychosomatische Symptomatik“. Das Gebiet der psychosomatischen Medizin und der Psychologie in der Zahnheilkunde hat sie zum Kernbereich ihrer wissenschaftlichen Kompetenz aufgebaut. Dieses Fachgebiet ist essentiell für die Einschätzung des zahnmedizinischen Eingriffs, für die Einschätzung von Komplikationen und vor allen Dingen für die Beurteilung von komplexen Beschwerdebildern in der zahnärztlichen Praxis. Die Ehrung mit dem Walther-Engel-Preis ist eine logische Konsequenz aus diesem ganz besonderen Verdienst.

Herbstkonferenz und Master's Day 2011



Dr. Norbert Engel eröffnet die Baden-Badener Herbsttagung

Die Herbstkonferenz wird gemeinsam durch die Akademie und die Bezirkszahnärztekammer Nordbaden veranstaltet. Sie fand 2011 zum zweiten Mal in Baden-Baden statt. Es zeigt sich, dass dieser Veranstaltungsort einen exzellenten Rahmen bietet. Die Teilnehmerzahl konnte im Vergleich mit 2010 erheblich gesteigert werden. Das Thema „Zähne erhalten! Prophylaxe und Therapie aus einem Guss“ richtete sich gleichermaßen an Zahnärzte und an die Zahnmedizinische Fachangestellten. Es gelang eine sehr gute Balance der Themenschwerpunkte, so dass die gespannte Aufmerksamkeit des Auditoriums bis zum Schluss gesichert war. Das besondere Merkmal der Tagung ist der Auftritt von Arbeitsgruppen, die Problemstellungen aus der zahnärztlichen Praxis eigens für die Konferenz bearbeiten. Dieses neue interaktive Format einer zahnmedizinischen Fortbildungstagung wird von den Absolventen des Masterstudienganges „Integrated Dentistry“ getragen und soll in den kommenden Jahren weiter entwickelt werden. Das abschließende Oktoberfest im Löwenbräu war einzigartig und wird im Ambiente und in der guten Stimmung, die bei allen Teilneh-

mern herrschte, nur schwer zu übertreffen sein. Es war ein rundum gelungener Tag!

Die Referenten der Konferenz waren:

- Dr. Norbert Engel, Mühlacker
- Prof. Dr. Winfried Walther, Karlsruhe
- Prof. Dr. Ulrich Schlagenhauf, Würzburg
- Dr. Jürgen Volmar und Kolleginnen/Kollegen, Espenau
- DH Meral Schnatterer, Stuttgart
- Dr. Immanuel Funk, M.A.
- ZMF Nadja Pfister mit Kolleginnen/Kollegen
- Dr. Robert Heiden, Karlsruhe
- Prof. Dr. Christof Dörfer, Kiel



Mehr als gute Stimmung am Abend der Herbstkonferenz – ein Fest für alle

Ausstellungsstand beim Sommerfest der Firma Pluradent

Das Fortbildungsteam der Akademie informierte im Juni des Berichtsjahres die Ausstellungsbesucher über die Fortbildungsmöglichkeiten an der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe.

Fachdental Stuttgart

Die Akademie präsentierte sich auf der Fachdental Stuttgart im Oktober des Berichtsjahres zum vierten Mal zusammen mit dem ZFZ Stuttgart.

Wissenschaft

Die wissenschaftliche Aktivität der Akademie wurde im Jahr 2011 erheblich ausgedehnt. Die Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes wurde intensiviert. Durch zwei gemeinsame wissenschaftliche Workshops wurde die Grundlage für eine vertiefte Kooperation gelegt.

Im Rahmen der Ausschreibung „Versorgungsforschung“ des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg hat der Leitende Zahnarzt der Akademie, Dr. Andreas Bartols ein Projekt zum Thema „Endodontische Versorgung“ gewonnen.

Das von der Akademie ausgerichtete Training für den Patientenberater war Anlass, Wirkung und Akzeptanz der Beratung durch die Zahnärztekammer wissenschaftlich zu untersuchen. Florentine Carow befragte im Rahmen ihrer Masterarbeit sowohl Patienten wie auch Berater. Diese Masterarbeit ist ein Beispiel für gelungene Begleitforschung im Rahmen besonderer Versorgungsinitiativen der Profession.

Durch die wissenschaftliche Attraktivität gewinnt die Akademie gerade für engagierte Mitarbeiter an Attraktivität.

Zahnärztliche Poliklinik

Die Mitarbeiter der Poliklinik haben mit der Ausrichtung der Workshops im Rahmen der Karlsruher Konferenz und der „Offenen Sprechstunde“ ihre didaktische Kompetenz eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Es wurden klinische Innovationen in die Praxis eingeführt, um die gewonnenen Erkenntnisse in der Fortbildung einzusetzen. Dies betrifft die Implantologie, die Oralchirurgie, die Parodontologie und auch den Einsatz von digitalen Verfahren in Klinik und Labor. Die Anzahl der durch Mitarbeiter verantworteten Kurse wird im Jahr 2012 weiter gesteigert werden.

Als Leitende Zahnärzte sind in der Poliklinik tätig:

- Dr. Andreas Bartols, Leitung der Poliklinik
- Dr. Michael Korsch, Oralchirurgie
- Dr. Ulrike Mack, Kieferorthopädie

Das zahntechnische Labor der Akademie steht unter der Leitung von ZTM Berthold Steiner. Der Einsatz moderner Fertigungsverfahren wurde im Berichtsjahr ausgebaut und für die Fortbildung eingesetzt.

Internationale Kontakte

Im September 2011 fand in Hawaii das Jahrestreffen des International College of Prosthodontics statt, bei dem Dr. Michael Korsch einen Vortrag vor internationalem Fachpublikum hielt. Auch Dr. Inga Potthoff aus der Akademie war mit einer Posterpräsentation vertreten und organisierte ein vorbereitendes Treffen mit den Veranstaltern des Workshop for Clinical Prosthodontic Educators, der im kommenden Juni von der Akademie in Baden-Baden durchgeführt werden wird.



Dr. Inga Potthoff, M.A. und Dr. Michael Korsch, M.A. waren beim Jahrestreffen des ICP in Hawaii vertreten

Nach wie vor bestehen enge Kontakte zur Universität Sarajevo, an deren Lehrbetrieb auch die Akademie durch Videokonferenzen beteiligt ist.

Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart

Der Verwaltungsrat des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart kam unter dem Vorsitz von Dr. Konrad Bühler drei Mal zusammen, um seinen statutenmäßigen Auftrag zu erfüllen.

Bei der ersten Verwaltungsratssitzung am 21.01.2011, gemeinsam mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, wurden übergreifende Themen diskutiert.

Fortbildung

Wie bereits in den Vorjahren erfährt das Zahnmedizinische Fortbildungszentrum Stuttgart eine enorme Nachfrage nach zahnärztlicher Fortbildung.

Wie bereits im Jahr 2010 konnten über 2 Mio. Euro Umsatz im Fortbildungsbereich erwirtschaftet werden.

Zahnärztliche Fortbildungen

Die Strukturierten Fortbildungen (Curricula) für Zahnärzte/innen wurden 2011 stark nachgefragt. Insgesamt 215 Kursteilnehmer konnten im ZFZ begrüßt werden. Im Vergleich zu 2009 ist dies eine Steigerung der Teilnehmerzahl um 25 Prozent.



Selbst in der Pause wird diskutiert. Kursteilnehmer mit Referent Dr. Rieger

Folgende Curricula wurden 2011 vom ZFZ Stuttgart angeboten:

- Ästhetische Zahnheilkunde (9 Module)
- Endodontie (8 Module)
- 2 x Geriatrische Zahnheilkunde (4 Module)
- Implantologie (8 Module)
- Implantologie mit „Online-Inhalten“ (6 Module)
- Kinderzahnheilkunde (9 Module)
- Parodontologie (7 Module)
- Parodontologie mit „Online-Inhalten“ und erstmalig das
- Curriculum in Zahnärztlicher Chirurgie mit 7 Modulen



Oralchirurgische Techniken mit Dr. Heering

Dank 29 Phantomarbeitsplätzen fanden die Kursteilnehmer insbesondere beim praktischen Arbeiten ideale Arbeitsbedingungen vor.

Diese Arbeitsplätze sind seit 2010 komplett miteinander vernetzt: Bild und Ton.

Fortbildungen für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen

Ungebrochen ist auch der Zulauf an Fortbildungswilligen im Bereich der Kurse

VERWALTUNGSRAT

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender

Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen, Stv. Vorsitzender (bis 15.04.2011 +)

Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe

Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart

Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen

Dr. Bernd STOLL, Albstadt

nach der Fortbildungsordnung (Fachkundliche Nachweise, ZMP, DH, ZMV).

Bereits Mitte des Jahres waren so gut wie alle Kurse ausgebucht.

Weitere äußerst positive Erfahrungen wurden mit dem Fortbildungsformat der sogenannten „Online-Präsenz-Fortbildung“ gesammelt. Im Rahmen dieses Fortbildungstyps wird ein Großteil der theoretischen Fortbildung online abgearbeitet. In den Präsenzphasen im ZFZ kann man sich dann auf die praktischen Kursinhalte konzentrieren. Bislang konnten nach diesem Format folgende Kurse erfolgreich durchgeführt werden:

- Kursteil I (Prophylaxe) nach der Fortbildungsordnung
- Kombinationskurs (Kursteile I, IIa und IIc nach der Fortbildungsordnung)
- ZMP-Kurs

Intensivkurse und Tageskurse

In über 40 Einzelveranstaltungen mit jeweiligem Fokus auf praktisches Arbeiten, betriebswirtschaftlichen Themen, Abrechnungsinhalten, Auffrischungsaspekten oder Röntgenunterweisungen wurde den Zahnärzten/innen und den zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen ein breites Spektrum an Weiterbildungsmöglichkeiten geboten.

Dabei wurden beispielsweise folgende Updates angeboten:

- „Keramik / Komposit“ (Ästhetische Zahnheilkunde) mit Prof. Dr. Frankenberger, Marburg
- „Implantat-Versorgung beim parodontal vorgeschädigten Patienten“ (IMP/PAR) mit Prof. Dr. Visser, Oldenburg / Dr. Ketabi, Stuttgart
- „Ernährung und Zahngesundheit - Blick über den Tellerrand“ (Kinderzahnheilkunde) mit Prof. Dr. Splieth, Greifswald, Dr. Ellrott, Göttingen, Dr. Kremer, Stuttgart

- „Von der Pflege für die Pflege“ (Geriatrische Zahnheilkunde) u. a. mit Dr. Ludwig, Ulm



Praktisches Üben im ZFZ Stuttgart

Winter-Akademie des ZFZ Stuttgart

Unter dem Thema: Praxisführung 2011: „Erfolgreich steuern – auch gegen den Wind“ fand die diesjährige Winter-Akademie am 23. Januar 2011 statt.



Referenten der Winterakademie 2011

Fast 400 Zahnärzte/innen fanden den Weg ins SI-Zentrum Stuttgart (Millennium Hotel) und informierten sich in den Bereichen Personal, Marketing, Finanzen und der betriebl-

DIREKTOR

Prof. Dr. Johannes EINWAG, Stuttgart

GESCHÄFTSFÜHRUNG

RA Axel MAAG, Stuttgart

chen Entscheidungsfindung über Möglichkeiten, wie sie ihre Praxen erfolgreich, trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen, lenken können.

Das kompetente Referententeam bestand aus:

- Stefan Knafl, Landshut
- Armin Betz, Landshut
- Dr. Bernd Kröger, Landshut
- Tillmann Gante, Landshut
- Udo Brauer, Landshut
- Prof. Dr. Bernd Jöstingmeier, Saarbrücken



Referent einmal anders:
Prof. Jöstingmeier am Schlagzeug

Sommer-Akademie des ZFZ Stuttgart

Bereits zum 18. Mal fand die Sommer-Akademie des ZFZ Stuttgart am 8./9. Juli 2011 im Forum in Ludwigsburg statt. Über 800 Teilnehmer aus dem gesamten Praxisteam interessierten sich für die Thematik „Patienten als Eckpfeiler erfolgreicher Praxisführung“ und sorgten im Theater im Forum in Ludwigsburg für ein großartiges Ambiente.



Sommerakademie 2011: Begeisterte Patienten als Eckpfeiler erfolgreicher Praxisführung

Begeisterte Patienten sind Botschafter

Das ZFZ hat die Patientinnen und Patienten einfach mal gefragt – und einen Film darüber gedreht. Keine Löcher, kein Zahnfleischbluten, weiße Zähne, frischen Atem, keinen Zahnstein und Zeit. Um diese vielfältigen Wünsche der Patienten wurde die diesjährige Sommer-Akademie gebaut.

Die Referenten der Sommer-Akademie 2011 waren:

- Christa Maurer, Lindau
- Dr. Johann Wölber, Freiburg
- Prof. Dr. Johannes Einwag, Stuttgart
- Prof. Dr. Ulrich Schlagenhaut, Würzburg
- Dr. Marcus Striegel, Nürnberg
- Prof. Dr. Rainer Seemann, Konstanz
- Michael Munding, Leinfelden-Echterdingen



Abends an der Sommer-Akademie lud das ZFZ Stuttgart erstmals zu einem großen Grillfest mit an-

Kabarettist
Christoph Sieber

schließendem Kabarettprogramm mit Christoph Sieber ein.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Fortbildungsprogramm für das Jahr 2012 wurde erstmals bereits zur Sommer-Akademie Anfang Juli versendet. Dadurch erhoffte sich das ZFZ den Effekt früher Kurbuchungen für das Folgejahr. Ein Effekt, der insbesondere im Bereich der Fortbildungen für Mitarbeiter/innen erfolgreich eingetreten ist.



Die Online-Auftritte der Fortbildungsangebote und der Praxis wurden 2011 weiter überarbeitet und werden ständig den neuen Anforderungen angepasst.

Das ZFZ Stuttgart präsentierte sich im Oktober zusammen mit der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe auf der Fachdental Messe Südwest in Stuttgart.

Fortbildungspraxis

Das ZFZ wird von immer mehr Kollegen als Überweisungspraxis angesehen. Insbesondere in den Bereichen zahnärztliche Chirurgie, Kinderzahnheilkunde, Parodontologie, Endodontie und teilweise auch für Implantologie ist dieser Trend festzustellen.

Die Umsätze in der Praxis konnten im Vergleich zum letzten Jahr deutlich gesteigert werden.

Als Zahnärzte im ZFZ Stuttgart sind tätig:

- Prof. Dr. Johannes Einwag (Direktor)
- Oralchirurg Dr. Dirk Heering (angestellter Zahnarzt)

- Dr. Julia Beringer
- ZÄ Sarah Gronwald
- ZA Philipp Müller-Eberspächer
- Dr. Steffen Rieger, M. Sc.
- Dr. Melanie Weber

Baumaßnahmen Praxis

Anfang 2011 wurden in der Praxis einige bauliche Veränderungen erfolgreich durchgeführt.

Die Bereiche Wartezimmer, Anmeldung und Beratungszimmer wurden neu gestaltet und erfüllen nun höchste Patientenanforderungen.

Außerdem wurde der Flurbereich mit neuem Lichtsystem und neuem Boden modernisiert.



„Zeitraum“ im neuen Wartezimmer

Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde (GPZ e.V.)

Die Gesellschaft für Präventive Zahnheilkunde e.V. am ZFZ Stuttgart hat – in Zusammenarbeit mit dem Verein Zahngesundheit Tirol erneut eine Frühjahrsakademie auf Mallorca organisiert – mit gutem Erfolg.

Mit dem 2009 erstmalig vergebenen Siegel für bewährte Produkte zur häuslichen Zahnpflege sind zwischenzeitlich bereits die ersten Produkte gekennzeichnet.

Die Zeitschrift „Prophylaxe – Impuls“, die auflagenstärkste Fachzeitschrift für den Bereich der oralen Präventivmedizin im deutschsprachigen Raum, fungiert seit dem vierten Quartal 2004 als Mitgliederzeitschrift. Die Zusammenarbeit verläuft weiterhin reibungslos.



Kongress für Präventive Zahnheilkunde in Dortmund

Als Mitveranstalter fungierte die GPZ e.V. beim „Kongress für Präventive Zahnheilkunde“ im Oktober in der Westfalenhalle in Dortmund.

Vortragstätigkeit

Die allgemein hohe Nachfrage nach Fortbildung führte erneut zu häufigen Anfragen nach Referententätigkeiten durch den Direktor und Mitglieder seines Lehr-Teams am ZFZ.

Die dabei abgehandelten Themen betrafen sowohl Fachthemen wie Prophylaxe, Parodontologie, Chirurgie / Implantologie, Alterszahnheilkunde, Kinder- und Jugendzahnheilkunde, wie auch Aspekte der Praxisführung (Hygiene und Qualitätsmanagement).

Bezirkszahnärztekammer Freiburg

Zukunftsorientiert mit neuem Schwung“, unter diesem Motto präsentierte sich der neu formierte Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Freiburg seinen Mitgliedern. In sieben Vorstandssitzungen und einer Klausurtagung wurden zum einen das Tagesgeschäft abgearbeitet, zum anderen Strategien für die künftige Arbeit des Vorstandes entwickelt. Monatlich trafen sich bei einem „Jour fixe“ alle Ehrenamtsträger der Bezirkszahnärztekammer Freiburg und der Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bezirksdirektion Freiburg zum gemeinsamen Informations- und Meinungsaustausch. In zehn Kreisversammlungen wurden die Kammermitglieder vor Ort informiert und die Anregungen aus der Kollegenschaft für die Vorstandsarbeit aufgenommen. Im Berichtsjahr standen die GOZ-Novellierung und das Change-Management im Zahnärztehaus ganz oben auf der Agenda. Auf großes Interesse stieß eine Informationsveranstaltung für Ausbilder zu Rechten und Pflichten im Zusammenhang mit der Berufsausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten.

Guter Gedankenaustausch

Zum Neujahrsempfang trafen sich zahlreiche Gäste aus Berufspolitik, Wissenschaft und Medizin Ende Januar 2011 im Zahnärztehaus Freiburg. Dieser von der Bezirkszahnärztekammer Freiburg und der Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bezirksdirektion Freiburg gemeinsam veranstalteten Gedankenaustausch war ein guter Anlass, die Begegnungen des vergangenen Jahres noch einmal Revue passieren zu lassen und einen Ausblick auf die Aufgaben und Ereignisse des Jahres 2011 zu geben.

Der diesjährige Festredner, Prof. Dr. phil. habil. Dipl.-Psych. Theo Wehner widmete sich in seinem Vortrag „Das Neue kommt in die Welt! ... kommt es auch in Ihre Praxis?“ dem Thema Innovation und Zukunftsfähigkeit.

Die Ergebnisse seiner jahrelangen Forschungen haben gezeigt, dass Innovation zu fördern bedeutet, sich selbst immer in Frage zu stellen.

Ein weiterer Höhepunkt des Abends war die feierliche Verabschiedung von Dr. Konstantin Baer, der nach drei Jahrzehnten aktiver Standespolitik verabschiedet wurde. Die Vielzahl der Gäste freute sich über viele gute Gespräche an diesem gelungenen Abend.



Verabschiedung: Dr. Konstantin Baer, Frau Baer, Dr. Hans Hugo Wilms (v.r.n.l.).

Fortbildung Zahnärzte

Die 36. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzte in Titisee war ganz der Endodontie - Zahnerhaltung im Grenzbereich - gewidmet. Die stolze Zahl von 660 Teilnehmern konnten Prof. Elmar Hellwig und Dr. Peter Riedel in diesem Jahr in der Schwarzwaldhalle begrüßen. Den Worten des Vorsitzenden „Titisee ist hochwertige Fortbildung, ist Festvortrag über den Tellerrand hinaus, ist Pre-Congress, ist Messe, ist Wiedersehen, ist hervorragende Organisation“ gab es nichts hinzuzufügen. Mit Spannung wurden die Vorträge der hochkarätigen Referenten erwartet, die deutlich machten, wie sehr man sich in der Endodontologie „an der Grenze zum Misserfolg“ befindet – und wie oft man dabei auch schöne Erfolge erzielen kann.

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER FREIBURG

Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch, Vorsitzender
Dr. Norbert STRUB, Freiburg, stv. Vorsitzender
Dr. Georg BACH, Freiburg
Dr. Martin HAAS, Bad Krotzingen
Prof. Dr. Elmar HELLWIG, Freiburg



Begrüßung in Titisee durch Prof. Dr. Elmar Hellwig

Fortbildung Mitarbeiter

Auch die bereits zum 22. Mal stattgefundene Fortbildungsveranstaltung für Zahnmedizinische Fachangestellte in Schluchsee war restlos ausgebucht, sehr zur Freude von Dr. Norbert Struß, der erstmals Dr. Peter Riedel, den Referenten für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen vertrat, der zeitgleich in Titisee die Kollegenschaft zur Fortbildungsveranstaltung begrüßen durfte.

In der Endodontologie führen „viele Wege nach Rom“ – Prof. Dr. Jörg Fabian Schirrmeyer zeigte den Mitarbeiterinnen in seinem Vortrag einige dieser Wege auf. Prof. Dr. Johannes Einweg betonte die therapeutischen Herausforderungen der Zahnarztpraxen, welche diese in der Behandlung von Kindern und Jugendlichen bekommen, bei denen bereits in jungen Jahren Vollsanierungen ebenso häufig vorkommen wie Kronen nach vorheriger endodontischer Behandlung.

Die Bezirkszahnärztekammer Freiburg bietet im Zahnärztehaus, also vor Ort, bis auf die DH sämtliche Aufstiegsfortbildungsmöglichkeiten für zahnmedizinische Mitarbeiter/innen an. Dieses Angebot wird rege angenommen. Im Berichtsjahr konnten über 400 Mitarbeiter/innen die Aufstiegsfortbildungen in den Bereichen Prophylaxe, Verwaltung, ZMP, ZMF und ZMV erfolgreich abschließen.

Kritik an der GOZ-Novelle

Titisee steht nicht nur für die erfolgreiche Fortbildungsveranstaltung der Bezirkszahnärztekammer Freiburg, sondern auch für die am Vortag stattfindende Vertreterversammlung.



Vertreterversammlung in Titisee

Licht und Schatten prägten den Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes, Dr. Peter Riedel, der sich kritisch mit dem Herzstück der Kammer, der Entwicklung der GOZ-Novelle auseinandersetzte. Sein Fazit: „Der Referentenentwurf ist ungenügend, Schulnote 6. Wir sind entsetzt, dass nach über 23 Jahren fehlender Anpassung keine Punktwerthöhung erfolgen soll und bei weitem nicht der betriebswirtschaftlichen Entwicklung in den Zahnarztpraxen Rechnung getragen wird.“

Regionale Kompetenz

Neuland betraten die Examenssemester an der Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Universität Anfang Februar mit dem Besuch des Zahnärztehauses Freiburg. Hier erfuhren die Studierenden aus erster Hand, welches Aufgabenspektrum die Körperschaften ihren Mitgliedern bieten.

Dr. Martin Haas, auch verantwortlich für die Berufskundenvorlesungen in der Zahnklinik Freiburg, stellte beide Körperschaften und

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Freiburg

Christoph RÖDER • Cordula DEEKELING • Natalia DINGES • Sabine HÄRINGER • Janine HOHWIELER • Myriam KETTERER • Grazia KOOP • Gudrun KOZAL • Petra LENZ • Sigrid POIGER • Kerstin SACH • Ingrid STOICOV

deren Tätigkeitsbereiche vor und legte dabei auch besonderen Wert auf die regionale Kompetenz des Freiburger Zahnärztheuses: „Egal was Sie suchen, egal was Sie benötigen, hier wird Ihnen geholfen“, so sein Credo.

Christoph Besters, stellv. Vorsitzender der Kassenzahnärztlicher Vereinigung Baden-Württemberg, stellte sämtliche Optionen eines möglichen beruflichen Werdegangs dar, Dr. Georg Bach, Referent für das Gutachterwesen, stellte seinen Fachbereich ausführlich vor und warb für das ehrenamtliche Engagement in den Körperschaften.



Interessierte Studierende beim Infoabend

Ansprechpartner für die Studierenden der Zahnheilkunde an der Albert-Ludwigs-Universität, vorgestellten Arbeitsmöglichkeiten im Ausland stießen auf reges Interesse. Beim abschließenden Imbiss im Casino gab es weiteren regen Austausch zwischen den Referenten und Studentinnen und Studenten.

Gute Zusammenarbeit mit der Zahnklinik

Regelmäßig lädt die Universität Freiburg in Zusammenarbeit mit der Bezirkszahnärztekammer Freiburg und der Südbadischen Zahnärztesgesellschaft Kollegen ein, um spektakuläre Operationen und besondere Fälle durch die Zahnärzte des Klinikums vorzustellen. Schillers Schädel-Rekonstruktion, die Einsätze der Notfallchirurgie nach Schlagereien oder Kiefergelenkschmerzen, deren

Ursache selbst Experten noch verblüfft – die diesjährige Fallbesprechung sollte „etwas anders werden und über den Tellerrand der Zahnmedizin hinaus blicken“, so der Ärztliche Direktor der Uniklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, Prof. Dr. Dr. Rainer Schmelzeisen. Rund 150 interessierte Kollegen füllten den großen Hörsaal des ZMK-Zentrums.

Neben Themen mit medizinischem Bezug zeigten die Referenten auch, wie die Kieferchirurgie Patienten mit schweren Verletzungen und Erkrankungen ein besseres Leben ermöglicht.

SWR Landesschau

Durch gute Kontakte zu den Medien konnte die Problematik der GOZ-Novelle aus Sicht der Zahnärzteschaft einer breiten Öffentlichkeit aufgezeigt werden.



Die neue GOZ war Thema eines Fernsehberichtes der SWR-Landesschau, der im Juli im Zahnärztheaus Freiburg gedreht wurde. Der Vorsitzende der BZK Freiburg stand dabei Rede und Antwort. Darüber hinaus wurde vom Sender die Komplexität der zahnärztlichen Behandlung für den Laien verständlich dargestellt.

Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe

Vorstand und Vertreterversammlung

Die Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe blickt auf ein weiteres arbeitsreiches Jahr zurück. Der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe traf sich im Berichtszeitraum zu vier turnusmäßigen Vorstandssitzungen. Daneben wertete der Vorstand in einer Klausurtagung die Ergebnisse aus der Initiativumfrage unter den nordbadischen Mitgliedern zum Thema „Praxis 2020“ aus, um zum Ende der Legislaturperiode eine Bewertung der Erhebungen und somit einen Diskussionsbeitrag zum Thema „Die Zahnarztpraxis im Jahre 2020“ vorzulegen. In der Vertreterversammlung im November 2010 im Zahnärztehaus Mannheim wurde der politische Diskurs gepflegt. Erstmals schloss sich ein Impulsvortrag von Dr. Bernd Sprenger an mit dem Thema „Die Illusion der perfekten Kontrolle“. Die Delegierten nahmen die Anregungen äußerst positiv gestimmt mit.

Die einzelnen Referenten des Vorstandes setzten die kollegennahe Arbeit bewährt fort. Unter der Leitung von Dr. Robert Heiden, Ausbildungsberater und Referent für zahnmedizinische Fachangestellte, wurden wieder viele Nachwuchskräfte für das Praxisteam ausgebildet. Ein neu eingerichteter Schlichtungsausschuss nach dem Arbeitsgerichtsgesetz tagte inzwischen auch unter seiner Leitung.

Dr. Jan Wilz, GOZ-Referent auch auf Landesebene, und sein Team Dr. Daniel Jäger und Zahnärztin Henriette Johst berieten per GOZ-Hotline. Die Gutachtenflut für Amts- und Landgerichte ist ungebrochen.

Dr. Volker Bracher Referent für das Fortbildungswesen und Öffentlichkeitsarbeit moderierte bei der Herbstkonferenz in Baden-Baden und beim Tag des QM in Mannheim.

Die Kammerfortbildung erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit, bewährte Seminare wur-

den den Anforderungen angepasst, neue Seminare wie das Praxisgründerseminar oder die QM-Assistenz erhielten unter seiner Führung Profil.

Dr. Ulrike Heiligenhaus-Urmersbach, Referentin für Jugendzahnpflege, Prophylaxe und Alterszahnheilkunde leistet in ihrem Ressort wertvolle Pionierarbeit und lud zu regelmäßigen Treffen der Senioren und Behindertenbeauftragten ein. Ferner begleitete sie wachsam und kritisch die auf Landesebene angedachte Neustrukturierung der Jugendzahnpflege.

Auch der Haushaltsausschuss unter Führung des Vorsitzenden Dr. Bert Bauder nahm seine satzungsgemäßen Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit Vorstand und Verwaltung gewohnt gewissenhaft und mit kritischem Blick auf die Haushaltsführung wahr.

Auf Ebene der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg leisteten die Ehrenamtsträger aus Nordbaden in den Organen und Ausschüssen viele konstruktive und für die Kollegenschaft wertvolle Beiträge zur Umsetzung des Mottos „Die Kammer - Ihr Partner“.

Zusammenarbeit mit den Kollegen vor Ort, Kreisversammlungen, Herbstkonferenz

Im Juni 2011 trafen sich die Kreisvorsitzenden aus Nordbaden mit dem Vorstand der Bezirkszahnärztekammer zum traditionellen Austausch. Gemeinsam mit inzwischen eingeführten regelmäßigen Rundmails an die Vorsitzenden der acht Kreise dient dieses Treffen dem Bericht über die Vorstandsarbeit und im Gegenzug einem Feedback der Basis.

Im Juli 2011 folgte die Tour de Ländle mit einem Bericht des Vorsitzenden zur aktuellen Lage rund um die Zahnarztpraxis aus standespolitischer Sicht. Schwerpunkt der Versammlungen war ein ausführlicher Vortrag des GOZ Referenten der Landes Zahnärzte-

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER KARLSRUHE

Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker, Vorsitzender
Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe, stv. Vorsitzender
Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe
Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe
Dr. Jan WILZ, Mannheim

kammer Baden-Württemberg, Dr. Jan Wilz, zum Referentenentwurf der GOZ 2011.

Bereits zum zweiten Mal veranstalteten die Akademie für zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe und die Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe die Herbstkonferenz. Die Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe etabliert diese gemeinsame Veranstaltung als regionales Treffen der nordbadischen Zahnärzteschaft im Herbst eines jeden Jahres, dort wo es am schönsten ist – in Baden-Baden.

Neben einem Treffen der Berufsjubilarer und einer Einladung der Jungzahnärzte fand 2011 die Septembersitzung des BZK Vorstandes, die Vertreterversammlung und die Fachlehrertagung des Bezirkes neben der Tagung statt.



BZK-Vertreterversammlung am 29.09.2011 im Kongresshaus in Baden-Baden

In einer sehr konstruktiven Vertreterversammlung unter der Leitung des Versammlungsleiters Dr. Walter Schweizer erläuterte der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe seinen schriftlichen Jahresbericht. Der Vorsitzende wagte eine Analyse des Sozialsystems und griff mit seiner Diagnose das Thema des die Versammlung abrundenen Impulsvortrages „Sinnlose Wettbewerbe“ von Prof. Dr. Mathias Binswanger, Schweiz, für das Gesundheitswesen kritisch auf. Dr. Bert Bauder, Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Bezirkszahnärzte-

kammer gab Rechenschaft über die Bilanz 2010, die finanziell relevanten Themen des Jahres 2011 und kündigte in Ausblick auf das Haushaltsjahr 2012 eine Beitragsermäßigung des Kammerbeitrages im BZK-Anteil von 20 Prozent an.

Zusätzlich tagten der Haushalts- und Praxisführungsausschuss der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg.

Die Herbsttagung wurde durch ein attraktives Rahmenprogramm für das ganze Praxisteam abgerundet. Am Freitagabend feierte man ein zünftiges Oktoberfest. Die Resonanz war sehr groß, die Veranstaltung ein Beleg für die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Bezirkszahnärztekammer und Akademie.

Verwaltung

Im Zahnärztehaus Mannheim wurde in harmonischer Zusammenarbeit mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirksdirektion Karlsruhe zum Wohle der Kollegenschaft Dienstleistung geleistet. Die traditionelle Berufskunde Vorlesung beider Körperschaften gemeinsam mit der Deutschen Apotheker- und Ärztekammer, Filiale Mannheim, lockte erneut knapp 60 Examenkandidaten/-innen ins Zahnärztehaus.



Berufskundevorlesung am 14.05.2011 im Zahnärztehaus Mannheim

Bei „Start und Fit“ stellte sich neben der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, auch die Bezirkszahnärztekammer den neu zuzulassenden Vertragszahnärzten/-innen vor.

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Karlsruhe

David RICHTER • Andreas BIERETH • Jutta HECKMANN • Ulrike KLEPS • Rosita KOELLNBERGER • Helga KOERBER-KELLEY • Christiane SCHÄFER • Sabine SCHMITT • Silvia STEIN • Petra WEILACHER • Krystyna WRZOS

Die Verwaltungen der Landeszahnärztekammer und der Bezirkszahnärztekammern tauschten ihre Erfahrungen im Rahmen der kontinuierlichen Verbesserungsprozesse des internen Qualitätsmanagements in QM-Projektgruppen aus und optimierten so Verwaltungsabläufe. Die bezirksübergreifende Evaluation zum Abgleich eingeführter Prozesse ist geplant. Durchgeführte Mitarbeitergespräche Ende 2010 ergaben hervorragende Ergebnisse, die Mitarbeiterzufriedenheit und Mitarbeiterbindung ist ausgesprochen hoch.

Im Juli 2011 organisierte die Bezirkszahnärztekammer Karlsruhe den inzwischen traditionellen gemeinsamen Betriebsausflug der Kammermitarbeiter, an der neben den „Mannheimern“ die Belegschaft der Landeszahnärztekammer und der Bezirkszahnärztekammern Freiburg und Stuttgart teilnahmen.



Weinprobe in Bad Dürkheim-Ungstein anlässlich des gemeinsamen Betriebsausfluges am 01.07.2011

Im August unterstützte die Verwaltung die unter notarieller Aufsicht erfolgte Auszählung der Aktion Z - Hilfe für die Dritte Welt - der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg, für die der Stv. Präsident der Landeszahnärztekammer in seiner Eigenschaft als Beauftragter der Aktion Z, Dr. Bernhard Jäger, verantwortlich zeichnet.

Fortbildung

Das gemeinsame regionale Fortbildungskalendarium dokumentiert eindrücklich den

Umfang und die Bandbreite des Fortbildungsangebotes im Zahnärztehaus Mannheim.

Der Bereich Praxisführung bildet den eindeutigen Schwerpunkt der Fortbildung im Berichtszeitraum. Die Abrechnungskurse wurden in Erwartung der neuen GOZ verschoben.

Zum 6. Tag des Qualitätsmanagements kamen namhafte Referenten, Vertreter der Standespolitik und die niedergelassene Kollegenschaft zum fachlichen Diskurs und Austausch rund um das Thema Qualitätsmanagement und Qualitätssicherung.



6. Tag des Qualitätsmanagements am 02.04.2011

Fazit und Ausblick

Der Vorstand der BZK berichtet bereits im dritten Jahr über seine Tätigkeit in dieser Zusammensetzung. Die gemeinsame Arbeit gestaltet sich harmonisch, zielorientiert und fruchtbar. Diesen Weg wollen wir gemeinsam fortsetzen. Die Aufgaben der Zukunft rund um die Unterstützung des Berufsstandes in einem komplexen System wie unserem Gesundheitswesen erfordert auch weiterhin Wachsamkeit, rechtzeitige Analysen und das Suchen nach gemeinsamen Lösungen zum Wohle der Zahnärzteschaft und der Patienten.

Bezirkszahnärztekammer Stuttgart

Unter dem Leitbild der Kammer „Die Kammer – Ihr Partner“ präsentierte sich die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart auch im vergangenen Jahr unter dem Motto „Von Kollegen für Kollegen“ als Dienstleister für die Zahnärzteschaft in Nord-Württemberg.

Schwerpunkte der Kammerarbeit

Schwerpunkt der Arbeit der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart war insbesondere, wie auch in den vergangenen Jahren, den Kammermitgliedern Hilfestellung und Unterstützung bei der Führung ihrer Zahnarztpraxen zu geben. Über folgende Themen soll an dieser Stelle berichtet werden:

- Vorstandsarbeit
- Geschäftsstelle
- Kreisvereinigungen
- Fortbildung von Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie der zahnmedizinischen Mitarbeiter/innen
- GOZ 2012

Vorstandsarbeit

Im Jahr 2011 fanden bis heute fünf Vorstandssitzungen und eine Klausurtagung statt; eine Vorstandssitzung im Dezember 2011 steht noch aus.

In diesen Sitzungen ist der Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart seinen satzungsgemäßen Aufgaben nachgekommen und hat nach intensiven Diskussionen die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Im Laufe eines Geschäftsjahres fallen bis zu einhundert Entscheidungen in Angelegenheiten einzelner Zahnärzte an, die u. a. Fragen berufsrechtlicher Art, Befreiungen vom zahnärztlichen Notfalldienst, die Berufsausbildung zur Zahnmedizinischen Fachangestellten betreffen.

Im Rahmen der Vorstandssitzungen der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart erfolgt darüber hinaus ein regelmäßiger Informations- und Meinungsaustausch mit den Bezirksvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Bezirksdirektion Stuttgart sowie den Landesvorsitzenden des Berufsverbands der Deutschen Kieferorthopäden (BDK) und des Berufsverbands der Deutschen Oralchirurgen (BDO).



Der Vorstand der BZK Stuttgart

Geschäftsstelle

Die Leitung der Geschäftsstelle obliegt dem vom Vorstand bestellten Geschäftsführer. Sie erfolgt in kontinuierlicher, enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart.

Hierzu dienen fest vereinbarte Dienstbesprechungen zwischen Vorsitzendem und Geschäftsführer sowie seiner Assistentin in der Geschäftsstelle, so genannten „Jour fixes“, in denen zeitnah anfallende Geschäftsvorgänge besprochen, entschieden bzw. zur Entscheidung durch den Vorstand vorbereitet werden.

Im Jahr 2011 fanden bis heute achtzehn „Jour fixes“ statt, ein „Jour fixe“ im Dezember steht noch aus.

Die Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen der Verwaltung erfolgt in ausgesprochen kompetenter und harmonischer Weise. Sie ist Grundlage für

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER STUTTGART

Dr. Konrad BÜHLER, Eislingen, Vorsitzender
Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen, stv. Vorsitzende
Dr. Gerhard CUBE, Stuttgart
Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn
Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach

ein gemeinsames, erfolgreiches Wirken für unsere Mitglieder nach dem Leitbild „Die Kammer – Ihr Partner“.



Jour Fixe mit Dr. Konrad Bühler, Wolfgang Löhl und Dagmar Strinz

Kreisvereinigungen

Kreisvereinigungen haben die Aufgabe, die Verbindung zwischen der Kammer und ihren Mitgliedern zu fördern und die Kammer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

Sie unterliegen der Aufsicht und den Weisungen des Vorstandes der Bezirkszahnärztekammer.

Beirat

Dem Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart ist es ein Anliegen, mit der Kollegenschaft im ständigen, engen Kontakt zu stehen.

Eine Maßnahme, um den Kontakt mit der Basis zu pflegen, ist die Einbindung der zwölf Kreisvereinigungs vorsitzenden in die Kammerarbeit. Hierzu hat der Vorstand die Kreisvereinigungs vorsitzenden zu einem „Beirat“ zusammengefasst.

In zwei Beiratssitzungen im Jahr 2011 am 11.05.2011 und am 19.10.2011 erfolgte ein intensiver Meinungsaustausch zwischen

Vorstand, Kreisvereinigungs vorsitzenden und Verwaltung und ein Informationsfluss in alle Richtungen.

Kreisvereinigungsversammlungen

Kreisvereinigungsversammlungen, an denen alle Mitglieder der Kreisvereinigung teilnahmeberechtigt sind, dienen dazu, die Kammermitglieder über berufspolitische Fragen zu informieren, zu aktuellen Vorgängen Meinungen zu bilden und Anregungen aus der Zahnärzteschaft heraus aufzunehmen und an den Vorstand weiterzuleiten.

Kreisvereinigungsversammlungen werden vom Kreisvereinigungs vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Bezirkszahnärztekammer einberufen und geleitet. Die Einladung erfolgt über die Geschäftsstelle der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart.

Allein in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.10.2010 fanden im Bezirk Stuttgart fünfzig Kreisvereinigungsversammlungen statt. Weitere Versammlungen stehen noch an.

Dies zeugt von einem aktiven standespolitischen Leben in unserem Bezirk.

Fortbildung

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben der BZK Stuttgart gehört es, die berufliche Fortbildung der Kammermitglieder zu fördern.

Unter einem Dach zeigt sich heute schon im siebten Jahr das erfolgreiche Konzept des Stuttgarter Fortbildungsjahres. Ein Strauß aus verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen auf Kreis- und Bezirksebene, dezentral und zentral zieht sich thematisch mit einem roten Faden und sich ergänzend durchs Jahr.

Dieses Konzept dient auch der Erfüllung der Fortbildungspflicht und damit dem Erwerb von Fortbildungspunkten bei guter Qualität

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Stuttgart

Wolfgang LÖHL • Beate AHNS • Claudia FAIGLE • Margit HARTMANN • Helene KOWOLLIK • Heidrun KUHNLE • Frauke LOOK • Rosa-Maria MORENO • Simone MÜHLECK • Elvia RAICH • Dagmar STRINZ • Mechthild WISSMANN • Monika ZOSEL

der gebotenen Veranstaltungen innerhalb unseres Bezirkes zu akzeptablen Preisen.

Im Einzelnen bestanden im Jahr 2011 folgende Fortbildungsangebote:

- Stuttgarter Zahnärztetag 2011
- KH-Symposium/Herbsttagung der BZK Stuttgart
- Fortbildungen in den Kreisvereinigungen GOZ-Intensivseminare für den Zahnarzt und sein Team
- Kurse zur Aktualisierung der Fachkunde bzw. der Kenntnisse im Strahlenschutz
- Informations-Großveranstaltungen zur neuen GOZ



Dr. Konrad Bühler begrüßt die Fortbildungsteilnehmer beim Stuttgarter Zahnärztetag

Wie in den vergangenen Jahren war der 7. Stuttgarter Zahnärztetag am 27. und 28. Mai 2011 mit eigener DentaAusstellung im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Stuttgart, das Highlight des Stuttgarter Fortbildungsjahres 2011.

Er widmete sich unter dem Tagungsthema „Zahnärztliche Chirurgie! – Bewährtes und Neues im Praxisalltag“ neben einzelnen zahnärztlich-chirurgischen Techniken (Weisheitszahnentfernung, Re- und Transplantation, Endo- und Parodontalchirurgie) auch

übergeordneten Themen wie z. B. verschiedenen Methoden der Schmerzausschaltung oder auch der perioperativen Medikation.

In der Fortbildung für Zahnmedizinische Mitarbeiter/innen erstreckte sich die Fortbildung auf Themen der Organisation, der Kommunikation und dem Verhalten bei Notfällen.

Zum zweiten Mal stand der Samstagvormittag alleine Mitarbeiter/innen im Praxismanagement zur Verfügung. Passend zum Tagungsthema wurde in drei Blöcken die Abrechnung der chirurgischen Behandlung in BEMA, GOZ und GOÄ vermittelt.

Die inzwischen selbst legendäre Abendveranstaltung „Nacht der Legenden“ machte ihrem Namen wieder einmal alle Ehre. Bei Unterhaltungs- und Tanzmusik vom Feinsten mit der Ingrid Schwarz Band und den MEMORIES war Entspannung vom Fortbildungstag angesagt. Bei „Chako“ Habekost einem „Guerillero der Spaßgesellschaft“ blieb kein Auge trocken.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements des 7. Stuttgarter Zahnärztetages 2011 wurde wieder ein Beurteilungsbogen ausgeteilt, ausgefüllt und ausgewertet, um dem Vorstand der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart Erkenntnisse darüber zu ermöglichen, ob Programm und Organisation bei den Teilnehmern ankommen, was ihnen bei dieser Veranstaltung gefallen bzw. nicht gefallen hat und welche Vorschläge für künftige Stuttgarter Zahnärztetage bestehen. Abgefragt wurde Inhalt/Thema, Aktualität, wissenschaftliches Niveau, fachliche Kompetenz der Referenten, Verständlichkeit und Angemessenheit der Vermittlung, Praxisnähe und Praxisverwert-



barkeit, aber auch Ablauf, Pausenregelung, Verpflegung und Räumlichkeiten. Das Ergebnis ist sehr erfreulich. Negative Bewertungen lagen wie bereits im Jahr 2010 im 1 Prozent-Bereich. Rückmeldungen, wie

- perfekte Auswahl der Themen und Referenten
- breitgefächerte praxisnahe Themen mit wissenschaftlichem Hintergrund
- klare und kurzweilige, fachlich hervorragende Vorträge, aktuell, abwechslungsreich und in der Praxis verwertbar
- hervorragende Organisation, sehr gute Betreuung
- großartige Abendveranstaltung, exzellente „Nacht der Legenden“

bestätigen die Konzeption dieser Fortbildungsveranstaltung.



Erfolgskonzeption Stuttgarter Fortbildungsjahr

GOZ 2012

Das Bundeskabinett hat am 21.09.2011 die erste Verordnung zur Änderung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ-Novelle) beschlossen. Diese bedarf der Zustimmung des Bundesrates und soll am 01.01.2012 in Kraft treten.

In der Woche vom 24. bis 28. Oktober 2011 sollen nach Planung zum Zeitpunkt der Be-

richterstattung die Ressortabstimmungen in den Ländern stattfinden. Die abschließende Diskussion und Abstimmung im Plenum des Bundesrates ist für den 4. November 2011 geplant.

Dessen ungeachtet und unabhängig von den weiteren Bemühungen der zahnärztlichen Standesvertretungen, noch Verbesserungen – insbesondere im Honorarbereich – zu erreichen, war es Ziel der Bezirkszahnärztekammer Stuttgart, der Kollegenschaft zeitnah und aktuell einen ersten Überblick über die Inhalte und Auswirkungen der vom Bundeskabinett beschlossenen Änderungen geben.

Die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart hat daher in Abstimmung mit dem GOZ-Ausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg die Kollegenschaft bereits im Oktober und November 2011 in fünf Großveranstaltungen (Esslingen, Heilbronn, Schwäbisch Gmünd und Stuttgart) über den Inhalt der GOZ-Änderungen informiert.

Fazit

„Die Kammer – Ihr Partner“ ist für die Bezirkszahnärztekammer Stuttgart Vision und Leitbild. Für alle Kolleginnen und Kollegen soll die Kammer ihre berufliche Heimat sein.

Mit Kompetenz, Effizienz, Vertrauenswürdigkeit und Zuverlässigkeit will und wird man seinen Partnern zur Seite stehen.

Bezirkszahnärztekammer Tübingen

Der Bericht erstreckt sich über den Zeitraum von Oktober 2010 bis Oktober 2011.

Im Berichtszeitraum fanden in den Monaten Dezember, März, Juni und September vier Vorstandssitzungen statt. Dazu eine Vertreterversammlung, die traditionell immer in Lindau anlässlich der Bodenseetagung im September stattfindet.



Neben der Bodenseetagung fand auch die Vertreterversammlung der BZK Tübingen in Lindau statt

Auch die gemeinsame Sitzung des Umlageausschusses mit dem Vorstand und ein Treffen der Kreisvorsitzenden wurde am Vortag der Bodenseetagung abgehalten.

Anlässlich der Vorstandssitzung im Juni wurden auch wieder die Kolleginnen und Kollegen geehrt, die auf fünfzig Jahre zahnärztliche Approbation zurückblicken konnten.

Zum zweiten Mal wurde im März 2011 eine außerordentliche Vertreterversammlung abgehalten, in der die Delegierten die Themen „Weitere Fachzahnärzte“ diskutierten.

Bei den Fortbildungsveranstaltungen dominierte natürlich im Jahr 2011 wie immer sehr gut besuchte 46. Bodenseetagung. Neben einem hervorragenden wissenschaftlichen

Programm zum Thema „Der Zahnarzt als Mediziner“, kam auch die Pflege des Gemeinns nicht zu kurz. Ein Ehrengastessen und ein Gesellschaftsabend gehören traditionell dazu.

Wie seit Jahren fand parallel zur Fortbildung für Zahnärzte die Tagung für zahnärztliche Mitarbeiterinnen in Lindau statt. Auch hier ist der steigende Zuspruch ungebrochen.

Im Juli fand der „Tübinger Praxistag“ statt, eine Fortbildungsveranstaltung, die vor Jahren von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Tübingen ins Leben gerufen wurde und seitdem von Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bezirksdirektion Tübingen und Bezirkszahnärztekammer Tübingen gemeinsam abgehalten wird. Diese eintägige Veranstaltung zu verschiedenen Themen aus dem Praxisalltag – dieses Jahr war es das Thema „Verträge in der Zahnarztpraxis / Praxisabgabe“ war wie immer sehr gut besucht.



Bei einer außerordentlichen Vertreterversammlung diskutierten die Delegierten der BZK Tübingen über weitere Fachzahnärzte

Eine weitere, inzwischen auch schon traditionell gemeinsam von Bezirkszahnärztekammer Tübingen und Kassenzahnärztlicher Vereinigung Bezirksdirektion Tübingen im Herbst abgehaltene Veranstaltung ist die

VORSTAND DER BEZIRKSZAHNÄRZTEKAMMER TÜBINGEN

Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach, Vorsitzender
Dr. Dr. Heiner SCHNEIDER, Metzingen, stv. Vorsitzender
Dr. Manfred JOOß, Ravensburg
Dr. Elmar LUDWIG, Ulm
Dr. Bernd STOLL, Albstadt

„Standespolitische Nachwuchstagung“. Zu dieser Veranstaltung werden, wie der Name schon sagt, Kolleginnen und Kollegen eingeladen, die sich in den ersten Jahren ihrer Praxistätigkeit befinden. Sie sollen bei dieser zweitägigen Veranstaltung an standespolitische Themen herangeführt werden. Neben den einführenden Vorträgen des BZK-Vorsitzenden und der stv. Vorsitzenden des Bezirksbeirates der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bezirksdirektion Tübingen stand das Thema „Praxisformen“ im Mittelpunkt. Dieses Thema wurde von Prof. W. Merk, Ulm, abgehandelt.

Personal in der Geschäftsstelle der BZK Tübingen

**Hildegard VÖHRINGER • BIANKA BÖRNER • Regina FRONEK • Jochen HESPELER • CAROLA KRAFT
• Karin MILDNER • Susanne RIEDINGER • SIMONA SCHAAL**

Das Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg (IZZ), das von der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg getragen wird, ist für die externe Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die gemeinsame externe Öffentlichkeitsarbeit spiegelt sich in der erfolgreichen Planung und Durchführung von Events in allen Regierungsbezirken wie z. B. der Präsentation des Forum Zahngesundheit auf Verbrauchermessen und Parteitagen wider. Das IZZ-presseforum, das bundes- wie landesweit unter den Medienvertretern einen hervorragenden Ruf genießt, ist ein weiteres Beispiel einer effizienten gemeinsam von Landes Zahnärztekammer und Kassenzahnärztlicher Vereinigung getragenen Öffentlichkeitsarbeit. Diese Plattformen bieten der Öffentlichkeit und den opinion leaders die Möglichkeit, Theorie und Praxis der Zahnheilkunde von kompetenter Seite zu erfahren und im Dialog mit den berufspolitischen Repräsentanten der Landes Zahnärztekammer und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung berufspolitische Positionen zu diskutieren und zu verstehen.

Das IZZ verfolgt ein integratives Kommunikationskonzept, das heißt, alle Maßnahmen sind dem Ziel verpflichtet, sowohl durch Online-Information, Werbung, transparente Information und Kommunikation via Pressekonferenz und Pressedialog die Aufmerksamkeit der Zielgruppen zu erreichen. Aber auch auf den Feldern des Azubi-Marketings ist das IZZ aktiv. In über 30 Azubi-Veranstaltungen wird für das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten geworben sowie die vorbildliche Aufstiegsfortbildung in Baden-Württemberg - von der Zahnmedizinischen Fachangestellten bis zur Dentalhygienikern - vorgestellt.

Somit ist die Werbung für den Beruf der Zahnmedizinischen Fachangestellten auch als Visitenkarte für die Zahnärzte als bedeu-

tenden Arbeitgeber in Baden-Württemberg zu sehen. Flankierend wird zurzeit vom IZZ eine neue Broschüre für das Berufsbild der Zahnmedizinischen Fachangestellten mit ansprechenden Grafiken über die Möglichkeiten der Aufstiegsfortbildung in Baden-Württemberg erstellt.

Spektrum der Zahnheilkunde

Baden-Württembergs Fortbildungslandschaft ist einzigartig. Gerade die seit vielen Jahrzehnten etablierten großen Fortbildungsveranstaltungen in Karlsruhe, Titisee, Lindau und Stuttgart sind ideale Botschafter, um alljährlich in eigens dafür einberufenen Pressekonferenzen, zusammen mit den Vorsitzenden der Bezirks Zahnärztekammern und den Fortbildungsleitern die Themen der Fortbildung „Beste Versorgung für Jung und Alt – Kinder und Senioren als Patienten in der zahnärztlichen Praxis“ (26. Karlsruhe Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe), „Zahnerhaltung im Grenzbereich – moderne endodontologische Verfahren“ (36. Schwarzwaldtagung der BZK Freiburg), „Zahnärztliche Chirurgie – Bewährtes und Neues im Praxisalltag“ (7. Stuttgarter Zahnärztetag der BZK Stuttgart), „Oralmedizin – Der Zahnarzt als Mediziner“ (46. Bodenseetagung der BZK Tübingen) darzustellen.

Medienpräsenz

Gastspiele zur besten Sendezeit hatten am 23. Februar 2011 der Leiter des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart (ZFZ), Professor Dr. Johannes Einwag, der für das IZZ in der Sendung „Kaffee oder Tee?“ (SWR 3) als Experte mitwirkte.

Dr. Wolfgang Thumulka stand zeitgleich in der SWR-Schwestersendung „ARD-Buffer“ zum Thema Zahngesundheit Rede und Antwort.

VERWALTUNGSRAT

**Dr. Ute MAIER, stv. Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates 2011,
Vorsitzende des Vorstands der KZV BW**
**Dr. Udo LENKE, Vorsitzender des IZZ-Verwaltungsrates 2011
Präsident der Landes Zahnärztekammer BW**

Die Aktion Z – Altgold für die Dritte Welt kann am 1. Dezember 2011 ein Rekordergebnis vorweisen. Der Spendenerlös wird öffentlichkeitswirksam im Rahmen einer Pressekonferenz durch den Beauftragten der Landeszahnärztekammer Baden-Württemberg für die Aktion Z, Dr. Bernhard Jäger, im Beisein der Vertreter der Hilfsorganisationen,

- Don Bosco JUGEND DRITTE WELT e. V., Bonn,
- Hilfe zur Selbsthilfe, Dossenheim,
- Komitee Ärzte für die Dritte Welt e. V., Frankfurt, überreicht.

Telefonaktionen

Telefonaktionen, die das IZZ mit den Redaktionen der Printmedien in Baden-Württemberg vereinbart, dienen dazu, der Bevölkerung den Zahnarzt als Sachwalter der zahnmedizinischen Kompetenz darzustellen.



Dr. Christoph Bühler, Dr. Sabine Klinger und Dr. Franz Schuh bei der Telefonaktion des Badischen Tagblatt, Baden-Baden (v.l.n.r.)

Das IZZ hat in Zusammenarbeit mit zehn Redaktionen Telefonaktionen durchgeführt.

- Badisches Tagblatt, Baden-Baden (26.1.),
- Esslinger Zeitung, Esslingen (23.2.),
- Mannheimer Morgen, Mannheim (16.3.),
- Südkurier, Konstanz (6.4.),
- Südwest Presse, Ulm (20.4.),

- Heilbronner Stimme, Heilbronn (14.9.),
- Offenburger Tagblatt, Offenburg (21.9.),
- Schwäbische Zeitung, Leutkirch (22.9.),
- Südkurier, Konstanz (28.9.),
- Schwarzwälder Bote, Oberndorf (19.10.),

Insgesamt wurden durch die Telefonaktionen über zwei Millionen Leserinnen und Leser erreicht. Die Berichterstattung über die Fragen und Antworten der zahnärztlichen Experten umfasste auch Informationen über die seit über 15 Jahren erfolgreich durchgeführte Servicenummer 0800 / 47 47 800. Abgerundet wird die Information über zahnmedizinische Themen durch den sogenannten Matertext, den das IZZ den Medien in Baden-Württemberg monatlich unter dem Signum, „das IZZ bzw. die Zahnärzteschaft informiert“ anbietet.

Themen wie z. B. „Erfolgreiches Modell der zahnärztlichen Patientenberatung in BW – gebührenfreie Beratungs-Hotline der Zahnärzteschaft“, „Auch im Alter regelmäßig zum Zahnarzt – Barrierefreie Praxen machen es möglich“, „Frühjahrsputz auch für die Zähne“, „Empfindliche Zähne? – Der Zahnarzt kann helfen!“, „Vor dem Sommerurlaub zum Zahnarzt“, „Beim Füllen der Schultüten Vorbild sein – Karies ist für alle vermeidbar!“ stellt das IZZ den Redaktionen zum kostenfreien Abdruck online zur Verfügung.

Baden-Württembergs Zeitungs- und Medienlandschaft weiß den Service des IZZ zu schätzen, was sich zuletzt in den monatlich erstellten Resonanzanalysen durch den Ausschnittsdienst Infopaq Deutschland GmbH dargestellt. Insgesamt haben 993 Beiträge aus Printmedien eine Auflage von 17.168.505 erreicht (bis September 2011).

17. IZZ-presseforum in Heidelberg

Das 17. IZZ-presseforum am 1. Juli zeigte beispielhaft auf, wie wichtig eine interdisziplinäre Zusammenarbeit bei der Behandlung

GESCHÄFTSFÜHRENDER AUSSCHUSS DES IZZ

Dr. Bernhard JÄGER, stv. Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2011, Stv. Präsident LZK BW

Dr. Hans Hugo WILMS, Vorsitzender Geschäftsführender Ausschuss des IZZ 2011, Referent für Öffentlichkeitsarbeit der KZV BW

mit Bisphosphonaten ist. Rund 30 Vertreter aller Mediengattungen waren der Einladung des Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ) gefolgt und hatten sich in der Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie über die Wirkungen und Nebenwirkungen von Bisphosphonat-Therapien informiert. Im Fokus stand der zahnärztliche Umgang mit Patienten, die sich einer solchen Therapie unterziehen bzw. unterzogen haben. Kooperationspartner war Professor Dr. Dr. Jürgen Hoffmann, Ärztlicher Direktor der Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie Heidelberg. Im politischen Teil am Nachmittag informierten Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier gemeinsam über aktuelle Themen aus der Berufs- und Standespolitik und über die gesundheitspolitischen Positionen der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg. Moderiert wurde das Round-Table-Gespräch von Johannes Clausen.



Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier informierten gemeinsam über aktuelle Themen aus der Berufs- und Standespolitik und über die gesundheitspolitischen Positionen der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg

Das nächste IZZ-presseforum in 2012 ist in Zusammenarbeit mit der Universitätszahnklinik Straßburg (Faculté de chirurgie dentaire) geplant. Der politische Teil soll im Europäischen Parlament stattfinden. Damit soll gewährleistet werden, dass das IZZ sowohl

Medizinjournalisten als auch politische Redakteure der Print-, Funk- und TV-Medien für die Teilnahme am IZZ-presseforum gewinnen kann.



Im Hörsaal verteilt hatten sich über 30 Vertreter aller Mediengattungen und viele Standespolitiker beim 17. IZZ-presseforum an der Klinik und Poliklinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie bei Herrn Professor Dr. Dr. Jürgen Hoffmann

Forum Zahngesundheit

Für die Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit hat das IZZ Terminkoordinierung, Planung, Konzeption, Logistik und die Durchführung der übernommen.

Das Forum Zahngesundheit ist ein Sympathieträger der Zahnärzteschaft in Baden-Württemberg, was die zahlreichen Presseveröffentlichungen zeigen. Sie dokumentieren, dass Themen und Konzept bei den Medien ankommen. Im Berichtszeitraum wurden neun Forum-Zahngesundheit-Veranstaltungen präsentiert:

- Gesund und Aktiv 2011 in Zusammenarbeit mit der Ludwigsburger Kreiszeitung (12./13. Februar)
- IBO, Friedrichshafen (23. bis 27. März),
- Maimarkt, Mannheim (30. April bis 10. Mai),
- Südwest Messe, Villingen-Schwenningen (18. bis 26. Juni),

IZZ-LEITUNG

Johannes CLAUSEN, Leiter
Ulrike FUCHS, Büroleiterin
Gabriele BILLISCHEK, Forum Zahngesundheit

- Baden Messe, Freiburg (10. bis 18. September),
- Offerta, Karlsruhe (29. Oktober bis 6. November),
- Allmendinger Gesundheitstage, Allmendingen, in Zusammenarbeit mit der Südwest Presse, Ulm (22./23. Oktober),
- Familie und Heim, Stuttgart (12. bis 20. November).

Die Zahnarztpraxis „Doktor Paula Zahn“ kam bei der Sonderveranstaltung KinderSpiel-Stadt Stutengarten in Stuttgart wieder zum öffentlichkeitswirksamen Einsatz (15. August bis 3. September).

Public affairs

Der IZZ-Verwaltungsrat (Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier), der Geschäftsführende Ausschuss (Dr. Bernhard Jäger und Dr. Hans Hugo Wilms), der Vorsitzende der BZK Stuttgart, Dr. Konrad Bühler, und der Vorsitzende der Bezirksgruppe Stuttgart der KZV BW, Dr. Eberhard Montigel, waren auf den Landesparteitagen im Forum Zahngesundheit als Dialogpartner präsent.



Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL trug sich nach dem politischen Dialog beim Landesparteitag von B'90/Die Grünen in Stuttgart am 7. Mai in das Gästebuch des IZZ ein

Zur Förderung des politischen Dialogs bot das IZZ bei sechs Landesparteitagen (Bünd-

nis 90/Die Grünen (7.5. und 8./9.10.), SPD (22.1. und 7.5. sowie 14./15.10) und FDP (4./5.1.) mit dem Forum Zahngesundheit, eine Initiative der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg, einen Kommunikations- und Meetingpoint für Politiker sowie Gäste aus Medien und Verbänden an.



Dr. Udo Lenke, Dr. Ute Maier (IZZ-Verwaltungsrat) mit Dr. Nils Schmid, Minister für Finanzen und Wirtschaft und Landesvorsitzender der SPD, auf dem SPD-Landesparteitag in Stuttgart am 22. Januar

Unterstützung erfahren die berufspolitischen Spitzenvertreter durch das Team des Informationszentrum Zahngesundheit (IZZ), das insbesondere dabei Kontakte zu den Korrespondenten und Redakteuren der Medien in Baden-Württemberg pflegt.



Bärbl Mielich MdL, Gesundheitspolitische Sprecherin von B'90/Die Grünen und Dr. Udo Lenke sowie Dr. Ute Maier tauschen berufs- und gesundheitspolitische Standpunkte aus

Darüber hinaus hat sich der IZZ-Verwaltungsrat, Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier, unmittelbar vor der Landtagswahl am 27. März mit der Gesundheitspolitischen Sprecherin von B'90/Die Grünen, Bärbl Mielich MdL, im Landtag von BW zum Hintergrundgespräch getroffen. Der politische Dialog mit gesundheitspolitischen Sprechern wurde mit Florian Wahl MdL (SPD), und Wilfried Klenk MdL (CDU) sowie Jochen Haußmann MdL (FDP) fortgeführt.

Der seit vielen Jahren erfolgreich geführte deutsch-französische Dialog fand am 22. September 2011 bei einer Arbeitssitzung in Paris unter der Leitung des französischen Kammerpräsidenten, Dr. Christian Couzinou, eine Fortsetzung. Unter der Ägide des Vorsitzenden des IZZ-Verwaltungsrats, Dr. Udo Lenke, referierte die IZZ-Delegation zu den Themen Patientenrechte/franco-allemande réunion de travail (Dr. Udo Lenke) und Gebührenordnungen für zahnärztliche Versorgung in Deutschland/Tarif d'honoraires conventionnels relatifs aux soins dentaires (GOZ) en Allemagne (Dr. Peter Riedel und Dr. Hans Hugo Wilms). Am Rande einer standespolitischen Abendveranstaltung kam es zu einem Gedankenaustausch mit Nora Berra, der Staatssekretärin für Gesundheit beim Minister für Arbeit, Beschäftigung und Gesundheit in Frankreich. Dabei betonte die Staatssekretärin im Gespräch mit Dr. Udo Lenke, die Bedeutung des regelmäßigen Erfahrungsaustausches mit Spitzenvertretern der deutschen Zahnärzteschaft und lobte den guten Dialog zwischen Baden-Württemberg, dem Elsass und der französischen Kammer.

Mitte Juli folgten über 280 Gäste aus Politik und Wirtschaft, Standespolitik, Gesundheitswesen sowie Verbänden der Einladung der Ärzte, Zahnärzte und Psychotherapeuten zum dritten gemeinsamen Sommerfest unter dem Motto „Miteinander im Dialog – mit Freude dabei“.

Tag der Zahngesundheit

Unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund – gewusst wie!“ stand die diesjährige landeszentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Zahngesundheit in Bad Mergentheim am 21. September. Wiederum wurde eine erfolgreiche Pressekonferenz mit den Vertretern der Veranstaltergemeinschaft - unter dem Vorsitz des Vorstandsvorsitzenden der LAGZ BW - Dr. Udo Lenke, durchgeführt. Moderiert wurde die Pressekonferenz von Johannes Clausen, Leiter des IZZ



Medienvertreter der Print-, Funk- und TV-Medien, darunter auch ein Vertreter von dpa – sorgten wieder für eine breite Berichterstattung

Das IZZ vertrat Dr. Ute Maier und der diesjährige Kooperationspartner beim Tag der Zahngesundheit, die Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit im Main-Tauber-Kreis, wurde durch die Zahnärztin Beate Huchel, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit, repräsentiert. Weitere Teilnehmer am Pressegespräch waren Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Vorstandsmitglied der LAGZ sowie Prophylaxe-Referentin der LZK, Dr. Joachim Kohler, Ministerialdirigent, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren des Landes BW, Eberhard Brenner, Leiter des Referates Zahnärztliche Versorgung bei der AOK BW und Frank Winkler, stv. Leiter, Referatsleiter Pres-

se/Öffentlichkeitsarbeit VdAK/AEV Landesvertretung BW.

Auch dieses Jahr konnte sich die Veranstaltergemeinschaft wieder über die außerordentlich günstige Entwicklung der Zahngesundheit der Kinder und Jugendlichen freuen, was nicht zuletzt die Medien in hervorragender Weise kommentierten.



Martina Meisenberg präsentierte in eloquenter und sympathischer Weise ihre Fragen, die zur Freude der zahlreichen Gäste auf dem Marktplatz schlagfertig und überzeugend beantwortet wurden



Dr. Udo Lenke stand dem Frankenradio sowie der SWR-Landesschau Rede und Antwort

Dr. Ute Maier, stv. Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates, wies auf die Bedeutung einer Weiterentwicklung der präventionsorientierten Zahnheilkunde für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige in Seni-

orenheimen hin. Sie machte dies zum wichtigen Ziel und stellte damit gleichzeitig die Forderung an die Politik, die betreffende Zielgruppe im Rahmen einer richtigen präventionsorientierten Versorgung im SGB V mit zu berücksichtigen. Die deutsche Presseagentur (dpa) griff dieses Thema auf und sorgte für eine breite Berichterstattung in den Medien Baden-Württembergs.

Verwaltungsrat/Geschäftsführung

Der IZZ-Verwaltungsrat tagte sowohl im Frühjahr als auch im Sommer dieses Jahres mit einer umfangreichen Tagesordnung. Darüber hinaus werden die Ziele, Projekte des IZZ – einschließlich der Veranstaltungen des Forums Zahngesundheit in den Regierungsbezirken Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen - beschlossen.

Der Leiter des IZZ nimmt mit beratender Stimme an den IZZ-Verwaltungsratssitzungen teil. Zu seinen Aufgaben gehört die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen sowie die Umsetzung der Beschlüsse. Darüber hinaus obliegt es der IZZ-Verwaltung, die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses. Auch hier ist der Leiter des IZZ mit beratender Stimme eingebunden.



Verwaltungsratssitzung. Christoph Besters, Dr. Hans Hugo Wilms, Dr. Bernhard Jäger, Dr. Ute Maier, Dr. Udo Lenke, Axel Maag, Thorsten Beck, Dr. Michael Betz, Johannes Clausen, Ulrike Fuchs (v.l.n.r.)

Zahnärzteblatt Baden-Württemberg

Das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg ist mit seinen Berichten, Reportagen, Leitartikeln, Kommentaren und Interviews die Informationsplattform für die Kollegenschaft. Es informiert seine Leserinnen und Leser über gesundheits- und berufspolitische Ereignisse und Entwicklungen auf Landes- und Bundesebene. Einen weiteren Schwerpunkt nimmt die Veröffentlichung von Fortbildungsbeiträgen namhafter Experten ein. Der Geschäftsführende Ausschuss ist das berufspolitische Bindeglied zwischen dem IZZ-Verwaltungsrat und den Herausgebern des ZBW, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg.

Redaktionssitzungen

In den monatlichen Redaktionssitzungen werden Themenplanung, Blattkritik, Terminbesetzungen und vieles mehr besprochen und abgestimmt. Einmal im Jahr wird im Rahmen des ZBW-Workshops die Jahres-Planung der Schwerpunktthemen behandelt, Autoren für Fortbildungsbeiträge besprochen, berufspolitisch relevante Ereignisse auf ihre Bedeutung für die Berichterstattung im ZBW besprochen sowie Strategien zur Optimierung der Gestaltung und Weiterentwicklung von Inhalt und Layout festgelegt.

Schwerpunktthemen 2011

Die Ausgabe 1/2011 stand ganz im Zeichen der gesundheitspolitischen Entwicklungen und der zahnärztlichen Berufspolitik. Der Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Dr. Udo Lenke zog in seinem Leitartikel Bilanz über die gesundheitspolitische Arbeit der schwarz-gelben Bundesregierung und gab einen Ausblick auf das Jahr 2011. Auch in den Berichten über die Bundesversammlung der Bundes Zahnärztekammer in Berlin, die Vertreterversammlungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und der Landes Zahnärz-

tekammer Baden-Württemberg stand die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik auf dem Prüfstand. Darüber hinaus berichtete das Zahnärzteblatt Baden-Württemberg über die Vertreterversammlungen der Bezirks Zahnärztekammern Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen. Die neu gewählten Delegierten der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg für die Legislaturperiode 2011-2016 stellte das ZBW seinen Leserinnen und Lesern mit Foto vor.



Der politische Dialog wird weitergeführt, wie die Berichte über das Forum Zahngesundheit auf dem Landesparteitag der SPD in Ulm, dem Bundesparteitag der CDU in Karlsruhe sowie dem Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Freiburg zeigen und den Dialog der Spitzenvertreter der verfassten Zahnärzteschaft mit Politikern, Journalisten und Gästen der Parteitage dokumentieren.

Nach intensiver Diskussion entschied sich die ZBW-Redaktion in der Februar-Ausgabe für das polarisierende Themenfeld „Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde“. Dr. Bernhard Jäger, stv. Präsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, bezog in seinem Leitartikel Stellung zur Einführung eines Fachzahnarztes für Allgemeine Zahnheilkunde. Auch die Statements von Prof. Dr. med. Dr. med. dent. Hans Jörg Staehle, Ärztlicher Direktor der Poliklinik für Zahnerhaltungskunde der Klinik für Mund-, Zahn- und Kieferkrankheiten des Universitätsklinikums Heidelberg, Prof. Dr. med. dent. Elmar Hellwig, Ärztlicher Direktor der Abteilung für Zahnerhaltung, Parodontologie der Klinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, sowie die Diskussions-

HERAUSGEBER ZBW

Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg mit den Bezirks Zahnärztekammern
Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

REDAKTION ZBW

Johannes CLAUSEN, verantwortlicher Chefredakteur

beiträge von Dr. med. dent. Wolfgang Grüner, Fachzahnarzt für Kieferorthopädie, Dr. med. Dr. med. dent. Heinrich Schneider, Vorstandsmitglied der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, und Dr. med. dent. Hans Hugo Wilms, Öffentlichkeitsreferent der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg und Vorsitzender der Bezirksgruppe Freiburg der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, regten eine lebhaft Diskussion in Baden-Württemberg an. Dies wurde auch an den zahlreichen Nachdruckanfragen von Zahnärzteblättern aus dem Bundesgebiet deutlich.

Die Zahnmedizinische Patientenberatung und Zweitmeinung in Baden-Württemberg, bei der die Zahnärzteschaft Baden-Württemberg bundesweit Vorreiter ist, war ein weiteres Schwerpunktthema im Fokus der Redaktion und der Autoren. Die Redaktion hinterfragte Arzt-Bewertungs-Websites, interviewte den Patientenbeauftragten der Bundesregierung, Wolfgang Zöller (CDU), zu den Anforderungen einer effizienten Patientenberatung und stellte den Service der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg mit Presseinformationen und Beratungshotline vor sowie Statistiken, die die außerordentlich hohe Nachfrage der Bürgerinnen und Bürger dokumentieren.



Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg standen im Mittelpunkt der ZBW-Ausgabe 3/2011. Willi Reiners, Politik-Redakteur der Stuttgarter Nachrichten und Gastautor des ZBW, bezog im Leitartikel „Die Regionen brauchen mehr Spielraum“ Stellung und beleuchtete die politische Lage im Lande kritisch. Die ZBW-Redaktion befragte die Spitzenvertreter von CDU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Stefan Mappus MdL, Birgit

Homburger MdB, Dr. Nils Schmid MdL und Winfried Kretschmann MdL zum regionalen Handlungsspielraum im Land. Abgerundet wurde das politische Titelthema durch Dr. Ute Maier, Vorsitzende des Vorstands der KZV BW und Dr. Udo Lenke, Präsident der LZK BW, die ihre Standpunkte zur Landtagswahl und zur Gesundheitspolitik deutlich machten.

Bundesweit in den Medien viel beachtet war die Wahl des neuen Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, die im Mittelpunkt der Berichterstattung der ZBW-Ausgabe 4/2011 stand. Der Leitartikler Dr. Hans Hugo Wilms appellierte an den Vorstand, angesichts der großen Herausforderungen wie Entbudgetierung, Vertragswettbewerb und politischen Bestrebungen zur Konvergenz von GKV und PKV geschlossen, gemeinsam und mit aller Kraft vorzugehen. Im Interview bezog der frisch gewählte stv. Vorsitzende des Vorstandes Christoph Besters Stellung.

Der GOZ-Referentenentwurf stand im Zentrum der Berichterstattung der ZBW-Ausgabe 5/2011. Philip Rösler als prominenter Leitartikler bezog Stellung und appellierte an die



Zahnärzteschaft, dass die GOZ als Rechtsverordnung der Bundesregierung der Zustimmung des Bundesrates und aller Ministerien bedarf und deshalb auch die „Interessen der Kostenträgerseite in die Entscheidung einbezogen werden müssen.“ Der

Vorstand und der

GOZ-Ausschuss der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg nahmen Stellung zum GOZ-Referentenentwurf und brachten

REDAKTION KAMMER

Andrea MADER, Dr. Bernhard JÄGER

REDAKTION KZV BW

Guido REITER, Dr. Hans Hugo WILMS

REDAKTIONSBÜRO

Informationszentrum Zahngesundheit Baden-Württemberg

Redaktionsassistent: Gabriele BILLISCHEK

Layout & Grafik: Sandra LEWIS

ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck, ebenso wie der Vizepräsident der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg Dr. Bernhard Jäger in seinem Kommentar.

Die veränderten politischen Rahmenbedingungen thematisierte die ZBW-Redaktion in der ZBW-Ausgabe 6/2011. Angesichts des Wandels war es besonders wichtig, dass die zahnärztlichen Selbstverwaltungen in Baden-Württemberg, Kassenzahnärztliche Vereinigung und Landes Zahnärztekammer, stets einen pragmatischen und bewährten baden-württembergischen Kurs eingeschlagen haben. Dies wird in den Beiträgen über die Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg ebenso dokumentiert wie im Leitartikel der Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Dr. Ute Maier, sowie den Berichten über die Präsenz der Zahnärzteschaft Baden-Württemberg auf den Landesparteitagen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dentalindustrie als Wirtschaftsfaktor war ein weiteres wichtiges Themenfeld, das in der Ausgabe 6/2011 von der ZBW-Redaktion aufbereitet wurde.



Das Titelthema der Ausgabe 7/2011 widmete sich den Aspekten sozialer und kommunikativer Kompetenz in der Zahnarztpraxis. Aus Sicht des Standespolitikers und des Zahnarztes beschreibt Dr. Bernhard Jäger, stv. Präsident der Landes Zahnärztekammer, in seinem Leitartikel die Stationen im Leben eines Zahnarztes. Regina Först, Coach und Buchautorin, erläutert welche Faktoren eine gut geführte und wirtschaftli-

che Zahnarztpraxis ausmachen. Der Bericht zum Thema Qualitätsmanagement beleuchtet ebenfalls diesen wesentlichen Aspekt. Der Stuttgarter Zahnärztetag war ein weiteres Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Das 17. IZZ-Presseforum stand im Mittelpunkt der Berichterstattung der Doppelausgabe 8-9/2011. Das Titelthema zeigte, dass das 17. IZZ-Presseforum den Journalisten von Print-, Funk- und TV-Medien ein Fortbildungsforum bot, das auch Raum für die Diskussion berufspolitischer Positionen der Körperschaften ließ. Der Themenkomplex GKV-Versorgungsgesetz und Fehlermanagement wurde im Interview mit dem Vorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Jürgen Fedderwitz dargestellt. Dr. Hans Hugo Wilms, Öffentlichkeitsreferent der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, bewertete die „politischen Ergebnisse“ berufspolitisch.



Das Titelthema der Ausgabe 10/2011 stellt die Bedürfnisse der älteren Bürgerinnen und Bürger in den Fokus. Dabei zeigen Experten wie Dr. Sigrid Ege, Stuttgart, Dr. Holger Gloerfeld, Marburg, Prof. Dr. Alexander Hassel, Heidelberg, ZA Alexander Kießling, Marburg, Dr. Elmar Ludwig, Ulm, Dr. Barbara Peleska, Marburg, Dr. Sophia Poulaki, München, ZA Torben Wenz, Pforzheim, und Dr. Britta Wiegele, München, in ihrem Fachbeiträgen die komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen auf. Roland Sing, Vorsitzender des Landessenorenrats Baden-Württemberg, sieht im Bereich der Politik Handlungsbedarf und forderte in seinem Leitartikel, dass die Landesregierung „eine Strategie entwickelt wie sich Baden-Württemberg der demografi-

schen Herausforderung stellen wird“. Auch Dr. Ute Maier, Vorstandsvorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, forderte im Interview ein Betreuungskonzept für behinderte und pflegebedürftige Menschen.



Die alternde Gesellschaft stellt besondere Herausforderungen an die zahnmedizinische Versorgung

Nachdem die GOZ 2011 im Herbst wie erwartet vom Bundeskabinett verabschiedet wurde und nach dem Beschluss im Bundesrat voraussichtlich Anfang 2012 greift, bildete die neue GOZ in der ZBW-Ausgabe 11/2011 den Themenschwerpunkt. Der Leitartikler kommentierte den Referentenentwurf und forderte die Kollegen auf, die Fakten anzuerkennen und die neue GOZ intelligent zu handhaben. Beiträge zur Hilfestellung für die Kollegen, eine Chronologie der GOZ und das Interview mit dem Präsidenten der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg rundeten das Thema ab.

Im Blickpunkt der ZBW-Ausgabe 12/2011 standen berufspolitische Themen auf Bundesebene, die insbesondere im Bericht über die KZBV-Bundesversammlung aktuell diskutiert wurden.

Fortbildungsthemen 2011

Die Reihe der Fallbeispiele wurde auch im Jahr 2011 fortgesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der drei Fortbildungsinstitute Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe, Fortbildungsforum Freiburg und Zahnmedizinisches Fortbildungszentrum Stuttgart berichten über besondere Fälle aus dem Praxisalltag. Das positive Feedback der Leserinnen und Leser des ZBW zeigt, dass sich Beiträge aus dem Bereich Fortbildung großer Beliebtheit erfreuen.



Massive Atrophie im Unterkiefer als Ausgangssituation

Fallbeispiele aus der Poliklinik der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe: „Nach 15 Jahren wieder „feste“ Zähne im Unterkiefer“, Dr. Michael Korsch, M.A., Dr. Anna Smaczny, (1/2011), „Therapie einer radikulären Zyste mit zweijähriger Verlaufskontrolle“, Dr. Andreas Bartols, M.A., Dr. Michael Korsch, M.A (4/2011), „Was tun beim schmalen Unterkiefer?“, Dr. Michael Korsch, ZÄ Florentine Carow, ZTM Berthold Steiner (7/2011).

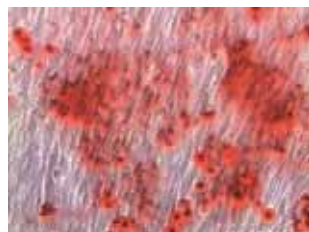
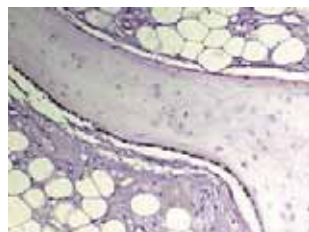
Fallbeispiele des FFZ Freiburg: „Die Entfernung von Wurzelkanalinstrument und -füllung zum Zahnerhalt“, Priv.-Doz. Dr. M. J. Altenburger (3/2011), „Möglichkeiten und

Grenzen des Zahnerhalts bei Milchzähnen“, Dr. Stefanie Feierabend (8-9/2011).

Fallbeispiele aus dem Zahnmedizinischen Fortbildungszentrum Stuttgart: Fall aus dem Curriculum „Geriatrische Zahnheilkunde“ des ZFZ Stuttgart: „Prothese nicht möglich und nicht erwünscht“, ZA Christian Stein (2/2011), „Versorgung einer jugendlichen Patientin mit Amelogenesis imperfecta“, ZÄ Sarah Gronwald und Prof. Dr. Johannes Einwig (5/2011), „Harmonisierung der roten und weißen Ästhetik im Frontzahnbereich“, Dr. Julia Beringer (8-9/2011).

Darüber hinaus konnte die Redaktion des ZBW Professoren, Hochschullehrer und wei-

tere wissenschaftliche Autoren gewinnen, die Beiträge zu folgenden Themen verfassten: „Stammzellforschung in der Zahnmedizin – Realität und Perspektiven“ (Teil 1 und Teil 2), Prof. Dr. Werner Götz, „Nicht-kariöse Zahnhartsubstanzdefekte auf dem Vormarsch: Erosionen – eine neue Herausforderung für den Zahnarzt“, Prof. Dr. Elmar Hellwig und Prof.



Prüfung des Verhaltens von Stammzellen im lebenden Organismus

Herausforderung für den Zahnarzt“, Prof. Dr. Elmar Hellwig und Prof.

Dr. Adrian Lussi, „Die Lokalanästhesie: Welche Risiken bestehen aus allgemeinmedizinischer Sicht?“, Dr. Christoph Klaus Müller und Prof. Dr. Georg-Hubertus Nentwig.

Beiträge über Fortbildungsveranstaltungen sind ein weiterer bedeutender Teil der Berichterstattung und geben den Leserinnen und Leser einen Überblick über die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg. Das

Zahnärzteblatt berichtete im Jahr 2011 ausführlich über die Winter-Akademie 2011 des Zahnmedizinischen Fortbildungszentrums Stuttgart (3/11), die 26. Karlsruher Konferenz der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung (5/11), den 6. Tag des QM in Mannheim (7/2011), die 36. Schwarzwaldtagung der südbadischen Zahnärzteschaft in Titisee (6/11), den Stuttgarter Zahnärztetag 2011 (7/11), die ZFZ Sommerakademie (8-9/11), die 46. Bodenseetagung der BZK Tübingen (11/11), den Masters Day/Herbstkonferenz 2011 der Akademie und BZK Karlsruhe (11/11) und das Abschlusskolloquium des Masterstudiengangs „Integrated Practice in Dentistry“ der Akademie für Zahnärztliche Fortbildung in Karlsruhe sowie das KH-Symposium/Herbsttagung der BZK Stuttgart (12/2011).



Nicht-kariöse Zahnhartsubstanzdefekte als Herausforderung für den Zahnarzt

Kommunikation

Im Bereich der Kommunikation finden die Leser neben Berichten über die Beteiligung der Zahnärzteschaft an Parteitagen der großen Parteien auch die regelmäßige Berichterstattung über die Veranstaltungen des Forum Zahngesundheit. Auch über die Telefonaktionen des Informationszentrums Zahngesundheit mit Redaktionen der Tageszeitungen berichtete das ZBW regelmäßig: Telefonaktion mit dem Badischen Tagblatt in Baden-Baden (3/2011), mit dem Südkurier in Konstanz und Mannheimer Morgen (8-9/2011) sowie über die Präsenz zahnärztlicher Experten in den

Funk- und TV-Medien: Prof. Dr. Johannes - Einwag beim SWR und Dr. Wolfgang Thumka in der ARD (6/2011).

Kultur

In der Rubrik Kultur finden die Leserinnen und Leser regelmäßig aktuelle Informationen zu Kunst, Musik und Literatur. Das ZBW informierte über die Ausstellungen zu Otto Dix im Kunstmuseum Heidenheim, Rudolf Steiner im Kunstmuseum Stuttgart, John Constable in der Staatsgalerie Stuttgart, den Festspielsommer in Baden-Baden, die Druckgraphik des 19. Jahrhunderts im Kunstmuseum Basel, Künstler der Moderne in der Kunsthalle Karlsruhe, Neo Rauch im Museum Frieder Burda, den Automobilsommer im ZKM Karlsruhe, Max Beckmanns Landschaften im Kunstmuseum Basel, James Frazer Stirling in der Staatsgalerie Stuttgart, Ausstellungen des Marbacher Literaturarchivs und über die Ära Adriani in der Kunsthalle Tübingen.

Mit zahlreichen weiteren Beiträgen über standespolitische Veranstaltungen, Arbeitskreise und Ausschüsse, ehrenamtliches Engagement der Zahnärzteschaft, den Karlsruher Vortrag „Mund auf“ mit dem Bundesminister für Gesundheit Philip Rösler, Berichte aus den Regierungsbezirken, über Azubi-Veranstaltungen, mit ZBW-Gesprächen und Berichten aus den Themenbereichen Prophylaxe, Abrechnung und Praxistipps trugen die Autoren des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg zu einer zuverlässigen und kompetenten Berichterstattung bei.

www.zahnaerzteblatt.de

Der Online-Bereich des ZBW wurde im Jahr 2011 weiter ausgebaut. Im Sinne einer aktuellen und zeitnahen Berichterstattung wurden ausgewählte Beiträge sowie aktuelle News bereits vor Erscheinen der Druckausgabe online veröffentlicht. Zudem bietet die Internet-

seite des ZBW Informationen in Text und Bild, die über die Inhalte der Printausgabe hinausgehen. Die Leserinnen und Leser finden zahlreiche Bildergalerien zu Fortbildungsveranstaltungen wie dem Stuttgarter Zahnärztetag oder der Bodenseetagung, Bundes- und Landesparteitagen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, dem IZZ Presseforum, dem Tag der Zahngesundheit und weiteren Veranstaltungen. Die neu eingeführte Blätterfunktion ermöglicht den Leserinnen und Lesern zudem die Seiten per Maus-Klick wie im gedruckten Heft umzublättern. Dies erhöht die Attraktivität des Internetauftritts und bildet eine gute Ergänzung zur gedruckten Version des Zahnärzteblattes Baden-Württemberg.



Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg waren ein Themenschwerpunkt im Jahr 2011

Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) ist serviceorientiert. Das bedeutet, dass von Vorstand und Mitgliederversammlung die für die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit bewilligten Finanzausgaben für ein effizientes und effektives Kursprogramm genutzt werden. Das Fortbildungsangebot umfasste:

- einen Workshop „Von der Dramaturgie des Prophylaxeunterrichts“
- einen Workshop „Empowerment von Kindern, Jugendlichen und Eltern“

Ein wichtiger und verlässlicher Partner in der Fortbildung ist die Sozial- und Arbeitsmedizinische Akademie Baden-Württemberg e. V. (SAMA). In Zusammenarbeit mit der SAMA wurden

- zwei von vier Kursen der Fachkudenkursreihe Zahngesundheitsförderung“

erfolgreich durchgeführt.

Darüber hinaus bietet die LAGZ Seminare für Erzieher/innen in Kindergärten und Lehrer/innen in Schulen an: Insgesamt konnten elf Seminare für diese Zielgruppe durchgeführt werden sowie sechs Seminare für Betreuungs- und Pflegepersonal in Einrichtungen für Menschen mit Handicaps.

LAGZ-Forum

Das LAGZ-Forum im Kloster Schöntal hat einen festen Stellenwert im Fortbildungskalendarium der LAGZ. Zum sechsten Male trafen sich im Juli dieses Jahres diesmal mit der Rekordzahl von rund 135 Mitarbeiterinnen der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit und Zahnärztinnen und Zahnärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes an zwei Tagen, um sich in den Themenbereichen

- Entwicklungspsychologie (Dr. Jutta Margraf-Stiksrud, Universität Marburg)
- Grundschulpädagogik methodisch-didaktische Aspekte (Prof. Dr. Heike Deckert-Peaceman, PH Ludwigsburg)
- Workshops „Gestaltung von Prophylaxe-einheiten“
- Medieneinsatz in der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe (Betina Gröger-Silberbauer, Geschäftsstellenleiterin der AGZ Pforzheim/Enzkreis, und Ulrike Bitsch, Geschäftsstellenleiterin der AGZ Heilbronn)
- Basis: Zusammenhang Gesundheit und ausreichende Bewegung (Pamela Graf, Württ. Landessportbund e. V., Stuttgart)
- Das Zusammenspiel der Kompetenzen in der Gruppenprophylaxe (Dr. Udo Lenke, LAGZ-Vorstandsvorsitzender)
- Basis: Gesunde Ernährung (Dr. Susanne Nowitzki-Grimm, DGE-BW e. V., Vernetzungsstelle Schulverpflegung BW, Schorndorf)
- Initiative „Gesunde Ernährung – gesunde Zähne“ (Dr. Manfred Jooß, Ravensburg)
- Basis: Ein gesunder Zahn in einem gesunden Körper (Prof. Dr. Johannes Einwag, Fortbildungsreferent der Landes Zahnärztekammer BW, Stuttgart)

fortzubilden.



Zum sechsten Mal Fortbildung im Kloster Schöntal, dieses Jahr mit einer Rekordbeteiligung von über 130 Prophylaxefachkräften aus 37 Arbeitsgemeinschaften zusammen mit Zahnärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes

LAGZ-VORSTAND

Dr. Udo LENKE, Präsident der LZK BW, Vorsitzender

Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Prophylaxereferentin der LZK BW

Dr. Christopher HERMANN, Vorstandsvorsitzender der AOK BW

Walter SCHELLER, Leiter der vdek-Landesvertretung BW

Dr. Joachim KOHLER, Ministerialdirigent im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren BW

Darüber hinaus blieb am Abend oder in den Pausen ausreichend Gelegenheit, sich kollegial zu begegnen, Erfahrungen auszutauschen oder mit den Referenten fachliche Fragen weiter zu erörtern.

Vorstand und Mitgliederversammlung

Im Jahr 2010 standen und stehen die Novellierung der LAGZ-Satzung/regionale Arbeitsgemeinschaften im Fokus der Beschlüsse des Vorstandes und der Mitgliederversammlung. Am 06.04.2011 wurden in einer weiteren großen Runde, zu der der Vorstand die Vertreterinnen und Vertreter der 37 Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit eingeladen hatte, Wünsche, Anregungen, Kritikpunkte für eine mögliche Satzungsänderung diskutiert. In dieser Sitzung wurde zudem eine kompetent besetzte Arbeitsgruppe gebildet, die mit Vertreterinnen und Vertretern der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes, Claus Clüver, Tübingen (Reg.bezirk Tübingen), und Dr. Anna Leher, Ludwigsburg (Reg.bezirk Stuttgart), Fachpersonal aus Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit mit Roswitha Henkel, Karlsruhe (Reg.bezirk Karlsruhe), und Sabine Kraus-Maier, Aalen (Reg.bezirk Stuttgart), Vertreterinnen und Vertreter der Krankenkassen, Carmen Basso, BKK Landesverband BW, Kornwestheim, Eberhard Brenner, AOK BW, Stuttgart, Gerhard Gundelfinger, vdek BW, Stuttgart, Hannelore Schiedel, IKK classic, Ludwigsburg, einer Vertreterin des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren BW, Dr. Brigitte Joggerst und in Nachfolge Dr. Kersten Wolfers, sowie mit zwei Zahnärzten, nämlich, Dr. Karl-Ernst Roth, Konstanz (Reg.bezirk Freiburg), und Dr. Carla Tornier, Emmendingen (Reg.bezirk Freiburg), besetzt waren.

Das Ziel dieser Arbeitsgruppe war, die Erstellung eines Eckpunkte-Papieres, das die Grundlage für den Entwurf einer Satzung LAGZ/regionale Arbeitsgemeinschaften bil-

den sollte. Diese Arbeitsgruppe wurde durch den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Baden-Württemberg, Dr. Alexis von Komorowski, verstärkt, um somit auf breiter Basis einen Konsens für die notwendige Novellierung der Satzung zu erreichen. Die Satzung wurde von der renommierten Kanzlei CMS Hasche Sigle, Stuttgart, von Dr. Björn Demuth, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater, in einer ersten Fassung dem Vorstand am 13.09.2011 zur Beratung vorgelegt. Weitergehende Anpassungen und Ergänzungen erfolgten auf Vorstandsbeschluss durch den Direktor der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, Rechtsanwalt Axel Maag.

Der Vorstand der LAGZ stellte in seiner Sitzung am 25.05.2011 fest, dass

1. aufgrund des Meinungsbildes aus der Veranstaltung mit den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaften Zahngesundheit am 06.04.2011 und
2. aus den Dienstbesprechungen des Sozialministeriums mit den Fachzahnärzten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie
3. aufgrund der Ausführungen der Vertreter der Krankenkassen

erkennbar ist, dass die Rahmenbedingungen/Strukturen für LAGZ und Arbeitsgemeinschaften unter anderem aus arbeitsrechtlichen, steuerrechtlichen und haftungsrechtlichen Gründen neu geordnet werden müssen. Dabei muss die eigenverantwortliche Selbstständigkeit im operativen Bereich vor Ort für die 37 Arbeitsgemeinschaften gewährleistet bleiben.

Es wurde weiter deutlich, dass die aus der Arbeitsgruppe als Zwischenergebnis formulierten und den Arbeitsgemeinschaften zur Kenntnis gebrachten und am 06.04.2011 diskutierten Punkte, wie:

ZUSTÄNDIGKEIT LAGZ-GESCHÄFTSSTELLE

Johannes CLAUSEN, Geschäftsführer
Annerose HAUBER, Geschäftsführende Sekretärin
Ralf KRAFT, Leiter Buchhaltung
Angela MÜCKUSCH, Sachbearbeiterin

- Haushalt (Vereinfachung des Geldflusses, einheitlicher Kontenrahmen, einheitliches Wirtschaftsjahr/einheitliche Termine für die Erstellung von Haushaltsplan und Jahresabschluss)
- Dienstleistungen LAGZ/AGZ (Angebot von günstigeren Einkaufsmöglichkeiten, Verbesserung des Informationsflusses)

weitgehend akzeptiert wurden.

Die Weiterentwicklung der Strukturen in der Gruppenprophylaxe muss die eigenverantwortliche Selbstständigkeit im operativen Bereich vor Ort der 37 Arbeitsgemeinschaften weiter wie bisher im Blickpunkt haben und die einzelnen Arbeitsgemeinschaften – insbesondere im Hinblick auf arbeitsrechtliche, steuerrechtliche und haftungsrechtliche Fragen – durch die LAGZ BW entlasten.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Berichtes war die Entscheidung über die Novellierung der Satzung, die die Mitgliederversammlung am 24.11.2011 treffen sollte, noch nicht bekannt.

Tag der Zahngesundheit 2011

Ein weiterer Höhepunkt im Kalendarium der Ereignisse der LAGZ und der Arbeitsgemeinschaften ist der Tag der Zahngesundheit. Die landeszentrale Auftaktveranstaltung wurde diesmal im größten Kur- und Heilbad des Landes mit rund 22.000 Einwohnern durchgeführt und bot nicht nur den zahlreichen Kurgästen mit seinem weithin sichtbaren Deutschordenserbe die ideale Umgebung für eine rundum gelungene Veranstaltung im Zeichen der Zahngesundheit. Das Motto des Tages der Zahngesundheit „Gesund beginnt im Mund - gewusst wie!“ hätte nicht besser und kompetenter dort in Szene gesetzt werden können. Während draußen die Mitmachaktionen sich großen Zuspruchs im weitaus sichtbaren Erlebnisforum Zahngesundheit erfreuten, fand im Rathaus mit seinem markan-

ten Staffelgiebel am 21.09.2011 die Pressekonferenz zur Auftaktveranstaltung statt. Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen waren der Einladung des Informationszentrums Zahngesundheit (IZZ) ins liebeliche Taubertal gefolgt. Anlass für die Wahl von Bad Mergentheim als Ort der landeszentralen Auftaktveranstaltung war das 25-jährige Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit im Main-Tauber-Kreis. Und dieses Jubiläum wurde dann auch ausführlich gewürdigt, denn die Zähne der Kinder und Jugendlichen im Main-Tauber-Kreis sind noch ein kleines bisschen gesünder als im übrigen Land. Dabei sind die 12-Jährigen in Baden-Württemberg mit einem DMF-T-Index von 0,56 nicht nur Spitze in Deutschland, sondern in ganz Europa.



Das Erlebnisforum Zahngesundheit im markanten weißen Pagodenzelt auf dem Marktplatz in Bad Mergentheim war eine Attraktion für Jung und Alt

Dr. Udo Lenke machte in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft für Zahngesundheit Baden-Württemberg e. V. (LAGZ) Journalisten und Gästen das „Know-how und die Vorbildwirkung Baden-Württembergs deutlich, denn hier kann man regelmäßig Zahlen vorlegen, die zeigen, dass in keinem anderen Bundesland naturgesunde kariesfreie Zähne bei Kindern aller untersuchten Altersgruppen so häufig anzutreffen sind wie bei uns“.

Dr. Udo Lenke dankte allen 37 regionalen Arbeitsgemeinschaften, die unter dem Dach der LAGZ versammelt sind, für ihr Engagement. Insbesondere auch die 1.400 niedergelassenen Zahnärztinnen und Zahnärzte, die als Patenzahnärzte den regionalen Arbeitsgemeinschaften angehören und die rund 180 Prophylaxefachkräfte unterstützen, sind mit ihrem Know-how wichtige Pfeiler bei der flächendeckenden Umsetzung des Mottos „Gesund beginnt im Mund“. Um den Medienvertretern die Arbeit der Patenzahnärzte plastischer zu machen, berichtete Dr. Renate Lüllwitz-Hoch, Prophylaxereferentin der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, von ihrer ehrenamtlichen Arbeit im Kindergarten. Ihre Besuche unterstützen das Bemühen der Eltern und Erzieher um zahngesundes Verhalten. Außerdem stehen Reihenuntersuchungen auf dem Plan und Themen wie richtiges Zähne putzen und gesunde Ernährung.



Prominente Unterstützer beim Tag der Zahngesundheit (von links): Frank Winkler, stv. Leiter Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek), Landesvertretung BW, Katrin Löbbbecke, Kurdirektorin Bad Mergentheim, ZÄ Beate Huchel, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft im Main-Tauber-Kreis, Udo Gladhaar, Oberbürgermeister von Bad Mergentheim, Martina Meisenberg, Moderatorin, Reinhard Frank, Landrat Main-Tauber-Kreis, verdeckt: Wilfried Klenk MdL, Dr. Ute Maier, KZV-Vorsitzende, Dr. Udo Lenke, LZK-Präsident und IZZ-Leiter, Johannes Clausen.

Grund zur Sorge bietet neben der steigenden Rate von Milchzahnkaries auch die Mundgesundheit der alten und pflegebedürftigen Mitmenschen, die in Heimen leben. Die Pflegekräfte haben nicht nur zu wenig Zeit, um sich um die Mundhygiene der Bewohner zu kümmern, oft fehlt ihnen auch die richtige Ausbildung. Diesem Thema nahm sich die stellvertretende Vorsitzende des IZZ-Verwaltungsrates, Dr. Ute Maier, an. Dr. Ute Maier, als gastgebende Vertreterin des IZZ beim Tag der Zahngesundheit, formulierte die Sorgen der Zahnärzteschaft um diese besonderen Patienten folgendermaßen: „Noch stehen wir am Anfang, um die Versorgungs- und Betreuungsmöglichkeiten flächendeckend weiterzuentwickeln. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden wir in den nächsten Jahren verstärkt Anstrengungen unternehmen müssen, um den gesellschaftlichen, ethischen Auftrag zu erfüllen, die Versorgung der betagten und hochbetagten Menschen sicherzustellen und um Menschen mit Handicaps richtig zu versorgen.“ Sie betonte, dass nach Ansicht der Zahnärzteschaft der Anspruch auf zahnmedizinische Versorgung der betagten und hochbetagten Menschen sowie der Menschen mit Handicaps im Sozialgesetzbuch V gesetzlich festgeschrieben werden sollte.



Motivieren und Begeistern ist die große Kunst der Prophylaxefachkräfte

Dr. Udo Lenke kritisierte in der Pressekonferenz die Haltung der Privaten Krankenkassen, die sich weiterhin weigern, sich an den Kosten der Gruppenprophylaxe zu beteiligen. Die gesetzlichen Krankenkassen tragen mit ihrem Beitrag nachhaltig zum Gelingen der Gruppenprophylaxe bei. Ohne deren solide finanzielle Unterstützung könnten auf regionaler Ebene diese schönen Erfolge nicht erzielt werden.



Prominente Zaungäste

Prominenz auf dem Podium

An dem Tag der Zahngesundheit eröffnenden Diskussion nahmen neben Dr. Udo Lenke und Dr. Ute Maier auch Landrat Reinhard Frank, Oberbürgermeister Udo Glatthaar und Wilfried Klenk, MdL, Gesundheitspolitischer Sprecher der CDU, sowie Jugendzahnärztin Beate Huchel und ihr Vorgänger, Dr. Adalbert Ruhnke, von der örtlichen Arbeitsgemeinschaft Zahngesundheit teil. Dr. Ruhnke konnte berichten, dass vor der Gründung der Arbeitsgemeinschaft vor 25 Jahren noch 76 Prozent aller Zähne von Kindern und Jugendlichen im Main-Tauber-Kreis behandlungsbedürftig waren. Im Laufe der Jahre konnte der Anteil der geschädigten Zähne auf 16 Prozent zurückgedrängt werden, um heute auf einem Spitzenplatz in Baden-Württemberg zu landen. Zu Beginn der Podiumsveranstaltung aber standen Dr. Ute Maier und Dr. Udo Lenke der Moderatorin

und dem zahlreich versammelten Publikum Rede und Antwort.



Dr. Udo Lenke im Gespräch mit Reinhard Frank, Landrat des Main-Tauber-Kreises und Wilfried Klenk MdL, gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der CDU (v.l.n.r.)

Jahresstatistik

	2010/2011
Verausgabte Mittel der Krankenkassen für 37 Arbeitsgemeinschaften	€ 6,6 Mio.
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Kindergartenkinder	265.895 = 76,3 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 1. bis 4. Klasse	283.883 = 71,9 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Schulkinder 5. und 6. Klasse	33.286 = 17,5 %
Mit Prophylaxemaßnahmen betreute Sonderschulen/Einrichtungen für Menschen mit Handicaps	513 = 85,2 %
Anzahl der Vorsorgeuntersuchungen bei 3- bis 12jährigen (bis 6. Klasse) sowie Personen in Sonderschulen/Einrichtungen für Menschen mit Handicaps	381.471 = 39 %

Statistik der LAGZ-Propylaxeseminare

	31.12.2007 - Gesamt -	31.12.2008 - Gesamt -	31.12.2009 - Gesamt -	31.12.2010 - Gesamt -
Anzahl der ausgebildeten Erzieher und Grundschullehrer durch die LAGZ (ab 1977)	11.766	11.919	12.115	12.292
Anzahl der ausgebildeten Pfleger und Betreuer in Behinderteneinrichtungen (ab 1984)	1.885	2.026	2.147	2.291
Anzahl ausgebildeter Grund- (ab 1988) und Sonderschullehrer (zusammen ab 1990)	1.138	1.138	1.138	1.138
Ausbildungen insgesamt	14.789	15.083	15.400	15.721

Bundeszahnärztekammer

Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer

Das Beitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer richtet sich nach dem Mitgliederstand der einzelnen Länderkammern. Die nachfolgende Tabelle zeigt den Mitgliederstand der Länderkammern zum 31.12.2010. Die rechte Spalte zeigt den prozentualen Anteil der einzelnen Länderkammern am Gesamtbeitragsaufkommen der Bundeszahnärztekammer. Die Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg hatte zum 31.12.2010 11.218 Mitglieder, dies entspricht 12,9795 Prozent und ist damit die zweitgrößte Kammer im Bundesgebiet.

Kammerbereich	Zahnärzte	Prozent
Baden-Württemberg	11.218	12,9795
Bayern	14.418	16,6821
Berlin	5.119	5,9228
Brandenburg	2.511	2,9053
Bremen	681	0,7879
Hamburg	2.501	2,8937
Hessen	6.392	7,3958
Mecklenburg-Vorpommern	1.982	2,2932
Niedersachsen	7.379	8,5377
Nordrhein	10.084	11,6675
Rheinland-Pfalz	3.042	3,5197
Saarland	814	0,9418
Sachsen	4.833	5,5919
Sachsen-Anhalt	2.370	2,7421
Schleswig-Holstein	3.143	3,6366
Thüringen	2.530	2,9273
Westfalen-Lippe	7.411	8,5748
Bundesgebiet	86.428	100 %

Der monatliche Beitrag pro Mitglied wurde in der Bundesversammlung der Bundeszahn-ärztekammer 2010 festgelegt. Der monatliche Beitrag pro Mitglied der Landes-zahnärztekammer Baden-Württemberg läuft sich in 2011 auf 7,20 Euro.

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

Der Vorstand der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg hat gemäß § 13 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Delegierten zur Bundeszahnärztekammer folgende, von den Vertreterversammlungen der Bezirkszahnärztekammern gewählte Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2012 bestätigt.

BZK Freiburg	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen Dr. Peter RIEDEL, Waldkirch Dr. Antoinette RÖTTELE, Weil am Rhein Dr. Norbert STRÜß, Freiburg	Delegierte
	Dr. Gabriele GÜDE, Freiburg	Stellvertreterin
BZK Karlsruhe	Dr. Bernd Ulrich BORCKMANN, Heidelberg Dr. Norbert ENGEL, Mühlacker Dr. Rüdiger ENGEL, Karlsruhe Dr. Wolfgang GRÜNER, Karlsruhe Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg	Delegierte
	Dr. Jan WILZ, Mannheim Dr. Bernhard JÄGER, Mannheim Dr. Volker BRACHER, Karlsruhe Dr. Wolfgang GUTERMANN, Heidelberg Dr. Robert HEIDEN, Karlsruhe	Stellvertreter/innen

Baden-Württembergische Delegierte zur Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer

BZK Stuttgart	Dr. Konrad BÜHLER, Eisingen Dr. Bernd KRÄMER, Heilbronn Dr. Udo LENKE, Vaihingen/Enz Dr. Eberhard MONTIGEL, Heilbronn Dr. Hendrik PUTZE, Stuttgart Dr. Torsten TOMPERT, Esslingen	Delegierte
	Dr. Gudrun KAPS-RICHTER, Heilbronn Dr. Jürgen CAROW, Flein Dr. Helmut SCHÖNBERG, Fellbach Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen Dr. Rainer-Udo STECK, Winnenden	Stellver- treter/innen
BZK Tübingen	Dr. Wilfried FORSCHNER, Biberach Dr. Dr. Heinrich SCHNEIDER, Metzingen Dr. Bernd STOLL, Albstadt	Delegierte
	Dr. Manfred JOOß, Ravensburg Dagmar KÜGELE, Tett nang Dr. Elmar LUDWIG, Ulm	Stellver- treter/innen

Ehrenamtsträger und Verwaltungsmitarbeiter aus Baden-Württemberg auf Bundesebene

Vorstand, Ausschüsse und Arbeitskreise bei der Bundeszahnärztekammer	
Vorstand der Bundeszahnärztekammer	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Belange der Zahnärztinnen	Dr. Renate LÜLLWITZ-HOCH, Böblingen
Ausschuss Qualität in der ZahnMedizin	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Ausschuss Röntgenstelle	Dr. Burkhard MAAGER, Denzlingen
Arbeitsgruppe zur Novellierung der ZFA-Ausbildungsverordnung	Dr. Klaus-Peter RIEGER, Reutlingen (bis 15.04.2011 †) Dr. Bernd STOLL, Albstadt
Haushaltsausschuss	Dr. Eva HEMBERGER, Heidelberg
Kernausschuss Praxisführung	Dr. Norbert STRUB, Freiburg
Senat für privates Leistungs- und Gebührenrecht	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz Dr. Jan WILZ, Mannheim
Beirat Fortbildung	Dr. Udo LENKE, Vaihingen/ Enz
Muster-Berufsordnung Arbeitskreis der Geschäftsführer der Landeszahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Muster-Weiterbildung Arbeitskreis der Geschäftsführer der Landeszahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Praxisformen Arbeitskreis der Geschäftsführer der Landeszahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Patientenrechtegesetz Arbeitskreis der Geschäftsführer der Landeszahnärztekammern	Direktor Axel MAAG, Stuttgart
Arbeitskreis Telematik	Direktionsassistent Thorsten BECK, Stuttgart

www.lzk-bw.de